

ARNOLD HOTTINGER ERICH GYSLING



KRISENHERD NAHOST

EIN AKTUELLER DIALOG

Verlag NZZ

Die irakische Invasion in Kuwait, die die Welt seit dem Sommer 1990 in Atem hält, und der am 17. Januar 1991 ausgebrochene Golfkrieg zwischen dem Irak und den Alliierten Streitkräften unter der Führung Amerikas können nicht isoliert betrachtet werden, sondern sind Teil des Krisenherds Nahost mit all seinen ökonomischen, politischen, ethnischen und religiösen Problemen. Im vorliegenden Band versuchen Arnold Hottinger und Erich Gysling, zwei der profiliertesten Nahost-Experten, diese Probleme unter verschiedenen Blickwinkeln auszuloten. Sie haben dazu die Form des Gesprächs gewählt – eine Form, die es erlaubt, im dialogischen Nachfragen jenen roten Faden zu finden, den man in der Fülle der Einzelinformationen sonst oft vergebens sucht. In den so spannenden wie klärenden Voten der beiden Gesprächspartner wird deutlich, dass sich gerade die nahöstliche Gegenwart nur aus einer reichen und komplexen Geschichte verstehen lässt und dass es gilt, von vielen gängigen Vorurteilen und eurozentrischen Sichtweisen Abschied zu nehmen, bevor man die zum Teil faszinierende, zum Teil auch beängstigende arabische Welt besser begreifen lernt.

Arnold Hottinger
Erich Gysling

Krisenherd Nahost

Krisenherd Nahost

1974

1974

Arnold Hottinger
Erich Gysling

Krisenherd Nahost

Ein aktueller Dialog

Verlag
Neue Zürcher Zeitung

© 1991, Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich
ISBN 3 85823 313 7
Printed in Switzerland

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----|
| Vorwort | 7 |
| Haus des Friedens, Haus des Kriegs | 11 |
| Herausforderungen der neuen Zeit | 26 |
| Israel als strategischer Partner | 33 |
| Eine eigene Form der Demokratie? | 39 |
| Brücke zwischen Asien und Europa | 46 |
| Das Konfliktmuster in Nahost | 53 |
| Islam, Jihad, Schari'a | 70 |
| Machtstrukturen in Iran und Irak | 88 |
| Geld, Gold und Öl am Golf | 95 |
| Vom Wüstenleben an den Computer | 101 |
| Eine mobile Gesellschaft | 113 |
| Mubarak, Asad, König Hussein | 119 |
| Libanon: Ein künstliches Staatsgebilde | 133 |
| Die komplexe Struktur Jordaniens | 156 |
| Israel und die arabische Welt | 162 |
| Zensur und Berichterstattung | 174 |
| Der Konflikt Irak-Iran | 184 |
| Irak vor der Attacke gegen Kuwait | 191 |
| Kurden – Volk ohne Staat | 196 |
| Nach der Invasion Iraks in Kuwait | 198 |
| Saddam Husseins angebliche Motive | 208 |
| 17. Januar: Der Sturm bricht los | 214 |
| Was bedeutet der Golfkrieg für die Türkei, den Iran, die Palästinenser? | 223 |
| Auch ein Medienkrieg | 228 |
| Karten | 236 |
| Zeittafel | 238 |
| Register | 244 |

Zu diesem Buch

Der Krieg um die Vertreibung Iraks aus Kuwait und der Kampf gegen das Regime Saddam Husseins haben die westliche Öffentlichkeit aufgeschreckt. Sie erkannte die Notwendigkeit, sich mit der nahöstlichen Region endlich gründlich zu befassen. Welche Kräfte sind in der arabischen Welt am Werk, wovon lassen sich die Politiker leiten, was ist die Bedeutung des Islam in der heutigen Politik? Andererseits führte die von Gewalt gezeichnete Entwicklung seit der Attacke Iraks gegen Kuwait zur Frage: War dieser Krieg wirklich unvermeidbar? Und wie wird der Nachkrieg aussehen?

Als Arnold Hottinger und ich im Sommer 1990 mit der Arbeit für dieses Buch begannen, schien die Entwicklung im Nahen Osten zu stagnieren. Vieles deutete darauf hin, dass eine Lösung der Palästinaerproblematik, wie immer diese aussehen mochte, auf die lange Bank geschoben würde. In der Golfregion herrschte trügerischer Friede: Waffenstillstand zwischen Irak und Iran und eine scheinbar entspannte Situation in bezug auf die Ölpreispolitik. Im Maghreb erkannte man zwar eine Trendwende zugunsten der islamischen Fundamentalisten, aber man nahm diese Entwicklung nicht ganz ernst. Ägypten, die bevölkerungsreichste und langfristig wichtigste Nation der Region, schien mehr mit sich selbst als mit dem Umfeld beschäftigt, und Syriens Präsident Asad war vor allem daran interessiert, sein eigenes politisches Überleben zu sichern. Die Gewalt im Libanon bewegte sich mehr oder weniger innerhalb der «Normalität» – die Aussenwelt nahm von den Kämpfen um die Rebellion des Milizenführers Aoun, von der Ermordung des Politikers Dany Chamoun allenfalls gelangweilt Kenntnis. Man war mit anderem beschäftigt: mit der deutschen Einheit, mit den Veränderungen in den von Moskau unabhängig gewordenen osteuropäischen Ländern, mit Gorbatschows Schwierigkeiten im eigenen Land.

Die Invasion Iraks in Kuwait vom 2. August 1990 veränderte die Situation grundlegend. Die USA zeigten plötzlich ein intensives Interesse für die Golfregion, und es vergingen keine zehn Tage, bis

der amerikanische Präsident Bush die ersten militärischen Kontingente nach Saudiarabien entsandte, um das Königreich vor Saddam Hussein zu schützen. Die UNO erliess eine Resolution nach der anderen, um Irak zum Rückzug aus Kuwait zu zwingen – es waren schliesslich deren zwölf, aber der irakische Herrscher liess sich nicht erweichen. Die wirtschaftlichen Sanktionen der internationalen Gemeinschaft gegen Irak wurden zwar rigoros durchgesetzt, aber Wirkung zeitigten auch sie vorerst nicht. Das war nicht verwunderlich, denn das irakische Regime hatte rechtzeitig vor dem Angriff auf Kuwait lebenswichtige Güter gehortet. Hinzu kam, dass die irakischen Soldaten das besetzte Kuwait plünderten und die Erntezeit nahte. All das verschaffte Saddam Hussein eine Atempause. Bis zum Oktober 1990 allerdings waren sich die Experten darin einig: die Sanktionen wirkten sich ungeachtet dieser Faktoren allmählich stärker aus. Warum sollte man sich nicht auf deren Auswirkung verlassen, warum musste am 29. November 1990 jene Resolution im UNO-Sicherheitsrat durchgepaukt werden, welche dem irakischen Diktator ein Rückzugs-Ultimatum auf den 15. Januar 1991 setzte, und warum mussten die militärischen Aktionen der von den USA geführten Alliierten am 17. Januar wirklich beginnen?

US-Präsident George Bush erkannte, dass Saddam Hussein sich durch den Truppenaufmarsch in Saudiarabien und durch die Flottenkonzentrationen im Persischen Golf nicht einschüchtern liess. In der Folge steigerten die USA ihre Truppenpräsenz von erst gut 200 000 auf mehr als 450 000 Mann. Die Besonderheiten der amerikanischen Innenpolitik spielten eine wichtige Rolle bei der Vorwärtsstrategie des Präsidenten: George Bush verlor bei der amerikanischen Öffentlichkeit einen Teil seiner ehemals aussergewöhnlichen Popularität aufgrund der Aussage, dass Steuererhöhungen – im Widerspruch zu den im Wahlkampf von 1988 gemachten Versprechungen – eben doch notwendig seien. Es gab Anzeichen einer Rezession, und es gab Anzeichen von Ungeduld bei breiten Bevölkerungsschichten in bezug auf die Golf-Strategie.

Vorerst im Bereich des Spekultativen blieb bei der Diskussion innerhalb der USA, in welchem Masse, wenn überhaupt, eine problematische Diplomatie gegenüber Irak zum Verhängnis beigetragen hatte. Es ging im wesentlichen um die Interpretation eines

Gesprächs zwischen der damaligen amerikanischen Botschafterin in Irak, April Glaspie, und Präsident Saddam Hussein. Das Gespräch hatte am 25. Juli 1990 stattgefunden, und die amerikanische Diplomatin sagte im Verlauf der Unterredung, die USA betrachteten die Politik Iraks gegenüber Kuwait als «innerarabische Angelegenheit». Zu jenem Zeitpunkt hatte Saddam Hussein allerdings schon längst klargemacht, dass er militärisch gegen Kuwait vorgehen wolle – wegen dessen Ölförderung, welche die vereinbarten Mengen überstieg und damit den Erdölpreis drückte. Hinzu kam, dass Kuwait aus einem Feld Öl förderte, das mehrheitlich auf irakischem Territorium lag, und dass die Iraker behaupten konnten, Kuwait «stehle» irakisches Öl und ruiniere die Wirtschaft des schon schwer verschuldeten Irak. (Verschuldet war er aufgrund des achtjährigen Kriegs gegen Iran, der ebenfalls von Saddam Hussein ausgelöst worden war.)

Irak beging am 2. August 1990 einen Akt nackter Aggression, verliess sich aber möglicherweise darauf, dass die USA nur mit Gegenaktionen drohten, ohne dass die Gefahr eines Gegenschlags bestünde. Saddam Hussein glaubte wahrscheinlich auch zu erkennen, dass sowohl Irak als auch die USA an einer Erhöhung des Erdölpreises auf etwa 25 Dollar pro Fass interessiert sein könnten, dass es also eine langfristige Gemeinsamkeit in den Zielen der beiden Staaten gäbe. Und rückblickend auf die Zeit der achtziger Jahre musste der Diktator wohl annehmen, dass er von Washington als strategischer Partner betrachtet würde. Hatten die USA, hatten Frankreich, Grossbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und viele andere Länder ihm während der Zeit des Kriegs gegen Iran nicht alle denkbare Unterstützung gegeben? Hatte man ihm nicht sogar die vielen brutalen Verstösse gegen die Menschenrechte im eigenen Land nachgesehen? Hatte man ihm nicht die Attacke gegen die amerikanische Fregatte «Stark» im Jahr 1987 verziehen, und hatte man nicht halbwegs geschwiegen nach den Giftgas-Attacken gegen kurdische Dörfer?

Saddam Hussein hatte sich ein eigenes Gedankengebäude mit eigener innerer Logik aufgebaut. Er wollte nicht wahrhaben, dass seine Brutalitäten jetzt, anhand der veränderten Weltlage und einer Veränderung der Prioritäten der Weltmächte, endlich als ruchlos wahrgenommen wurden.

Als die USA und deren Verbündete in der Nacht vom 16. auf den 17. Januar den Krieg gegen Irak eröffneten, wuchs Saddam Hussein in eine neue Rolle hinein: für breite Schichten in den arabischen Ländern wurde er zu einem Übermenschen, der es wagte, den überlegenen Gegnern die Stirn zu bieten. Dass dies auf Kosten von Tausenden, Zehntausenden von Menschenleben gehen könnte, blieb in den grossen Massenkundgebungen zugunsten des Diktators in Algier, in Amman, in Rabat und später auch in Kairo unbemerkt. Wesentlich für die Demonstranten war: Da gab es einen Mann, der keine Angst vor der technologischen Überlegenheit des vom Westen geführten Gegners hatte. Saddam Hussein wurde zu Lebzeiten zu einem Märtyrer-Helden, dem man seine früheren Sünden nur allzu gerne vergab.

Arnold Hottinger und ich versuchten, während der in diesem Buch festgehaltenen Gespräche die aktuellen Entwicklungen dadurch verständlich zu machen, dass wir den Blick in die Vergangenheit richteten. Wir wollten die Wertvorstellungen der nahöstlichen Welt, soweit dies überhaupt möglich ist, verständlich machen. In unseren Dialogen, die zwischen Mai 1990 und Februar 1991 aufgezeichnet wurden und deren Abschriften von beiden Gesprächspartnern redigiert und ergänzt wurden, versenkten wir uns in die arabische Welt und in die verwirrende Vielfalt der Verständnisschwierigkeiten zwischen West und Nahost, zwischen Israel und den Palästinensern. Arnold Hottinger hat eine bedeutend breitere Erfahrung im Umgang mit dem Arabischen (das ich erst spät erlernt habe), mit der Politik und der Kultur der Region als ich – das ist der Grund, weshalb der Dialog manchmal in die Form von Frage meinerseits und Antwort von seiten Arnold Hottingers mündet. Manfred Papst vom Buchverlag der NZZ übernahm bei den Gesprächen die Aufgabe des Supervisors – er sollte uns bremsen und lenken, wann immer wir ins Fachspezifische abzugleiten drohten. Dafür, dass er diese Aufgabe mit so viel Engagement und so gründlich wahrgenommen hat, wissen Arnold Hottinger und ich ihm grossen Dank.

Erich Gysling
Zürich, Ende Februar 1991

Haus des Friedens, Haus des Kriegs

Gysling: Arnold Hottinger, was geht uns beide eigentlich der Nahe Osten an, warum befassen wir uns so intensiv mit dieser Region, was fasziniert uns, was fasziniert Sie?

Hottinger: Was mich persönlich im Anfang fasziniert hat, war die *andere* Kultur, nicht die europäische, und dann doch eben eine, die uns relativ nahe ist. Ich kam als junger Mann zum ersten Mal nach Tunesien und war einfach erschüttert darüber, dass es von uns so verschiedene Menschen gibt, eine so fremde Kultur, so unbekannte Zusammenhänge, und dann wollte ich wissen, wie das alles funktioniert, wie das innere Werk läuft.

Aber wenn Sie fragen, was uns heute alle interessiert, darauf gibt es viele Antworten. Ich habe das Ansteigen des Interesses für den Nahen Osten erlebt. Zuerst waren die Leute, die am ehesten etwas darüber wissen wollten, zweifellos die Juden und die Leute, die sich für Israel interessierten; später, viel später, 1973, kam die Erdölkrise und weckte plötzlich ein viel weiteres Interesse: Alle Schweizer merkten: «Ah ja, das berührt uns ja direkt, das betrifft unsere Wirtschaft; auch wir sollten dafür sorgen, dass nicht alles ganz schief läuft.» Ein weitgespanntes gesamtschweizerisches Interesse wurde spürbar, sogar die Behörden wurden plötzlich neugierig. Nun ist diese Entwicklung wieder etwas zurückgegangen, aber ich glaube, geblieben ist doch die Erkenntnis: es gibt da einen wichtigen Nachbarn. Er ist sogar, wenn wir die anderen europäischen Staaten berücksichtigen, ein strategischer Nachbar.

Die anderen Staaten Europas, besonders die Engländer und die Franzosen, hatten im nächstlichen Raum selbst Kolonien, und sie wussten daher von Beginn an, dass diese Region eine entscheidende Drehscheibe war. Seit dem frühen 18. Jahrhundert gab es eine Grossmachtpolitik, die sich um diese Zone kümmerte. Die damaligen Grossmächte, Grossbritannien und Frankreich, wollten vermeiden, dass ihre Gegenspieler in dieser Zone regierten. Jeder suchte den anderen und beide die Russen auszuschalten. Später, nach dem

Zweiten Weltkrieg, sind auch die Amerikaner dazugekommen, vor allem wegen des Erdöls. Mit den Amerikanern kam auch ihre Konkurrenz, die Sowjetunion. Sie ist 1955 in den Raum vorgedrungen, indem sie damals den Ägyptern Waffen verkaufte, und die Russen sind, als eine Konkurrenz der Amerikaner, bis in diese Jahre im Nahen Osten geblieben. Nun aber scheint es vorbei zu sein mit dieser Konkurrenz. Ein sehr wichtiger Einschnitt! Über 35 Jahre dauerte diese Supermachtrivalität. Die aussenpolitischen Fachleute, Diplomaten, Politiker, haben sich in erster Linie für diese Rivalität der Supermächte interessiert. Sie war lange Zeit der gemeinsame Nenner, auf den man alles zurückführen konnte. Die politischen Beobachter pflegten sich vor allem darum zu kümmern, ob die Amerikaner im Nahen Osten Fortschritte machten oder die Russen. Das Grossmachtringen in den grauen Zonen, wie man damals sagte, interessierte die politischen Beobachter in erster Linie. Damit scheint es nun vorbei zu sein.

Gysling: Was mich fasziniert, ist die Gleichzeitigkeit von Nähe und Ferne. In mir löst die Region mit ihren Konflikten Ambivalenz aus. Auf der einen Seite ist die geographische Nähe, wir sind mit dem Flugzeug in dreieinhalb, vier Stunden im Nahen Osten, in zwei Stunden sind wir bereits in Tunis. Es ist eine Region, die eigentlich direkt vor unserer Haustüre liegt. Es ist andererseits eine Welt mit Wertvorstellungen, in die wir uns schwer hineinfinden können, zu der wir ein ganz merkwürdig gespaltenes Verhältnis haben. Es gibt die Romantisierung des Nahen Ostens, des Arabischen, des Arabertums, bis hin zum Orientalismus, womit gemeint ist: das Edle, Schöne, Romantische, auch angeblich Sinnliche in der arabischen Welt und Mentalität wird in den Vordergrund gerückt. Im 19. Jahrhundert quoll die entsprechende Literatur förmlich über. Gérard de Nerval beispielsweise mit seiner «Reise in den Orient» – aber nicht nur er, so dass wir auf der einen Seite dieses geschönte Bild der Region haben, auf der andern Seite aber scheint die Region unheimlich, unberechenbar zu sein. Ihre Menschen reagieren angeblich nur emotional und nicht rational. Was meiner Meinung nach Unsinn ist – es ist genauso viel logisches Denken in der heutigen arabischen Welt vorhanden wie bei uns, aber die Bezugsebene ist eine andere. Dann kommt mit hinzu, dass ich eine Ambivalenz in dem Sinne erkenne,

als wir Europäer uns irgendwo mitverantwortlich fühlen. Das hat mit der Schaffung des Staates Israel, auch mit dem Kolonialismus zu tun. Eine Menge von Konfliktlinien laufen kreuz und quer durcheinander und sind schwer einzuordnen. Das löst in uns sowohl Faszination als auch Befremden aus. Und dann kommt noch etwas Drittes hinzu. Das haben wir ja alle zwar gewusst, aber wirklich entdeckt haben wir es erst, als in Iran Ayatollah Khomeiny die Macht übernahm. Die arabische Welt hat eine andere Prioritätenordnung als wir. Wir gehen davon aus, dass die Freiheit das höchste Gut ist, und wir nehmen als Folge eine Unsicherheit in Kauf. Wir sind selbst verantwortlich für jede einzelne unserer Handlungen und sind auch bereit, gegebenenfalls die Konsequenzen hieraus zu ziehen. Die islamisch-nahöstliche Welt hat uns gelehrt, dass es eine andere Prioritätenordnung geben kann, nämlich die Unfreiheit, die auf der andern Seite zu einer inneren Sicherheit führt. Ayatollah Khomeiny sagte: «Das darfst du, dann näherst du dich der göttlichen Gnade um einen kleinen Schritt mehr, aber wenn du das nicht befolgst, entfernst du dich von der göttlichen Gnade ein wenig.» Dieses System gibt den Menschen (das begreifen viele hier im Westen nicht) eine grosse innere Sicherheit.

Hottinger: Im Grunde ist es ja ein Auseinanderklaffen dieser zwei Welten, unserer Welt und der islamischen, zu dem es im Verlauf der Geschichte gekommen ist. Nehmen wir Ihren Gedanken, Herr Gysling, von der Freiheit und der Unfreiheit. Wir selbst hatten einmal eine Kultur, die in erster Linie durch die Religion und ihre Gebote bestimmt war und durch die Kirche, die sagte: «So darfst du, so darfst du nicht!» Im Islam ist das immer noch bis zu einem erstaunlichen Grade der Fall. Seit dem ausgehenden Mittelalter haben die beiden Kulturen sich auseinanderentwickelt. Auf der einen Seite des Mittelmeers wirken Renaissance, Reformation und Aufklärung und begründen den Vorrang von Rationalismus, Technologie und schliesslich industrieller Revolution; auf der anderen Seite des Mittelmeers bleibt das theozentrische Weltbild bestehen. Erst durch diese Entwicklung wird das Mittelmeer ein grosser Graben. Vor ihr gab es zwar zwei Religionen, und die beiden anerkannten sich nicht. Dante hat Mohammed als Ketzer verdammt, und zweifellos haben auch die Muslime mit Verachtung auf die Christen geschaut. Aber

im Grunde gab es im Mittelalter dennoch zwei Kulturen, die einander insofern ähnlich sind, als beide unter einem Gottesgesetz standen. Beide kannten sich gegenseitig. Besonders für die Muslime sind die Christen nie Fremde gewesen. Sie lebten in ihren Ländern als anerkannte Religionsgemeinschaft, zwar auf einer niedrigeren Ebene als die Muslime, doch deren Schutz unterstellt. Erst als wir im Westen eine rasante Entwicklung der Rationalisierung begannen, etwa mit Descartes, und die Trennung von Religion und Rationalität vollzogen, entstand der grosse Graben, der bis heute nicht mehr überbrückt werden konnte.

Wenn wir heute auf den Islam schauen, spricht das oft die romantischen Saiten in unserer Seele an, denn wir schauen auch zurück auf unsere eigene Vergangenheit, auf die Geborgenheit, die Harmonie, die im Mittelalter trotz aller Scheusslichkeiten und Armut bestanden. Unsere Romantik ist auch eine Rückschau auf unsere mittelalterliche Vergangenheit. Nicht umsonst haben die Romantiker die Gotik entdeckt und gleichzeitig die Vielzahl und die Verschiedenheiten der Völker. Unser romantisches Erbe hat direkt mit dem Interesse für andere Völker und andersgeartete Epochen zu tun. Man muss daher wohl zugeben, dass die Faszination des Islam auch mit Aspekten unserer eigenen Geschichte zusammenhängt, mit dem Mittelmeer, auf dem das Zusammenprallen der beiden Kulturen immer wieder stattgefunden hat, und mit der mittelalterlichen Vergangenheit Europas. Man sieht in einer komplexen Spiegelung, wie es auch einmal bei uns gewesen sein mag, mit längst vergangenen Vor- und Nachteilen.

Gysling: Finden Sie es nicht auch merkwürdig, wie wenig die beiden Gemeinschaften sich eigentlich gekannt haben? Es gab zwar Kontakte seit der Frühzeit des Islam. Aber wenn man die Berichte der Diplomaten oder der Reisenden quer durch die Geschichte liest, dann ist Fremdheit eigentlich immer das Dominierende gewesen. Man hat sich gegenseitig als kurios betrachtet. Es gab kaum intensive Befassung, intensive Beschäftigung der einen Seite mit der anderen. Man hat Äusserlichkeiten wahrgenommen und dass man in zwei Welten lebte. Im Islam gibt es eine klare Trennung in der Sprachgewohnheit: Dar al-Islam und Dar al-Harb. Das eine ist die Welt oder das Haus des Islam, auch des Sichergebens, des Sichfü-

gens, und das andere ist das Haus des Krieges, also das Fremde. Nicht dass man mit diesem Fremden immer im Krieg gestanden hätte. Eigentlich sind die Phasen des Krieges zwischen den beiden Welten erstaunlich kurz und erstaunlich selten gewesen. Es waren eher Phantasiegebilde, und beide Seiten nahmen wohl an, man habe so etwas wie eine Grauzone zwischen sich. Eine Zone, in der eine Art von gegenseitiger Duldung vorhanden war. Die Trennung in die zwei Welten blieb im grossen und ganzen doch Theorie. Aber das beschäftigt mich immer wieder: wie wenig man sich gegenseitig kennt.

Hottinger: Ich glaube, da muss man nuancieren. Die Muslime haben die Christen nicht als massgebend angesehen. Für sie war das Christentum eine mindere Religion und damit Kultur. Das war ja in der Tat lange Zeit wirklich der Fall gewesen. Wenn man zuerst die dominierende Kultur ist, dann bildet sich eine Verachtung der dominierten Kulturen heraus und die bleibt auch lange Zeit bestehen, wenn sich die Verhältnisse umkehren, wenn die andere einst unterlegene Kultur objektiv immer wichtiger wird. Das ist den Muslimen geschehen. Europa wurde immer mächtiger und bedeutungsvoller. Lange Jahrhunderte hindurch blieben zwar die Ottomanen kriegerisch noch überlegen, und bis ins späte 18. Jahrhundert hinein haben die Muslime gedacht, die Länder der europäischen Welt seien im Grunde unbedeutend, um sie brauchten sie sich gar nicht zu kümmern. Die Christen und die Juden waren für die Muslime ja altbekannt; sie herrschten über sie, die christlichen und jüdischen Minderheiten, in ihrem eigenen Land. Der Islam besass seine eigenen quasi gefangenen Christen, Juden und anderen Schutzbefohlenen, die von den Muslimen besiegt und ihnen unterstellt worden waren. In Europa aber entstand ein gegenläufiger Prozess. Ich habe einen entfernten Vorfahren, der hiess Johann Jacob Hottinger und hat den Koran übersetzt, lange bevor die Muslime sich je für christliche Theologie interessiert hätten. Mit dem Geist der Renaissance, der Suche des Wegs nach Indien, der den Muslimen übrigens seit Jahrhunderten bekannt war, mit der Aufklärung noch deutlicher, kommt in Europa ein Interesse für andere Kulturen auf. Man beginnt auf sie zu schauen als auf etwas ganz anderes und doch Verwandeltes, in dem man sich spiegeln und von dem man lernen kann.

Etwas, das Erkenntnis vermittelt und für das man sich daher interessiert. Das ist ein neuer Geist, der im Islam in der Frühzeit sehr wohl, aber später fast nie mehr vorgekommen ist.

Erst später, als die Überlegenheit der Europäer sich zu offenkundig erwies, sahen die Muslime sich gezwungen, von ihnen zu lernen und Elemente der europäischen Zivilisation zu übernehmen. Aber nicht freiwillig. Nicht aus der Grundhaltung heraus: ich möchte gerne mehr wissen, ich bin neugierig, ich möchte erfahren, wie die andern sind; sondern vielmehr gezwungen durch die überlegene Macht der fremden Europäer und Christen und deshalb immer unter einem Vorzeichen der Verpflichtung. Man *muss* von den anderen lernen, man tut es nicht freiwillig; deshalb tut man es im Grunde ungern. Keine Erforschung kommt zustande, sondern Imitation, erzwungene Übernahme. Das scheint mir eine Konstante zu sein, die durch die ganze Geschichte des 19. Jahrhunderts und bis heute hindurchgeht. Die beiden Kulturen haben sich verschieden verhalten, im Grunde, weil die Muslime zu Anfang erfolgreich waren und sich auf diesem Erfolg zur Ruhe gesetzt haben. Da sassen sie und sahen sich immer weniger veranlasst, auf andere Kulturen zu blicken. Während umgekehrt die europäische Kultur seit der Renaissance anfang, sich nach aussen zu wenden, sich für die anderen zu interessieren. Das war ja auch im Handel so. Die Venezianer fuhren nach Alexandria, aber nicht die Alexandriner nach Venedig. Die Neugier der Renaissance war etwas Ungewohntes, das in Europa das Verhältnis der beiden Kulturen zueinander veränderte.

Gysling: Zwei Anmerkungen dazu. In der Frühzeit, als die beiden Welten miteinander in Kontakt kamen, haben jene Araber, die nach Europa kamen, unsere Vielfalt, die Sprachenvielfalt, die kulturelle Vielfalt als etwas Nachteiliges und Rückständiges betrachtet. Denn sie waren der Auffassung: wo es Zivilisation gibt, herrscht *eine* Sprache und *eine* Kultur, herrscht an sich auch *eine* Religion. Die Einheit, die Vereinheitlichung, die wir von unserem westlichen Denken her eher als etwas Negatives betrachten, gilt von dort aus gesehen als etwas Positives, unsere Vielfalt aber als etwas Barbarisches. Und das zweite, was Sie auch sagten, kann man noch so ergänzen: Es gibt ja im Islam auf der einen Seite eine Vorschrift, keine Neuerungen anzunehmen. Neuerungen müssen abgelehnt werden. Es gibt aber

eine Erlaubnis oder eine Ausnahmebestimmung, die besagt, wenn man sich durch Neuerungen selbst stärken kann, also wenn man beispielsweise die gegnerische Waffentechnologie annimmt von den Fremden, dann ist das wiederum gestattet. Darüber muss ich immer wieder nachdenken, wenn man über den Iran-Contra-Skandal spricht, da haben die Iraner nämlich genau das getan. Sie haben versucht, sich gegenüber dem Westen abzugrenzen, aber die Waffen haben sie von den Amerikanern dennoch angenommen.

Hottinger: Und das ist eine Konstante, die man schon seit Ende des 18. Jahrhunderts beobachten kann, als die Ottomanen sich gezwungen sahen, die Heeresordnung der europäischen Heere zu übernehmen, dann die Waffen, dann die Uniformen und dann die Industrie, die diese Uniformen und das Schiesspulver herstellte, und so kommt die Lawine der sogenannten «Verwestlichung» in Gang. Ganz bestimmt ist es heute noch so mit den Neuerungen. Es gibt eine Wandlung in der islamischen Geschichte. Immer mehr wird der Begriff «Neuerung» (*bid'a*) als etwas Negatives aufgefasst. Man will dem alten Vorbild des Propheten nachleben, alles Neue gilt als unförmig und daher verdächtig. Das ist ein Produkt der späten, nicht mehr sehr kreativen Zeit. Man hatte zuvor im 9. und 10. Jahrhundert sehr intensiv diskutiert und Neuerungen eingeführt. Damals gab es eine islamische Philosophie ...

Gysling: ... Bis das Tor des *Ijtihad* geschlossen wurde.

Hottinger: Genau. Und die Schliessung des Tores des *Ijtihad* ist bestimmt ein Einschnitt in der Geistesgeschichte der islamischen Kultur, mindestens einer der Gründe für die Stagnation, die seither besteht. Sie dauerte bis zur Renaissance des Arabertums im späteren 19. und frühen 20. Jahrhundert. Ja, im Grunde ist sie immer noch da. An den Universitäten zum Beispiel hat man den Eindruck, es gebe kaum ein arabisches Institut, vielleicht kaum ein muslimisches, wo wirklich Forschung im europäischen Sinn betrieben wird. Die Japaner haben den europäischen Forschungsbegriff übernommen, aber andere nichteuropäische Kulturen – das geht nun weiter als der Islam – wohl bisher nicht oder in viel geringerem Masse. Der Grund hierfür liegt darin, dass man immer noch ein traditionelles Verhältnis zum Wissen hat: man lernt aus dem Buch, man lernt das Buch auswendig, man beherrscht es dann und wird so ein Wissen-

der. *Ilm*, das Wissen und die Wissenschaft, ist ein und dasselbe Wort. Diese Art Wissen kann man lernen, indem man es auswendig lernt und es dann besitzt. Doch etwas Neues zu erforschen, zu entdecken, zum bestehenden Schatz des Wissens einzubringen, das ist im Islam immer eine sehr fragwürdige Sache geblieben. Dies schon seit der erwähnten Schliessung des Tores des *Ijtihad*, das heisst der eigenen Wahrheitsfindung, im späten 9., frühen 10. Jahrhundert. Die symbolische Jahreszahl ist die des Todes des grossen Mystikers al-Ghazali, 1111 der christlichen Zeitrechnung. Das war so ungefähr das Ende der kreativen Epoche. Und bei uns fängt sie damals überhaupt erst an. Als die Araber nach 750 nach Spanien kamen, war die Vielfalt der Völker, die sie dort antrafen, ziemlich barbarisch. Sie konnten da in aller Zuversicht auf diese Barbaren hinunterschauen. Die Entwicklung Europas seither haben sie aber dann nicht wirklich zur Kenntnis genommen, bis sie es unter Zwang tun mussten. Damals war es für sie spät, fast zu spät.

Gysling: Nun ist Stagnation ein Phänomen, auf das wir als Westler möglicherweise so reagieren würden: wir müssen etwas Neues suchen und finden. Die Araber hingegen, als sie entdeckten, dass sie sich in einer Phase der Stagnation befanden, begannen sich zurückzuwenden und sagten: warum sind wir eigentlich schwach geworden, warum sind wir vom Pfad des Sieges abgedrängt worden? Man kam zur Schlussfolgerung: weil wir vom rechten Lebenspfad, vom rechten Glauben abgewichen sind. Also lautete das Rezept: zurück in die Situation des Kalifates von Medina, zurück in die eigentliche strikte Gottesherrschaft aus Politik und Religion. Also ein Sich-Zurückwenden zur Wiedererlangung der verlorenen Stärke. Auch ein merkwürdiges Phänomen.

Hottinger: Sicher. Ich glaube jedoch, man darf es nicht überschätzen. Nehmen wir etwa die Renaissance: in Italien war das ja auch ein Rückgriff auf die Antike. Nur dass man in dieser Antike allerhand sah, was man für ein neues Leben gebrauchen konnte, Ansätze, an denen man dann weiter gearbeitet hat. Doch auch unsere Renaissance fängt an mit einem Rückgriff. Die arabische *Nahda*, was so etwas heisst wie Renaissance, macht etwas Ähnliches, sie versuchte zurückzugreifen auf die klassische arabische Zeit und hatte dabei einen gewissen Erfolg. Es gelang damals, in Anlehnung an die grosse

Zeit, eine allgemeine arabische Sprache zu schaffen, die in der Lage war, die zeitgemässe europäische Kultur zu reflektieren und damit zu übernehmen. Damals im 19. Jahrhundert hat man zum Beispiel zum erstenmal Homer ins Arabische übersetzt. Aber dann kam eben das Problem mit dem Islam, mit der Einbindung der arabischen Kultur in den Islam, und darum dreht sich noch heute die innere Diskussion. Die Islamisten, die zur vorbildlichen Zeit des Propheten zurückkehren wollen, sind keineswegs die einzigen, die glauben, sagen zu können, wo der Weg in die Zukunft durchgehen soll. Aber es sind heute die lautesten. Und die sagen nun wirklich, wir müssen uns zum Gottesstaat zurückbegeben, den Mohammed begründet hat. Diesen Gottesstaat hat es allerdings in der späteren islamischen Geschichte nie mehr gegeben. Die Abbasiden und die Umajjaden, die Dynastien der grossen klassischen Zeit, bildeten keineswegs einen islamischen Gottesstaat. In der historischen Realität gab es ihn wohl nur zur Zeit Mohammeds. Es war damals ein Kleinstaat, eine minoritäre Gruppe in der Stadt Mekka, dann zum erstenmal eine Stadt beherrschend in Medina, die unter der Führung des Propheten einen Staat bildete. Er alleine ist das eigentliche Vorbild, auf das die strengen Islamisten hinzielen. Dahin möchten sie. Von den Abbasiden und von den Umajjaden reden sie relativ wenig. Sie sagen nur: jene klassischen muslimischen Reiche waren natürlich viel erfolgreicher, viel bedeutender als eure Zivilisation in jener Zeit (vom 8. bis zum 13. Jahrhundert); was auch stimmt, aber sie sagen nicht: das ist unser Vorbild. Denn damals gab es eine ziemlich klare Trennung zwischen den staatlichen und den religiösen Belangen. Obgleich die Islamisten behaupten, Staat und Religion, Politik und Islam könnten nicht getrennt werden. Der Emir, der Herrscher, pflegte sogar Gericht zu halten, und sein Gericht urteilte nicht nach dem Gottesgesetz, sondern nach dem Gutachten und Wunsch des Herrschers, oft entsprechend seinen eigenen Machtbedürfnissen. Nur gerade gewisse Teile des Gottesgesetzes, der *Schari'a*, waren permanent gültig: Familien-, Erbrecht; schon im Strafrecht wurde die berühmte koranische Vorschrift mit dem Handabschneiden nicht systematisch gehandhabt. Auch nicht in der grossen klassischen Zeit. Allgemein gab es ein Auseinanderklaffen zwischen Staat und Gottesstaat, um nicht zu sagen Staat und Religion, schon früh,

in der klassischen Zeit des Islam. Heute wird das von den Leuten unterstrichen, die anfangen, gegen den Islamismus zu protestieren. Es gibt erste Bücher darüber auch aus orientalischer Feder. Ein interessantes heisst «The Struggle within Islam» und stammt von einem indischen Muslim, Rafiq Zaharia, der in Bombay lebt. Dort wird sehr klar dargestellt, dass eines der grossen Themen der islamischen Geschichte das Ringen zwischen dem Ideal des Gottesstaates und der tatsächlichen Politik der Machtfragen ist. Das Werk bringt die erstaunlichsten Belege dafür, wie die beiden immer wieder doch auseinanderklaffen. Obwohl die Islamisten dogmatisch sagen, Politik und Religion seien im Islam eine einzige Sache.

Gysling: Der islamische Fundamentalismus wurde aus der Defensive gegenüber dem Westen geboren. Der Westen hatte in ungeheuer starker Art und Weise wirtschaftlich, auch politisch, auch geistig, den Nahen Osten zu dominieren begonnen. Dagegen hat sich der Fundamentalismus, auch der Islamismus damals gewandt. Die Defensive ist oft im Alltag erkennbar. Wie kam es, dass jetzt in Algerien die Fundamentalisten soviel Erfolg haben konnten, wie kam es, dass in Ägypten die Fundamentalisten insbesondere an den Universitäten soviel Erfolg haben? Es hat natürlich in sehr direkter Art mit den Veränderungen im Gesellschaftlichen zu tun. Die Auflösung der Familiengesellschaft, der eher ländlich orientierten Gesellschaft, die Urbanisierung, die dazu führte, dass auch Frauen berufstätig wurden, dass die strikte Trennung zwischen den Geschlechtern nicht mehr so durchgeführt werden konnte, wie das traditions-gemäss eingeplant gewesen war. Das hat zu Verunsicherungen geführt. Auf dieser Ebene haben die Islamisten, die Fundamentalisten einiges an Erfolgen ernten können. Oder nehmen wir Algerien als ein weiteres Beispiel. Algerien, in dem die Mehrheit der Bevölkerung jünger ist als 15 Jahre und wo eine rasche Auflösung der traditionellen Gesellschaft stattfindet, jetzt noch einmal, quasi wie eine Nachwelle, nach dem Krieg zwischen FLN und den Franzosen. Darauf basiert ein grosser Teil des Erfolgs der Islamisten.

Hottinger: Und darf ich vielleicht noch schärfer sagen: Der Islamismus ist eine Folge von Alienation, das heisst von Entfremdung. Die Muslime empfinden: «Unsere eigene Kultur ist überlagert worden von sehr viel Fremdem, und das Fremde ist nicht immer schön

und richtig gewesen, es hat oft schlecht funktioniert. Z.B. die modernen Wirtschaftsbemühungen haben sich nicht als erfolgreich erwiesen.» Die Bilder, wie «unser Wirtschaftsleben» hätte werden sollen, werden täglich vom Fernsehen vorgeführt, wobei diese Bilder natürlich nicht realistisch sind. Sie spiegeln vor, wie gut das Leben in der sogenannten entwickelten Welt sei, und an ihnen, nicht an der entfernten amerikanischen oder europäischen Realität, misst man dann den Misserfolg der arabischen Moderne, ihrer «Verwestlichung». Bei gewissen Gruppen kommt eine Reaktion darauf zustande. Sie entdecken: das kann nicht der Weg sein, wir müssen einen andern, eigenen finden. Der Rückgriff auf den Islam liegt dann sehr nahe. Im Koran steht: «Ihr seid das beste Volk, hervorgebracht zum Wohl der Menschheit.» (3/111). Deshalb schliesst man: «Wenn wir uns ganz genau nach dem Gesetz verhalten, werden wir wieder zur besten aller Gemeinschaften werden; ein Gotteswunder wird dann geschehen.» In diesem Sinn ist der Islamismus eine Folge der westlichen Überlagerung der muslimischen Zivilisation.

Gysling: Und nicht vergessen darf man, dass für uns sehr positiv besetzte Begriffe wie Demokratie in einer islamisch-nahöstlichen Welt gar nicht unbedingt positiv gewertet werden. In der Demokratie werden Gesetze von uns Menschen gemacht, aber im Islam kann ein Mensch eigentlich gar keine Gesetze machen. Das Gesetz ist von Gott gemacht und durch den Koran uns Menschen mitgeteilt worden. Im Grunde genommen ist das, was man in der Demokratie tut, bereits eine Art von Blasphemie.

Hottinger: Das würde ich nicht sagen. Man kann das alles auch ganz anders interpretieren. Aber zweifellos ist das der islamistische Standpunkt, wenn auch nicht der islamische Standpunkt. Denn in der grossen ottomanischen Zeit zum Beispiel gibt es *Kanun*, das heisst nun eben nicht Gesetz, sondern Regelung, und die Regelungen wurden von Süleyman Kanuni (1520–1566), dem grössten der ottomanischen Herrscher, den die Türken Kanuni nennen, den Gesetzgeber (wir sagen «der Prächtige»), aufgestellt. Mit diesen Regelungen, die nichts anderes waren, als was wir im Westen Gesetze nennen, ist man ein paar hundert Jahre lang gut gefahren. Man kann nicht behaupten, dass das unislamisch sei, obgleich die heutigen Islamisten das tun. Man muss nur dafür sorgen, dass klare

Trennungslinien da sind. Es gibt das Gottesgesetz, ein solches gibt es ja auch im Judentum, den Talmud, und es kann daneben staatliche Gesetze geben, die nicht den gleichen religiösen Rang haben mögen, aber für die nächsten paar hundert Jahre durchaus gültig sein können. Solche Lösungen wurden getroffen. Doch hier stösst man auch wieder auf die Frage der Alienation. Die Gesetze der modernen Staaten beruhen heute oft auf dem Code Napoléon. Sie sind nicht von Süleyman Kanuni, einem einheimischen Herrscher erlassen, sondern von weit her, aus grosser physischer und psychischer Entfernung importiert. Sie kommen in diesem Fall aus Paris und wirken schon deshalb fremd. Doch dazu kommt, dass der ganze Staat, der sich «verwestlicht», nun plötzlich nach ganz andern Gesetzen funktionieren soll. Er hat gar keine islamischen Strukturen mehr, er ist ein Abklatsch der westlichen Staaten geworden, und dann erfolgt der grosse Protest. Nun entsteht der Wille: ganz zurück zum idealen Gottesstaat, den es, jedenfalls seit Mohammed, überhaupt nie mehr gegeben hat. Mir scheint wichtig, dass man die Thesen der Islami- sten nicht leichtfertig übernehmen darf. Man muss sie kennen, aber man soll nicht glauben, dass die islamischen Gesellschaften je entsprechend diesen Thesen funktioniert haben. Der Ruf: «Zurück zum Gottesstaat der Schari' al!» wird von einer kleinen Gruppe erhoben, die sich in der heutigen verwestlichten Welt so wenig zurecht findet, dass sie nun radikal gegen sie durchgreifen will, und die gar nicht weiss, was die Folgen dieses radikalen Durchgreifens tatsächlich sein werden.

Gysling: Aber gehen wir doch noch einmal zurück zu dem Zeitpunkt, als die Wege der beiden Gemeinschaften sich scheinbar einander annäherten, als die arabische Welt einen grossen Teil des Wissens, das unsere Kultur prägt, aufgenommen, bewahrt und verarbeitet hat.

Hottinger: Es gibt eine grosse, kreative Epoche der Araber, die ungefähr bis 1000, spätestens 1100 geht; in Spanien, Marokko dauert sie etwas länger, und im Osten hört sie schon etwas früher auf. Die Kreativität jener Zeiten wurde unter anderem dadurch stimuliert, dass die Araber damals das griechische Erbe aufgenommen haben. Nicht so sehr das literarische, aber weitgehend das wissenschaftliche und das philosophische. Die Vermittlung ging oft über Zwischenvöl-

ker wie die Syrer und Nestorianer, die griechischen Texte des Altertums wurden oft in die Sprachen dieser Völker und aus ihnen weiter ins Arabische übersetzt. Die griechische Kultur war damals noch eine lebendige Kultur in Byzanz. Und Byzanz als dritte Kraft im Mittelmeer ist auch etwas, auf das man hinweisen muss. Die Aufnahme des antiken Erbes durch die Araber ist für die Araber selbst sehr fruchtbar gewesen. In ihrer grossen Zeit gab es ein *Dar al-Hikma* (Haus der Weisheit) am abbasidischen Hof in Bagdad, wo man systematisch aus dem Griechischen «Weisheit», Hikma heisst Weisheit, übersetzt hat: Philosophie, Mathematik, Wissenschaften, Medizin, die ganze Aufarbeitung des Kosmos durch die Griechen ist damals in das Arabische eingeflossen. Es gab bezeichnenderweise gewisse Dinge, die man nicht aufnehmen konnte, etwa alles, was mit den griechischen Göttern zu tun hatte. Die Vielgötterei der Griechen war etwas, was die muslimischen Araber nicht aufnehmen konnten und wollten. Homer wurde wie schon erwähnt erst im 19. Jahrhundert ins Arabische übersetzt. Mit den Übersetzungen entstand ein reicher Schatz von arabisch geschriebenen griechischen wissenschaftlichen und philosophischen Klassikern, der später direkt auf Europa eingewirkt hat. In der Medizin ist es wahrscheinlich am deutlichsten, Galen gelangte übers Arabische ins Lateinische, und er blieb ein Klassiker der Medizin bis 1700 in Padua. Es gibt Texte von Aristoteles, die wir bis heute nur in der arabischen Übersetzung, nicht im griechischen Original, kennen, und im Mittelalter sind die grossen Werke dieses Philosophen fast alle über das Arabische ins Lateinische übertragen worden. Erst viel später, nach der Eroberung von Konstantinopel (1453) wandern die griechischen Texte direkt nach Italien und werden dort unvermittelt aufgenommen. Die grossen arabischen Kommentatoren der philosophischen Klassiker spielen eine ganz besondere Rolle. Eine der Hauptaktivitäten der grossen arabischen Philosophen wie Ibn Sina (Avicenna) und Ibn Rushd (Averroes) war das Kommentieren der aristotelischen Schriften, wobei man damals als aristotelische Schriften auch die heute als nichtaristotelisch erkannten späteren neoplatonischen Schriften mit aufnahm. Die Kommentare der arabischen Philosophen zielten darauf ab, nachzuweisen, dass die Religion und die rationale Analyse dieser Welt letzten Endes übereinstimme. Und diese Kommentare,

vor allem der grosse Kommentar des Ibn Rushd, haben dann auf unsere Scholastik eingewirkt.

Gysling: Nun haben Sie gesagt, das Tor des *Ijtihad* wurde geschlossen, also die Interpretation, das eigene Weiterforschen sei nicht mehr möglich gewesen. Wir haben noch nicht darüber gesprochen, warum das denn damals geschehen ist. Was ist Ihre Analyse?

Hottinger: Das ist natürlich eine geschichtsphilosophische Frage, die sich nur schwer eindeutig beantworten lässt. Es gibt eben Staginations- und Erschöpfungsperioden in der Geschichte der Zivilisationen. Die grosse Zeit der Abbasiden ging vorbei, ihr folgte eine Zeit der politischen Kämpfe und der inneren theologischen Auseinandersetzungen unter den Arabern, wobei das Theologische immer auch seine sozialpolitischen Aspekte aufweist. Die *Schia* war die Opposition sowohl im theologischen wie auch im sozialen Sinne. Jene Abkömmlinge des Propheten, die nicht regierten, aber an die Regierung wollten, errichteten ihre eigene Herrschaft in Kairo und spalteten das Reich. Es kam zu einer Epoche der bürgerkriegähnlichen Auseinandersetzungen innerhalb des Hauses des Islam. Ihr folgte eine Neuordnung, türkische Krieger haben zuerst die abbasischen Kalifen bevormundet und schliesslich die Herrschaft übernommen. Einer ihrer Wesire, Nizam ul-Mulk, ein Perser, der für einen türkischen Herrscher wirkte, hat zum erstenmal staatliche Schulen errichtet, in denen der sunnitische Normal-Islam gelehrt wurde. Man nennt sie *Madrase*, was oft als «Lehrschule» übersetzt wird. Das waren theologisch ausgerichtete Universitäten, die vom Staat unterstützt wurden und den Islam als eine einheitliche Lehre durchsetzten. Dabei wurde das Tor des *Ijtihad* endgültig geschlossen. Es gab nun eine orthodoxe Lehre, die vom Staat propagiert wurde. Sie war mit dem Staat insofern verbunden, als der Staat Ordnung, keine Unruhe wollte und orthodox ausgebildete Rechtsfachleute und Theologen als seine Funktionäre einsetzte. Geistesgeschichtlich parallel zu dieser Entwicklung beginnt man mit dem Sammeln des bestehenden Wissens. Man fängt an, Enzyklopädien zu schreiben, statt das bisherige Wissen vorantreiben zu wollen. Es ist die Zeit der grossen vielbändigen Gesamtwerke, und später kommt ein weiterer Schritt, man kürzt diese Gesamtwerke ab zum Muhtasar, dem Handbuch, der Kurzfassung, die den Studenten

dient. Die Enzyklopädien werden zu Lehrbüchern für die Studenten. Die Weite des bisherigen Geisteslebens wird dadurch zuerst einmal niedergelegt und festgeschrieben, dann reduziert.

Natürlich spielen in dieser Zeit allerhand politische und soziale Ereignisse eine Rolle. Die Mongolen kommen aus Innerasien und werfen die bisherige Zivilisation zu Boden. Sie zerstören Iran, plündern Bagdad, beenden das Kalifat 1258. Es folgt eine lange harte Zeit, in der die islamische Zivilisation sich wieder entwickelt bis zu einer Neublüte eigener Art unter den Türken, unter den persischen Safawiden und den Moguls von Indien. Das sind drei Grossreiche, die um 1500 erstehen. Eine Periode der Zersplitterung, in der die inneren Kämpfe überhandnehmen, wird abgelöst durch jene eines neuen Volkes, der Türken, die als Eroberer auftreten, eine Disziplinierung, Zusammenfassung, Systematisierung bewirken, die im arabischen Raum bis zur Abkürzung, zur Reduktion vorangetrieben wird, während neue Reiche am Rande der arabischen Welt eine zweite Blüte der muslimischen Kultur hervorbringen. Bei den Safawiden, Ottomanen, Mogulkaisern kommt es zu einer grossen Expansion der bildenden Künste, etwa der Malerei und der Architektur, aber im Dogmatischen, im Philosophischen und in der Geistesgeschichte ist eine gewisse Stagnation zu verzeichnen. Die Mystik gewinnt immer grössere Bedeutung. Die schöpferischen Geister haben sich seit der Systematisierung durch die Türken vor allem der Mystik zugewandt. Man sieht das sehr deutlich in der Literatur. Die schöngeistige Literatur wird immer mystischer. Die grossen Epen der Perser sind zuerst einmal mit Firdausi echte Abenteuergeschichten und Sagen, historische Epen, Rittergeschichten würden wir sagen, doch sie werden sehr schnell mystische Geschichten mit Doppelsinn. Einerseits erzählt man eine Geschichte, aber indirekt handelt man vom Aufstieg der Seele in die höheren Sphären, von der Verbindung zwischen Seele und Gott. Das ganze Epos oder Gedicht wird mehr und mehr eine Illustration oder ein Symbol dieses Aufstieges. Allgemein wird die kreative Schicht unter den muslimischen Intellektuellen immer mystischer. Indem sie sich der Gottessuche zuwendet, entsagt sie der Welt, interessiert sich kaum mehr für ihre materiellen Belange. Die Suche nach dem direkten Weg zu Gott rückt ins Zentrum des Geisteslebens. Die Mystiker

gründen Schulen und Orden, in denen sie gemeinsam leben. Sie ziehen sich von der Welt zurück und überlassen diese nun den Soldaten und Machthabern. Diese Haltung dauert an bis zur Zeit der europäischen Überlagerung.

Herausforderungen der neuen Zeit

Gysling: Jetzt sind wir immer noch beim Thema, was uns am Nahen Osten fasziniert, was uns irritiert, warum die Region für uns derart bedeutsam ist. Vielleicht können wir den Sprung in die Gegenwart wagen und uns den Themen Wirtschaft, Strategie, dem Thema des Militärischen zuwenden. Wir wissen seit 1973: der Westen fühlt sich abhängig vom nahöstlichen Erdöl, der Westen ist in einer ambivalenten Situation auch hier. Er möchte auf der einen Seite eine gesicherte Erdölbelieferung durch die arabischen Staaten, er möchte auf der andern Seite insbesondere von Washington aus quasi privilegierte, ja sogar fast schon exklusive Beziehungen mit Israel, und irgendwann gelingt beides nicht mehr vollständig, ohne dass man in einen Konflikt mit sich selbst, in einen internen Interessenkonflikt gerät. Die Erdölkrise, die wir 1973 zum erstenmal in voller Wucht gefühlt haben, wurde dann bis zum Ausbruch des Irak-Kuwait-Konflikts verdrängt. Die Preise des Erdöls gingen 17 Jahre lang nicht so hoch, wie man damals gedacht hatte. Die OPEC ist nicht zu jener Macht geworden, wie man es eine Zeitlang befürchtet hat. Das zweite ist, dass in der Folge der Erdölkrise von 1973 der Nahe Osten zu einer entwicklungsfähigen Region wurde, indem die westlichen Unternehmen riesige Möglichkeiten erhielten, dort selbst zu investieren und einen grossen Teil des Profites selbst zu realisieren. In der Zeit zwischen 1973 und 1991 wurden in zahlreichen Staaten die grossen Infrastrukturaufgaben allerdings bereits erfüllt. Saudiarabien braucht wohl gar nicht mehr derart viel an Mitteln wie früher, weil die grossen Projekte, Flughäfen, Autobahnen usw., realisiert sind. Ich bin mir nicht sicher bei der Frage, ob daher die wirtschaftliche Bedeutung des Nahen Ostens für unsere Welt wieder absinkt.

Hottinger: Im Augenblick ist Erdöl im Überfluss vorhanden. Ausser in der Golfregion wird es jedoch in absehbarer Zeit knapp wer-

den. Sogar Algerien wird bald einmal ans Ende seiner Förderungskapazitäten kommen; die Nordsee wird in spätestens zwei bis drei Jahrzehnten erschöpft sein. Die grossen Vorräte, von denen wir heute wissen, wahrscheinlich sind es überhaupt die grössten, die es auf der Welt gibt, liegen am Golf. Die Araber sind sich dessen sehr bewusst. In Saudiarabien glauben die Intellektuellen, die an die Zukunft denken, die grosse Zeit fange erst um 2000 oder 2010 an, dann erst würden die Saudis ganz bedeutende Leute, denn dann müssten die Europäer alle an den Golf kommen und die Produzentenländer würden festlegen, was das Erdöl kostet.

Ob das dann genauso gespielt wird, ist eine ganz andere Frage. Natürlich kommt es darauf an, ob es bis dann einen Ersatz geben wird. Wird bis dann die berühmte Fusion der Atomkraft industriell möglich sein? Auch die Umweltfragen werden immer wichtiger werden. Werden wir im Jahr 2020 überhaupt noch so viel Öl verbrennen wollen, oder ersticken wir dann bereits in unserer heissen Luft? Solche Fragen sind noch offen. Doch die Araber glauben, ihre Wirtschaftspotenz werde im kommenden Jahrhundert noch ganz anders anwachsen, und das ist eine rationale Analyse, nicht eine Wunschanalyse. Die grossen Vorräte lagern tatsächlich am Golf. Auch im Irak wird immer mehr Erdöl entdeckt. Die Vorräte von Kuwait und von Saudiarabien reichen bei der heutigen Förderung über 100 Jahre aus. Wenn die anderen, nicht arabischen Ölvorräte sich dem Ende zuneigen, wird natürlich das Recycling wieder aktuell. Der Westen muss dann dafür sorgen, dass er diesen Leuten mit dem vielen Öl auch etwas verkaufen kann. Aber was? Die Infrastrukturen am Golf sind weitgehend gebaut, sie müssen aber instand gehalten werden. Die Instandhaltung ist schon heute ein grosses Geschäft. Die Gesellschaft in den Erdölstaaten will immer besser leben. Es wird auch immer mehr Saudis geben. Ihr Geburtenzuwachs liegt bei über 3 Prozent jährlich. Schon heute essen die Beduinen alle Käse aus Australien und Neuseeland. Er kommt in Büchsen an, und man sieht grosse Haufen von rostigen Büchsen in der Wüste lagern. Kamelfutter kommt auch schon auf dem Seeweg in pillenartiger Form, so dass die Kamele nicht immer nur frisches Gras fressen müssen. Es wird immer einen gewaltigen Bedarf an Fahrzeugen geben. Riesige Strecken Wüste müssen überwunden werden, und der

Bedarf an Autos und Flugzeugen wird bestimmt lange Zeit anhalten. Es wird wohl keinen Mangel an Bedarf geben, aber die westliche Industrie wird beständig umstellen müssen. Sie kann nicht darauf zählen, dass sie immer weiter Traktoren und Strassenbaumaschinen wird verkaufen können. Die Strassen sind gebaut.

Gysling: Wenn man jetzt ins Jahr 2000 schaut und sich das überlegt, was Sie in bezug auf die längerfristig wieder steigende Bedeutung der Erdölstaaten sagen, sieht man auf der andern Seite ja auch, dass die Probleme jener Staaten im Nahen Osten, die kein Erdöl haben, ebenfalls wachsen werden. In Ägypten sicherlich, das jetzt etwa knappe 60 Millionen Einwohner und im Jahr 2000 möglicherweise gegen 100, bis zum Jahr 2050 weit über 100 Millionen Menschen hat. Das zum Beispiel jetzt schon fast keine Wasserreserven mehr hat. 98 Prozent des Wassers, das in Ägypten überhaupt genutzt werden kann, werden bereits genutzt. Wie wird das werden im Jahr 2000? Und wie wird sich diese Gesellschaft überhaupt entwickeln? Sehen Sie, dass das Gefälle zwischen den reichen Staaten und den Problemstaaten im Nahen Osten drastisch ansteigen wird?

Hottinger: Ich sehe nichts anderes. Wie das genau werden wird, wissen wir nicht, der Bevölkerungszuwachs ist ausserordentlich ernst zu nehmen, er ist vollkommen ausser Kontrolle: eine Million Türken mehr jedes Jahr, eine Million Perser mehr jedes Jahr, anderthalb Millionen Ägypter mehr jedes Jahr, eine Million mehr Nordafrikaner und darüber hinaus noch einmal eine gute halbe Million Syrer, Iraker und Jemeniten jedes Jahr. Kein Wasser schon heute. Und die Wasserprobleme werden zweifellos immer bedeutender werden; das weiss man schon, nur wie man sie lösen soll, weiss man nicht.

Die Lösung der Saudis ist ja auch provisorisch, sie brauchen teilweise fossiles Wasser, das sie tief in der Erde holen und von dem man annehmen muss, dass es sich nicht regeneriert, dass es nicht nachfließt, obwohl man das noch nicht mit Sicherheit weiss. Daneben wird in den Golfstaaten Meerwasser entsalzt. Dazu braucht man viel Energie, und man gelangt damit an die ökologische Barriere. Wie lange kann man Meerwasser entsalzen und die Gase einfach in den Äther entweichen lassen? Man wird künftig sicher mehr und mehr entsalzen müssen. Für die energiereichen Wüstenländer ist das zwar teuer, aber nicht untragbar. Doch die Luftverschmutzung wird zunehmen.

Der Gegensatz zwischen Erdölstaaten und Nichterdölstaaten wird zweifellos zunehmen, und die Abhängigkeit der Nichterdölstaaten von den Erdölstaaten dürfte auch wachsen. Und da ist nun ein soziales Problem. Die Erdölstaaten sind fast alle, Ausnahmen sind Irak und Algerien, traditionell regiert. Von altabgestammten Herrscherfamilien, Königen, Emiren, die ihre eigenen Vorstellungen von Politik haben. Es ist weitgehend Familienpolitik, man glaubt an das Recht der herrschenden Familie, über Land, Erdöl und Politik zu verfügen. Daneben gibt es die Proletarierstaaten, die meist einer Form von Militärdiktatur unterstehen. Manchmal versuchen sie den Übergang zu einer Form der Demokratie; doch man weiss nicht, ob diese Experimente wirklich gelingen werden. Sie sind schwer zum Erfolg zu führen, gerade angesichts des Bevölkerungszuwachses und der Armut. Diese grösseren und älteren Staaten haben eine nationale Regierungsform. Eine viel grössere Masse von Menschen, die in vielen Ländern unter einer armen, verschuldeten Regierung steht und mehr oder weniger – eher schlecht als recht – nach den Befehlen dieses Regimes leben muss. Die Gegensätze zwischen den Staaten der wenigen Reichen und jenen der vielen Armen müssen irgendwie gelöst werden. Aber vorläufig ist es eben so, dass die traditionellen Herrscherfamilien in den Kleinstaaten letzten Endes über das meiste Öl verfügen. Sie wissen, ein grosser Teil von dem Ölgeld muss an ihre Bevölkerung gehen, damit diese sich nicht gegen ihre traditionellen Herren erhebt. Aber sie sind keineswegs gewillt, das Geld nun an alle Araber ausserhalb ihrer Wüstenstaaten abzugeben. Der Druck der Armen auf die Reichen hatte sich in den letzten Jahren durch Wanderungen ausgeglichen. Hunderttausende von Ägyptern wanderten in die Ölländer, um dort zu arbeiten. Sie stehen aber in Konkurrenz mit anderen Hunderttausenden von Indern und von Pakistanern und von Balutschen, sogar von Thailändern, Koreanern und Philippinern, die da auch mitverdienen wollen. Die traditionellen Herrscher sagen ganz offen, oft arbeiten z.B. die Koreaner besser, und dann stellen wir eben die an. Araber können auch politisch riskant sein. Sie können mitreden wollen; die Koreaner sagen nichts, sie verstehen nicht einmal, was unsere Politik ist, und mischen sich nicht ein. Araber erheben politische Ansprüche, deshalb muss man sie beaufsichtigen und darf sie auch zahlenmässig nicht überhand-

nehmen lassen. In Kuwait waren die Verhältnisse besonders drastisch. Vor der jüngsten irakischen Invasion gab es wenige Kuwaiter Bürger und viele Zugewanderte. Die Zugewanderten waren etwa drei Mal so zahlreich wie die Einheimischen. Die Araber unter diesen Zugewanderten stellten immer politische Risiken dar. Manche liessen sich von den Nachbarregimen einspannen. Andere wollten um politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung in Kuwait kämpfen und suchten Kontakte zur kuwaitischen Opposition.

Gysling: Dafür sorgte dann jedoch die palästinensische Bevölkerung.

Hottinger: Natürlich. Sicher, die Palästinenser waren die aktivsten, die Ägypter waren viel braver, denn die Palästinenser haben besondere Gründe für ihre politisch aktive Haltung. Ein Inder jedoch redet politisch nicht mit. Seine Politik macht er in Indien, ein Pakistaner macht sie in Pakistan. In den arabischen Ölländern sind sie ausschliesslich zum Geldverdienen. Grade aus diesem Grunde hat man in den Erdölländern gerne nicht-arabische Fremdarbeiter eingestellt, sie sollten ein Gegengewicht zu den Arabern abgeben. Es gab kein arabisches Denken im Wirtschaftlichen. Vielmehr ein Stammesdenken im Interesse des engen Bezirks, der seinerzeit von den Kolonialstaaten abgegrenzt worden war.

Gysling: Wenn man sich die Langzeitperspektive anschaut, muss man sich fragen, ob der Westen gegenüber dem Nahen Osten eine Politik betreibt, die diesen Entwicklungen Rechnung trägt. Ich meine, dass es zurzeit nicht oder nur sehr rudimentär der Fall ist. Dass der Westen eine eindimensionale Politik gegenüber dem Nahen Osten betreibt, gilt insbesondere für die USA. Washington versuchte zwar, bei der Bildung der gegen Irak gerichteten Koalition die arabische Komponente seiner Aussenpolitik zu betonen, aber im Nahen Osten zweifelten viele Menschen daran, dass dies zu einer dauerhaften Veränderung im Verhältnis zwischen Amerikanern und Arabern führen werde. Es war eine Zweckallianz, in die neben Saudiarabien und Ägypten wenigstens vorübergehend auch Syrien eingebunden wurde. Die PLO andererseits wurde, aufgrund des palästinensischen Engagements zugunsten Saddam Husseins, von Washington bald wieder zur Seite gedrängt, und während des Krieges zeigte sich einmal mehr: die USA betrachten langfristig eben

doch Israel als den einzig verlässlichen Partner in der nahöstlichen Region. Es gab Zeiten mit anderen Nuancen, anderen Gewichtungen. In den siebziger Jahren, als Henry Kissinger die Aussenpolitik gestaltete, als ein kompliziertes Geflecht von miteinander verschlungenen Interessen geschaffen wurde, so dass eigentlich keiner, der in dieses Geflecht einbezogen war, hinausschlüpfen konnte. Kissinger versuchte, langfristig eine Allianz über die ideologischen, über die politischen Grenzen hinaus zu schaffen. Davon sehen wir zurzeit sehr wenig. Die USA richten sich stark aus auf die Bindung zu Israel, in zweiter Linie auf die Stützung von Ägypten, und darüber hinaus ist die Bindung Saudiarabiens an die amerikanischen Interessen von Bedeutung. Die Irak-Krise hat das drastisch gezeigt. Rückblickend merkwürdig, dass Irak eine Zeitlang schon fast als ein pro-westlicher Staat betrachtet wurde, ungeachtet des Freundschafts- oder Kooperationsvertrags mit Moskau. Das war, als der Krieg gegen Iran noch die Schlagzeilen dominierte. Im Frühsommer 1990 hatte man sich von Irak weit distanziert – und dann kam der Krieg Iraks gegen Kuwait, über den und über dessen Folgen ja noch zu sprechen sein wird. Insgesamt wird bei der Ausgestaltung der westlichen Politik gegenüber Nahost viel von der israelischen Interessenlage berücksichtigt.

Hottinger: Natürlich ist das Israelproblem da. Ein entscheidender Faktor. Die Araber selbst sagen oft: «Die Amerikaner kennen ihre eigenen Interessen nicht. Wenn sie objektiv ihren eigenen Interessen entsprechend Politik führen wollten, müssten sie eine wirklich gleichgewichtige Haltung zwischen uns und Israel einnehmen; weil sie ihre eigenen Interessen nicht kennen, handeln sie immer wieder als die Vorkämpfer Israels.» So sehen es die Araber. Ganz allgemein kann man wohl sagen, die Strukturen des ganzen Raumes sind von den Kolonialmächten festgelegt worden. Diese kolonialen Strukturen, die von den Arabern als arbiträr empfunden werden, sind doch geblieben. In Afrika sagen fast alle Afrikaner: um Gottes willen nicht an die von den Kolonialisten gezogenen Grenzen rühren, denn sonst entsteht ein Chaos! Im arabischen Raum sagen die meisten Araber, jedenfalls die Bevölkerungen, vielleicht weniger die Regierungen: diese Grenzen sind arbiträr, warum soll es da z.B. ein Jordanien geben mit diesem merkwürdigen Viereck, das nach Osten in die

Wüste hinausragt, und warum soll Syrien auf das heutige Syrien beschränkt sein? Wohin gehört eigentlich Mosul, zur Türkei, zu Syrien, zum Irak? Auch Kuwait: warum soll es da ein kleines, separates Kuwait geben? Kuwait ist historisch vom Irak und von Saudi-Arabien abgetrennt worden, weil Grossbritannien damals ein Interesse hatte, dass das wilhelminische Deutschland, das die Bagdadbahn gebaut hatte, nicht bis in den Golf vorsties. Deshalb haben die Engländer einen lokalen Scheich genommen und gesagt, du wirst jetzt unabhängig, und wir beschützen dich. Du verpflichtest dich, eine Aussenpolitik zu führen, wie wir sie wünschen, und wir gewähren dir Schutz. Wir haben ja unsere Kriegsschiffe im Golf! Daraus wurde später der reiche Erdölstaat Kuwait. Die Kolonialstrukturen, die damals errichtet worden sind, sind immer noch da, und heute wäre es vielleicht in unserem Interesse, sie wieder aufzulösen. Wir, die Europäer, haben sie eingeführt, und die Folge davon ist gewesen, dass die Zwergstaaten mit der kleinen Bevölkerung und dem vielen Öl furchtbar reich wurden, während auf der anderen Seite die arabischen Staaten mit der grossen Bevölkerung und wenigem oder gar keinem Öl stehen, die furchtbar arm werden. Eine wirklich wirksame Solidarität zwischen diesen beiden Gruppen fehlt. Also wäre es wohl heute in unserem langfristigen Interesse, diese Grenzen wieder etwas zu lockern. Das tun wir aber nicht, sondern wir denken in diesen eher künstlichen Strukturen. Wir haben die Karte im Kopf, die aussieht wie jene unserer Nationalstaaten. Es handelt sich aber nicht um Nationalstaaten, eher um koloniale Enklaven, um «tribes with flags», Stämme mit Fahnen, wie sie Tahsin Bashir nennt, ein bekannter Diplomat und Intellektueller in Ägypten. Er sagt, es gibt Ägypten als echten Staat, und daneben gibt es in der ganzen arabischen Welt bloss die Stämme mit ihren Fahnen. Und da ist schon etwas Wahres dran. Aber wir haben sie nun willkürlich zu Nationalstaaten ernannt. Sie gehören ja auch zur UNO, die das Siegel der Staatlichkeit erteilte, und jeder Staat verfolgt ziemlich brutal und hemmungslos seine eigenen separaten Interessen. Dies ist aber angesichts der sehr ungleichen Verteilung des Ölreichtums manchmal sozial schädlich für die Gesamtheit der arabischen Welt. Etwas zu ändern, ist freilich sehr schwierig. Unsere ganze Welt ist politisch so eingerichtet. Sie besteht aus

von der UNO abgesegneten angeblichen Nationalstaaten. Mindestens aber im wirtschaftlichen Bereich müsste man über die Abschnürungen hinauskommen.

Israel als strategischer Partner

Gysling: Vom Westen aus, aus dem Blickwinkel der USA gibt es eine Tendenz zu sagen, Israel sei der einzige verlässliche Partner des Westens, weil Israel eine Demokratie ist. Die arabischen Staaten sind autoritär regiert, und Wahlen, die da stattfinden, sind zum Teil nur scheinbar frei. Wir haben zwar in letzter Zeit einige Ausnahmen erlebt – in Algerien oder auch in Jordanien, aber insgesamt gibt es doch, vom Westen aus, diese Meinung: da haben wir Israel als strategisch würdigen Partner, als eine Demokratie, die verlässlich ist, und andererseits die nahöstlichen arabischen Staaten, die nicht zuverlässig sind und die wir ein bisschen auf Distanz halten wollen. Nun glaube ich, dass wir da vom Westen aus eine eindimensionale Politik betreiben, die den eigentlichen Gegebenheiten nicht entspricht. Und wir stellen ja auch fest, dass sich vom Westen aus in Nuancen die Haltung gegenüber der Region Nahost ändert. Wir erwähnten kurz vorher die kompliziertere, komplexere, wahrscheinlich auch weisere Politik der USA gegenüber Nahost in der Zeit Henry Kissingers. Wir erwähnten auf der andern Seite die vereinfachte Form des Handels und des Umgehens mit der Region Nahost in den Administrationen unter Reagan, teilweise auch unter Präsident Bush. Wie kommt man von Westeuropa aus der Frage der Ausgeglichenheit oder der Gerechtigkeit, der Fairness und des Wahrens auch der eigenen Interessen im politischen Bereich denn etwas näher? Andererseits bin ich der Meinung, die Europäische Gemeinschaft beispielsweise betreibe eine vernünftige Politik gegenüber dem Nahen Osten.

Hottinger: Ich würde auch sagen, dass die EG eine bessere Nahostpolitik betreibt als die Amerikaner, jedoch leider keine wirksamere, weil die Amerikaner eben doch die entscheidende Macht sind. Man darf natürlich nicht nur Amerika anklagen, eine einseitige Politik zu betreiben, Tatsache ist, dass wir alle in einem anderen Masse an Israel gebunden sind als an den Nahen Osten. Der Staat

Israel gleicht unserer Art von Gesellschaft. Es gibt da enge Zusammenhänge. Es besteht auch eine Schuld gegenüber den Juden, wir kommen darum nicht herum, und sie hat ihre politischen Auswirkungen, auch für uns. Wichtig wäre ein schärferes Bewusstsein der Situation. In Amerika ist man ganz naiv für Israel, und man sieht kaum, dass überhaupt eine Problematik besteht. Bei uns in Europa ist es so, dass wir angefangen haben zu sehen: in der Existenz Israels liegt ein Problem! Und dass Anstrengungen notwendig sind, um eine gewisse Korrektur unseres bisherigen, eher instinktiven als durchdachten Verhaltens gegenüber Israel vorzunehmen, um eine ausgeglichene Haltung zwischen Palästinensern und Israelis zu erreichen. Im deutschen Raum ist die Ausgangslage aufgrund der Schuldfrage noch komplizierter als im übrigen Europa.

Gysling: Den Amerikanern fällt es meistens schwerer als den Europäern, sich in fremde Wertvorstellungen hineinzudenken. Und die arabischen Wertvorstellungen, der ganze Komplex des Denkens, des Fühlens im arabischen Raum ist für die Amerikaner viel schwerer nachvollziehbar als jene Israels und der israelischen und jüdischen Gemeinschaft. Dann kommt noch etwas hinzu. In Amerika, zum Teil auch in Europa, herrscht immer noch eine Unsicherheit in der Frage, ob die Existenz Israels noch gesichert sei, wenn man sich auf Distanz gegenüber Israel begäbe und arabische Gruppierungen, auch die PLO stärker mit ins Spiel kommen liesse. Natürlich spielt da Politik eine starke Rolle. Seit Likud an der Macht ist, seit 1977, sagt Israel dem Westen direkt oder indirekt: wenn ihr nicht in allen Punkten für uns seid, dann wollt ihr uns noch einmal dem Holocaust preisgeben. Bei einzelnen Persönlichkeiten spielt eine Urangst nach wie vor mit. Sie erhielt Auftrieb durch die irakischen Raketen-Attacken während des Kriegs, und die Drohungen des irakischen Diktators, Israel auch mit Giftgas-Bomben anzugreifen, lösten tiefgreifende Ängste und manchmal fast schon Panik aus. Insgesamt entschloss sich der Westen spät, Israel mit dem Abwehr-Raketensystem «Patriot» auszurüsten – da gab es Versäumnisse von amerikanischer und europäischer Seite. Wir wissen ja auch auf der andern Seite, dass Israel als militärische Macht so stark ist, dass keine arabische Macht rund um Israel die Möglichkeit hätte, diesen Staat ernsthaft zu gefährden. Und ich bin auch der Meinung, dass in jeder Frie-

densvereinbarung für den Nahen Osten, die unter internationaler Mitwirkung und Aufsicht getroffen würde, Sicherheitsmassnahmen eingeplant werden könnten, die das Existenzrecht Israels garantieren würden. In dem Sinne, glaube ich, spielt da mehr Politik in die ganze Situation hinein, als man tatsächlich wahrhaben will. Und der Westen lässt sich seit einiger Zeit ja auch in die Irre führen durch Scheinangebote für Verhandlungen um eine angeblich angestrebte Friedensvereinbarung mit der arabischen Seite. Aber ich sehe nicht, dass in Israel zurzeit Kräfte am Werk wären, die tatsächlich eine Vereinbarung mit der arabischen Seite haben wollen, sondern ich sehe eine Regierung und hinter der Regierung eine knappe Bevölkerungsmehrheit, welche den Status quo erhalten möchte und so lange auf Zeit spielen will, bis man Cisjordanien und den Gazastreifen so besiedelt hat, dass eine Rückgabe, eine Verhandlung um dieses Gebiet, ernsthaft gar nicht mehr geführt werden kann. Da sehe ich viele Scheinargumente, auf die der Westen irritiert und mit geringer Detailkenntnis der Region reagiert. Das erschwert die ganze Situation, und es verbarrikadiert den Weg für weitergehende Lösungsmöglichkeiten. Zusätzlich kompliziert wird die Lage durch die Parteinahme der Palästinenser für Irak im Golfkrieg.

Hottinger: Wobei man vielleicht noch gar nicht von einer Lösung reden müsste, vorläufig geht es nur darum, ob eine gleichgewichtigere Politik zwischen Israel und den Arabern geführt werden kann. Die Lösung liegt noch in so weiter Ferne. Wir müssen eigentlich zwei Probleme besprechen. Das israelisch-arabische Problem ist ein anderes als das Problem unserer Bindung an Israel und der Überwindung der emotionellen und instinktiven Folgen dieser Bindung durch bessere Kenntnis des gesamten Raumes und genauere Zurkenntnisnahme der Realitäten der gesamten Region. Dieses Problem bleibt gestellt; ich glaube schon, man muss sagen, es ist in Europa klarer erkannt als in Amerika.

Meiner Ansicht nach besteht eine entscheidende Aufgabe für die Europäer darin, in dieser Hinsicht den Amerikanern allerhand auseinanderzusetzen. Direkt kann unsere europäische Politik im arabischen Raum nicht viel bewirken; aber unsere Aufklärungsarbeit in Amerika könnte vielleicht einen grösseren Effekt haben. Besonders in bezug auf Deutschland. Wenn die Deutschen über das Israelpro-

blem reden oder auch nur nachdenken, sind sie so befangen, dass sie kaum etwas zu sagen oder auch nur zu denken wagen, ohne dass der Ruf kommt: «Schon wieder die Deutschen, natürlich die Deutschen!» Hingegen ist ein vernünftiges Gespräch mit Washington durchaus denkbar. Es müsste nur so gut geführt werden, dass es gegenüber der Argumentation des Israel-Lobbys in Amerika Chancen hat, auch gehört zu werden.

Gysling: Ein mit dem Gesagten zusammenhängendes Problem besteht ja insofern, als die Waffenlieferungen in die nahöstliche Welt relativ unbedenklich vorgenommen worden sind, insbesondere von Frankreich aus, auch in kritischen Situationen. Man denke an die Geschäfte mit Irak, die Frankreich lange Zeit betrieben hat. Der westeuropäische Raum insgesamt könnte ja doch etwas mehr Weisheit zeigen in bezug auf die Nahostpolitik, als er das bisher getan hat.

Hottinger: Ja sicher, man kann nie genug Weisheit anwenden. Aber das Problem der Waffenexporte muss man etwas relativieren. Es gab einen Moment, den haben wir schon fast vergessen, als wir Angst hatten, dass der Irak dem Iran unterliegt. Damals sind ja auch die amerikanischen Kriegsschiffe im Golf herumgefahren, um die Erdölexporte Kuwaits sicherzustellen, was damals eine Hilfe für den Irak darstellte. Die Franzosen haben damals bewusst ihr letztes Kriegsgerät an den Irak geliefert in der Hoffnung, dass die irakische Barriere halte, und übrigens auch in der Hoffnung, dass sie ihre grossen Guthaben nach dem Krieg von Bagdad zurückgezahlt bekämen. Denn sie wussten, wenn der Irak zusammengebrochen wäre, hätten sie das Geld mit Sicherheit nicht wieder gesehen. Nun werden sie es wohl ohnehin so leicht nicht wiedersehen. Jedenfalls sind die Waffenlieferungen auch eine sehr komplizierte Angelegenheit, die im Nahen Osten immer direkt mit den Fragen des regionalen Gleichgewichtes verbunden ist. Das gilt auch von der Israelpolitik. Einerseits muss man Israel genügend Waffen liefern, so dass es sicher sein kann, sich zu behaupten; aber andererseits muss man oder müsste man Israel auch klarmachen, dass es sich innerhalb der Grenzen behaupten soll, die international anerkannt sind. Wenn die Israeli das einsähen, käme man sogar einer Lösung nahe. Aber wenn man den Leuten so viele und so gute Waffen liefert, dass sie es nicht nötig haben,

an Kompromisse zu denken, dass sie sich und der Aussenwelt sagen können: wir behalten auch die besetzten Gebiete, dann arbeitet man für eine Fortsetzung des Konfliktes.

Gysling: Vielleicht noch eine letzte Randbemerkung zum Thema der Beziehungen zwischen dem Westen und der Region Nahost. Es kann ein Zuwenig an Interesse geben, es kann aber auch ein Zuviel geben. Man hat das in Iran unter dem Schah gesehen, als der Westen so präsent war, dass er dieses Land seiner Identität entfremdet hat. Und wir erlebten das in einer ansatzweise ähnlichen Form, als Sadat Präsident Ägyptens war. Auch da war der Westen meiner Meinung nach zu sehr präsent in Ägypten, und Ägypten hatte von der Führungsschicht her eine Identität (ich weiss, wie schwer dieser Begriff hier zu präzisieren ist), der dem Volk, der Nation nicht entsprochen hat. Man müsste mit etwas Zurückhaltung reagieren, wenn sich wirtschaftliche und politische Möglichkeiten eröffnen. Denn vergessen wir nicht, sowohl der arabische Nationalismus als auch der Fundamentalismus sind als Bewegungen des inneren geistigen Widerstands, als Defensivkultur gegenüber der Präsenz des Westens, formiert worden.

Hottinger: Ganz bestimmt. Es ist ein grosses Problem, wie man die Alienation, die Selbstentfremdung, einschränken soll. Wichtig schiene mir zu erkennen: es gibt gute und schlechte Verwestlichung, und der Westen selbst müsste in dieser Hinsicht selbstkritischer werden. Es kann eine Verwestlichung schlechter Qualität geben, nämlich dann, wenn man westliche Dinge und Werte zwar importiert, sie aber dann nicht in dem Sinne, den sie hier erfüllen, verwendet. Ein Beispiel: Iran. Man hat zur Zeit des Schahs in jeder iranischen Provinzhauptstadt ein grosses Gerichtsgebäude aufgestellt. Dort sollte aufgrund eines westlichen Gesetzes – im Gegensatz zum islamischen – Recht gesprochen werden. Es gab da einen Richter, es gab neue Gesetze nach westlichem Modell, da war ein grosses, teures neues Gebäude; aber wenn der Richter ein Urteil fällte, das der Regierung nicht passte, wurde er einfach durch einen Geheimdienstmann ersetzt, der dann ein zweites Urteil fällte, wie es den Wünschen der Regierung entsprach. Alle Iraner sagten natürlich: «Seht euch das an, das ist nun westliche Rechtsprechung und Gerechtigkeit! Das wollen wir doch nicht haben!» Ein Beispiel für

Verwestlichung schlechter Qualität, die sehr schädlich wirkt. Solche Dinge hat es viel zu viele gegeben und gibt es immer noch viel zu viele, besonders dort, wo viel Geld liegt und wo die westlichen Geschäftsleute auf Umsatz aus sind und jedermann schnell viel Ölgeld verdienen will. Wenn um des Verdienens willen Dinge und Wertvorstellungen exportiert werden, ohne dass der Exporteur und der Importeur darauf achten, wie sie in der Importkultur wirken, kommt die Verwestlichung schlechter Qualität immer wieder vor. Der Westen müsste mehr Selbstkritik üben, und ich glaube auch, unsere Staaten müssten etwas wirksamere Kontrollen durchführen. Sie sollten genauer hinsehen, was wir exportieren. Zum Beispiel keine Fabriken zur Herstellung von Giftgas in den Irak! Dass so etwas geschehen konnte, war ein Fehlgriff sehr schwerwiegender Natur.

Aber abgesehen von den äusseren Mächten und ihrem Einfluss scheint mir entscheidend zu sein, dass heute eine Entwicklung auf einen grösseren und freieren wirtschaftlichen und politischen arabischen Raum hin wohl nur mit pluralistischen politischen Strukturen denkbar ist. Ich meine damit, dass nicht ein einziger Machthaber alles womöglich lebenslänglich beherrscht, sondern dass viele, zeitlich beschränkte Machthaber da sind, die – wie etwa in einem demokratischen System – gewählt und abgewählt werden können. Wir haben im arabischen Raum mehrmals erlebt, dass Zusammenschlussversuche, die ganz schön anfangen, fehlschlagen. Der Grund war immer wieder, dass absolute Herrscher, die in einem oder beiden Staaten an der Macht waren, diese nicht aufgeben wollten. Kurzfristig und nur teilweise Macht ausübenden Politikern würde es leichter fallen, einen Zusammenschluss auszuhandeln und einzuleiten, weil sie ohnehin wissen, dass sie nach einigen Jahren gehen oder sich neuen Wahlen stellen müssen.

Auch für die Entwicklung der einzelnen Staaten sind die Einmannregime immer wieder verderblich. Einfach darum, weil niemand den Alleinherrscher kritisieren kann. Wer es wagt, kommt gleich ins Gefängnis, und die Folge davon ist, dass der «Starke Mann» selbst gar nicht mehr sieht, wohin seine Politik führt, bis er gestürzt wird. Diese Fehlentwicklungen müsste man vermeiden, schon im Interesse unserer ganzen Welt. Wir können es uns gar nicht

leisten, noch viele Kriege zu führen und unsere Umwelt durch diese Kriege zu belasten. Wir belasten sie ohnehin schon zu sehr, und wenn ein Krieg kommt, werden alle Umweltfragen vergessen.

Wir müssen versuchen, eine Entwicklung zu fördern, die auf Aufteilung, Verteilung der Macht hinausläuft. Dies ist ein Aspekt der Demokratisierung. Aber wir sollten vielleicht nicht einmal eine formelle Demokratie mit all ihren Ritualen fordern. Die Hauptsache ist: Machthaber müssen kontrolliert werden. In den traditionellen arabischen Regimen geschieht das sogar zu einem beträchtlichen Grade. Man darf das nie aus den Augen verlieren. Wir haben vorhin von den herkömmlichen Herrschern im Erdölraum gesprochen. Das sind insofern eingeschränkte Herrscher, als sie darauf angewiesen sind, mindestens mit ihren religiösen Würdenträgern und mit ihren Stammeschefs Rat zu pflegen. *Schura*, Beratung, ist ein Begriff aus dem Koran (24/38) und daher in der ganzen arabischen Tradition verankert. Solch ein Rat übt bereits eine gewisse Kontrolle aus. Am schlimmsten werden die Diktatoren, wenn sie auf solche traditionellen und islamischen Kontrollen durch Mitspracherechte verzichten, wenn sie in die Lage kommen, ihre Macht absolut auszuüben. Dann begehen sie eben auch kumulativ und korrekturfrei die absoluten Fehler, und dann wird auch die Korruption absolut.

Eine eigene Form der Demokratie?

Gysling: Auf der andern Seite ist ja die Langlebigkeit der Regierungen im Nahen Osten ein Phänomen, das wir kaum anderswo in der Welt so ausgeprägt kennen. Asad, der in der jetzigen Funktion seit 1970 die Herrschaft ausübt. König Hussein von Jordanien, der seit 1953 im Amte ist. Bourgiba herrschte seit 1956, und bis er abgesetzt wurde, vergingen weit über 30 Jahre. Selbst Ghaddafi ist seit 1969 im Amt, also auch ungeheuer langlebig, und selbst in der PLO dominieren die gleichen Namen, die gleichen Personen seit 1964, mit Ausnahme von Abu Djihad, der von israelischen Kommandos umgebracht worden ist. Aber sonst begegnen wir immer den gleichen Namen. Auch im Irak gilt das, wenn man die Dynastie von al-Bakr jetzt zusammen mit Saddam Hussein als eine Kontinuität betrachtet,

was man meiner Meinung nach durchaus tun kann. So ist die Langlebigkeit, das Konsolidieren von Herrschaft seit Ende der sechziger Jahre zu einem Kennzeichen dieser nahöstlichen Welt geworden. Das widerspricht auf der andern Seite unserem Demokratieverständnis, das den Wechsel in der Regierungsverantwortung mitbedingt, und noch etwas dazu: Mir scheint, dass die islamisch-nahöstliche Welt relativ ungeeignet ist, Macht zu teilen. Man glaubt an die Einheit, an die Einheit des Herrschens, des Ausführens der Regierungsverantwortung, auch wenn das natürlich stimmt, was Sie sagen, dass ein Konsens immer wieder hergestellt werden muss innerhalb des Systems. Aber da stossen wir doch an Grenzen. Ich glaube, wir sollten uns von der Illusion lösen, dass da eines Tages waschechte Demokratien nach westlichem Muster heranwachsen werden.

Hottinger: Ich bin nicht so ganz einverstanden. Ich glaube schon, die langen Herrschaftszeiten und das Bestehen von Einzelherrschaften sind das traditionelle Muster. Es war im Nahen Osten immer so, ein Zusammenhang besteht mit der Familienstruktur, dem Vater, der regiert, und der absoluten Macht, die dieser Vaterfigur zusteht. Man darf dem Patriarchen nie direkt widersprechen. Wenn man ihm widerspricht oder zuwiderhandelt, tut man es heimlich. Die Frauen verstehen es, ihn zu beeinflussen, ohne dass er es merkt, und ihn so in seiner absoluten Macht etwas einzuschränken. Ganz ähnlich steht es mit der Herrschaftsstruktur im traditionellen Rahmen.

Aber heute ist das meiner Ansicht nach nicht mehr mit den Aufgaben der rapide um sich greifenden Modernisierung vereinbar. Die Mittel, die man in einem modernen Staat hat, und die Pflichten, die erfüllt werden sollten, sind unendlich viel grösser. Die Wirtschaft war früher nicht staatlich gelenkt; in einem traditionellen Staat entwickelte sie sich einfach organisch; sie war ja auch primär Landwirtschaft. Heute haben Sie die Pflicht und die Notwendigkeit, eine Wirtschaft zu lenken. Sie haben unendlich viele Erwartungen, die an den Staat gerichtet werden. Er soll die Sozialfürsorge sicherstellen, er soll Fortschritt bringen, er soll Unterricht erteilen, Beschäftigung, Arbeitsplätze schaffen, für die Gesundheit seiner Bürger sorgen und vieles mehr. Die Ansprüche, die an eine heutige Staatsführung gestellt werden, wachsen wie eine Lawine. Daher sehe ich einen Widerspruch zwischen der Regierungsform des patriarchali-

schen oder diktatorialen Herrschers und den Anforderungen, die an eine Regierung gestellt werden. Sie kann ihren vertausendfachen Aufgaben nur nachkommen, wenn Beratung, Kontrolle, Ablösung und auch öffentliche Information und Diskussion stattfinden. Die Sowjetunion hat gerade jetzt den Beweis erbracht, dass sogar eine solche kolossale Grossmacht auf die Dauer nicht unter Einmannkommando in der modernen Zeit und Wirtschaft fortleben kann. Wie soll es da ein arabischer Staat fertigbringen! Hier sind grundlegende Änderungen nötig. Sicher, die Araber müssen ihre eigene Demokratie erfinden. Aber etwas muss erfunden werden, sonst wird ihre Politik weiterhin scheitern.

Gysling: Aber gibt es nicht einen wichtigen Unterschied? Die Sowjetunion ist ein im wesentlichen industrialisierter Staat. Im Nahen Osten haben wir es im grossen ganzen immer noch mit landwirtschaftlich orientierten Gesellschaften zu tun. Industrialisierung spielt nach wie vor nur eine sehr geringe Rolle, und selbst jene Staaten, die eigentlich die Mittel gehabt hätten, sich eine industrielle Basis zu schaffen, haben dies in nur ganz geringem Masse getan. Petrochemische Werke gibt es nur wenige im Nahen Osten, und so ist dieser Nahe Osten doch im wesentlichen ein Exporteur von Erdöl und im übrigen eine landwirtschaftlich orientierte Region geblieben.

Hottinger: Zuerst zur Sowjetunion. Auch die Sowjetunion hat zum Schluss fast nur noch Erdöl exportiert, da sie kaum international konkurrenzfähig ist. Ob man sie unter diesen Umständen einen Industriestaat nennen kann? Man darf auch die Industrialisierung der arabischen Welt nicht unterschätzen. Ein Land wie Ägypten hat zwar immer noch eine riesige landwirtschaftliche Bevölkerung, aber auch schon eine grosse Industriebevölkerung. Wenn man nicht den Bevölkerungsteil ansieht, der in der Landwirtschaft arbeitet oder unterbeschäftigt vegetiert, sondern die Einkommensstrukturen, dann ist es schon heute so, dass Industrie und Gewerbe das landwirtschaftliche Einkommen überwiegen. Es gibt wohl tatsächlich einen Grad von Armut, der die Demokratisierung verunmöglicht. Ohne Brot gibt es schwerlich Demokratie. Doch handelt es sich hier wahrscheinlich um einen fatalen Kreislauf. Negativ gesagt kommen die Staaten, von denen wir sprechen, nicht zur Demokratie, weil sie keine Industrie resp. keinen Wohlstand haben, aber sie kommen

auch nicht zu einer vernünftigen Industrialisierung, wenn sie keine Demokratie haben, weil Alleinherrscher auch im Wirtschaftsbereich die Kommandostrukturen bestimmen.

Gysling: Wer will denn wirklich Demokratie in der Gegend?

Hottinger: Die Bevölkerung, nur gerade Herr Asad und Herr Saddam Hussein nicht. Davon bin ich ganz überzeugt. Vielleicht weiss man nicht immer genau, was das ist, Demokratie, aber wenn Sie die einfachen Leute fragen, dann sagen sie «Freiheit», und Freiheit bedeutet zuerst, dass die Geheimdienste nicht mehr auf einem herumtrampeln. Das wollen sie alle. Der Geheimdienst wird gehasst.

Gysling: Wobei wir nicht sicher sind, ob der Wahlsieg der Fundamentalisten auf Gemeindeebene in Algerien bis zu einer Demokratisierung, zur Respektierung des Pluralismus führen wird oder nicht.

Hottinger: Jedenfalls müssen die Fundamentalisten sagen, und sie sagen es ja auch: auch wir sind demokratisch. Sonst erhielten sie die Stimmen der Leute nicht; das zeigt bereits, dass die Bevölkerung nach Freiheit strebt. Der Wortführer der algerischen Fundamentalisten, Abbasi Madani, sagt unermüdlich: wir sind auch Demokraten; wir gehören durchaus mit zum demokratischen System. Ganz bestimmt wollen die Leute das. Vielleicht wissen sie nicht genau, wie die erhoffte Demokratie aufgebaut werden kann. Das ist ja eher schwierig. Aber die Leute wissen sehr genau, was sie nicht mehr wollen: die Diktatur.

Ein anderes wichtiges Element, denn man muss die fatalen Kreisläufe von allen Seiten zugleich betrachten, ist natürlich die Information. Es ist heute so, dass ein moderner Staat ohne Information erstickt und dass er mit gelenkter Information fehlgeleitet wird, das wissen die Leute auch sehr gut. Sie wollen erfahren, was geschieht, und wissen sehr genau, dass sie es nicht erfahren. Man macht ihnen etwas vor. Deshalb werden die arabischen Zeitungen, die in Paris und in London erscheinen, in der ganzen arabischen Welt gelesen. Sie sind eben nicht der lokalen Zensur unterworfen. Der arabische Radiosender, der von Paris aus im ganzen Nahen Osten ausgestrahlt wird, wird so eifrig gehört, dass die Leute früh aufstehen, nur um ihn hören zu können, besonders in der Golfregion. Sie wissen genau, dort erhalten sie Information, die etwas mit Realität und nicht mit Propaganda zu tun hat. Man darf die Leute nicht unterschätzen.

Man darf nicht sagen, sie seien für die Demokratie ungeeignete Menschen. Vielmehr sind die Sozialstrukturen, in denen sie leben, undemokratisch, ja antidemokratisch, und es gibt natürlich immer wieder ahnungslose Leute, die sich etwas einreden lassen, besonders dort, wo lückenlose Informationsmonopole bestehen.

Gysling: Ich meine, dass die Persönlichkeiten, die an der Herrschaft sind, sich an diese Herrschaft klammern wollen und dass man weder Asad noch Saddam Hussein und auch viele andere Politiker im Nahen Osten nicht mit Gorbatschew vergleichen kann, der wahrscheinlich dem freien Spiel der Kräfte einmal mit Neugierde zugehört hat und sich fragte: Was kommt dabei heraus? Ich glaube nicht, dass Asad sehen will, was dabei herauskommt. Sein Interesse ist es, die Herrschaft zu bewahren, und er scheut sich aus diesem Grunde, einen Konflikt mit irgendeinem andern Nachbarstaat einzugehen. Syrien hat, seit Asad an der Macht ist, nur einen Krieg mit Israel geführt (1973). Den Konflikt im Libanon hat Asad nicht selbst heraufbeschworen. Ich meine, dass kein manifester Wille der Herrschenden vorhanden ist, eine Demokratie einzuführen.

Hottinger: Ganz sicher nicht. Aber das ist gerade einer der Punkte, die überwunden werden müssen. Ich glaube, die Herrscher haben eine gewisse Entwicklung durchgemacht. Zur Zeit Nassers gab es noch Ideale. Man hat gewissen Idealen nachgelebt, die im übrigen irregeleitet gewesen sein mögen, dem Panarabismus, dem arabischen Sozialismus, was immer da als Ideal hingestellt wurde. Man war bereit, die Politik in Richtung dieser Ideale zu betreiben. Seit Nassers Fall 1967 und seinem Tod drei Jahre später, seitdem sich seine Politik als Fehlschlag erwiesen hat, ist eine Verhärtung eingetreten. Und seither sind die Machthaber in erster Linie darauf bedacht, ihre Macht zu bewahren. Sie können diese Haltung leicht rechtfertigen. Wenn ich falle, so geben sie zu verstehen, dann gibt es ein Chaos, und ein Chaos müssen wir auf jeden Fall vermeiden. So erstand nach Nasser eine neue Generation von Machthabern, die sich an die Macht klammern und darauf aus sind, mit allen Mitteln, auch den brutalsten, an der Macht zu bleiben. Das ist nun ihre Priorität in der Politik. Was sie dann mit dieser Macht anfangen, ist viel vager, und meistens geschieht überhaupt sehr wenig; wie Sie sagten, man hat nun gelernt, dass ein Krieg gegen Israel die eigene Herr-

schaft zu erschüttern droht. Doch die Kritik in der Bevölkerung an diesen neuen Machthabern ist ausserordentlich scharf. Je intelligenter die Leute sind, und viele sind hochintelligent, desto klarer sehen sie: mit diesen Chefs kommen wir nicht voran; sie müssen gehen.

Gysling: In der Strategie des Westens gegenüber dem Nahen Osten wird sich ja fast automatisch eine Änderung aufdrängen müssen. Lange Zeit hat der Westen gemäss der Überzeugung gehandelt, die Sowjetunion möchte in diesen Nahen Osten eindringen. Moskau betrachtete die nationalistischen Strömungen quasi als Vorstufen des Kommunismus, was völlig falsch war. Die Sowjets haben diesen Fehler lange Zeit nicht sehen wollen. Jetzt aber, nachdem die sowjetische Aussenpolitik sich grundlegend geändert hat, wird sich wohl auch die westliche Aussenpolitik gegenüber dem Nahen Osten ändern müssen. Man kann nicht mehr von der Fiktion ausgehen, die Sowjets hätten Afghanistan besetzt und hätten dort einen Krieg geführt, weil sie zu den Ölquellen wollten. An die Ölquellen kommt man von der Sowjetunion aus, wenn man die Geographie ein bisschen berücksichtigt, nicht durch Afghanistan, sondern durch Iran. Für den Westen stellt sich die Frage, wie man sich in bezug auf das Spannungsverhältnis Israel und arabische Welt verhalten soll. Bisher wurde oft gesagt, wir wollen Israel als einen Verbündeten, als einen intensiven Partner, man sprach lange Zeit von strategischer Partnerschaft. Man sah in Israel einen Garanten dafür, linke, östliche, kommunistische Bestrebungen in der Region zu neutralisieren. Israel als fest verankerter Flugzeugträger, als Basis in diesem Nahen Osten. So kann man ja auf die längere Sicht hinaus wohl nicht mehr argumentieren, und für mich ist die Frage offen, in welcher Richtung man sich da orientieren wird.

Hottinger: Die Aussage, die Sie eben gemacht haben, kann man auch so formulieren: Es gab bisher im Nahen Osten ein bipolares System, und die Sorge der beiden Supermächte war immer in erster Linie, was die andere Supermacht tat. Das war beiden wichtiger als die Entwicklungen in der Region selbst. Nun, da das bipolare System zu Ende geht, wird die Frage viel zentraler: was macht denn die Region? Wir müssen nicht nur unsere NATO neu überdenken, sondern eben auch unsere bisherige Politik der «grauen Zonen» und darunter spezifisch unsere Nahostpolitik. Und ich sage es noch ein-

mal, mir scheint absolut grundlegend, dass man dabei berücksichtigt: in der heutigen Welt muss es eine Verteilung und Diffusion der Macht statt einer Festigung der Macht in der Hand von Einzelnen geben, sonst werden die gegenwärtigen Regierungen scheitern. Und jedes Scheitern einer Regierung in einem islamischen Land bedeutet heute auch Fundamentalismus. In der heutigen Situation spielt alles, was nicht funktioniert, diesen Leuten in die Hände und fördert ihre Macht. Gegenüber einem jeden Versagen können sie immer behaupten: wir besitzen das wahre Rezept; ihr habt ja offenbar nichts fertiggebracht. «Der Islam», sagen sie, «ist die Lösung.»

Gysling: Vielleicht kann man am Rande noch erwähnen, dass Ideologie in der arabischen nahöstlichen Region ja immer eine relativ geringe Rolle gespielt hat. Es gab zwar Nationalismus und Panarabismus, es gab den Baath, der dem, was wir eine Ideologie nennen würden, am nächsten kam. Aber man darf ja nie vergessen: kein Land mit der vorübergehenden Ausnahme Südjemens hat sich jemals zum Marxismus-Leninismus bekannt, und selbst Staaten wie Irak oder Syrien mit ihren Bündnissen mit Moskau haben sich nicht zu einem kommunistischen System bekannt. Sie haben sich dann der Sowjetunion angenähert, wenn der Westen gewisse Hilfsversprechungen nicht erfüllte, wenn Kredite nicht gewährt wurden, wenn Waffenlieferungen nicht eintrafen. Immer dann hat man die Moskauer Karte ausgespielt. Selbst König Hussein hatte sie hie und da zu spielen versucht, indem er drohte: wenn ihr Amerikaner mir dieses oder jenes Waffensystem nicht gebt, dann werde ich mich Moskau zuwenden. Man hat das zwar nie ganz ernstgenommen bei König Hussein. Bei den Ägyptern sah man die starke Verbindung bis ins Jahr 1970, aber man erkannte auch, wie leicht eine solche Bindung wieder aufgelöst werden konnte, weil eben diese Formen der Ideologie, wie wir sie vom Westen her kennen, im nahöstlichen Denken an sich keine Wurzeln gefasst haben.

Hottinger: Nur darf man die Ideologie nicht einmal im Westen überschätzen. Denken wir nur an die ehemalige DDR, das sah doch von aussen ganz solide aus, und plötzlich hatten die Bürger dort gar keine Lust mehr, an ihrer Ideologie festzuhalten. Wenn man aus grosser Distanz auf einen Staat schaut, scheint die Ideologie zuerst einmal wichtig, man kann sie mit der Farbe an der Oberfläche ver-

gleichen. Wenn man dann die Gesellschaft näher kennenlernt, erfährt man ihre wahre Struktur, die ganz anders sein mag. Mit Hilfe eines Informationsmonopols ist es leicht, eine Oberflächenideologie vorzutäuschen, die wenig mit den Gefühlen und Interessen der Bevölkerung gemein hat.

Brücke zwischen Asien und Europa

Gysling: Nochmals die Frage, warum interessiert uns dieser Nahe Osten und irritiert uns dieser Nahe Osten in dieser intensiven Art und Weise? Was für eine Funktion hat er für uns?

Hottinger: Eine andere, wichtige Funktion, schon uralte, ist jene einer Brücke zwischen Asien und Europa. Seit der Antike bestanden die grossen Handelsstrassen. Bevor man Afrika umschiffen konnte, ist aller Ost-West-Verkehr durch den Nahen Osten gegangen. Inzwischen kann man Afrika umfahren, aber die Region hat ihre Bedeutung als Durchgangsregion bewahrt. Man denke an den Suezkanal oder an die Überfliegsrechte. Wenn der nahöstliche Luftraum gesperrt wird, wird es sehr schwierig für die Fluggesellschaften auf den Ost-West-Linien. Zum Glück für sie gibt es jedoch viele Länder, und wenn eines sperrt, fliegen sie über ein anderes. Doch oft müssen sie im Zickzack fliegen. Als z.B. Iran Krieg führte, musste man nördlich über der Türkei und der UdSSR verkehren oder südlich über Saudiarabien und Bahrein nach Indien oder Pakistan. Der Transitverkehr spielt sich heute auch in der Luft ab; früher zog man mit Karawanen sowie den Flüssen entlang und den Persischen Golf hinauf. Der Handelsverkehr hat die ganze Natur der Region geprägt, und das hatte natürlich auch kulturelle Folgen: 1001 Nacht ist aus Indien über den arabischen Raum nach Europa gewandert und so auch die sogenannten arabischen Zahlen, die ebenfalls aus Indien kommen und ohne die es keine höhere Mathematik gäbe. Ohne diese Brücke wäre die Weltkultur, so wie wir sie kennen, überhaupt nicht entstanden. Erst die Brücke von Anatolien nach Griechenland hat die klassische griechische Kultur entstehen lassen, sie begann in Milet, bevor sie in Athen aufblühte. In der frühen Antike ist die Ost-West-Befruchtung über diese

Brücke hinweg besonders wichtig gewesen. Doch sie hat unsere ganze Geschichte hindurch gewirkt. Die Nahtstelle zwischen Osten und Westen liegt eben im Nahen Osten, und die Brücke selbst ist auch produktiv geworden.

Gysling: Wenn wir von den Arabern sprechen, dann wissen wir heutzutage eigentlich gar nicht genau, auf welche Völker, welche Nationen, welche Gemeinschaften wir uns beziehen. Wenn wir zurückschauen in die Frühzeit des Islam und der arabischen Geschichte, dann könnte man sagen, das waren einige Stämme – aber in der Zwischenzeit hat sich durch die Geschichte dieses Begriffsverständnis natürlich drastisch geändert.

Hottinger: Die arabische Sprache macht die Araber. Sie hat sich nach den Eroberungen des frühen Islam über einen weiten Raum ausgebreitet. Man kann ihn recht genau umgrenzen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass es Inseln von andern Sprachen gibt, die auch Erwähnung verdienen. Wenn wir im Westen anfangen, bildet die Sahara eine Grenze; südlich von ihr spricht man nicht mehr arabisch, nördlich gibt es Reste der Berbersprache, jedoch umfasst vom Arabischen. Arabisch ist weiter ganz Ägypten, ein Teil des Sudans, aber nicht der ganze Sudan. Der sogenannte schwarze Sudan spricht eben nicht arabisch. In der Region des Roten Meers wird auf der afrikanischen Seite nicht arabisch gesprochen, die ganze Halbinsel hingegen spricht selbstverständlich arabisch, sie heisst darum die Arabische Halbinsel. Eine problematische Sprachgrenze ist die zum Iran. Die heutige iranische Erdölprovinz Khusistan hat ursprünglich arabisch gesprochen. Darum nennen die Iraker sie gerne Arabistan und die Perser Khusistan. Wenn man heute die Leute zählen wollte, wären wahrscheinlich mehr Perser in Khusistan als arabophone Einheimische. Auch der ganzen iranischen Golfküste entlang gibt es arabischsprechende Küstenvölker. Nördlich ist die iranische Grenze weiter klar; im Prinzip ist das Flachland arabisch, das Hochland persisch. Aber es gibt da Hügel, und wem die Fusshügel gehören, ist eine Streitfrage von auch militärischer Bedeutung: die Hügel, die das Flachland dominieren, möchten beide Seiten zu ihrem Gebiet zählen. Dazu kommt das grosse Problem der Kurden. Sie sind ein Volk, das nicht arabisch spricht, aber zum Teil in den arabischen Staat Irak, zum Teil in den arabischen

Staat Syrien eingeschlossen ist. Das Kurdische ist eine indo-europäische Sprache, die mit dem Persischen verwandt ist. Kurden leben auch zu Millionen in der Türkei und in Iran.

Die türkische Sprachgrenze ist im Prinzip auch wieder ganz klar: das Hochland, aus dem die grossen Ströme Tigris und Euphrat kommen, ist türkisch, die Ebene ist arabisch. Aber auch dort wieder gibt es Übergangsprobleme und verwirrende Einzelheiten, zum Beispiel die Stadt Antakia, das alte Antiochien, ist vor dem Zweiten Weltkrieg den Türken zugehalten worden, damit die Türkei neutral bleibe und sich nicht der Achse anschliesse. Die Franzosen entschieden dies zum Leidwesen der Syrer. Auf syrischen Karten kann man bis heute Antakia als syrisches Gebiet angegeben sehen, und alle türkisch-syrischen Gegensätze haben unter anderem auch damit zu tun.

Im Mittelmeerraum ist das Arabische etwas zurückgewichen. Es hat einmal Spanien bis fast in den Norden hinauf und Sizilien umfasst. Hier gab es eine Wiedereroberung anderer Sprachen, die sich zurücküberlagert haben, die «Reconquista» in Spanien und die Wiedereroberung Siziliens durch die Normannen und später die Italiener.

Das ist der arabische Raum, und man darf nicht vergessen, dieser arabische Raum ist eingebettet in einen weiten Bereich von islamischen Staaten, die nicht arabisch sprechen, zu denen aber doch eine gewisse Verwandtschaft besteht. Am deutlichsten tritt sie immer in Mekka hervor. Die ganze islamische Welt trifft sich dort zur Pilgerfahrt. Die heimgekehrten Pilger berichten davon immer als von einem Grunderlebnis. In Mekka wird ihnen deutlich, wie gross die muslimische Welt ist, wie vielfältig. Wie viele andere Brüder im Islam es noch gibt, von denen sie eigentlich nichts gewusst hatten, bevor sie sie in Mekka trafen. Der Islam reicht ja bis Indonesien und auf Teile der Philippinen, bis Zentralasien und China; er erstreckt sich bis tief nach Ost- und Westafrika hinein.

Gysling: Nun dürfen wir ja nicht die arabische Welt mit der islamischen Welt gleichsetzen. Wir haben da 20, vielleicht sogar 25 Prozent, die nicht islamisch sind, christliche Denominationen hauptsächlich.

Hottinger: Ganz so gross würde ich den christlichen Anteil nicht einschätzen. In Ägypten gibt es maximal 20 Prozent Christen, die

Kopten, in Syrien sind es vielleicht 15 Prozent. Aber es gibt auch grosse Gebiete wie Nordafrika, wo überhaupt keine einheimischen Christen leben. Dafür gibt es noch ein paar wenige Juden in Nordafrika, in Tunesien und Marokko. Die meisten sind freilich nach Israel ausgewandert. Auch in der Türkei und in Iran gibt es Christen und Juden. Die Frage der religiösen Minderheiten gehört insofern in den arabisch-islamischen Bereich, als diese alteingesessenen Minderheiten, die schon vor dem Islam da waren, stark orientalische Züge tragen. Sie sind mitgeprägt durch die arabische Kultur, nicht durch die europäische, sie sind zwar Christen, aber sie sind orientalische Christen. Die Maroniten zum Beispiel haben ihre arabische Bibel, aus der gepredigt und gelesen wird, nicht eine hebräische Bibel, und schon gar nicht eine lateinische. Andere Christen haben sich eine Kultsprache erhalten, etwa die Armenier das Armenische, die Nestorianer das Syrische, die Kopten das Koptische. Aber entscheidend ist, dass sie von der islamischen Zivilisation geprägt sind und an ihr mitgearbeitet haben, wenn auch oft als Aussenseiter, so doch manchmal als entscheidende Aussenseiter. Wie schon erwähnt, sind die Übersetzungen aus dem Griechischen ins Arabische grossenteils von solchen Christen geleistet worden.

Neben den religiösen gibt es im Nahen Osten aber auch ethnische Minderheiten. Die Berber in Nordafrika sprechen kein Arabisch, bilden aber Inseln in der arabischen Welt und gehören zum Islam. Die Kurden leben am Nordostrande der arabischen Welt innerhalb des Iraks, Syriens und zu grossen Teilen in der Türkei. Sie stellen ein ganz eigenes Problem dar, auf das wir sicher noch zu sprechen kommen werden.

Es gibt im weiten arabischen Raum verschiedene Untereinheiten, die im Begriff sind, sich stärker herauszubilden. Sie könnten in der Zukunft recht wichtig werden. Die 20 Staaten der arabischen Welt haben sich im letzten Jahrzehnt in drei grossen Gruppen zusammengeschlossen. Es fing an am Golf, wo sechs Ölstaaten sich 1981 zusammenfanden, als der irakisch-iranische Krieg ausgebrochen war, und den Rat zur Zusammenarbeit der Arabischen Golfstaaten bildeten, englisch abgekürzt AGCC (Arab Gulf Cooperation Council). Dann kam ein Zusammenschluss in Maghreb, ganz Nordafrika will zusammenarbeiten, weil es wirtschaftlich unter dem Druck der

Europäischen Gemeinschaft steht. Das Hauptargument für diesen Zusammenschluss war: «Wir können uns gegenüber den Europäern der EG nur durchsetzen, wenn wir ebenfalls zusammenarbeiten, zuerst einmal wirtschaftlich, später hoffentlich auch politisch.» Als dritte Gruppe kam dann dazu, was man den Arabischen Kooperationsrat nennt. Er besteht aus Ägypten, Jordanien, Jemen, den beiden Jemen, die ja zu einem Jemen zusammengeschlossen sind, und dem Irak. Ausgeschlossen ist Syrien. Doch dieser Rat brach zusammen, als der Irak im August 1990 Kuwait überrannte und Ägypten mit Syrien gegen Bagdad Stellung bezog.

Wenn man den ganzen Raum überschaut, darf man Israel nicht übersehen. Da gibt es diesen Staat Israel, von dem die Araber sagen, er sässe wie ein Dolch in ihrer Brust. So ein Ding mit einer Zacke, das genau dort eingesetzt ist, wo Ägypten und der ostarabische Raum aufeinanderstossen, und, wie die Araber behaupten, das ist politische Mythologie, absichtlich von den Europäern dort eingepflanzt worden sei, um ihren Zusammenschluss, die Zusammenarbeit aller Araber zu verhindern. Man kann sich den arabischen Raum vor Augen halten, indem man sagt, er habe zwei grosse Flügel und ein zentrales Gebiet. Das zentrale Gebiet, das auch bevölkerungsmässig dominiert, wäre Ägypten, sozusagen der Körper von dem Insekt, das dann einen grossen Flügel nach Afrika hin und einen nach dem Osten entfaltet; freilich sind die beiden Flügel etwas verschieden geformt. Der afrikanische ist sehr lang und eng, eine Art Streifen zwischen Küste und Wüste, der östliche ist dicker geraten und besteht aus zwei Teilstücken, der arabischen Halbinsel und dem syrisch-mesopotamischen Raum. Nordafrika ist schon durch die arabische Eroberung geprägt; die Araber sind von der arabischen Halbinsel aus über Ägypten bis nach Marokko vorgestossen, und zwar in mehreren Wellen. Zuerst gab es den berühmten Eroberer Uqba Ibn Nafi, der gegen das Jahr 711 auf dem Pferd in den Atlantik geritten ist und gesagt haben soll, wenn es da noch von etwas Besitz zu ergreifen gäbe, so würde er auch das erobern. Diese Eroberung überlagert sich mit der alten Kultur der Berber. Etwas davon zeigt sich sogar in der Sprache. Die nordafrikanischen arabischen Dialekte sind durch das berberische Substrat beeinflusst und haben sich daher anders entwickelt als die Dialekte im Osten. Die Berber als Volk überleben

auch noch, es gibt Inseln von Berbern in den Rückzugsgebieten der Berge und der Wüste. Ganz Nordafrika erhielt eine gewisse Einheit durch diese berberische Unterlage und dann durch die französische Überlagerung, die 1830 mit der grausamen und blutigen Eroberung Algeriens begann und 1882 mit jener von Tunis weiterging. Diese Eroberung brachte Nordafrika eine zweite gemeinsame Sprache und Kultur, die französische.

Im Gegensatz dazu ist der ostarabische Raum viel komplizierter. In ihm sind die alten Substrukturen besser erhalten und vielfältiger, die alten christlichen und jüdischen Minderheiten, die Kurden, es gibt sogar noch Kleinreligionen wie die der Sabäer, der Alawiten, der Drusen, der Yesiden, uralte Religionen oder Amalgame von heterodoxem Islam und früherem Religionssubstrat. Zur Vielfalt dieses östlichen Raumes trägt der Gegensatz zwischen Mittelmeerraum und Mesopotamien bei. Mesopotamien und Ägypten ringen durch die ganze bekannte Geschichte hindurch miteinander um Syrien. Der syrische Raum ohne Stützung durch Ägypten ist Mesopotamien unterlegen. Ägypten ist vor allem an der südlichen Fortsetzung von Syrien interessiert, Palästina, weil sich über Palästina und den Sinai eines der wenigen Einfallstore ins Niltal auftut. Diese geographischen und strategischen Gegebenheiten spielen in dem nahöstlichen Zentralgebiet seit 2000 und sogar 3000 vor Christus bis heute eine wichtige Rolle. Man kann an die klassischen arabischen Dynastien denken, Umajjaden im Raum Syrien, abgelöst durch die Abbassiden im Raum Mesopotamien, sowie an die grossen Eroberungen der Antike, manchmal aus Persien, dann wieder aus Mesopotamien oder aus Ägypten, die jedesmal diesen Raum überfluteten. Ausnahmsweise kommen auch Eroberungszüge aus Mazedonien, aus der südöstlichen Türkei und aus der arabischen Halbinsel. Dies macht das östliche Gebiet, die Araber sagen, den *Mashreq* – d.h. Osten, zum Schwerpunkt der Politik. Während der Westen als ein einziger Korridor relativ einheitlich ist, bildet der Osten den Schnittpunkt mehrerer Bevölkerungszentren und ist schon aus diesem Grund ein Krisenherd. Zu all dem kommt in unserer Zeit noch Israel mit herein, ein Fremdkörper, sagen die Araber nicht ohne Grund, der die Spannungen noch verschärft.

Gysling: Wenn man um 25 Jahre, um 30 Jahre zurückdenkt, dann hat dieser Raum politisch völlig anders ausgesehen. Wir gingen doch damals davon aus, dass die Differenzen zwischen republikanischen Regimen und Monarchien eine der wesentlichen Konfliktebenen sei. Saddam Hussein versuchte zwar, seinen Überfall auf Kuwait vom August 1990 unter anderem damit zu rechtfertigen, dass es gelte, ein quasi-monarchistisches Regime hinwegzufegen und es durch ein «gerechtes», nicht-monarchistisches zu ersetzen. Das war natürlich eine relativ billige Erklärung. Die Baathisten in Syrien und Irak, um nur diese Beispiele zu nennen, kamen mindestens ebenso auf Willkür abgestützt an die Macht wie die Monarchen, die Emire und Sultane. Die Trennungslinie zwischen den beiden Systemen, sofern es sich überhaupt um solche handelt, ist das Produkt freier Interpretation. In der Rhetorik besonders der sechziger Jahre wurde ein Antagonismus zwischen «republikanischen» und «monarchistischen» Regierungsformen konstruiert, und aufgrund der behaupteten Gegensätze führte man Kriege wie jenen in und um Jemen. Und auf der andern Seite stellten wir fest, dass es immer wieder Bemühungen gab zwischen einzelnen arabischen Ländern, sich zusammenzuschliessen. Unendlich viele Vereinigungen wurden versucht. Die berühmteste Union war jene zwischen Ägypten und Syrien. Aus all dem ist ja nichts geworden, und die einzige offenkundig vielversprechende Vereinigung ist jene zwischen den beiden Jemen. Warum hat sich dies so entwickelt?

Hottinger: Ich glaube, man muss bei genauem Zusehen sagen, die grossen Reiche im arabischen Raum sind immer wieder Ausnahmen gewesen. Es gibt immer wieder einmal ein Grossreich, das bald wieder in seine natürlichen Bestandteile zerfällt, und die Zeiten der natürlichen Bestandteile sind die, die länger dauern.

Ägypten ist ein typischer Fall. Ägypten hat eine klare Struktur: das Niltal wird abgegrenzt durch das Meer im Norden und die Stromschnellen im Süden. Es bildet von Natur aus eine Einheit. Manchmal schwappt es über und dehnt sich aus, vor allem in Richtung Syrien, manchmal auch in Richtung Westen, aber eigentlich selten, weil da grosse Wüsten liegen. Der fruchtbare Küstenstreifen ist in Libyen am schmalsten; dort reicht die Sahara bis ans Meer. Sie bildet so eine Barriere für den ägyptischen Einfluss. So gründete

Ägypten periodisch Kolonien und Untertanengebiete in Palästina und Syrien. Doch sie waren nie sehr dauerhaft, weil andere Rivalen sich einschalteten. Die grossen Reiche entstanden im Zeichen einer ausserordentlichen Idee, zum Beispiel des Islam, oder eines ausserordentlichen Kriegers, zum Beispiel Alexanders des Grossen. Solche Eroberer konnten Grossreiche schaffen, die sich eine Zeitlang erhielten und die manchmal weit über den heute arabischen Raum hinausreichten, bis nach Indien im Fall Alexanders. Die arabische Sprache hat sich aber nur soweit ausgedehnt, wie die Wüste reichte, bis in deren Randgebiete an den Küsten und zu den die Wüsten durchquerenden Strömen, doch nicht in die Berge und Hochebenen, in denen strenge Winter herrschen.

Das Konfliktmuster in Nahost

Gysling: Die verschiedenen Länder, die wir ansprechen, haben zu einem guten Teil unterschiedliche wirtschaftliche Möglichkeiten des Überlebens.

Hottinger: Mir scheint interessant, dass sich diese Bedingungen in der Geschichte sehr stark verändert haben. In der Vergangenheit waren die grossen Flusstäler die reichen Gebiete, reich an Bevölkerung und auch an Ressourcen, die bewässerte Landwirtschaft brachte ihren Reichtum hervor. Ägypten war ein Zentrum, ebenso Mesopotamien: wo immer es Bewässerungswirtschaft gab, dort lag ein Schwerpunkt. Von diesen Gebieten aus wurden Eroberungen geführt, in ihnen hat man die grossen Städte gebaut, sie haben Dynastien hervorgebracht. Die Wüste dagegen war ein chaotisches, armes und gefährliches Land, wo nur einmal eine grosse Idee entstanden war, der Islam, deren Folgen sich dann sehr schnell auf die andern Länder ausbreiteten und dort fortwirkten. Die grossen Hauptstädte waren Damaskus und Bagdad, Kairo, Tunis und Fès. Das hat sich erst in der jüngsten Zeit durch das Erdöl geändert. Erdöl fand sich unter der Wüste, und die Wüstenländer sind so reich geworden, wie sie es noch nie in ihrer Geschichte gewesen sind. Die grossen Flusstäler hingegen sind auch in jüngerer Zeit durch die Bevölkerungszunahme so grossen Belastungen ausgesetzt worden,

dass ihre wirtschaftliche Bedeutung eher gesunken ist. Das gilt vor allem für Ägypten, wird aber bald auch im Irak und in Syrien der Fall sein. Hingegen sind Saudiarabien und die kleinen Randgebiete der arabischen Halbinsel, die heute fünf Staaten ausmachen, mit Algerien und seinem Öl, tief in der Sahara, sowie Libyen, ebenfalls wegen seiner Saharagebiete, Erdölstaaten geworden und damit von einem ganz anderen Gewicht als je in ihrer Geschichte. Das erschwert natürlich das Problem, was mit dem neuen Erdölgeld anzufangen sei. In Städten wie Kairo, in alten Zentren wie Bagdad, Damaskus, sogar Aleppo weiss man genau, wie man sein Geld fruchtbringend anlegt. Diese Leute haben einen Zivilisationsplan im Kopf, er geht schon auf die Keilschriftzeit zurück und hat sich seither immer weiter entwickelt. Das Anlegen von Geld wäre dort ein kleineres Problem als in einem Wüstenort wie Riad in Saudiarabien, der nun alle seine Vorstellungen, was man mit dem vielen Geld anfangen soll, aus Amerika oder aus Paris und London übernehmen muss. Die Modellvorstellungen aus den reichen Lieferantenstaaten führen zu einem arabisch verkleideten Kalifornien und Hollywood in Riad. Kalifornische Grossfirmen bauen neue Städte in der Wüste, weil das viele Geld sich dort befindet und dort ausgegeben werden muss. Die Geschichte hat einen starken Bruch erfahren. Ob diese Änderungen von Dauer sein werden, hängt natürlich von der künftigen Bedeutung des Erdöls und von der Dauer der Erdölvorkommen ab. Ohne Erdöl wäre diese Entwicklung überhaupt nicht denkbar. Eine dramatische Veränderung im Nahen Osten, die man vor allem aus der Perspektive der einheimischen Völker verstehen muss, hat sich hier abgespielt. Die alten zivilisatorischen Zentren sind plötzlich zu grossen Elendsquartieren abgewertet; sie werden von den neureichen Besitzern von Erdölrenten besucht, die sich dort amüsieren wollen. Hunderttausende von Bewohnern der alten Bevölkerungszentren werden zu Fremdarbeitern, die in den Ölländern ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Diese Umkehrung der bisherigen Verhältnisse schafft Probleme und Widersprüche in der Zone selbst, die noch völlig ungelöst sind.

Gysling: Wenn wir an den Nahen Osten denken, so denken wir zunächst einmal an Konflikte. Es ist eine Region, in der Stabilität durch bilaterale oder durch interne Konflikte immer wieder verletzt

werden kann. Es gibt Spannungen aufgrund von religiösen Differenzen, es gibt Minderheitenprobleme in fast unüberschaubarer Zahl. Welches sind die wesentlichen Konfliktlinien in dieser nahöstlichen Region? Denken wir ein paar Jahre zurück. Der letzte grosse Konflikt vor dem Ausbruch der Irak-Kuwait-Krise war der irakisch-iranische Konflikt, und der zweite, nicht ausgesprochene oder oft verschwiegene Konflikt ist der um die Kurden, der grenzüberschreitend ist. Es ist ein Konflikt, den wir vom Westen aus nicht intensiv zur Kenntnis nehmen, ungeachtet der Grösse der kurdischen Gemeinschaft. Es gibt eine untere Schätzung, die auf etwa 12 Millionen Kurden kommt, es gibt eine obere, die bis auf 20 Millionen Kurden kommt. Es gibt den Konflikt in Libanon, der offenbar nicht gelöst werden kann aus Gründen, auf die wir sicherlich noch zu sprechen kommen. Und schliesslich gibt es den Konflikt, der in dieser Region wahrscheinlich der dominierende ist, den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Und nun fragt man immer wieder einmal von Europa aus: wäre der Nahe Osten eigentlich eine friedliche Region, gäbe es den israelisch-palästinensischen Konflikt nicht?

Hottinger: Sehr schön gefragt. Natürlich nur spekulativ zu beantworten, wir haben es eben nie erlebt. Man kann sagen, zweifellos verschärft der israelisch-arabische Konflikt alle anderen insofern, als er die Reizbarkeit der Region verstärkt. Man kann historisch nachweisen, dass es in der Folge des Israelkonflikts, nach der Schöpfung von Israel 1948/49, überall im Raum Diktatoren gegeben hat. Sie kamen wegen der Enttäuschung der Völker über ihre Politiker zur Macht. Die falsche Theorie hatte sich ausgebreitet, dass Militärdiktatoren etwas Wirksames gegen Israel unternehmen könnten. Erst knapp 20 Jahre später, 1967, wurde sie als ein Irrtum entlarvt. Bis zur Niederlage im Sechstagekrieg glaubte man, der Israelkonflikt könnte durch militärische Mittel gelöst werden. Insofern ist klar nachweisbar: Israel war eine Konfliktquelle, die sich auf ihr Umfeld ausgewirkt hat. Das heisst natürlich nicht unbedingt, dass ohne Israel alle Konflikte nicht existiert hätten. Sie sind aber sicher verschärft worden. Ganz besonders deutlich ist das im Falle von Libanon; darauf werden wir noch kommen. Ich möchte aber auch noch eine andere Konfliktlinie erwähnen, die afrikanische. Sie verläuft zwischen den Arabern und Schwarzafrika und hat auch immer wie-

der zu Zusammenstössen geführt. Das ist alt insofern, als die Araber an der Grenze nach Schwarzafrika immer wieder auf Sklavenjagd gegangen sind. Die Erinnerung daran ist noch sehr lebendig; wenn man im Sudan mit den Schwarzen redet, sagen diese von ihren arabischen Mitbürgern oft, sie seien die Söhne der Sklavenhändler. Ich kenne einen Amerikaner, der den ägyptischen Dialekt beherrscht. Aufgrund seiner Sprache wurde er in den Randgebieten der südlichen Sahara überall als Sklavenhändler bezeichnet. Sobald die Leute sein ägyptisch gefärbtes Arabisch hörten, nannten sie ihn «Jalaba», das heisst Sklavenhändler oder Sklavenjäger. Die Ressentiments werden dadurch verstärkt, dass die kolonialen Grenzen oft beide Räume einbeziehen, den arabischen und den schwarzafrikanischen. Im Sudan ist das am deutlichsten, und dort besteht ja auch der schwerste Konflikt. Seit der Unabhängigkeit des Sudans hat er sich nie ganz gelegt; seit 1955 besteht ein fast permanenter Bürgerkrieg zwischen den Südsudanesen, die Afrikaner sind, zum Teil Christen, zum Teil Animisten sind, und den Arabern des Nordens. Wenn der Krieg ausser Kontrolle gerät, wie es im Augenblick der Fall ist, kann es so weit kommen, dass die arabischen Stämme auch heute wieder Sklaven nehmen. Heute sind es die Bakkara-Stämme, sie sind auch ganz schwarzer Hautfarbe, sind aber Muslime und sprechen arabisch, die wieder unter den Schwarzen Sklaven nehmen. Diese werden manchmal bis nach Khartum verkauft. Die Sklavenrazzias des letzten Jahrhunderts nach Afrika hinein bilden noch heute den wichtigsten Reibungspunkt zwischen Schwarzafrika und Arabisch-Afrika und wirken sich immer noch aus. Neben dem inner-sudanesischen Konflikt gibt es in der gleichen Zone den Krieg der Libyer gegen Tschad, die Konflikte um die Tuaregs, und in Mauretanien sind die Gegensätze zwischen Senegal und Mauretanien neu aufgebrochen. Die Gegensätze sind alt. Sie werden aber heute neu angefacht, weil die Sahara und andere Barrieren zwischen Arabisch- und Schwarzafrika, wie die grossen Nilsümpfe, durch die Technik weitgehend überwunden worden sind. Die Versuchung, mit ein paar Lastwagen durch die Sahara zu fahren und auf Menschenraubaktionen auszugehen, ist besonders gross, weil die Wüste mit Autos relativ leicht durchquert werden kann. Zum erstenmal erprobte man dies im Zweiten Weltkrieg, als es eine britische Saharatruppe gab,

die von Ägypten aus dem südlichen Sahararand entlang nach Westen vorstiess, um Rommel in den Rücken zu fallen. Sie wurde «Wüstenfüchse» genannt. Seither erweist sich immer wieder, dass die Sahara keine natürliche Barriere mehr ist. Ein expansionswilliger, technisch hochgerüsteter Norden kann durch die Wüste in den ärmeren und weniger technologisierten Süden vordringen.

Gysling: Ich möchte auf den Konflikt zwischen Israel und der arabischen Welt zurückkommen. Ich bin der Meinung, dass Israel bis etwa 1977, bis zur Wahl, die dann von Menachem Begin gewonnen worden ist, versucht hat, sich kooperativ zu verhalten, indem es immer gesagt hat, wir sind bereit zum Frieden, wir werden Land zurückgeben für einen Frieden. Das war zumindest phasenweise durchaus glaubhaft. Die Wende kam 1977. Sie bedeutete merkwürdigerweise, und das ist der Punkt, über den ich immer wieder rätsle, zu dem ich keine klare Antwort habe, zum erstenmal die Möglichkeit eines echten Friedens mit der arabischen Welt. Sadat reiste nach Jerusalem, es gab Camp David, es gab 1979 den Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten, und eigentlich, so müsste man doch denken, wären jetzt alle Pforten offengestanden für einen umfassenden Frieden. Es gab für Israel ja auch keine unbedingte Notwendigkeit mehr, an den Gebieten festzuhalten, die es 1967 im Junikrieg eingenommen hatte. Geschehen ist etwas ganz anderes. Seit jenem Zeitpunkt gibt es in Israel weniger Kooperationsbereitschaft und dafür viel mehr Neigung zu Konfrontation. Natürlich kann man darüber rätseln, weshalb das so gekommen ist. Die politische Kultur Israels hat sich grundlegend gewandelt. Es gab eine Änderung in dem Sinne, als die regierende Gruppe nicht mehr allein auf der westlich mitbeeinflussten jüdischen Tradition aufbaute, sondern mehr auf der sephardisch-orientalischen. Da gab es ein Bündnis, das zum erstenmal über längere Dauer Bestand hatte – zwischen der westlich orientierten Führungsschicht, repräsentiert durch Menachem Begin, und einem Elektorat, das zunehmend beeinflusst wurde durch die orientalischen Juden. Das hat die politische Kultur des Landes verändert. Ich bin der Meinung, dass Israel den Frieden mit Ägypten nicht zuletzt deswegen geschlossen hat, weil es sich sagte, wir bekommen dadurch freie Hand, die palästinensische Frage zu lösen. Ägypten wurde herausgeholt aus einer potentiellen

arabischen Front, ein gesamter regionaler Krieg der arabischen Gemeinschaft gegen Israel wurde dadurch undenkbar, Israel sah, dass die Palästinenser sich selbst zum Teil auch ins Abseits manövriert hatten, und entschloss sich offenkundig in der Form einer Langzeitstrategie, den Sinai zurückzugeben an Ägypten und dafür Cisjordanien, die Westbank, zu besiedeln. Etwas abgeschwächt gilt Ähnliches in bezug auf den Gazastreifen. Natürlich gibt man das von Israel aus so nicht zu. Es tönt zu berechnend. Aber es gibt dennoch eine grosse Menge von Anzeichen, die schlüssig beweisen, dass dies damals einer der wesentlichen Gedanken war. Die Geschichte in der Zwischenzeit hat es bestätigt, was uns zur Frage führen muss, wie das weitergehen wird. Gibt es noch eine Chance, dass sich die Dinge hier wenden? Ich sehe zurzeit leider keine Lösung.

Hottinger: Nein, ich auch nicht. Vielleicht kann man das gleiche, was Sie sagen, noch einmal vom arabischen Standpunkt aus schildern. Die Araber werfen Sadat vor, er sei der grosse Verräter oder einfach der grosse Überspielte gewesen. Bei uns erscheint er als der grosse Friedensmacher mit positivem Vorzeichen, aber die meisten Araber sehen ihn nicht so, sondern als den Politiker, der unnötigerweise entscheidende arabische Positionen preisgegeben hat. Sadat kam 1977 nach Jerusalem und erklärte, er begehre Frieden, doch müsse eine Friedensregelung gefunden werden, die den Sinai und die besetzten Gebiete, also die Westjordangebiete und Gaza, einschliesse. Die Verhandlungen dauerten jahrelang. Am Ende, im Camp-David-Abkommen und im Frieden von 1979, erhielt Sadat dann den Sinai zurück, aber die besetzten Gebiete blieben zunächst einmal unter israelischem Machteinfluss. Dadurch wurde die Lage Israels gegenüber der arabischen Welt entscheidend verändert. Früher stand Israel Ägypten, Syrien und Jordanien an drei Fronten gegenüber. Mit der Rückgabe des Sinai erkaufen die Israeli sich ein Ausscheiden Ägyptens, der wichtigsten arabischen Macht, aus der Konfrontation. Infolgedessen waren die Anhänger Begins in der Lage, die besetzten Gebiete auf unbeschränkte Zeit hinaus zu behalten, um sie eventuell später zu kolonisieren. Heute fängt nun die Kolonisierung an. Wider Erwarten kommt ein grosser Strom von Juden aus der Sowjetunion. Das macht die gegenwärtige Phase des Konfliktes aus, in der es um die Neuansiedlung dieser Leute geht.

Die Machtverschiebung, die dies ermöglichte, schreibt man im arabischen Raum Sadat zu. Wir besitzen heute die Memoiren seiner beiden Aussenminister, Fahmi und Kamel, die im Verlauf der Verhandlungen zurücktraten. Aus ihnen geht hervor: sie hatten versucht, eine Gesamtlösung für den Sinai und die besetzten Gebiete auszuhandeln. Doch Sadat hat die Geduld verloren; er wollte der grosse Politiker werden, der im Fernsehen auftreten konnte und den Ruhm eines sensationellen Friedensmachers genoss. Deshalb gab er die diplomatischen Positionen preis, die vielleicht erlaubt hätten, eine Gesamtlösung auszuhandeln. Es kam infolgedessen nur zu einer Teillösung. Diese bewirkte eine Machtverschiebung zugunsten Israels, das nun keinen Zweifrontenkrieg mehr befürchten muss und deshalb nicht gezwungen ist, ernsthaft an eine Rückgabe der besetzten Gebiete zu denken.

Gysling: Es ist manchmal schwer auseinanderzuhalten, was Sicherheitsinteressen und was religiöse Gründe für eine bestimmte Politik in Israel sind. Israel sagt immer wieder: «Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Sicherheit gewährleistet ist. Geben wir die 1967 besetzten Gebiete ganz zurück, dann haben wir keine verteidigungsfähige Grenze, keine strategische Tiefe mehr. Wir haben eine Küstenlinie, die zum Teil nur 12 Kilometer breit ist, usw.» Nun bin ich der Meinung, dass dies zwar ein Element ist, aber nicht das einzig wesentliche. Israels Haltung wird heute mehr denn je von fundamentalistischem Denken beeinflusst. Die religiösen Gruppierungen haben stärkeren Einfluss als früher. Es gibt einen wachsenden jüdischen Fundamentalismus, dem man zum Beispiel in den Siedlungen in Cisjordanien begegnen kann. Ich habe einmal geschrieben, es gebe eine Unfähigkeit zu zweifeln. Das ist die Stärke der Leute, die dort auf der Westbank siedeln. Sie stellen keine Fragen mehr nach der Rechtmässigkeit, nach der Notwendigkeit dieser Lebensweise, für die sie sich entschieden haben. Das gibt ihnen Stärke im Handeln, aber es bewirkt eine Schwäche in der Argumentation. Israel scheint sich nicht allzusehr darum zu kümmern, dass es durch diese Grundhaltung in die Isolation geraten ist. Auch die Drohungen der Vereinigten Staaten bezüglich einer Verhärtung der diplomatischen Beziehungen, einer Auflösung der Harmonie, machen nicht viel Eindruck. Man ist sicher, dass diesen Worten keine Taten folgen,

die Israels Politik, die Israels Lebensnerv wirklich treffen würden. Allerdings: auch Israeli, die nicht zu radikalem Fundamentalismus neigen, fragen: Würde die arabische Seite unsere Existenzberechtigung als Staat, als Menschen, als Gemeinschaft überhaupt anerkennen oder nicht? Und da kann man natürlich immer wieder Aussagen bei der andern Seite aufspüren, die Nein sagen zur Existenz Israels. Auf der andern Seite stehen dem die verschiedensten Verpflichtungen Arafats entgegen, die glaubhaft sind, sofern sie ihn selbst und sofern sie den Mainstream, den wesentlichen Kern innerhalb der PLO betreffen.

Hottinger: Mit Sicherheit lässt sich die Zukunft nie voraussagen. Viel vom arabischen Verhalten wird natürlich auch vom israelischen Verhalten abhängen. Nehmen wir an, es gäbe einmal einen an Israel grenzenden palästinensischen Staat. Wird man sich dann streiten, oder wird man sich zu einer Zusammenarbeit beiefinden? Zum Streit gehören zwei, zur Zusammenarbeit ebenfalls. Soviel kann man mit Sicherheit sagen: eine Entwicklung unter den Palästinensern hat stattgefunden. Sie lässt sich nachweisen. Unter den Flüchtlingen und Vertriebenen aus Palästina bestand zu Beginn eine weitgehende Übereinstimmung: «Israel muss weg! Die Israeli ins Meer!» Dafür wollte die PLO kämpfen. Dieser Konsens ist allmählich unter Führung der intellektuellen Palästinenser umgeformt worden, die einsehen lernten: erstens geht es nicht, und zweitens wäre es nicht besonders human. Die Wandlung erforderte eine harte und zähe innere Auseinandersetzung unter den Palästinensern. Man kann sie dokumentieren; sie hat schliesslich dazu geführt, dass die Palästinenser sich zu dem für sie gewaltigen Schritt durchrangen, zu erklären: wir anerkennen die Existenzberechtigung Israels. Vielleicht ist das auch heute noch nicht die Meinung aller Palästinenser, es ist aber der Standpunkt der führenden Gruppen. Diese Tendenz würde natürlich verstärkt, wenn es einen palästinensischen Staat gäbe, denn dann käme das Selbstinteresse dieses Staates, fortzubestehen, ins Spiel. Die führenden Schichten und überhaupt die Palästinenser, die dann wieder ein Haus in Palästina besäßen, die wieder einen Beruf und eine Heimat hätten sowie – sehr wichtig – einen Pass erhielten, hätten dann ein Interesse daran, dass ihr Staat fortbestünde. Sie wüssten genau: wenn wir agitieren, wenn wir wieder

anfangen mit Terroraktionen, Schiessen, Infiltrationen, dann wird Israel unseren Staat sofort mit einem Fusstritt über den Haufen werfen. Also bestünde ein Interesse, das nicht zu tun. Der Pass wäre für viele der Palästinenser, die im Ausland leben, das wichtigste. Sie wollen nicht unbedingt alle nach Palästina (so würden sie ihren Staat nennen) zurückkehren. Doch alle begehren einen palästinensischen Pass und einen palästinensischen Konsul, der dafür sorgt, dass die anderen Araber sie nicht mehr als rechtlose Parias behandeln.

Natürlich kann eine jede politische Konstruktion zusammenbrechen. Man kann den Israeli nicht hundertprozentig versichern, dass eine solche Lösung nun wunderbar funktionieren würde. Erstens hängt es auch von den Israeli selbst und ihrem Verhalten ab, und zweitens gibt es immer wieder Zusammenbrüche, Fehler und Unglücksfälle in der Weltgeschichte. Doch eine konstruktive Lösung läge zweifellos in dieser Richtung, wobei die Details noch auszuhandeln wären, besonders Sicherheitsgarantien von aussen. Die Israeli mögen das nicht, sie möchten lieber selbst für ihre Sicherheit verantwortlich sein. Doch eine Garantie von seiten der Amerikaner, der UNO, der Europäer wäre immerhin besser als nichts. Auch Einzelheiten der Grenzziehung wären noch auszuhandeln. Das Jerusalem-Problem wird zentral und schwierig zu lösen sein.

Immerhin, eine konstruktive Lösung läge in dieser Richtung. Was man bei den Palästinensern nicht übersehen darf, ist ihr Bedürfnis, einen eigenen Staat zu erhalten. Das hängt mit ihrer Erfahrung im arabischen Exil zusammen, wo sie wirklich schlecht behandelt worden sind. Seit 1949 waren sie Flüchtlinge, die gezwungen wurden, in ihren Lagern zu bleiben, damit der Anspruch Vertriebener auf Rückkehr aufrecht erhalten werde. Dann, seit 1965, wurden sie Guerilleros. Sie galten als subversiv. Die arabischen Regime fürchteten, dass sie sie in Gefahr bringen könnten. Sie traten ja in der Tat oft als Revolutionäre auf. Nach Ansicht der arabischen Regime sollten sie gegen Israel kämpfen, aber nicht in ihren Gaststaaten und nicht von deren Grenzen aus. Sie wurden immer stärker unterdrückt und haben sich immer heftiger mit den arabischen Staaten und untereinander gestritten. Das Leben der palästinensischen Vertriebenen, Flüchtlinge, Exilierten, Diaspora, wie immer man sie nennen will, ist schrecklich gewesen, und sie führen das weitgehend

darauf zurück, dass sie keinen Staat besitzen. Die Eigenstaatlichkeit ist ihnen heute wohl wichtiger geworden als das Land. Natürlich wollen sie auch Land zurückhaben. Man kann einen Staat nicht ohne Land gründen, aber ob das nun grösser oder kleiner wird, dürfte weniger wichtig sein, als dass jeder Palästinenser einen Pass erhält und seine eigene Heimat. Dort läge die Überwindung des Problems der sogenannten Palästina-Flüchtlinge, die in Wirklichkeit palästinensische Vertriebene sind. Sie wurden aus Palästina vertrieben, das lässt sich heute historisch nachweisen. Man lese das Buch von Benny Morris, einem israelischen Historiker, das in Cambridge erschienen ist. Es trägt den Titel «The Birth of the Arab Refugee Problem» und erschien 1987. Das «Flüchtlingsproblem» entstand durch Vertreibung, nicht etwa, wie ein israelischer Mythos sagt, durch die Stimmen der arabischen Radiosender, die zur Flucht aufgerufen hätten. Diese angeblichen Radioaufrufe sind nicht nachweisbar, obwohl es Aufzeichnungen aller Radiosendungen gibt. Die «freiwillige» Flucht ist ein politischer Mythos, an den wir in Europa alle einmal geglaubt haben, weil wir daran glauben wollten.

Gysling: Was ist die Auswirkung der Intifada?

Hottinger: Die Intifada hat entscheidend mitgeholfen, den Schritt der Palästinenser zur Anerkennung Israels zu vollziehen, weil die Palästinenser im Exil sich nach dem Ausbruch des Aufstandes im Inneren sagten: «Wir haben eine Verpflichtung gegenüber diesen 1,4 Millionen Palästinensern, die im Machtbereich Israels leben. Wir müssen dafür sorgen, dass eine Verhandlungsbasis zustande kommt, damit diese Palästinenser, die sich erhoben haben, ihre Freiheit wiedererlangen. Sie haben sich als Helden erwiesen (so sieht man sie jedenfalls in der arabischen Welt), indem sie mit Steinwürfen halb gewaltlosen Widerstand leisteten, und wir müssen nun auch etwas tun, um ihnen zu helfen!» Dies war das letzte und wohl entscheidende Argument, das die PLO-Führung vorbrachte, um die Exilpalästinenser ihrer Diaspora dazu zu bringen, nun endlich, im November 1988 in Algier, dem Existenzrecht Israels zuzustimmen.

Die Intifada soll nach der Idee der Exilpalästinenser einen gewissen Druck auf Israel ausüben, nun endlich die besetzten Gebiete freizugeben. Ob das gelingen wird, ist freilich ungewiss. Es sieht im Augenblick nicht so aus. Wahrscheinlich werden vielmehr noch

zahlreiche Versuche unternommen werden, die Intifada niederzuschlagen und die Bewohner der besetzten Gebiete niederzuzwingen. Die Israeli suchen Ruhe durch Druck und Zwang zu erreichen. Aber die Araber sind überzeugt, die Intifada werde immer weitergehen und werde eine Druckfunktion, auch propagandistisch, ausüben. Sie werde der Welt beweisen, dass die Palästinenser um keinen Preis ein Untertanenvolk bleiben wollten, sondern ihren eigenen Staat haben müssten. Als ein lebender Beweis dafür soll der Aufstand fortdauern und weiterwirken. Ob das durchgehalten werden kann oder ob die Niederhaltungsmassnahmen der Israeli, so darf man sie wohl nennen, so wirksam sein werden, dass die Intifada aufhören muss, bleibt heute, nach drei Jahren der Erhebung, noch offen.

Gysling: Wie ist es eigentlich zur Intifada gekommen, zum Volksaufstand oder zum Aufstand zunächst einmal der jüngeren Generation in den besetzten Gebieten? Meine eigene Beobachtung geht etwa dahin, dass es hauptsächlich die Erkenntnis der jüngeren Generation war in bezug auf die Chancenlosigkeit im Berufsleben, besonders jener Palästinenser, die eine relativ gute Schulbildung haben. Es gibt in Cisjordanien wenig Möglichkeiten für Akademiker, einen Beruf sinnvoll auszuüben. Wobei wir jetzt nicht darüber diskutieren wollen, wie gut die Universitäten sind, welche früher einmal Mittelschulen gewesen sind, dann Colleges und schliesslich Universitäten wurden. Es sind jedenfalls relativ gute Ausbildungsstätten, wenn man sie mit der gesamten Region vergleicht, aber die Möglichkeiten einer konstruktiven, sinnvollen beruflichen Lebensführung sind kaum gegeben. Das hängt zum Teil mit der Kleinräumigkeit des besetzten Gebietes zusammen, es hängt zum Teil auch damit zusammen, dass Israel kein Interesse daran hat, dass dort eine konstruktive Intelligenzia sich herausbildet. Man hat immer wieder gefragt: wer stand denn eigentlich hinter der Intifada, und hat nach einer geheimen Führungsequipe gesucht. Heute ist gar nicht mehr so sicher, ob es die in Wirklichkeit gibt; ich glaube es kaum. Was wir feststellen, ist, dass die Jugendlichen in den Flüchtlingslagern, die es ja nach wie vor gibt, auch wenn es nicht mehr so viele Flüchtlinge gibt wie früher, die Hauptstosskraft in bezug auf die Intifada bilden, dass dort der Auslöser war und dass die PLO von aussen erst im nach-

hinein versucht hat, sich mit der Speerspitze der Intifada zu identifizieren. So glaube ich, dass es ein Mythos ist zu glauben, die Intifada sei von aussen in die Region hinein projiziert worden. Eher im Gegenteil. Das palästinensische Exil, die PLO, hat oft die Funktion eines Pannenhelfers. Man ruft diesen Helfer, wenn man nicht mehr weiterkommt. Er kann heissen, wie er will, er kann sein, wie er will. Aber viel mehr an Identifikation bestand ja eigentlich nicht. Das palästinensische Exil erkannte andererseits: wir geraten ins Abseits, wir werden nicht mehr sehr geachtet, wir haben keine grosse Perspektive, keine grosse Vision. Terror konnte man kaum mehr anwenden, das war diskreditiert in der gesamten Welt, und eine diplomatische Vision gab es im Grunde genommen nicht. Und in diesem Moment hat die lokale Bevölkerung die Initiative ergriffen, und die PLO ist irgendwo auf diesen fahrenden Zug aufgesprungen.

Hottinger: Ich bin ganz einverstanden. Ich glaube, Arafat war überrascht durch die Intifada, als sie ausbrach. Ich finde es interessant zu sehen, wie sich die Lage der Palästinenser innerhalb und ausserhalb der besetzten Gebiete verändert hat. Der bewaffnete Widerstand kam ja erst 1965 zustande, nachdem es Flüchtlinge seit 1949 eine Generation lang gegeben hatte. Erst als die neue Generation einsehen musste, dass mit diplomatischen Mitteln nichts zu erreichen war und dass die arabischen Staaten ihr trotz aller Versprechen auch nicht helfen konnten oder wollten, als sie begriff: «Wir bleiben in unseren Flüchtlingslagern sitzen, wir werden nur als Flüchtlinge angesehen, nicht als Volk», kam als Reaktion der Versuch, einen Guerillakrieg zu beginnen, der sogenannte «bewaffnete Kampf», der dann nach der arabischen Niederlage von 1967 erst richtig beginnen sollte. Damals haben die Palästinenser im Inneren, also die Palästinenser unter israelischer Besetzung, immer wieder gesagt: «Wir warten darauf, bis wir befreit werden! – Wir sitzen hier, wir erhalten das Land und bewahren den arabischen Charakter der besetzten Gebiete!» Die Befreiung, so glaubten sie nach 1967, werde von aussen kommen. Sie verliessen sich auf die heldenhaften Palästina-kämpfer, die Flugzeuge entführten, nach Israel infiltrierten und die, so haben sie es in ihrer Propaganda ja auch immer versprochen, die Israeli in die Knie zwingen würden. Erst als man sah, dass das zu nichts führte, und als gleichzeitig die Aussichten für die Zukunft der

Palästinenser im Inneren immer schlechter wurden, ist der Topf am 8. Dezember 1987 im Gazastreifen übergekocht. Plötzlich hat sich dadurch die Situation verändert, plötzlich waren die Palästinenser im Inneren die Aktivisten, und die anderen wurden Diplomaten. Die PLO-Führung sagt nun: «Im Innern kocht es, jetzt müssen wir von Tunis aus etwas unternehmen. Wir sind bereit, auf diplomatischer Ebene vorzugehen mit dem Ziel, als palästinensischer Staat neben Israel zu existieren.»

Viele Israeli fürchten, dass nur eine Art Inszenierung stattgefunden habe. Dass die PLO ihnen etwas vormache und in Wirklichkeit nichts anderes wolle, als Israel zu liquidieren. Sie glauben nicht an die proklamierten guten Absichten Arafats. Doch Wandlungen in der Haltung der PLO haben tatsächlich stattgefunden, sie ist bis zu einem gewissen Grad realistischer geworden. Die Gefahr ist natürlich, dass sie, wenn sie gar keinen Erfolg hat, wieder in den sogenannten bewaffneten Kampf, das heisst in der Praxis, in Terroraktionen zurückfallen könnte.

Gysling: Beispiele dafür hat es ja bereits gegeben.

Hottinger: Es gibt sie immer wieder. Man darf nicht vergessen, die PLO steht im Spannungsfeld der interarabischen Gegensätze. Syrien unterstützt palästinensische Minderheitsgruppen gegen Arafat und dessen Anhänger. Die pro-syrischen Gruppen kritisieren Arafat und werfen ihm vor, er führe eine Politik der Kompromisse und der Anerkennung Israels. Und neuerdings gibt es auch eine dritte Gruppe, die der Islamisten, die von Iran aus gefördert werden, manchmal auch von Libyen aus, und die völlig unflexibel sagen: «Israel muss verschwinden!» Sie kommen wieder zurück zur alten, unmöglichen Politik des «Zurück ins Meer» und ähnlicher Schlagwörter, diesmal mit islamischer statt mit nationalistischer Rechtfertigung. Ihrer Ansicht nach ist es unmöglich, dass ein Herzland des Islam von Andersgläubigen besetzt gehalten wird, und Gott selbst wird demnächst eingreifen.

Gysling: Und je länger sich die Dinge hinziehen, desto eher besteht die verhängnisvolle Möglichkeit, dass die radikalen Strömungen stärker zum Durchbruch kommen. Und ich meine ja auch, es sei nicht sehr weise, wenn die USA den Dialog mit der PLO abbrechen. Wobei wir nicht wissen, was von Washington aus mit

dem Dialog bezweckt worden ist, ob es wirklich je eine Absicht gab, die PLO als echten Verhandlungspartner anzuerkennen und die Verhandlungen zwischen Israel und der PLO irgendwann einmal tatsächlich anlaufen zu lassen. Ich habe da meine Zweifel. Ich glaube, es waren von Anfang an nur Sondierungsgespräche, die eine Öffnung signalisieren sollten, ohne dass diese Öffnung jemals stattgefunden hätte. Durch die Haltung der PLO, auch jene der palästinensischen Öffentlichkeit in den von Israel besetzten Gebieten, ist die Sachlage zusätzlich erschwert worden. Nach den Massendemonstrationen von Palästinensern zugunsten Saddam Husseins, der Israel mit Raketen beschoss, hatten die USA ja keinen Anlass mehr, substantielle Gespräche mit der PLO-Führung zu eröffnen.

Hottinger: Und es ist allerhand schiefgelaufen. Die Amerikaner haben früher gewiss gehofft, dass eine israelische Labourregierung als Gesprächspartner zur Verfügung stünde. Doch nun stehen sie der harten Likud-Regierung gegenüber.

Gysling: Nur machen wir uns nichts vor! Labours Rezept in bezug auf die Besiedlung Cisjordanien ist nicht grundsätzlich verschieden von dem des Likud. Es gibt zwar einen Unterschied in der Tonart, in der Bereitschaft zum Gespräch, aber sicherheitspolitisch oder in bezug auf die Besiedlung gibt es nicht so viele Unterschiede, wie man im grossen ganzen meint. Man darf nicht vergessen, dass Yitzhak Rabin von Labour in Cisjordanien eine mindestens ebenso harte Politik als Verteidigungsminister betrieben hat, wie das irgendein Likud-Minister hätte tun können.

Hottinger: Es steht zu befürchten, dass die Lage unter Likud sich noch weiter verhärten könnte. Das wissen wir noch nicht. Aber jedenfalls muss man doch festhalten, unter Labour hätte ein Gespräch vielleicht angefangen. Wenn ein diplomatisches Gespräch einmal beginnt, dann weiss man nicht, wo es endet und wie weit es geführt werden kann. Die Verhandlungspositionen waren recht klar: Labour hätte einiges Land, nämlich die arabischen Bevölkerungszentren, zurückgegeben, hätte aber, da stimmen die Linkspolitiker mit Likud überein, keinen palästinensischen Staat zugelassen. Das grosse Problem wäre wohl dieser palästinensische Staat geworden. Man hätte vielleicht auch noch darüber verhandeln können, wie dieser Staat genau aussehen solle, wie unabhängig, wie weit mit Jorda-

nien zusammenzuschliessen. Das wäre alles sehr schwierig gewesen. Aber man hätte doch angefangen zu reden, während bei Likud die Situation anders ist. Likud will alle besetzten Gebiete behalten, das Maximum, das die Rechtspolitiker zugestehen wollen, scheint eine «Autonomie der Personen» zu sein. Das hiesse Selbstverwaltung nur der Gemeinden, aber nicht der Gebiete. Solch eine Ausgangsbasis wird nicht einmal eine Verhandlung zulassen. Das scheint mir der Unterschied zu sein.

Gysling: Immer wieder stellt man die Frage, was ist eigentlich die PLO? Ist sie eine pseudostaatliche Organisation, aus der einmal eine Regierung werden kann, ist die PLO die einzige Vertretung der Palästinenser?

Hottinger: Ich glaube, die FLN von Algerien war einst das historische Vorbild. Als Arafat und seine Freunde in Kuwait in den sechziger Jahren die PLO gründeten, dachte man an das Vorbild der FLN, die in Algerien 1962 die Unabhängigkeit erlangt hatte. Wie sie für die Algerier, hat die PLO den Anspruch erhoben, der einzige Vertreter des palästinensischen Volkes zu sein. Damals waren ja die Einparteiensysteme in ganz Afrika und in der ganzen Dritten Welt sowie selbstverständlich auch in Osteuropa verbreitet. Inzwischen hat sich vieles verändert, und die palästinensischen Intellektuellen sehen manches heute ganz anders. Sie müssen aber langsam und vorsichtig vorgehen, weil sie ihre aktivistische Gefolgschaft mitziehen müssen und auch noch immer mit der Gegenströmung zu rechnen haben, die von Syrien unterstützt wird. Leute wie Abu Nidal und Ahmed Jibril gehen auf eine «revolutionäre» harte, doktrinaire, heute bereits etwas altmodisch wirkende Politik aus. Sie wollen noch immer an die Weltrevolution glauben und dieser mit Gewaltmitteln näherkommen.

Die PLO legt ihrerseits grossen Wert auf ihre sogenannte Demokratie; das ist keine Demokratie der Zahlen, man kann nicht wirklich abstimmen; aber es ist eben doch ein Versuch, alle möglichen Gruppen von Palästinensern einzugliedern. Im Nationalen Rat sollen alle mitreden. Diese Demokratie ist ein Mittelding zwischen einer echten Demokratie und einer alten Ratsversammlung wie in den Golfstaaten. Alle sollen eine Stimme haben, aber einige sind dann doch die führenden Leute. Sehr wichtig wird sein, wie erfolg-

reich dieses Mittelding ist. Wenn es heute mit seiner gegenwärtigen diplomatischen Linie Erfolg hätte, könnte es sich vielleicht auf einen demokratischen Staat hin entwickeln. Ohne Erfolg wird es sich gewiss zurückentwickeln zu einer doktrinären «Terrorgruppe», wie die Israeli gerne sagen, nennen wir es eine Guerilla-Kampfgruppe.

Das Israelproblem ist ja nicht nur ein palästinensisches Problem, sondern auch ein Problem der gesamten arabischen Welt. Den Arabern ist es ungeheuer wichtig, anderen Muslimen, zum Beispiel den Türken oder den Pakistani, bedeutend weniger. Es ist ein arabisches Problem, weil die Araber gerade im Begriff waren, sich zu modernisieren und sich von der kolonialen Bevormundung freizumachen als in dem kleinen, aber zentralen Gebiet Palästina eine umgekehrte Entwicklung einsetzte. Die europäischen Juden kamen und bauten einen Staat in einem arabischen Gebiet auf, während die Araber sich in allen umliegenden Gebieten von den Engländern und den Franzosen befreien konnten. Deshalb ist Israel für alle Araber ein Symbol der trotz der Entkolonisierung fortdauernden westlichen Oberherrschaft. Nur wenn die Herausforderung Israels irgendwie beantwortet werden kann, so empfindet die ganze arabische Welt, können sie als Araber sich bestätigen. Nur dann können die Araber ehrlich behaupten, auf der Höhe der Zeit zu leben, nun auch Gegenwartsmenschen geworden zu sein und nicht mehr die zu kolonisierenden Eingeborenen der Vergangenheit, die unter dem Druck und unter der Überlegenheit der Europäer oder der westlichen Zivilisation zu leiden hatten. Israel ist für sie eine Art Wertmesser geworden. Wenn die Araber sagen, sie müssten «ihre Ehre» gegenüber Israel hochhalten, meinen sie dies: die Notwendigkeit, sich vor sich selbst als ebenbürtig und der heutigen Zeit gewachsen zu zeigen. Dieses Gefühl der notwendigen Selbstbewahrung findet man vor allem in den von Israel entfernten arabischen Ländern. Aus der Nähe gesehen ist es noch einmal anders. Wenn in Jordanien von Israel gesprochen wird, ist es oft eine viel konkretere Rede. Dann schaut man über den Stacheldraht: «Dort drüben bin ich zu Hause. Dort habe ich Haus und Hof, dort möchte ich wieder hin!» Aus der Distanz aber wird ganz Israel ein Symbol für die Unterlegenheit, die nicht sein dürfte, von der die Araber sich ihrer eigenen Überzeugung nach freimachen wollen und müssen.

Gysling: Nur werden aus dieser Perspektive, aus dem Bagdader Blickwinkel, zwei Dinge miteinander vermischt. Das eine ist die Frage, ob Juden ein historisches Recht haben, dort zu leben, wo sie jetzt leben. Ich glaube, das haben sie durchaus, das kann man nicht bestreiten. Die Frage ist, wie dieses Recht umgesetzt wird, wie kooperativ es umgesetzt wird. Die andere Frage ist die der Bindung, in der Diplomatie, in der Wirtschaft, in der Politik zwischen Israel und den Vereinigten Staaten. Da sind zwei Elemente, die sich in der Diskussion vermischen.

Hottinger: Historisch ist es doch so gewesen. Es gab die englische Kolonialmacht. Die Engländer haben den Juden in Palästina Raum geschaffen. Eine «Heimstätte» ist das Versprechen der Balfour-Deklaration. Der Kampf drehte sich um die Einwanderung der Juden. Heute geht es von neuem um die Einwanderung, noch mehr Juden sollen aus der Sowjetunion kommen, während für die Palästinenser, die aus ihrem Land vertrieben wurden, dort kein Platz sein soll. Hätte es während der Kolonialzeit nicht eine Einpflanzung Israels in die arabische Welt mit Hilfe der überlegenen Mittel Grossbritanniens gegeben, wäre das nicht passiert. Jedenfalls nicht in derselben Art.

Israel hat diesen Symbolwert. Heute ist es der Verbündete Amerikas. Auch in der Wahl und Pflege ihres Bündnispartners und Helfers sind die Israeli erfolgreicher als die Araber gewesen. Diese haben sich bei den Amerikanern nicht im gleichen Masse durchsetzen können. Doch die Araber sehen sich veranlasst, Widerstand zu leisten. Dazu glauben sie sich fast verpflichtet, aus Selbstachtung und aus religiösen Gründen. Weder der Islam noch das Arabertum dürfen sich einer anderen Zivilisation oder Religion einfach fügen. Das Wort «Jihad» heisst nicht nur «Heiliger Krieg», sondern auch Anstrengung. Man muss für den Islam Anstrengungen unternehmen, bis man mindestens gleichwertig ist.

Gysling: Durchsetzen heisst in dieser Perspektive, dass man Israel in einen laizistischen Staat verwandelt, dass also der religiöse Charakter dieses Staates aufgelöst würde.

Hottinger: Heute wohl nicht mehr. Man sprach früher davon, Israel ins Meer zu werfen, aber heute ist ziemlich klar, dass ein Kompromiss genügen würde. Wenn die Israeli zu einem Kompromiss

gebracht werden könnten, wäre auch schon Gleichwertigkeit erreicht und bewiesen. Man könnte auf gleich und gleich reden. Das würde genügen. Die arabischen Regime fragen heute die Palästinenser: womit würdet ihr euch zufriedengeben? Das unterschreiben dann auch die andern Araber. Und die Palästinenser haben sich im Dezember 1988 dazu durchgerungen, Israels Existenzberechtigung anzuerkennen.

Islam, Jihad, Schari'a

Gysling: Wenn der Europäer sich die nahöstliche Region vorzustellen versucht, dann denkt er wahrscheinlich zunächst in schematischen Begriffen, besonders was die Religion betrifft. Was aber bedeutet in der arabischen Welt Religion, was bedeutet der Islam mit seinem Wertesystem, welches das Leben im Alltag prägt?

Hottinger: Wie Sie es schon andeuteten: Wenn wir von Religion sprechen, meinen wir eigentlich eine, die unserer Religion gleicht. Wir glauben, alle Religionen entsprächen unserem Konzept von Religion. Doch das ist nicht so. Das Christentum kennt sowohl in seiner Doktrin wie auch wegen seiner Geschichte eine ziemlich starke Trennung zwischen Staat und Religion. Doch der Islam, auch wieder in seiner Doktrin und aufgrund seiner geschichtlichen Entwicklung, kennt diese Trennung nicht oder doch viel weniger. Er ist ein einziger Komplex, der sowohl staatliche wie auch religiöse, wenn wir unsere Unterscheidung anwenden wollen, die es für ihn nicht gibt, Funktionen hat. Geschichtlich gesehen war der Prophet von vorneherein eine Person, die aus ihrem eigenen Stamm, den Quraisch, in Mekka verstossen wurde, nach Medina auswanderte und dort 622 seinen eigenen Gottesstaat gründete. Dieser war eine Gemeinschaft, die nach dem Gesetz Gottes, so wie es dem Propheten offenbart worden war, im politischen, sozialen, wirtschaftlichen und religiösen Bereich leben sollte. Der Islam umfasst alles. Historisch ist dies genau der gegenteilige Ansatz zu jenem des Christentums, das im römischen Reich als eine Untergrundreligion entstand und sich entwickelte, also während Jahrhunderten nicht den Staat beherrschte, sondern sich in Katakomben vor ihm verstecken muss-

te. Es bildete eine Untergrundopposition zum Staat und unterschied scharf, auch in seiner Lehre, zwischen dem Reich «unseres Vaters im Himmel» und dem Reich Caesars.

Der Islam tritt von Beginn an mit dem Anspruch auf, nicht nur für jene Welt Rettung zu bringen, sondern auch in dieser formend zu wirken. Er anerkennt keinen Staat neben oder gar über sich. Er ist schon der Staat oder sollte es doch sein. Die frühe geschichtliche Entwicklung hat dann diesen grundlegenden Unterschied noch verstärkt: Die Muslime waren von Anfang an politisch und militärisch ausserordentlich erfolgreich. Sie haben in zwei, drei Generationen zwei Weltreiche umgestürzt, das sassanidische und das oströmische, und sie erobert. Ihr oberster Führer war dabei zuerst der Prophet selbst, dann der Nachfolger des Propheten, der Kalif, der Titel bedeutet eben «Nachfolger». Er trug auch den Titel «Beherrscher der Gläubigen», man kann ihn auch mit «Befehlshaber der Gläubigen» übersetzen, während die Christen, nachdem sie einmal mit Konstantin nach drei Jahrhunderten Untergrundexistenz zur Macht gelangt waren, eine Dualität kannten, Staat und Kirche, Kaiser und Papst.

Muslimische Kalifen gab es bis 1924, als Atatürk das Kalifat abschaffte. Erst damals hat sich der westliche Staatsbegriff als etwas «Weltliches», nicht Religiöses dem islamischen scheinbar endgültig überlagert, was auch die Zerbrechlichkeit der heutigen muslimischen Staaten erklärt. Sie stehen zwar auf der Karte als bunte Farbflecken; doch es handelt sich um Gebilde, die aus dem Westen importiert worden sind, das westliche Modell nachahmen und strikte genommen den Grundsätzen des Islam widersprechen. Ein islamischer Staat sollte ein Gottesstaat unter der Führung eines Kalifen, Nachfolgers des Propheten, sein. Nicht ein zweiköpfiges Gebilde aus «Kirche und Staat» wie in der westlichen Tradition. Die muslimischen Fundamentalisten sprechen in der Tat davon, dass ihr muslimischer Staat, den sie anstreben, unter einem Khalifa, Kalifen stehen sollte. Im Fall der Schiiten ist das etwas anders, aber nicht grundlegend verschieden. Bei ihnen sollte, nach der Doktrin Khomeinys, der Herrschende Gottesgelehrte die Führung des muslimischen (Gottes)-Staates übernehmen. Wenn die heutigen Araber glauben, die Grenzen zwischen ihren Staaten seien «künstlich» und

gingen auf den Kolonialismus zurück, der sie festgelegt habe, um über geteilte Länder besser herrschen zu können, schwingt dabei ohne Zweifel das Grundgefühl mit, dass diese «modernen» Staaten, die durch die Grenzen definiert sind, wenig Legitimität besitzen. Legitim kann eigentlich für einen Muslim nur das «Haus des Islam» (Dar al-Islam) sein, das unter der Führung eines legitimen Nachfolgers des Propheten stehen sollte.

Gysling: Vielleicht können wir zunächst aber noch auf den folgenden Punkt eingehen: Inwiefern war der Prophet Mohammed nicht nur ein Religionsbegründer, der eben den Koran verkündet hat, der ihm durch den Erzengel Gabriel mitgeteilt worden ist, sondern inwiefern war er denn auch ein Staatsmann? Er ist, wie Sie vorher gesagt haben, vom Stamm der Quraisch ausgestossen worden, hat in Medina eine eigene Gemeinschaft gegründet und dann ein interessantes Experiment in dem Sinne gemacht, als er Allianzen bilden konnte, die allmählich seinen eigenen Stamm, die Quraisch, wieder miteinbezogen haben. Mohammed hat eine Rückeroberung in bezug auf die weltliche Machtbasis vorgenommen, die dann mit der religiösen Machtbasis in Einklang gebracht worden ist. Er hat auch, und das darf man nicht vergessen, immer nur Verträge auf Zeit abgeschlossen. Es war ja zur Zeit des Propheten nicht vorstellbar, dass ein Stammesführer, ein Politiker oder ein religiöser Führer auf alle Zeiten hinaus gültige Verträge machte. Die Allianzen waren zweckgebunden. Jeder wusste, wenn das entsprechende Konfliktziel erreicht ist, kann man auch, ohne das Gesicht zu verlieren, sich wiederum einem neuen Partner zuwenden und den vorherigen Partner als Feind betrachten. Ich finde das immer wieder interessant, wenn ich an die jetzige Situation in Nahost denke. Auch da geschieht das zu einem guten Teil. Wenn man nun an die Weiterentwicklung der «Grauzone» denkt, dann fällt auf, dass die Spaltungen im Islam, zwischen der Sunna und der Schia, dann innerhalb der Schia und andere Abspaltungen mit der Frage zusammenhängen, wie die Autorität des Führers beschaffen ist, wie sie legitimiert werden kann. Ursprünglich, das sagten Sie auch schon, ging man davon aus, die Legitimation ergebe sich im Grunde dadurch, dass ein politischer Führer auch religiöse Autorität habe. Oft war das schwer nachzuweisen, und verschiedenste Gruppen haben sich in verschiedener Richtung ent-

wickelt. Die Abspaltung der Schia ist das prominenteste, spektakulärste Beispiel gewesen. Hochinteressant ist in diesem Zusammenhang auch das Beispiel der Zaiditen, also eines Zweigs innerhalb der schiitischen Gemeinschaft. Sie anerkennt die Autorität eines geistlich-weltlichen Führers nur dann, wenn er auch die Bereitschaft zeigt, diese Autorität mit Gewalt zu verteidigen. Das Problem der Autorität zeigt sich in der Schia in eklatantester Art und Weise, indem, seit der 12. Imam «verschwunden» ist, Unklarheit herrscht, wie die Gemeinschaft geführt werden sollte. Und im Grunde kann sie mit wahrer Autorität heutzutage gar nicht geführt werden, das wäre erst möglich nach der Wiederkehr des Imam, beim Anbruch einer neuen Zeit, die wir als messianisch bezeichnen könnten. Das Problem der Machtausübung in bezug auf die Grauzone zwischen Religion und Politik hat sich immer wieder gestellt, es hat sich durch die Geschichte hindurchgezogen und wurde von den nationalen, den nationalistisch eingestellten Politikern besonders im 19. Jahrhundert in den Hintergrund gedrängt, konnte aber nie mit einer klaren Antwort auf die Frage, wie die Autorität zu rechtfertigen sei, gelöst werden.

Hottinger: Verständlicherweise. Man muss einfach festhalten: es gibt einen Befehlshaber der Gläubigen (Amir al-Mu'minîn), der legitimer Nachfolger des Propheten sein sollte. Wenn zwei Befehlshaber der Gläubigen auftreten und ein jeder Gefolgschaft findet, gibt es streng genommen auch zwei Religionen, zwei Völker von Gläubigen. Es entsteht eine Spaltung, die politisch ist, aber gleichzeitig auch religiös. Die Trennung der Schiiten von den Sunniten ist so zustande gekommen: politisch. Später haben sie dann auch leicht divergierende religiöse Doktrinen entwickelt. Streng islamisch ist weder das territoriale Konzept eines Staates noch das erbliche. Es gibt nur die Gemeinschaft der Gläubigen in dieser und in jener Welt. Die politischen Rivalitäten werden so auch religiöse Gegensätze, und die religiös-politischen Divergenzen spalten die Gemeinschaft in verschiedene Religionszweige auf: Sunniten, Schiiten vieler Färbungen, Zaiditen, Qarmaten und viele andere «Völker», die durch ihre religiöse Parteinahme gekennzeichnet sind.

Gysling: Ich glaube, das Problem im Umgang des Westens mit der nahöstlich-islamischen Welt besteht oft darin, dass man Begriffe aus

dem Religiösen auch in der Alltagspolitik verwendet. Ich denke an den Begriff des *Jihad*, der seit dem Ausbruch der Irak/Kuwait-Krise immer wieder verwendet wird. *Jihad* wurde als Begriff auch im Konflikt zwischen Iran und Irak verwendet, und wir im Westen haben eine Tendenz, ihn vereinfachend als Heiligen Krieg zu übersetzen. Viele Menschen hier im Westen sind wohl der Meinung, Heiliger Krieg bedeute: ein Horde von Arabern käme auf Pferden in den Westen gezogen, mit gezückten blanken Schwertern, und würde die Nichtgläubigen mit Gewalt zur Konversion zwingen. Ich meine, man muss einmal definieren, was mit *Jihad* gemeint ist.

Hottinger: *Jihad* bedeutet Anstrengung. Und eine Art der Anstrengung ist eben, dass man gemeinsam in einen Krieg zieht. Das war so im frühen Islam, ist aber schnell in Regeln eingebunden worden. Solch ein Krieg unter heiligen Vorzeichen kann nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen stattfinden. Zum Beispiel wenn Ungläubige die Muslime angreifen. Nicht wenn die Muslime sich gegen Ungläubige wenden, ausser sie stünden, wie das zur Zeit des Propheten der Fall war, wirklich unter Führung eines rechtmässigen Propheten oder dessen Nachfolgers.

Ein Normalherrscher – ein Gewaltherrscher in der muslimischen Welt, wie es alle heutigen Herrscher sind, das Kalifat besteht nicht mehr – kann folglich überhaupt nur *Jihad*, Heiligen Krieg führen, wenn er angegriffen wird, nicht, wenn er angreift. Im *Jihad* angreifen kann nur eine Gemeinschaft der Gläubigen unter ihrem eigenen Propheten oder dessen wahren Nachfolger. Sie haben schon erwähnt, im Schiismus ist dieser wahre Führer längst in die Verborgenheit gegangen und wird erst am Ende der Zeiten wieder erscheinen. Im Sunnismus ist das etwas anderes, da gibt es den Kalifen, und er hat politisch-religiöse Funktionen gehabt. In den 1300 Jahren, in denen Kalifen herrschten, gab es natürlich verschiedene Herrschaftsumstände. Kalifen haben von verschiedenen Orten aus geherrscht, zuletzt in Istanbul, zuerst in Mekka, dazwischen in Damaskus, Bagdad und von vielen anderen Orten aus, wenn man die Kalifen der anderen muslimischen Religionszweige mitberücksichtigt, wie der Zaiditen in Jemen und der Ibadhiten in Oman. Auch in der zeitlichen Entwicklung hat die Stellung des Beherrschers der Gläubigen Änderungen erfahren. Die ersten Nachfolger

des Propheten, die bei den Sunniten die «rechtgeleiteten Kalifen» heissen, haben in Beratung mit Zeitgenossen des Propheten und nach ihrem eigenen Urteil versucht, das Gemeinwesen des Propheten in dessen Sinne und nach dem Gebot Gottes fortzuführen. Später gab es Fachleute des Gesetzes und der Religionswissenschaften, die das Gottesgesetz fein ausarbeiteten. Es wurde zu einer religiösen Rechtswissenschaft, die dann auch von den Fachleuten verwaltet und angewandt werden musste. Der sunnitische Kalife übernahm die Macht des Schwertes und wurde ein Herrscher mit religiöser Weihe, der sich in Rechtsfragen und Belangen des Gottesgesetzes von den Gottesgelehrten, meist seiner eigenen Auswahl, beraten liess. So kam es in der Praxis dann doch zu einer gewissen Gewaltentrennung, der religiös-gesetzlichen und der militärisch-herrschaftlichen Führung, für die beide jedoch stets der Kalife letzten Endes der Verantwortliche blieb. Der Stand der Gottesgelehrten wird eine einflussreiche und weitverzweigte «Gottesbürokratie», die beratend und rechtfertigend dem Nachfolger des Propheten zur Seite steht. In Zeiten, in denen er machtlos ist oder überhaupt von der Bildfläche verschwindet, wie gegenwärtig, haben die Gottesgelehrten die Tendenz, seine Funktion zu übernehmen, indem sie über Recht und Unrecht im individuellen und im kollektiven Bereich befinden wollen. Dabei stossen sie freilich leicht mit den herrschenden de-facto-Machthabern zusammen, wie Khomeiny mit dem Schah. Oder aber sie fügen sich ihnen, ermahnen sie nur und schreiten bloss gegen ihre Aktionen ein, wenn diese offenbare Verstösse gegen das Gottesgesetz darstellen. Sogar dann kann sich unter Umständen eine Stillhaltepolitik der Gottesgelehrten empfehlen, man spricht dann von einer quietistischen Haltung. Weil es eine politisch-religiöse Grundregel gibt, die sagt, die Spaltung der Gemeinschaft der Gläubigen, die einen Bürgerkrieg heraufbeschwören könnte, sei um jeden Preis zu vermeiden, sogar wenn dieser Preis darin bestünde, dass man einen ungerechten Herrscher an der Macht zu belassen hätte.

Die Gottesgelehrten können von aussen gesehen zum Eindruck verleiten, sie stellten so etwas wie einen Stand der Geistlichen dar. Doch dies wäre wieder christlich gedacht. Vom Islam aus gesehen sind sie Fachleute der islamischen Gesetzgebung, also wenn man will Gottesjuristen; sie sind keine Priester, weil sie nicht kraft einer

besonderen Weihe zwischen Menschen und Gott vermitteln. Ihre Fähigkeit ist akademischer Art. Sie besteht einzig darin, das Gottesgesetz genau zu kennen und es in bestimmten konkreten Fällen, die der Auslegung bedürfen, interpretieren zu können.

Gysling: Jihad bedeutet für die islamischen Völker einen Kampf, der um die eigene Existenz geführt wird. Natürlich erkennen wir das von aussen her nicht immer als eine reine Defensive, und wir wissen ja: aus der Defensive heraus können oft Offensiven gestartet werden. Es gibt Angstbeisser. Ich meine, Saddam Hussein ist oder war ein Angstbeisser, der aus der Defensive heraus in die brutale Offensive gegangen ist. Der andere Begriff, die Islamische Republik, beinhaltet viele Ungewissheiten. Vom Westen aus wirkt Iran als ein tyrannisch agierender, von den Mullahs beherrschter Staat. Manchmal sagt man: wenn die islamische Republik nicht von Schiiten, sondern von Sunniten geleitet würde, wäre sie nicht derart radikal. Dieser Meinung bin ich durchaus nicht. Letzten Endes geht es darum, nimmt man die *Schari'a*, also das islamische Recht, als *die* Quelle, nicht eine, sondern *die* Quelle des Rechtes und des Verhaltens, als Verhaltensmassstab, oder tut man das nicht. Ob dann Schiiten oder Sunniten am Werk sind, macht im Endresultat keinen wesentlichen Unterschied. Nun muss man vielleicht zum Verständnis auch noch folgendes sagen. Wenn die Leute hier in Europa *Schari'a* hören und lesen, haben sie immer gleich den Eindruck, es gehe um Händeabhacken als Strafe für einen Diebstahl, es gehe um Steinigen, wenn vier Personen einen Ehebruch beobachtet haben. Wir müssen ja etwas einschränken, auch wenn wir wissen, dass solche barbarischen Handlungen vollzogen werden. Aber wir sollten doch klar sehen, dass *Schari'a* ein umfassender Gesetzeskomplex ist, der das Verhalten im Alltag regelt, der dank seiner Striktheit den Menschen auch Sicherheit gibt. Da komme ich zurück auf dieses Thema der Sicherheit, die Unfreiheit beinhaltet, und der Unsicherheit, die Freiheit beinhalten würde. Sicherheit entsteht für viele Menschen, wenn sie genau wissen, was zu tun und was zu unterlassen ist. *Schari'a* ist ein Gesetzeskomplex, der ins wirtschaftliche Leben hineinreicht und der im Strafrecht für unser Empfinden eher willkürliche Vorschriften enthält. Todesstrafe steht nur auf ganz wenige Verbrechen. Mord im «normalen» Sinn ist nicht ein todeswürdiges Verbrechen, aber

Wegelagerung ist es zum Beispiel. Wie will man Wegelagerung in der heutigen Zeit definieren? Man könnte, wenn man den Begriff phantasievoll auslegt, beispielsweise eine Flugzeugentführung als Wegelagerung definieren und sie unter der *Schari'a* als Verbrechen definieren, das die Todesstrafe nach sich zöge. Ich erwähne das, um zu illustrieren, wie schwierig es ist, die Begriffe aus alter Zeit in die heutige Zeit zu übertragen.

Hottinger: Ich glaube, man kann sogar sagen, es gibt Muslime, welche die *Schari'a* mit dem Islam gleichsetzen. Das ist Khomeinys Formel: «Der Islam ist die *Schari'a*, und die *Schari'a* ist der Islam.» Also der Islam ist identisch mit dem im 9. Jahrhundert endgültig formulierten Gottesgesetz, dieses beruht seinerseits auf einer damals vorgenommenen Interpretation der koranischen Texte sowie der Schriften, die man über das Leben des Propheten besitzt, und der Überlieferungen darüber, wie er sich in bestimmten Lagen verhalten hat und was er auf Fragen der Gläubigen antwortete, sowie weiter auf Grund der Schlüsse, die die Gelehrten im 9. Jahrhundert aus diesen Überlieferungen zogen.

Es gibt aber auch andere Muslime, die der Ansicht sind, der Islam sei nicht identisch mit dem Gottesgesetz, das vor über tausend Jahren formuliert worden sei, sondern er beruhe letzten Endes auf den heiligen Texten, die heute neu verstanden werden müssten. Sie seien nach unserem Verständnis auszulegen, gewiss geleitet durch die grossen Autoritäten der Vergangenheit, aber diese grossen Autoritäten seien eben nicht der Islam, sondern gäben nur eine in einer bestimmten Zeit festgelegte Interpretation wieder.

Dieser Grundsatzstreit zieht sich seit über hundert Jahren durch den Islam. Einerseits gibt es Gottesgelehrte und ihre Anhänger, die an dem grossen Kodex der *Schari'a*, d.h. des Gottesgesetzes, festhalten wollen, so wie er im 8. und 9. Jahrhundert formuliert worden ist und seither als geheiligt gilt. Sie behaupten, man könne ihn nicht mehr ändern, nur noch verfeinern, indem man ihn auf konkrete Fälle anwende. Diese Leute sagen, das Tor des Ijtihad sei geschlossen. Ijtihad, ein Wort, das abgeleitet ist von dem oben erwähnten Jihad, das Anstrengung und dann Heiliger Krieg bedeutet, kann als «sich abmühen» übersetzt werden. Es meint die Bemühungen um das richtige Verständnis des Gesetzes und der Religion überhaupt.

Die Gegenseite will dieses Tor wieder öffnen, das heisst, neue Interpretationen, ein neues Verständnis der Grundtexte im Licht der heutigen Zeit, zulassen. Die Vertreter der ersten Meinung nennt man oft Fundamentalisten, auch Islamisten, weil sie an den bisherigen Fundamenten festhalten und auf sie zurückgreifen wollen. Die der zweiten werden oft als Modernisten bezeichnet, lieben jedoch selbst diesen Namen nicht, weil es ihnen um ein zeitgemässes Verständnis der alten Texte geht. Der Streit zwischen diesen beiden Richtungen ist alt. Gegenwärtig scheinen die rückwärts gewandten Fundamentalisten das Übergewicht zu besitzen. Dies kommt im wesentlichen daher, dass «die Moderne» als diskreditiert gelten muss. Sie hat den Muslimen nicht das gebracht, was sie sich von ihr erhofft hatten, mehr Misserfolge, Verwirrung, Ungerechtigkeiten, Machtlosigkeit als den erwarteten «Fortschritt».

Gysling: Interessant ist ja, wie heute Politiker kreuz und quer durch die nahöstliche Region sich den Islam zunutze machen oder sich als besonders gläubig darstellen. Saddam Hussein hat das in besonders augenfälliger Art und Weise getan, indem er sich ungefähr ein Jahr vor dem Einmarsch der irakischen Truppen in Kuwait plötzlich und dann immer konsequenter als gläubigen Moslem zur Darstellung gebracht hat. Man sah ihn immer öfter in betender Pose, man sah ihn häufig beim Besuch von Moscheen, was vorher überhaupt nicht der Fall war. So hat er versucht, seine Integration in den Islam zu demonstrieren. Den Krieg gegen die von den USA angeführten Alliierten nach dem 17. Januar 1991 bezeichnete Saddam Hussein immer wieder als Jihad, womit er besonders den gläubigen Schiiten unter seinen Soldaten zu suggerieren versuchte, dass der Tod in diesem Krieg mit dem sofortigen Einzug ins Paradies belohnt würde. Den weniger religiösen Irakern signalisierte er mit seiner Wortwahl: es geht um einen Existenzkampf, in dem das Letzte gegeben werden muss. Sadat betonte Ähnliches in einer andern Art und Weise, aber auch nicht weniger auffällig. Fast das erste, was er tat, als er 1977 nach Jerusalem reiste, war der Besuch in der Al-Aqsa-Moschee. Da zeigte er, dass er das wichtigste Ziel erreicht habe, dass er jetzt in al-Quds, also der «heiligen Stadt», beten und stellvertretend eine weitverbreitete Sehnsucht der muslimischen Gemeinschaft in die Tat umsetzen konnte. Immer wieder machen Politiker

sich den Islam zunutze. Sie schlagen demonstrativ eine Brücke zwischen ihren eigentlichen politischen Ambitionen und ihrer religiösen Hingebung. Sie wissen, dass sie, wenn sie sich als nicht religiös zu erkennen gäben, von den Massen sehr schnell abgelehnt würden, dass also das religiöse Bekenntnis, demonstrativ zur Schau getragen, auch beiträgt zur allgemeinen Anerkennung durch die Bevölkerung. In diesem Zusammenhang interessant ist die Mühe, die verschiedene Politiker in den verschiedensten Staaten mit dem Rechtskörper der *Schari'a* haben. Sadat, später sogar auch Mubarak, sollte von wesentlichen Gruppierungen innerhalb seines Landes genötigt werden, die *Schari'a* einzuführen. Gemeint war, dass die *Schari'a* als die einzige Quelle der Rechtsfindung anerkannt würde. Die Situation von heute ist fast in allen arabischen Ländern so: man hat drei Grundlagen des Rechtes, die *Schari'a*, das vom Westen mit eingebrachte zivile Recht und die traditionellen Überlieferungen, die oft auf lokalen oder regionalen Gegebenheiten beruhen. Und wer immer eine Entscheidung zu treffen hat, kann auswählen zwischen der Gewichtung, die er diesen drei Rechtskörpern gibt. Aber wir sehen jetzt eine Tendenz aufkommen, die *Schari'a* stärker ins Bewusstsein der Menschen zu bringen. Das gehört zum Vormarsch des Fundamentalismus. Was bedeutet *Schari'a* für die Menschen im Nahen Osten? Will eine Mehrheit von Muslimen zurück zu den Fundamenten?

Hottinger: Die Zahl, die man natürlich nicht genau kennt, dürfte sich zwischen 7 und 15 Prozent der Muslime bewegen. In den Wahlen und in Umfragen spricht sich ungefähr eine solche Minderheit für fundamentalistische Themen aus. Dies gilt von Pakistan bis Marokko. Es sind also keineswegs alle Muslime, sondern nur eine kleine, allerdings sehr aktive Minderheit. Sie besitzt den Vorteil, sehr genau zu wissen, was sie will. Sie besitzt dieses Gesetzeswerk der *Schari'a*, man hat es sich als eine ganze Gesetzesbibliothek vorzustellen, und sie ist überzeugt, wenn es nur integral angewendet würde, würde sich die Lage der Muslime grundlegend verändern. «Der Islam ist die Lösung», lautet ihr Slogan, und unter dem «Islam» verstehen sie eben in erster Linie oder sogar ausschliesslich die *Schari'a*, das Gottesgesetz. Ihre Heilserwartung ist letzten Endes nicht rational, sondern religiös bestimmt. Sie nehmen an, ein Got-

teswunder würde geschehen, wenn ihre Gesellschaft das Gottesgesetz zu ihrer einzigen Norm erhöhe. Diese Wundererwartung können sie rationalisieren, indem sie darlegen, dass die islamischen Regeln objektiv die besten Regeln seien, die es für Menschen gebe, weshalb solche, die ihnen nachlebten, auch die beste, wirksamste, erfolgreichste Gesellschaft bildeten. Doch handelt es sich letzten Endes um religiösen Glauben.

Ihre Haltung spricht eine ganz bestimmte Schicht an, nämlich in erster Linie die Leute, die sich ihrem heutigen Leben entfremdet fühlen. Zum Beispiel junge Studenten, die aus ihrer Kleinstadt in die grossen Universitätsstädte gelangen. Sie wissen nicht sehr viel von dem modernen Leben, mit dem sie sich konfrontiert finden. Sie beherrschen keine Fremdsprache und sehen sich dennoch beständig mit Dingen, Ideen, Einrichtungen, Gütern und Vorstellungen der fremden westlichen Welt konfrontiert. Unter den fremden Ideen spielt das Verhältnis zu Frauen, die nicht zur eigenen Familie gehören, die sich aber dennoch unverschleiert sehen lassen, eine aufregende und oft verwirrende Rolle. In der Verwirrung wollen diese Teil-Entwurzelten auf etwas Festes zurückgreifen. Sie finden dann – geleitet von den fundamentalistischen Predigern und Aktivisten – die *Schari'a* und ihre unbedingte Gültigkeit als den festen Grund, nach dem sie streben.

Man kann mit Sicherheit sagen, dass die *Schari'a* historisch nie das einzig gültige Recht der muslimischen Gesellschaften war. Es hat immer Herrscher gegeben, die es sich herausnahmen, ihr eigenes Recht durchzusetzen. Sie pflegten vor allem das Strafrecht nach eigenem Ermessen zu bestimmen.

Die Sache mit dem Handabhacken steht im Koran (wobei man sich allerdings fragen kann, ob dieser unbedingt so verstanden werden muss). In der Praxis ist Diebstahl manchmal durch Handabhacken bestraft worden, es kam immer darauf an, wer was wie gestohlen hatte, vieles lag im Ermessen des Fürsten oder des Machthabers. Das gleiche gilt von anderen der sogenannten *Hudud*, (koranischen) Strafen, und von vielen anderen Bereichen der *Schari'a*.

Der grösste türkische Herrscher, den die Europäer Soliman den Prächtigen nennen, heisst bei den Türken Sülayman Kanuni, der Gesetzgeber, weil er einen Kanon festlegen liess, das heisst Gesetze,

Vorschriften, die er freilich mit dem griechischen Wort Kanon bezeichnete, um nicht mit dem Gottesgesetz in Konflikt zu kommen, das von den Theologen als einmal gegeben und unabänderlich angesehen wurde. In seinen Kanons stehen Vorschriften und Regeln für die Ordnung seines Reiches, die nicht im Gottesgesetz niedergelegt waren.

In der islamischen Geschichte gibt es eben doch die zwei Instanzen, die der Islam theoretisch nicht kennt; einerseits den Herrscher und andererseits den Theologen. Die Sultane, Herrscher, machen sich seit dem Zerfall des abbasidischen Reiches (1258) und sogar schon einige Jahrzehnte vorher neben, unter und am Ende auch über den Kalifen als de-facto-Herrscher breit. Ihre Herrschaft wird theologisch dadurch legitimiert, dass sie einen Raum für Muslime schaffen, in dem diese entsprechend dem Gesetz (der *Schari'a*) leben können. Nur wenn sie es den Muslimen unmöglich machen sollten, als Muslime zu leben, etwa indem sie das Gebet verböten oder andere grobe Verstösse gegen die Religion erzwingen wollten, müssten die Muslime sich gegen sie erheben.

Nun gibt es einen hohen Beamten, der kontrollieren muss, ob ein vom Herrscher erlassenes Gesetz der *Schari'a* widerspricht. Das ist der Mufti, der eine *Fatwa* abgibt, ein Rechtsgutachten entsprechend der *Schari'a*, wenn er über die Rechtmässigkeit einer Anordnung oder Massnahme befragt wird. Die Gottesgelehrten als Klasse und Gesellschaftsschicht übernehmen die Aufgabe, den Machthaber zu beraten und auf ihn einzuwirken, wenn er etwas tun will, das der *Schari'a* widerspricht. Der Herrscher selbst kann viele Dinge tun, die eigentlich unzulässig sind, z.B. trinken, foltern, morden, das ist eine Sache zwischen ihm und Gott. Solange er nur den Muslimen die Gelegenheit gibt, als Muslime zu leben, ist es nicht legitim, sich gegen ihn zu erheben. Diese quietistische Haltung, deren Grenzen natürlich fliessend sind, wird damit gerechtfertigt, dass ein Aufstand und Bürgerkrieg eines der schlimmsten aller denkbaren Übel sei, weshalb es ihn soweit möglich zu vermeiden gelte. Dies ist klassische sunnitische Staatstheorie.

Gysling: Erwähnen muss man vielleicht, dass der Islam das private Verhalten, das Verhalten in den eigenen vier Wänden, sehr wenig kontrolliert oder auch gar nicht miteinbezieht. Ich fragte einmal

einen Palästinenser aus einer respektablen Familie, wie man einen gläubigen Politiker von einem ungläubigen unterscheiden könne. Und er sagte, sehr bezeichnend, das könne man eigentlich nur am Verhalten der Ehe-Frauen messen. Wie tugendhaft die Frau sich verhalte, daran könne man erkennen, wie gut sich ein Mann als Politiker innerhalb des Islam verhalte. Die Erklärung spricht dafür, dass niemand hingeht und sagt: wir prüfen deine wahre Gläubigkeit, sondern Muslim ist man, indem man das Glaubensbekenntnis vor Zeugen ablegt. Zu viel weiterem ist man an sich nicht verpflichtet. Man kann sagen, die fünf Gebete am Tag gehörten mit in das Pflichtenheft, aber niemand sagt, jemand sei kein Gläubiger, kein Muslim, wenn zweifelhaft ist, ob er die fünf Gebete spricht. Die Beurteilung dessen, was Religiosität ist und was nicht, unterscheidet sich von dem, was wir im Christentum, im Westen empfinden. Aber schauen wir uns vielleicht doch noch einmal die Auswirkungen dessen an, was man allgemein als Ausfluss der Gläubigkeit betrachtet, auf die heutige Politik. Wir sahen ein religiöses Element im Konflikt zwischen Iran und Irak, insbesondere zunächst von Iran ausgehend. Khomeiny und die Leute um Khomeiny sagten nach einiger Zeit: Wir führen einen Jihad, einen Krieg, einen Existenzkampf gegen die Ungläubigen, nämlich gegen Saddam Hussein. Dann, ab August 1990, nach der Invasion Iraks in Kuwait, sagte Saddam Hussein: Wir führen einen Jihad, also wir führen einen Krieg um unsere eigene Existenz, gegen den Westen. Der Begriff Jihad ist in der praktischen Politik immer und immer wieder aufgenommen worden. Ist er wirklich ein bewegendes Element in der heutigen arabischen, nahöstlichen Politik?

Hottinger: Bestimmt ist er das, und zwar stärker als noch vor 20 Jahren. Wir erleben heute, was man eben von aussen gesehen als Re-Islamisierung bezeichnet hat, eine Aufwertung des Islam. Es gab eine Zeit während des Kolonialismus und in den ersten 10 Jahren danach, in der man versuchte, so ähnlich zu leben wie die Europäer. Man huldigte einer nationalistischen oder auch einer sozialistischen Ideologie. Man glaubte an die Entwicklung und den Fortschritt. Doch dies wurde in Frage gestellt, als es schlecht funktionierte, als man sah, dass man damit nicht wirklich weiterkam. Für die Araber ist die Niederlage von 1967 gegen Israel das entscheidende Ereignis

gewesen. Seither haben sie sich immer mehr dem Islam zugewandt, dem, was man als das eigenste empfand, als Grundlage der eigenen Ordnung. Nur aus ihm heraus, so glaubt man heute weitgehend, könne man ein fruchtbares eigenes Leben entwickeln. Das andere, westliche, europäische Leben gehört den andern Leuten; die Muslime aber sollten von ihrer eigenen Basis ausgehen.

Diese allgemeine Stimmung in der Gesellschaft hat dann bewirkt, dass die Politiker teilweise aus echtem Glauben, teilweise aber auch aus reinem Opportunismus sich islamisch gaben. Sich islamisch zu gebärden, wurde ein Erfolgsrezept. Heute ist dies der Normalzustand. Um die Massen ansprechen zu können, muss ein Politiker sich islamisch geben, ob er daran glaubt oder nicht.

Sehr schön hat man das in der Türkei gesehen, als 1950 zum erstenmal frei gewählt wurde. Vorher hatte es nur manipulierte Wahlen gegeben. Die Politiker merkten bald: wenn wir den Wählern Religionsunterricht, neue Moscheen, wieder Geistliche in den Moscheen versprechen, dann stimmen sie für uns. Dies wurde ein klares Erfolgsrezept. Es hat zuerst der demokratischen Partei des Politikers Menderes gedient, und es wird in der Türkei heute noch ausgebeutet trotz der Verfassungsvorschrift, nach der Religion und Politik eigentlich nicht vermischt werden sollten. Diese Trennung ist eine europäische Vorstellung, die Atatürk als die Grundlage zur Europäisierung der Türkei eingeführt hat. Wenn aber gewählt wird und wenn die Bevölkerung angesprochen werden soll, muss man sie in vielen Fällen auf der islamischen Wellenlänge ansprechen. Dann reagiert sie.

Viel weiter ging die Re-Islamisierung natürlich in Iran, wo 1979 eine islamische Revolution stattgefunden hat. Die Geistlichen haben diese Revolution angeführt und haben sie später übernommen, so dass sie die Regierenden geworden sind. Das ist in der islamischen Geschichte selten, vielleicht noch gar nie vorgekommen: der Herrscher, der reiner Machtherrscher war, wurde vertrieben, und Geistliche übernahmen seine Rolle. Es war Khomeiny, der das bewirkt hat, und heute seine Nachfolger, die ihr Land als Islamische Republik bezeichnen. Sie meinen damit einen Staat ohne König. Dem Schah und allen Königen war Khomeiny gram, weil sie keine islamische Institution darstellen. Könige und iranische Schahs

hatte es lange vor dem Islam gegeben. Aber die islamischen Geistlichen hatten bisher noch viel weniger als die Schahs und die Könige einen islamischen Staat regiert.

Die islamische Revolution in Iran ist etwas bisher Einmaliges, das sich aus der Reaktion gegen einen weitgehend entislamisierten Staat entwickelt hat, der die Bevölkerung nicht befriedigte. Es gab viele gute Gründe für Unzufriedenheit der Bevölkerung, keineswegs nur in Zusammenhang mit dem Islam. In Reaktion gegen den Staat des Schahs wurde aus Iran das Gegenteil des alten Regimes gemacht, ein sogenannt rein islamischer Staat, angeführt durch die Geistlichen, die die Wächter des Islam und des islamischen Gesetzes sein sollen. Es gibt im islamischen Iran sogar die Verfassungsinstitution des Wächterrates, der dafür zu sorgen hat, dass das Parlament keine unislamischen Gesetze verabschiedet. Bisher ist die Entwicklung im Iran eine einzigartige und spezifische gewesen. Es gibt Gruppen, die in anderen islamischen Ländern etwas ähnliches bewirken wollen, aber sie haben es bis heute nicht erreicht und werden es vielleicht nie erreichen.

Gysling: Wenn man vom Begriff der Islamischen Republik noch einmal zurückgeht zum Begriff des Fundamentalismus, dann fällt auf, dass der Fundamentalismus dort seine grössten Chancen hat, wo die grössten Entfremdungstendenzen herrschen, wo die schnellsten Veränderungen in der Gesellschaft zu beobachten sind. Verstädterung, Urbanisierung, ist ein ganz wesentliches Element, das dem Fundamentalismus einen Nährboden verschafft. Lange nachdem Hassan al-Banna die Moslembroderschaft gegründet hatte, als Jahrzehnte später die Urbanisierung in Ägypten immer stärker fühlbar wurde, kam die soziale Entfremdung. Familien wurden auseinandergerissen, als sie vom Land in die Stadt zogen, als die Frauen anfangen zu arbeiten. Die Töchter, die Kinder gingen in die Schule, in die Universitäten. Die Veränderung der Lebensweise löste eine grosse Unsicherheit aus. Es war einerseits zwar attraktiv, mit dem andern Geschlecht in Berührung zu kommen, attraktiv, das Stadtleben zu erfahren, wegzukommen von den traditionellen überlieferten Formen, aber das hat auch Angst ausgelöst. Und irgendwann kam der Punkt, da die Angst grösser wurde als der Reiz des Neuen. Da hat der Fundamentalismus, haben die Fundamentalisten zugegrif-

fen, indem sie begannen, den Studentinnen in Kairo anzubieten: Wir fahren euch mit eigenen Autobussen, in denen ihr als Frauen respektiert werdet, von zu Hause an die Universität, denn bisher musstet ihr euch in die Autobusse, die öffentlichen Busse, hineinzwängen, wo ihr wie Sardinen eingequetscht wart, mit den Männern in Kontakt kamt, wo ihr nicht respektiert wurdet. Und eine erstaunlich grosse Zahl von Studentinnen hat das positiv aufgenommen. Ganze Familien haben sich jenem Lager zugewandt, auch um diesen problematischen Versuchungen der modernen Welt, der Entfremdung, der Urbanisierung entgehen zu können. Ähnliches stellt man in Algerien fest. Algerien, das auch diese rapide Verstädterung miterlebt, das eine ungeheuer schnelle Veränderung in bezug auf die Generationenschichtung hat. Weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist unter 15 Jahre alt. Und ich meine, wenn wir einmal der Frage nachgehen, wo der Fundamentalismus Chancen hat, dann würde ich in erster Linie Ägypten nennen. Da ist der Fundamentalismus noch nicht am Ende seines Potentials angelangt – auch wenn ich es für übertrieben halte zu sagen, Ägypten stehe kurz davor, von den Fundamentalisten übernommen zu werden. Sudan ist ein weiterer Fall, und dann bin ich, muss ich ehrlich gestehen, ein wenig ratlos. Gemässigte Länder haben bisweilen eine Möglichkeit gesucht, die Fundamentalisten sozusagen ins System zu integrieren. Jordanien hat die Fundamentalisten legalisiert und hofft, das revolutionäre Potential aus der Bewegung herausnehmen zu können. Sehen Sie andere Länder, in denen der Fundamentalismus stark wächst?

Hottinger: Tunesien bestimmt, wahrscheinlich auch Marokko. Ich glaube, das allgemeine Gesetz ist einfach: «Je schlechter, desto besser!» Je schlechter ein Staat funktioniert, je unzufriedener deshalb die Leute mit diesem Staat sind, desto grössere Chancen hat der Fundamentalismus. Solange es sich um einen Staat handelt, in dem Muslime leben, natürlich. Iran ist eines der besten Beispiele. Dort gab es ja auch eine überaus rasche Urbanisierung, sogar Amerikanisierung von Teheran und einen Verlust von Lebensqualität, der überall spürbar war. Das gleiche gilt von allen grossen muslimischen Städten heute, ich könnte mir denken, dass auch in Zentralasien ähnliche Tendenzen noch kommen werden, einfach weil ein Defizit

an modernem Leben besteht, das einigermaßen lebenswert wäre. Es ist letzten Endes eine Frage der Lebensqualität. Wenn die dem industrialisierten Westen nachgeahmte Moderne eine unerträglich schlechte Lebensqualität hervorbringt, dann wendet man sich von ihr ab. Es kann sein, dass man einfach keinen Platz im Autobus findet und in ihm entwürdigend behandelt wird, wie Sie das von Ägypten erwähnten. Es kann sein, dass man fleissig studiert hat und nun sieht, es gibt keinen Arbeitsplatz. Man sucht dann eine neue Gesellschaftsordnung, in die man sich einzufügen hofft, wo man seinen Platz finden möchte.

Es gibt zwei Tendenzen im Fundamentalismus. Eine ist schon etwas altmodisch, sie strebt nach der islamischen Revolution nach dem Muster Khomeinys, geht also darauf aus, die bestehende Regierung zu stürzen und selbst die Regierung zu übernehmen. Doch viele Fundamentalisten in der arabischen Welt, übrigens auch in der Türkei, haben eingesehen, dass dies nicht mehr so leicht zu erreichen ist und dass es in Iran nur unter ganz bestimmten Umständen möglich war. Sie versuchen nun etwas anderes. Sie versuchen neuerdings, kleine Lebensbereiche zu formen, in einer Stadt zum Beispiel ein Quartier um eine Moschee herum, die möglichst islamisch, möglichst vorbildlich, aber auch möglichst anders werden sollen als der grosse Bereich des Staates. Man fängt also an, in den Grossstädten islamische Inseln zu bauen. Man verhandelt dann mit dem Staat und fordert: «Wir wollen auf unserer Insel dies und jenes; es sind ja alles legitime islamische Forderungen.» Der Staat lässt sich oft auf solche Verhandlungen ein, was dann bedeutet, dass man schon ein klein wenig Staat erobert hat. Wenn er anfängt zu reden, hat man schon Einfluss auf ihn und kann seine Konzeptionen zuerst einmal in bescheidenen Fragen und auf ganz kleinem, lokalem Gebiet durchsetzen. Das ist die neue, wenn Sie wollen sanfte Welle des Fundamentalismus. Sie kommt nun auch in Nordafrika zum Zug. Ob sie zum Schluss den Staat beherrschen oder ob sie ihn allmählich umwandeln wird, so dass er sich mit ihr verstehen kann, das hängt wohl weitgehend einerseits von der vorhandenen oder mangelnden Leistungsfähigkeit des Staates ab («je schlechter, desto besser!») und zweitens von der Intelligenz und dem taktischen Geschick der fundamentalistischen Anführer. Aber das ist zweifellos der neue Weg, der heute gesucht wird.

Gysling: Meinen Sie, dass die grosse Zeit der Bruderschaften, der Mystik, der Sufis vorbei ist?

Hottinger: In der Türkei ist deutlich, dass sie wieder am Kommen sind. Aber die Türkei ist insofern ein Sonderfall, als dort durch die Laizisierung Atatürks eine Art Eisschicht geschaffen wurde, in der alles eingefroren ist. Die Entwicklung, welche die Araber sagen wir von 1920 an durchgemacht haben, ist in der Türkei weitgehend ausgeblieben. Man greift heute wieder zurück auf das, was 1920 da war; und siehe da, die bisher streng verbotenen Bruderschaften entstehen von neuem. Ich war kürzlich in Istanbul, und man kann alte Stadtführer von Istanbul zur Hand nehmen, in denen die Bruderschaften mit ihren Tekkes, ihren Zentren angegeben sind. Man findet die gleichen Bruderschaften heute wieder, vielleicht nicht genau am gleichen Ort, aber es sind doch alle wieder da. Der Staat toleriert sie nur teilweise. Man findet die alten Namen und die alte Vielfalt der Tendenzen. Es gibt solche, die sehr streng auf Bewahrung des Gottesgesetzes ausgehen; es gibt solche, die sich überhaupt nicht um das Gottesgesetz kümmern, weil ihr Hauptanliegen die Beziehung zwischen dem Einzelnen und Gott ist, nicht die politische und soziale Regelung der Gesellschaft.

Allgemein würde ich sagen, in den späteren Jahrhunderten des Islam, also ungefähr von 1300 an bis ins 19. und 20. Jahrhundert hinein, gab es immer eine Doppelperscheinung im Islam: auf der einen Seite die Gesetzesgläubigen, die Hüter des Gesetzes, die Gelehrten, und auf der andern Seite die Mystiker. Beide haben sich gegenseitig ergänzt. Das ging so weit, dass oft ein Gottesgelehrter auch Mystik betrieb. Doch hat ein jeder je nach Veranlagung entweder das Gesetz oder die Mystik in den Mittelpunkt seiner Religiosität gestellt. Die traditionellen muslimischen Gesellschaften besaßen nicht nur eine Gesetzesreligion, sondern daneben auch eine Emotionsreligion, die in der Mystik ihr Zentrum hatte. Solange der Islam wirklich vital im Mittelpunkt der Gesellschaft stand, hat er immer die beiden Flügel besessen.

Die Mystik ist jedoch im arabischen Raum stark in Verruf gekommen, besonders zur Zeit des Kolonialismus, weil sie im Sinne des europäischen Rationalismus etwas Unpolitisches und Irrationales war. Man versuchte in jener Zeit, etwas ähnliches aufzubauen, wie

es die Kolonialisten besaßen, auch einen modernen Staat nach europäischem Muster. Die Mystik passte in ihn gar nicht hinein, und man hat sie aus diesem Grund diskreditiert und entfernt. Ob sie nun wiederkehrt, wie schnell, wie langsam, mit welcher Intensität? – Man könnte behaupten, eine Wiederbelebung des Islam ohne die Mystik werde eine einseitige Angelegenheit sein, daher könnten die Muslime diese Ergänzung ihrer Religion künftig vielleicht wieder suchen und dann wohl auch wieder finden.

Machtstrukturen in Iran und Irak

Gysling: Arnold Hottinger, Sie kennen Iran bedeutend besser als ich. Sie reisen oft durch das Land. Was sagen Ihnen die Leute, wie sie sich zum Regime von Khomeiny und, nach dessen Tod, zu dessen Nachfolgern stellen? Würden sich die Leute in ihrer Mehrheit nach wie vor für Khomeiny entscheiden, oder finden Sie, wenn Sie durchs Land reisen, eine wachsende Zahl von Leuten, die in die Opposition gehen würden, wenn sie das könnten?

Hottinger: Es gibt mehr und mehr Leute, die gegenüber ihrer heutigen Führerschaft kritisch werden, man bezeichnet das Regime als «die Mullahs». «Die Mullahs regieren uns; die Mullahs haben Fehler gemacht; die Mullahs haben ihre Versprechen nicht eingehalten, sie haben uns in den Krieg mit dem Irak gestürzt! Der grosse Krieg, der zu nichts geführt hat, war etwas Schreckliches; nun sind sie nicht einmal fähig, einen Neuaufbau zu beginnen! Es geht viel zu langsam; nichts kommt voran!» Viele sagen auch: «Sie arbeiten immer gegeneinander; wir brauchen eigentlich jemanden, der kommandiert, und sie zwicken sich wie die Krabben gegenseitig in die Beine.» Solche Klagen sind sehr häufig. Man kann weiter feststellen: in Iran gibt es heute die Eingeweihten und die Aussenseiter. Es gibt eine innere Gruppe, die zum Regime hält und die auch vom Regime lebt. Manche der Anhänger werden vom Regime bewaffnet, sie werden die Waffenträger. Es gibt also Leute, denen die herrschenden Geistlichen Vertrauen schenken. Sie haben es ja relativ leicht, denn sie verfügen über das grosse Erdöleinkommen des Staates, sie können viel davon unter ihre Anhänger verteilen und ihnen

ein Leben ermöglichen, das eher besser ist, als es unter dem Schah war. Diese Leute waren unter dem Schah sehr einfache und arme Bewohner der elenden Vorstädte von Teheran. Das sind die Eingeweihten. Man sieht sie am leichtesten bei dem grossen Freitagsgebet auf dem Universitätsgelände von Teheran. Sie werden in Bussen aus der Südstadt dort hingefahren, und es ist offenbar eine Art soziale Verpflichtung für alle jene, die im Dienst der Regierung stehen und sich loyal zeigen wollen, in diese Autobusse zu steigen und sich in der Stadt die grosse politische Rede des zentralen Freitagsgebets anzuhören. Es sind auch heute immer noch Hunderttausende, wenn etwas Aufregendes geschieht, sogar vielleicht einmal eine halbe Million. Doch Teheran ist eine Stadt von 8 bis 12 Millionen Einwohnern, es kommt darauf an, wo man die Grenzen zieht.

Die Aussenseiter sind vorsichtig, man darf nicht zu laut reklamieren, man darf schon ein bisschen sagen, was man denkt. Man darf es nicht schreiben, man besitzt gar keine Zeitung. Bazargan, der einzige legal zugelassene Oppositionelle, hat für seine Gruppe eine Zeitungslizenz gefordert, hat sie aber nicht bekommen, und seine Anhänger sind sogar eingesperrt worden, weil sie «destruktive Kritik» am Regime geführt hätten. Die Kritik wächst dennoch. Es gibt heute mehr und mehr Leute, die ihre Unzufriedenheit äussern. Die Kritik hat aber schon ziemlich früh eingesetzt, schon im zweiten Jahr der Revolution gab es viele Leute, die sagten: «Die Geistlichen haben uns unsere Revolution gestohlen und sie entführt! – Wir haben alle mitgemacht, wir waren alle begeistert, aber sie haben dann die Macht an sich gerissen, und sie haben dann festgelegt, was die islamische Revolution sein soll, wie die islamische Republik auszusehen habe; wir hatten kein Wort mehr mitzureden. Dann haben sie diesen schrecklichen Krieg über uns gebracht und brauchen nun den Krieg als Entschuldigung dafür, dass alles noch schlechter ist, als es früher war.» Oft hört man auch, die Mullahs wüssten gar nicht, wie der Staat zu regieren sei. Solche Kritik ist sehr häufig zu vernehmen. Das heisst natürlich noch lange nicht, dass man nun aktiv etwas gegen das Regime unternimmt, es gibt Sicherheitsvorkehrungen und eine strenge Zensur. Das grösste Talent der geistlichen Politiker ist das Aushorchen der Bevölkerung. Sie reden mit allen Leuten und fragen immer wieder: «Was denkst du über das? Was

denkst du über jenes?» Dann klassifizieren sie die Leute in drei grosse Gruppen: jene, die mit uns sind; die, die gewonnen werden können, und die, die gegen uns sind. Die Gegner erhalten keinerlei Vergünstigungen, man hält sie fern von allen staatlichen Pfründen oder Vorteilen. Sie dürfen auch nicht an der Universität studieren, die Zulassung wird streng geregelt. Die, die gewinnbar sind, werden vielleicht versuchsweise zugelassen, und man sucht sie dann auf die Seite der Geistlichen hinüberzuziehen. Es ist aus diesem Grund ein Regime, das immer etwas Diskussion braucht, um die Leute aushorchen zu können. Dies wird aber nur mündlich gemacht, und man darf nicht vergessen: es gibt mindestens 80000 Geistliche, von denen sich viele mit solchen Aushorchungen befassen. Darum hat die heutige islamische Republik eine gewisse solide Grundlage. In einem jeden anderen Land, das nicht Erdöl produziert, wäre die Grundlage sehr viel problematischer, weil das grosse Erdöleinkommen eben dazu dienen kann, «unsere Leute», «unsere Waffenträger», «unsere Anhänger» zu privilegieren, ihnen ein relativ gutes Leben zu verschaffen und dadurch eine Basis zu schaffen, auf die das Regime bauen kann.

Gysling: Eine andere Grundlage ist das Schulsystem, zumindest im Dorf draussen. Dort haben die Mullahs das Schulsystem völlig übernommen. Und wenn ich mir vorstelle, dass da eine Generation heranwächst, die nur noch das von den Mullahs Vermittelte kennt, die ferngehalten wird von anderen Wissensquellen, und wenn ich auch noch an die Bevölkerungsexplosion denke, so sehe ich fast nur noch Probleme. Es ist ja hochinteressant: ermöglicht worden ist die Revolution Khomeinys durch das Tonbandgerät, durch die Kassetten, die aus dem Ausland nach Iran geschickt wurden; konsolidiert wird sie durch das Schulsystem und durch das, was Sie das Aushorchen nennen. Und nach wie vor ist diese Revolution mit Methoden, die wir eigentlich als primitiv betrachten, im Grunde genommen recht erfolgreich.

Hottinger: Natürlich gibt es auch eine starke Monopolisierung des ganzen Informationswesens. Die Zeitungen spielen eine grosse Rolle, Fernsehen eine noch grössere, und beides wird ganz genau gelenkt. In diesem Bereich ist das Monopol der herrschenden Geistlichen sehr ausgeprägt. Dazu kommen noch die modernen techni-

schen Möglichkeiten, die eingesetzt werden, um das Regime noch weiter zu stärken.

Gysling: Wenn man sich Gedanken darüber macht, was die bewegenden Elemente in den Machtstrukturen sind, dann fällt mir folgendes Beispiel auf: Die Gesellschaft Iraks ist, so möchte ich thesenhaft sagen, in bezug auf das Machtverständnis steiler strukturiert als andere Länder im Nahen Osten. In Irak ist durch die Landreformen, welche noch von den Türken vorgenommen worden sind, eine starke Labilisierung der Gesellschaft entstanden. Es gab Landreformen wie jene, die Lazma genannt wurde, eine andere hiess Tapu. Je nachdem, durch welche Reform man Land erhalten hat, bedingt das beispielsweise, dass man sein Besitztum nur von einer Generation zur andern weitergeben kann, dann erlischt das Recht – oder man kann es nur mit Einwilligung der Behörden, des nächsthöheren Mächtigen weitergeben –, oder es kann nur unter gewissen schwierigen Bedingungen verkauft werden. Das zweite wesentliche Element: die Mittelklasse, die eine gewisse Bildung erreichte, hat gegenüber militärischen oder Grossgrundbesitzer-Herrschern nie eine Machtposition erringen können. Da ist im Gegensatz zu anderen arabischen Gesellschaften keinerlei Gleichgewicht entstanden. Als nächstes Element kommt die Zersplitterung Iraks in die verschiedenen Gemeinschaften hinzu: Kurden, Sunniten, Schiiten. Von Europa aus sieht das manchmal zu einfach aus. Man hat den Eindruck, da wohnen die Kurden oben im Norden, etwa in der Mitte sind die Sunniten und weiter im Süden sind die Schiiten, die eigentlich die Bevölkerungsmehrheit bilden, aber vom Regime als Minderheit deklariert werden. So ist es ja nicht ganz. Etwa in bezug auf die Besitzverhältnisse gleicht das Ganze einem bunten Flickenteppich. Manchmal haben kurdische Grossgrundbesitzer Ländereien in schiitischen Gebieten, Schiiten in sunnitischen Gebieten, Sunniten bei Schiiten usw. Der Besitz ist zudem nur relativ kurzfristig gesichert, so dass die Abhängigkeit von den Mächtigen gross ist und die gerade Herrschenden oft konsultiert werden müssen. Daraus erklärt sich ein Teil der Labilität und der steilen Machtpyramide Iraks, und daraus erklärt sich mindestens ansatzweise, warum es gelungen ist, dass kleine Gruppierungen wie die «Takritis» (also die Leute aus Takrit, al-Bakr, dann Saddam Hussein) eine derart grosse Machtfülle haben

erreichen können. Die Takritis respektive die von al-Bakr und Saddam Hussein autokratisch geführte Partei der Baathisten versprach den Massen, man wolle mit den Ungleichheiten im Besitz aufräumen, wolle eine gerechtere Verteilung des Landes vornehmen, wolle zum Ausgleich beitragen. Schliesslich nannte die Baath-Partei sich ja auch sozialistisch – aber bis 1991 erkannte man, dass die Familie Saddams Hussein für sich derart ungeheure Privilegien erobert hatte, dass sie selbst die Familien der Emire in den ölreichen Golfländern in den Schatten stellte. Es gab in Irak eine bevorzugte Schicht, und sie scheute sich nicht, ihre Privilegiertheit durch Terror zu verteidigen. Blickt man anderseits zurück in die Geschichte Iraks, dann kommt noch hinzu, dass in diesem Land die Ausbeutung durch die kolonialen Mächte besonders stark fühlbar gewesen ist, dass die Opposition gegen die Türkei und die Kolonialmächte, gegen Grossbritannien insbesondere, stärker zum Ausdruck kam als in anderen Ländern der Region. Resultat dieser Auseinandersetzung ist eine äusserst brutale Revolutions- und Umsturztradition, eine Unkultur der Machtergreifung, die sich stark unterscheidet von anderen Ländern in der Region. Beispiel: In den sechziger Jahren hatten sowohl Irak als auch Syrien eine Vorliebe für rasche Regierungswechsel. Umstürze waren fast an der Tagesordnung. In Syrien waren sie, mit einer Ausnahme, relativ unblutig. Die aufstrebende Machtgruppierung besetzte das Radio-, das Fernsehgebäude, irgendwelche Ministerien, erliess eine Proklamation, und damit war der Umsturz vollzogen. In Irak war das ganz anders. In Irak wurde mit Vorliebe der Herrscher vor laufender Fernsehkamera erschossen, und nachher wurde sein Leichnam durch die Strassen von Bagdad geschleift. Sehr spektakulär, sehr blutig, sehr brutal, um den Leuten auch ganz klarzumachen, jetzt hat ein Machtwechsel stattgefunden, und die bisher Herrschenden sind machtlos geworden. All das hängt zusammen und spielt seine komplexe Rolle auch in der Auseinandersetzung, die mit der Invasion Iraks in Kuwait im August 1990 begonnen hat.

Hottinger: Die Problematik geht sogar noch viel tiefer in die Geschichte zurück. Irak ist immer ein unregierbares Land gewesen, ich weiss nicht, ob das schon unter Hammurabi so war, aber seit wir eine arabische Geschichtsschreibung besitzen, ist es immer so gewe-

sen. Die Wüste reicht tief herein, oft bis an die Ströme des Zweistromlandes, und die Wüstenstämme haben im Irak immer desintegrierend gewirkt. Sie haben oft Teile von Mesopotamien beherrscht und sich gegen irgendwelche Zentralherrscher aufgelehnt; wenn ein Zentralherrscher sich durchsetzen wollte, musste er immer sehr blutig vorgehen. Es gibt die klassische Figur von Yusef Ibn al-Hadschadsch, dem Statthalter der Omajjaden gegen 640. Er hat aus diesem von Stämmen und verschiedenen religiösen Gruppierungen zerrissenen Land zum erstenmal in der arabischen Zeit ein Staatswesen gemacht. Er begann mit einer berühmten Rede; er kam an in der Moschee von Kufa, trug den Kopf verhüllt, stieg auf die Kanzel der Moschee, nahm sein Kopftuch ab und sagte: «Hier sehe ich viele Köpfe wackeln! Bald werden sie von den Schultern fallen!» Das war seine Antrittsrede, nach der er dann auch handelte. Er hat die verschiedenen schiitischen Zweige, die sich gegen die Sunniten erhoben hatten, gebändigt und unter seine Herrschaft gebracht. Das zentral regierte System war immer wieder darauf angewiesen, sich blutig durchzusetzen. Die zentrale Macht ist manchmal zerfallen, dann fiel das Land wieder den Stämmen zu, und um sich dann von neuem durchzusetzen, hat eine neue Zentralmacht wiederum viel Gewalt gebrauchen müssen. Die Abassiden, die später (ab 750) Kalifen in Bagdad wurden, hatten immer als ein Symbol ihrer Herrschaft ihren Scharfrichter bei sich. Er stand im Thronsaal neben dem Herrscher, wenn er empfing, und hielt sein Schwert und eine Ledermatte bereit. Wenn jemand hingerichtet werden sollte, wurde die Matte ausgebreitet, und der Kopf wurde in Präsenz des Herrschers abgeschlagen. Dann wurde die Matte mit den blutigen Überresten weggeschleppt. Das war irakische, mesopotamische Tradition, die zweifellos notwendig war, um die Herrschaft aufrechtzuerhalten.

Heute kommt noch dazu, dass die Zentralherrschaft das Erdöl besitzt; wenn nun einer die Macht erreicht hat, hat er auch das viele Geld zu verteilen, und dadurch wird er noch mächtiger. Auch dies hat eine alte Wurzel; der Zentralherrscher in Mesopotamien war immer auch der Mann, der die Wasserverteilung kontrollierte und regeln liess. Die Kanäle standen unter seiner Oberaufsicht. Heute hat er auch wieder die eigentliche Fruchtbarkeit in der Hand, die Industrie, die das Geld bringt und deren Produkte er verteilen kann,

wie ihm das richtig scheint. Dadurch wird er zu einem angebeteten, umschmeichelten Herrscher, an den man sich wendet, um Hilfe und Protektion zu suchen, und von dem man abhängig ist, wenn man gut und in einiger Sicherheit leben will.

Gysling: Am Rande etwas ganz Praktisches: Wir sind ja als Publizisten kaum imstande, Irak, wenn wir hinreisen, so darzustellen, wie wir das eigentlich möchten. Die Zensur ist ungeheuer wirksam. Ich kenne kein anderes Land, in dem sie derart effizient wäre. Als ich früher als schreibender Journalist für die «Weltwoche» hinreiste, bin ich, wenn ich einem Minister begegnet bin, nie mit weniger als fünf Leuten bei dem Mann aufgetaucht. Erst bekam ich einen Begleiter, der kam ins Hotel. Ich sagte, ich brauchte ihn nicht, die Sprache sei mir nicht fremd, aber das änderte nichts an der Sache. Dann kam jemand während der Fahrt dazu, beim Eintritt ins Ministerium kam ein weiterer Begleiter, der quasi als Stenograph mitwirkte. Ich fragte mich immer, was er tue. Inzwischen, glaube ich, habe ich's bemerkt. Im Sommer 1990 sah man beispielsweise, als Waldheim bei Saddam Hussein war: überall wurde mitstenographiert, und ich bekam den Eindruck, da wird nicht nur aufgezeichnet, was gesagt wird, sondern auch die Gestik und alles Nonverbale. Denn das Verbale, das kam ja durch die nächste Person, die nun schon vierte, hinzu, nämlich durch jemanden, der mit dem Tonband herumlief. Meistens kam dann noch jemand, der eine Videokamera mitführte. Die Einschüchterung war selbst bis in hohe Kader hinauf so spürbar, dass nur noch die schematischsten Äusserungen gemacht wurden. Beim Fernsehen kam noch ein Begleiter des irakischen Informationsministeriums mit, und er schrieb nicht nur vor, was man drehen durfte bei an sich harmlosen Stadtaufnahmen, sondern selbst die Richtung der Kamera wurde bis ins Detail festgeschrieben. Als Berichterstatter hat man das schlechte Gefühl, man führe seine Leser oder seine Zuschauer an der Nase herum, weil man ihnen gar nicht richtig sagen kann, wie intensiv, wie ausgreifend die Zensur ist. Eine echte Schilderung des Landes ist eigentlich gar nicht möglich. Das ist zumindest meine Erfahrung.

Hottinger: In dieser Vollendung ist die Zensur eine Erfindung Saddam Husseins. Schon als er noch zweiter Mann im Staat war, ist er ganz systematisch darauf ausgegangen, die Presse genau zu kon-

trollieren und zu leiten. Nicht nur die eigene, die ja völlig am Gängelband geführt wird, sondern auch die ausländische. Zu dieser Technik gehört, dass man nicht mehr Journalisten ins Land lässt, als man Leute hat, um sie zu beaufsichtigen. Manchmal wurde mir ganz offen gesagt: «Im Augenblick, im Winter, da haben wir so viele Besucher, dass du nicht kommen kannst! – Warte, bis Sommer ist, dann ist es zwar wärmer, aber dann haben wir Leute, um dich zu <führen>», wie man höflicherweise sagt. So systematisch wie in Irak ist die Kontrolle nirgendwo sonst in der arabischen Welt. Auch in Iran ist sie nicht so vollständig, weil die herrschende Schicht darauf angewiesen ist, die Iraner immer wieder über ihre Einstellung auszufragen. Im Irak ist das nicht der Fall. Dort herrscht nicht das Aushorchen und Abtasten vor, sondern die nackte Angst vor dem Regime. Es gehört mit zu der Herrschaftstechnik, dass man unter der Bevölkerung eine grosse Furcht davor verbreitet, mit dem Fremden auch nur zu sprechen. Immer wieder hört man das andeutungsweise, ich habe es sogar schon mit alten Freunden erlebt, die sich geweigert hatten, mich wiederzusehen. Später kam ein Brief aus Kuwait, nicht aus dem Irak: «Es tut mir furchtbar leid, ich konnte damals nicht, ich war zu stark beaufsichtigt und zu stark in Ungnade. Dich zu sehen hätte gerade gereicht, um mich ins Gefängnis zu bringen!» Durchaus in diesem Stil. Diese Angst wird dazu eingesetzt, um Ausländern jede Informationsmöglichkeit zu nehmen.

Geld, Gold und Öl am Golf

Gysling: In der Kuwait-Krise, nach der Invasion Iraks in Kuwait, kam bisweilen der Eindruck auf, dass in den Scheichtümern am Golf keine legitime Herrschaft, keine legitime Regierung vorhanden sei. Man hat das im Westen relativ unkritisch aufgenommen und sich kaum gefragt, was die Legitimation anderer Herrscherhäuser oder herrschender Cliquen in der nahöstlichen Region sei. Wenn man sich Kuwait, um dieses Beispiel einmal herauszugreifen, anschaut, kann man ja doch sagen: Die kuwaitische Herrscherfamilie der as-Sabahs, die durch die irakische Invasion abgesetzt wurde, ist seit dem 18. Jahrhundert nachweisbar in Kuwait tätig, ist fester im Lande

verwurzelt als andere Herrscher in dem ihren. Ich denke da an König Hussein von Jordanien, dessen Legitimität ja nicht in Frage gestellt wird. Die Herrscher in Kuwait haben es verstanden, ein Arrangement mit der Kaufmannsklasse, mit den Händlern zu treffen und den Reichtum auf eine Art und Weise zu verteilen, der den meisten schliesslich doch noch akzeptabel erschienen ist. Die meisten Kuwaiti hatten etwas davon. Die Fremdarbeiter, die hatten allerdings nichts davon oder sehr wenig. Bei Kuwait fällt mir dann auch auf, dass die Herrscher um die Familie der as-Sabahs, aber auch die Exponenten der Kaufmannsklasse, es eigentlich erstaunlich gut verstanden haben, mit ihrem Geld etwas Produktives anzufangen. Mir scheint, die kuwaitischen Herrscher seien vernünftiger vorgegangen als etwa das Herrscherhaus und die wirtschaftlich Mächtigen in Saudiarabien, die ja nicht auf die Idee gekommen sind, sich beispielsweise bei Daimler Benz einzukaufen oder bei Hoechst. Milliardenbeträge wurden von den Kuwaitis auf eine sehr intelligente Art und Weise im Ausland investiert. Wenn man sich diesen Gesamtkomplex einmal aus der Vogelschau ansieht, muss man sagen, zumindest haben die kuwaitischen Herrschenden sich nicht schlechter verhalten als die Herrschenden anderer Staaten der Region.

Hottinger: Sicher nicht. Aber es ist doch ein etwas künstliches Element dabei. Alle Herrscher in den Zwergstaaten am Golf haben so lange überlebt, weil Grossbritannien mit ihnen Verträge geschlossen hat, in denen nach immer wieder dem gleichen Grundmuster stand: «Ihr lasst euch von uns leiten; ihr macht eure Innenpolitik selbst, wir, Grossbritannien, verteidigen euch gegen aussen hin gegen alle Feinde unter der Bedingung, dass ihr keine Beziehungen mit anderen Staaten unterhaltet.» Das war damals in erster Linie gegen Frankreich gerichtet. Grossbritannien bezahlte zugleich auch Subventionen, die den lokalen Kleinherrschern dazu dienten, Leibgar-den zu unterhalten und ihrerseits die Stämme im Landesinnern zu subventionieren. Das Geld kam aus Indien, das reiche Indien hat an diese verschiedenen Herrscher Rupien bezahlt. So wurden sie in ihr kleines Städtchen, ihr kleines Land, ihren Hafen eingekapselt und gestützt. Der Zweck war damals nicht das Erdöl; es ging um die strategische Lage dieser Häfen am Persischen Golf. Grossbritannien wollte sie keiner anderen Macht überlassen, die sich dort auf dem

Weg nach Indien hätte festsetzen können. Es war Grossbritannien ziemlich egal, wer dort herrschte und wie geherrscht wurde. Es ging nur darum, den Weg nach Indien abzusichern. Später haben sich diese gleichen Protektorate durch den Zufall der Erdölfunde aus Protektoraten in Staaten verwandelt, einfach weil sie reich wurden und weil sie sich nun alle Attribute eines Staates leisten konnten. Es waren ja eigentlich nur Hafenstädte am Rande der Wüste. Aber mit dem Erdölgeld konnte man Botschaften in der ganzen Welt aufmachen, konnte man eine Radiostation und einen Flughafen errichten, Entsalzungsanlagen für Wasser, Autobahnen, Elektrizitätswerke und was da alles dazukam. So dass auf Grund des Erdöls kleine, unabhängige Staaten entstanden. Was die aussenstehenden Araber erbittert, die zufällig nicht in Kuwait sassen, sondern etwas weiter ausserhalb der Grenzen, ist folgendes: Diese Kleinstaaten wurden die besten Kunden des Westens. Der Westen konnte ihnen sehr viel verkaufen. So wurde das Erdölgeld rezirkuliert. Man kaufte ihnen das Erdöl ab, und man verkaufte ihnen den Palast und das Auto, die Autobahn und die Elektrizitätswerke und was es sonst gab. England hat das zuerst unternommen. Die englischen Geschäftsleute können heute noch ohne Visen in die einstigen Protektorate einreisen, unsereins darf es nicht.

Man hat dann, das ist auch etwas leicht Künstliches, die Regelung gefunden: jeder Bürger von so einem Staat darf sich mit einem oder mehreren Geschäftsbeteiligten zusammentun, die das Geschäft machen, sie bringen meistens auch das Geld und die Erfahrung mit ein. Der Einheimische ist der stille Teilhaber. Kein Ausländer darf ohne einen Einheimischen als Partner ein Geschäft aufmachen. Den Einheimischen nennt man «Sponsor». Er «sponsert» das Geschäft und bekommt dafür die Hälfte des Verdienstes. Der andere arbeitet. Insofern liegt da eine «Arbeitsteilung» vor, die etwas Künstliches an sich hat und die diejenigen erbittert, die das Ganze von aussen her ansehen und sich sagen: Hier wurden künstliche Privilegien geschaffen, künstliche Grenzen gezogen, um ein kleines Gebiet sehr reich werden zu lassen, dem man dann auch sehr viel Luxusgegenstände verkaufen konnte. So wurde mit politischen Mitteln eine Geschäftsbeziehung geschaffen, die den Industriestaaten zum Vorteil gereicht und der ausgeschlossenen arabischen Welt zum Nach-

teil. Die Erbitterung darüber findet man auch unter Gebildeten, in Ägypten zum Beispiel, einem Staat mit viel gebildeteren Leuten, besseren Schulen, einer Mittelschicht, die aber eben den Zugang zu diesem Erdölgeld nicht hat, es sei denn als Geschäftspartner eines Kuwaiti, der dabei als stiller Partner viel Geld verdient.

Gysling: Manchmal fragt man sich, ob und in welchem Masse eigentlich diese Länder am Golf, die ölreichen Länder, für ihre Zukunft vorgesorgt haben. Es gibt darüber ganze Abhandlungen, die zu schildern versuchen, wo Investitionen getätigt worden sind, die auch ein Prosperieren nach dem eigentlichen Erdölboom versprechen. Überaus viel ist es nicht, und es ist interessant zu sehen, dass einzelne Länder, die eigentlich viel hätten vorkehren können, doch wieder recht wenig getan haben. Irak verkaufte bis zum August 1990, als die Sanktionen aus dem Boykott in Kraft traten, fast nur Rohöl, während Kuwait raffinierte Produkte verkauft hat. Die petrochemische Industrie hätte bedeutend stärker entwickelt werden können, hätte man mit dem Geld für den eigenen Bedarf etwas wirklich Vernünftiges angefangen. Auch in bezug auf die Entwicklung der mächtigen Anlagen, welche die Gewinnung von Süßwasser aus dem salzigen Meer ermöglichen, hätte mehr getan werden können. Nur: was da entwickelt worden ist, wurde zu einem gewissen Teil im Krieg von 1991 wieder zerstört, durch den Krieg gegen die Umwelt, durch die absichtsvoll erzeugte Verseuchung des Persischen Golfs mit Erdöl. Abgesehen davon muss man sich fragen: was haben die ölreichen Länder am Golf, was hat auch Saudiarabien getan, um die Zukunft nach der Erdölzeit abzusichern, die ja unweigerlich kommen wird?

Hottinger: Aber noch sehr weit weg ist. Es ist noch für über hundert Jahre Erdöl da, und vielleicht werden die Preise noch viel höher ansteigen, wenn das Erdöl rarer wird. Doch sollte man auch fragen: Was ist das überhaupt für eine Zukunft? Wer hat da eine Zukunft? Der grösste Teil der Fremdarbeiter wird einfach wieder nach Hause geschickt. Kuwait hatte vor der Besetzung durch den Irak 1,5 Millionen Bewohner, und etwa 500'000 waren Kuwaitis, die andern kann man ja einfach wieder wegschicken. Die Kuwaitis wiederum sind in verschiedene Schichten geteilt und besitzen keine Verfügungsgewalt über das Erdöl, der Besitz liegt letzten Endes doch nur gerade

bei der Herrscherfamilie. Wenn sie für die Zukunft Kuwaits Reserven zurücklegt, bestimmt sie auch, wer über diese Reserven verfügt. Praktisch ist es ihr Geld. Die herrschende Familie ist bereit, solange sie Kuwait beherrscht, das Geld teilweise für soziale Zwecke auszugeben, indem sie das Spital bezahlt, die Armee und Leibwache und vieles andere, auch Sozialwohnungen. Aber im Grunde ist es ihr Geld. Es ist mindestens unklar, ob, was zurückgelegt wurde, Geld für die Zukunft von Kuwait ist oder Geld für die Zukunft der Familie Sabah.

Das gleiche gilt für Saudiarabien. Auch hier gibt es keine klare Trennung zwischen der Schatulle des Königs und den Erdöleinnahmen. Es gibt schon ein Budget, das ist ein Teil der Erdöleinnahmen, der jedes Jahr für den Staat zur Verfügung gestellt wird. Aber dann gibt es andere Erdöleinnahmen, die direkt in die Schatulle fließen, und was damit gemacht wird, kann man nur ahnen. Es wird auch verteilt, aber eher nach politischen Gesichtspunkten, unter die Familie, das sind 3000 bis 4000 Prinzen in Saudiarabien, von denen jeder irgendetwas abbekommen muss.

Insofern ist es eben ein vormodernes Regime, und man muss einräumen, unsere modernen europäischen Staaten haben es aufrechterhalten, teilweise mindestens, weil es für sie die besten Verkaufsmöglichkeiten bot. Eine Auflösung dieser Feudalstaaten hätte wohl höhere Erdölpreise, gewiss auch zuerst einmal Unruhe in vielen Erdölgebieten und dann eine wahrscheinlich viel grössere Macht mit sich gebracht, die um das Erdöl gehandelt hätte.

Gysling: Woraus resultiert, dass die Demokratisierungsforderungen, die vom Westen aus gestellt werden, keine richtige Grundlage haben. Mit den Monarchen, mit den Prinzen, fährt der Westen im Grunde genommen viel besser, das heisst viel billiger, als mit allfälligen republikanischen Regimes.

Hottinger: Sicher, das hat man ja in Iran gesehen: es war ein grosses Geschäftsdebakel, als das Regime des Schahs fiel, wir haben alle darunter gelitten, alle Industriestaaten haben Geld verloren, aber es war auch ein ungerechtes Regime, das wir mitgetragen haben.

Gysling: Würden Sie denn sagen: wenn die Saudis frei entscheiden könnten, würden sie etwas anderes wählen?

Hottinger: Eine schwierige Frage. Wer sind die Saudis? Und wird die Million Jemeniten, die in Saudiarabien arbeitet, mitwählen oder nicht? Wenn die Gastarbeiter mitwählten, wäre ein anderes Resultat zu erwarten, als wenn sie nicht mitwählten. Es käme auch darauf an, wie weit man die einheimische Wählerschaft fassen wollte. Es ist heute schon so, dass das Klientenwesen tief in die Stämme von Saudiarabien hineingreift. Seit König Feisal hat man dafür gesorgt, dass jeder echte Saudi (er ist immer dadurch definiert, dass er zu einem bestimmten Beduinenstamm gehört) irgendwie mitprofittiert. Wenn er keine brauchbaren Fähigkeiten besitzt, dann einfach dadurch, dass man ihm erlaubt, ein Haus zu bauen mit Anleihen ohne Zins und Landzuweisung. Er ist dann damit beschäftigt, dieses Haus zu bauen, während fünf oder zehn Jahren, und nachher besitzt er ein Zwei-Millionen-Objekt. So hat man dafür gesorgt, dass die eigentlichen Saudis, die Zahlen sind alle Dunkelziffern, aber es könnte sich um ein bis zwei Millionen Familien handeln, alle etwas abbekommen. Infolgedessen ist es denkbar, dass sie auch die Herrscherfamilie wählen würden. Es käme auch stark darauf an, wie weit Gegenpropaganda gemacht werden dürfte oder nicht. Ob wirkliche Pressefreiheit bestünde; ob ein Politiker ihnen sagen könnte: «Aber es wird euch noch viel besser gehen, wenn ihr gegen die herrschende Familie wählt!» Das sind keine praktisch vorstellbaren politischen Aussichten. Heute ist es eben nicht so, und es wird auch nicht so werden. Die Zukunft gehörte wohl eher, wenn die Herrscherfamilien stürzen sollten, den Militärherrschaften. Das wäre wahrscheinlich ebenfalls wieder eine negative Entwicklung. Da kommen wir auf den Irak zu sprechen. Sie sagen, Irak hat sich nicht so gut entwickelt wie manche der kleinen Erdölländer. Das ist doch zum grossen Teil so, weil in Irak Militärs und Diktatoren an der Macht waren. Sie wollten in erster Linie eine Armee, sie wollten auch Krieg führen, und sie haben es schon gegen Iran getan, acht Jahre Krieg mit Ausgaben von ungefähr 200 Milliarden Dollar, die Kriegsschäden nicht mitgerechnet.

Die Militärs spielen da eine verhängnisvolle Rolle. Auch wichtig ist, zu sehen, dass es einfacher ist, einen Kleinstaat zu regieren und zu entwickeln, wenn man das Geld dazu hat, als ein ziemlich chaotisches 16-Millionen-Land, wie der Irak es ist, mit verschiedenen,

einander oft feindlichen Gruppen und mit Grenzen, die unsicher sind. Mit bösen Nachbarn, mit denen man im Streit liegt. Ich denke da nicht nur an Iran, sondern auch an Syrien!

Dies ist wohl ein allgemeines Phänomen, die grossen Länder, die eine Reichstradition haben, besitzen deshalb auch eine zentralisierende Tradition. Der Machthaber spielt eine grosse Rolle, er kontrolliert sein Land bis in die letzten Winkel. Wenn er gut ist, kann er natürlich viel für das Land tun; aber oft ist er schlecht, und dann leidet das Land unter ihm.

Ein Stadtwesen wie Kuwait oder Bahrain hat ziemlich viel Händlertradition. Kuwait war eine Seehandelsstadt mit Machtverteilung, da gab es wirtschaftliche Macht, aber auch Familienmacht, Familienoberhäupter unter dem Scheich, und eine gewisse Kollegialität unter ihnen bestand immer. Sie existiert überall noch am Golf. Man kann immer als Einheimischer zum Herrscher gehen, ihm sein Leid klagen oder auch seine Unterstützung suchen, und in diesen kleinen Verhältnissen kennt jedermann alle anderen. Man weiss über einander Bescheid. Dies hilft mit, eine absolute Regierung zu vermenschlichen.

Vom Wüstenleben an den Computer

Gysling: Saudiarabien ist für mich ein verwirrendes Erlebnis. Die Vorstellungen, die man von Europa aus hat, stimmen ja mit der Realität fast überhaupt nicht überein. Auf der einen Seite denken wir von Europa aus: das ist ein reines Wüstenland. Schon das stimmt ja nicht. Wir denken auf der andern Seite, es ist ein Land, das nur vom Öl lebt, und auch das stimmt nicht, denn die Statistik besagt, dass weit über die Hälfte oder sogar drei Viertel der Bevölkerung noch immer von der Landwirtschaft leben. Auf der andern Seite sehen wir, dass die traditionellen Lebensformen eigentlich kaum mehr vorhanden sind. Städte, die früher malerisch aussahen, haben sich in erschreckender Art und Weise verändert. Manchmal ist es gute Architektur, in den meisten Fällen eher schlechte moderne Architektur, sehr schnell aufgestellt und einem unscharfen, schematischen Bild von Moderne nachempfunden. Die Beduinengesell-

schaft scheint zu verschwinden, und das entspricht ja zum Teil auch der Politik der Regierung, die immer wieder sagt, sie möchte die Beduinen sesshaft machen, was wahrscheinlich nicht möglich sein oder die Gesellschaft noch mehr zerstören wird. Für mich ist Saudi-arabien ein Land voller gesellschaftlicher Widersprüche und Unstimmigkeiten.

Hottinger: Sicher gibt es Unstimmigkeiten, mir fällt jedoch vor allem ein kolossal rascher Veränderungsprozess oder Entwicklungsprozess auf. Ich habe in Saudiarabien Leute gekannt, die heute in einem schönen klimatisierten Büro sitzen; sie haben selbstverständlich ihren Computer, sind mit irgendeiner grossen Regierungsaufgabe betraut, bei der sie Hilfe von Experten erhalten, für die sie aber verantwortlich zeichnen; so ein Mann kann Ihnen offen sagen: «In meiner Jugend habe ich noch Kamele gehütet!» Was das bedeutet, Kamele zu hüten, muss man einmal am eigenen Leib erfahren haben. Man kommt nämlich heute nur ganz selten in die Lage, so in der Wüste zu leben, wie die Beduinen seit uralten Zeiten in der Wüste haben leben müssen. In der Hitze, ohne Wasser, waschen kann man sich vielleicht wochenlang nicht, man ist abhängig von den wenigen Tieren, die es dort gibt, den Ziegen und den Kamelen, um ein prekäres Leben immer am Rande des Hungers zu fristen. Nur gerade ein paar Monate im Frühling geht es etwas besser, dann ist reichlich Milch vorhanden, und die Tiere finden frisches Gras. In den anderen Jahreszeiten ist man abhängig von Regenfällen, die irgendwo über der Wüste niedergehen und ein bisschen Weide abgeben. Wasser muss aus den seltenen Sodbrunnen geschöpft werden, die man unterwegs aufsucht. Am schlimmsten ist die Hitze; beständig in dieser Hitze zu leben – sogar in der Nacht kühlt es nicht wirklich ab –, ist eine aufreibende Angelegenheit. Nicht nur für Europäer, sondern auch für die Beduinen selbst. Die ganze Nervosität und Reizbarkeit, die in ihrer Kultur steckt, hat sicher damit zu tun, dass man der Hitze schonungslos ausgesetzt ist. Dann kommt solch ein Beduinenjunge, der nur dieses Leben kennt, in die Schule, später sogar einmal auf eine Mittelschule in der Stadt. Er muss alles nachlernen, was unsere Zivilisation – oder sagen wir die amerikanische Zivilisation, denn dort ist das amerikanische Muster allgegenwärtig – ausmacht.

Mit der Hilfe von einigen Fachleuten erhält solch ein früherer Beduinenzunge nach einigen Jahren der Ausbildung ein wichtiges Amt. Er wird zu einem verantwortlichen Mann, der zeigen muss, wie es nun weitergeht. Dieser Gegensatz zwischen Vergangenheit und Gegenwart ist so verwirrend, dass nur ein ausserordentlich begabter Mensch mit ihm leben kann. Ein völlig anderer Anfang, ein kurzer und improvisierter Bildungsweg und dann eine ungeahnt andere Gegenwart und Zukunft.

Solche inneren Widersprüche findet man dann eben auch im Äusseren. Ein Land mit Strassen, mit grossen Städten, mit einer Industrialisierung, die dem Komfort dient, also in erster Linie Elektrizität, Wasserpumpen, Anlagen, die Wasser aus Salzwasser destillieren, und dazu nagelneu eine moderne Landwirtschaft. Fossiles Wasser wird tief aus der Erde herausgepumpt, und man verwendet amerikanische Bewässerungsmethoden: ein beweglicher Arm von mehreren hundert Metern Länge, der auf Rädern um einen Pol kreist und ein kreisrundes Feld Mais oder Klee oder Weizen bewässert und damit zum Wachsen bringt. Diese Weizenkultur, auf welche die Saudis ausserordentlich stolz sind, ist vollkommen unrentabel. Sie ist nur möglich, weil der Staat gewaltige offene und versteckte Subventionen gewährt. Wenn man die Saudis darauf anspricht, lachen sie nur und sagen: «Ihr tut's in Europa ja auch! Auch ihr habt eine Bauernbevölkerung, die ihr subventioniert!»

Die Zwänge sind schon heute die gleichen wie in Europa. Auch in Arabien gibt es eine relativ grosse Bevölkerung, die von dieser etwas künstlichen, bewässerten Landwirtschaft lebt und deren Vertreter zum König gehen und sagen: «Der Getreidepreis muss dieses Jahr so und so hoch sein, sonst gehen wir pleite.» Der König stimmt zu. Der Staat bezahlt oft fünf- bis siebenmal mehr als den Weltmarktpreis. So produziert man in der sterilen Wüste, es sieht jedenfalls nach Produktion aus. Plötzlich ist die Wüste grün und Maschinen stehen herum; die Jemeniten kommen, um die einfache Arbeit zu tun. Die Saudis sind dann eher die Grossbauern, die das Ganze beaufsichtigen und die Planung und Finanzierung besorgen. Das ist heute ein beinahe amerikanisches Phänomen, aber es ist natürlich nur dadurch möglich, dass viel Geld da ist. Besonders beunruhigend ist, dass man nicht weiss, wieviel Wasser wirklich unter der Erde steckt. Es ist fos-

siles Wasser, das heisst, es stammt aus Zeiten, in denen die arabische Halbinsel eine Art Urwaldparadies war. Ob Wasser nachläuft, wie schnell es sich ergänzt, wenn man es herauspumpt, darüber streiten sich die Gelehrten, und man stellt immer wieder fest, die saudischen Gelehrten sind etwas optimistischer, die europäischen Gelehrten sind eher pessimistisch. Wahrscheinlich werden einfach die aus uralten Zeiten stammenden Vorräte hochgepumpt, und danach wird kein fossiles Wasser mehr da sein.

Gysling: Es gibt ja Berichte von Geologen, laut welchen das Grundwasser in manchen Gebieten schon auf gefährliche Tiefen abgesunken ist. Es ist von einem Raubbau an der Natur die Rede. Was wird aus dieser Gesellschaft, wenn es kein Öl mehr gibt? Öl mag es vielleicht noch für achtzig, für hundert Jahre vielleicht, sogar für etwas länger geben, wenn man noch weitere Felder entdeckt, aber was tut die saudische Gesellschaft, wenn es das nicht mehr gibt? Wenn wir es einmal von der jetzigen Situation her anschauen, sind die Saudis ja an sich nicht gewohnt oder lehnen es ab, manuell zu arbeiten. Sie können sich das auch leisten. Sie leisten sich ausländische Fachleute, denen sie sozusagen als Betreuer zur Verfügung stehen, und haben es nicht nötig, selber die, wie sie meinen, schmutzige Arbeit zu verrichten. Hinzu kommt, dass mehr und mehr Saudis sich durch Studien im Ausland qualifizieren und aufgrund ihrer Ausbildung noch weniger motiviert sind, selbst manuelle Arbeit zu leisten. Aber man hat dennoch den Eindruck, wenn die Ölvorräte einmal aufgebraucht sind, dann ist eigentlich im Lande drin keine Ressource vorhanden, aufgrund welcher die Gesellschaft wirtschaftlich weiterhin prosperieren kann. Es gibt kaum eine Industrialisierung, es gibt kaum eine Basis, dass das Land ohne Erdöl gut weiterleben kann. Was wird aus diesem Lande werden?

Hottinger: Ich fürchte, es wird so gehen wie in Kuwait. Das Königreich wird schliesslich aus politischen Gründen zusammenbrechen, und seine grossen Städte werden einfach nicht weiterbestehen. Der grosse Ölreichtum wird ja nicht von einem Tag auf den anderen aufhören, sondern sich allmählich zurückbilden. Schon bevor er zu Ende geht, werden andere Gegenden, die dichter besiedelt sind, mehr Macht entwickeln und die arabischen Städte unter ihre Kontrolle bringen. Sie werden dann nicht mehr so luxuriös sein, wie sie

es heute sind. Doch der Übergang könnte ein sehr gradueller werden, das Öl, das sieht man in Bahrain zum Beispiel, wo es nach den Voraussagen schon lange ausgegangen sein sollte, fließt immer noch. Man fand neue Vorkommen «off-shore», die Bahrain mit Saudiarabien teilt, und die Bahrainer haben sich weitgehend auf Dienstleistungen für die anderen Ölstaaten umgestellt, die ja noch sehr reich sind. Man entwickelte das «off-shore banking», d.h. Bankdienste für die anderen Ölstaaten, zur Hauptindustrie, und Bahrain ist auch zum Vergnügungsort für die Saudis geworden. So dass man immer noch vom Ölgeld lebt, aber nun teilweise vom Ölgeld der anderen, denen man Dienstleistungen erbringt. Bahrain hat so wieder eine wirtschaftliche Nische gefunden, aber natürlich nur eine vorläufige Nische, denn einmal muss das Öl auch in Saudiarabien ausgehen. Allerdings ist das noch viele Jahre entfernt, wohl über ein Jahrhundert.

Wie die ganze Energiewirtschaft in hundert Jahren aussehen wird, wissen wir nicht. Es gibt zwei Alternativen: Es könnte sein, dass das Öl kolossal wertvoll wird, wenn wir bis dann wirklich noch keinen andern Energieerzeuger gefunden haben; oder es könnte sein, dass das Öl unwichtig wird, weil bis dann die atomaren Möglichkeiten so gross sind, dass man damit Elektrizität erzeugt und dass die Elektrizität überhaupt *der* Kleinenergieträger werden wird. So dass auch hier das Spektrum der Möglichkeiten breit ist. Vielleicht wird das Öl in 50 oder 100 Jahren nicht wie jetzt pro Barrel 30 bis 40 Dollar kosten, sondern 200; einfach weil es als Energiestoff so wertvoll wird. Vielleicht wird es aber auch nur noch als Grundstoff für die Plastikindustrie und andere industrielle Anwendungen gebraucht; gar nicht mehr als Brennstoff. Dann würde der Preis absinken auf wenige Dollars. Dies wäre der Fall, wenn man bis dann neue, vielleicht atomare Möglichkeiten hat, um die Energiefrage zu lösen.

Gysling: Wenn der Europäer an Saudiarabien denkt, kommt schnell einmal der Punkt, an dem er sagt, diese konservativ islamische, von den Wahhabiten geprägte Gesellschaft sei höchst ungerecht, insbesondere gegenüber der Frau. Die Frau darf nicht Autofahren, die Frau darf nicht allein reisen, die Frau ist in extremer Art und Weise benachteiligt. Ich kann nicht beurteilen, ob die Frauen es selbst so empfinden. Ich habe den Eindruck, die Frauen auch in

Saudiarabien finden sich in dieser Gesellschaft doch einigermaßen gut zurecht. Es gibt ein äusserliches Bild, dem man nachleben muss und dem man vielleicht sogar gar nicht ganz ungerne nachlebt, und es gibt ein privates Bild unter der Oberfläche, das dann doch wieder um einiges liberaler ist, als es nach aussen hin den Anschein macht.

Hottinger: Das glaube ich auch. Vor allem die Frauen haben eben doch Macht in der Familie. Und je reicher eine Familie ist, desto weniger ist eine Frau gezwungen, diesen Schleier überhaupt anzuziehen und auf die Strasse zu gehen. Aber ich glaube, man darf nicht von «den Frauen» sprechen. Es gibt viele Nuancierungen; natürlich gibt es Rebellen, die aus ihrer Situation ausbrechen wollen, besonders unter den jungen und ausgebildeten Frauen. Es gibt aber gewiss auch viele, die sie nicht nur als angenehm, sondern auch als richtig empfinden und die Idee akzeptieren, dass ihre häusliche Absonderung einem Gebot Gottes entspreche, dass der Islam fordere, die Frauen hätten als Mütter in der Familie und die Männer draussen auf der Strasse zu wirken und zu leben. Diese Haltung ist sogar mit dem Umsichgreifen der Fundamentalisten wieder angewachsen. Sie verbreiten diese Idee und finden mit ihr auch bei Frauen Beifall. *Die Frau* gibt es nicht, sondern es gibt viele verschiedene Gruppen von Frauen, die ganz verschiedene Zielsetzungen verfolgen. Einige hegen gewiss schwere Ressentiments gegen das Regime, das sie als unfreie Mündel behandelt, aber andere bejahen das Regime durchaus, dem sie unterstellt werden. Es ist natürlich auch eine Frage des Alters sowie der Erziehung. Die Studentinnen wollen wahrscheinlich fast alle ihre Lebensbedingungen ändern.

An den saudischen Universitäten studieren die Frauen getrennt von den Männern. Ein Professor darf Frauen unterrichten, aber nur hinter einem einseitigen Spiegel, so dass sie ihn sehen, aber er sie nicht. Wenn die Frau, die Studentin, ihm eine Frage stellen will, greift sie zum Telefonhörer. Der Professor seinerseits nimmt hinter dem Spiegel den Hörer ab und antwortet auf diesem Weg. Das muss Leuten, die eben doch mit europäischen Grundansichten erzogen werden, auf die Dauer sehr seltsam vorkommen. Allgemein scheint mir, die Saudis, Männer und Frauen, die reisen, möchten eigentlich Saudiarabien gerne verlassen. Man hört oft von Frauen, die versuchen, ihre Familienväter und Ehegatten zu überreden, dass sie wie-

der einmal nach London dürfen und wieder einmal hinaus in die europäische Welt, weil das eben doch eine viel anregendere Welt für sie ist. Aber die, die immer in Saudiarabien sind und dort in einem eng geknüpften Netz aus Religion, Brauchtum und Familientradition aufwachsen und verharren, werden die alten Regeln wohl heute noch anerkennen, und wie gesagt, in diesem Zusammenhang spielen sie eine eigene, nicht unbedeutende Rolle. Die Stellung in der Familie ist gerade für die älteren Frauen keineswegs ohne Macht, sie regieren zu Hause über ihre Söhne und deren Frauen.

Die Saudis sind besonders stolz auf ihre neuen grossen Städte, moderne Grossstädte wie Riad, Jidda, die Erdölstädte Damman und Dahrän. Das sind Städte, die man praktisch neu gebaut hat. Es gibt vielleicht hier und dort noch einen alten Lehmpalast als Museumsstück, aber nur einen einzigen, rund herum stehen die modernen Hochhäuser, vielstöckig; Autobahnen eher als Strassen verbinden sie. Man kann in diesen Städten eigentlich nur Auto fahren, zu Fuss gehen kann man kaum mehr. Ein kolossaler Energiebedarf besteht, alles muss gekühlt werden. Die Strassen und Häuser sind so gebaut, dass man die natürliche Nachtkühle heute nicht mehr ausnützen kann. Es gibt merkwürdige Luxuserscheinungen: die Kunsteisbahn ist in Riad und in Jidda sehr beliebt. Man geht in einem künstlich gekühlten Gebäude Schlittschuh fahren, gerade weil es draussen so heiss ist. Es gibt viel Fernsehen, es darf aber keine Kinos geben. Doch das Kino wird ersetzt durch die Videofilme, und die Videoclubs, die die Kassetten anbieten, spielen eine grosse Rolle. Es gibt De-luxe-Videoclubs, wo sich die Leute fast wie an einem gesellschaftlichen Anlass treffen und über die Novitäten reden, die man nach Hause nehmen muss. Die Frauenwelt kommt da auch wieder zum Zuge. Zu Hause läuft das Videogerät permanent. Als ich zum letztenmal in Riad war, wurde gerade eine Vorschrift erlassen, dass Frauen nicht mehr in die Videoläden, wo man die Filme verkauft oder ausleiht, gehen dürften. Weil es dort so viele Regale gibt mit Gängen dazwischen, so dass anscheinend diese Orte für Stelldich-eins mit Männern dienten. Für ein saudisches Mädchen ist es ja immer sehr schwer, einen Mann zu treffen, der nicht zur Familie gehört. Deshalb telefonierte man sich: wir treffen uns im Videoclub, und dort war man relativ abgeschirmt und konnte eine private Unter-

haltung mit einem Mann führen, auch wenn er nicht zur Familie gehörte. Doch die Sittenhüter kamen dahinter. Es gibt ja besondere Angestellte des Staates, die Mutawwiyn, die dafür da sind, die guten Sitten auf den Strassen zu bewahren und auch dafür zu sorgen, dass die Leute zum Gebet gehen und die Läden zu den Gebetszeiten geschlossen werden. Diese Sittenwächter also kamen dahinter, und den Frauen wurde verboten, die Videoläden zu betreten. Die Frauen stehen nun vor den Schaufenstern oder bleiben im Auto sitzen. Sie schicken einen Mann hinein, um das Geschäft zu tätigen. Der kommt oft wieder raus und konsultiert sie: soll ich das jetzt nehmen oder etwas anderes?

Die ganze Elektronik spielt eine grosse Rolle, das Telefon auch. Wenn man sich einen in Kuwait produzierten Film, es gab vor allem Fernsehfilme, ansah, so bestand die Handlung meist darin, dass alle Leute unentwegt miteinander telefonierten; und das entspricht auch dem Leben, ganze Liebesromane werden übers Telefon abgewickelt. Es ist ja so heiss draussen; drinnen ist es kühl. Besonders die Frauen telefonieren beständig, und ein grosser Teil des Familienlebens spielt sich am Telefon ab. Man ruft beständig die vielen Cousinen und Vettern an, von denen viele Dutzende oder Hunderte haben. Auch ins Ausland telefoniert man, wenn ein Familienmitglied auf Reisen ist. Alle Geschäftsleute haben ihren Telex und Fax. Diese Art Elektronik geht dort noch viel weiter als bei uns. Die klimatischen Lebensbedingungen sind so schwierig und so ermüdend – bis man im klimatisierten Auto sitzt, ist man schon schweisssgebadet –, dass man lieber zu Hause bleibt und die Drähte in Bewegung setzt. Die Unnatürlichkeit des Lebens, sie mutet ein bisschen amerikanisch an, geht in den Städten sehr weit und macht wahrscheinlich die geistige Lage der Saudis noch komplizierter. Man ist physisch abhängig von lauter kunstvollen technologischen Mitteln, in deren Mitte man lebt, ohne sie selbst erfunden zu haben, ohne sie selbst wirklich zu verstehen, zu beherrschen. Um sie zu betreiben und instand zu halten, hat man Fachleute aus dem Ausland, die man teuer bezahlt. Das muss eine etwas verwirrende Situation sein.

Gysling: Über die Gegenwart und die Zukunft dieser Gesellschaft sprechen heisst auch über die Vergangenheit nachdenken. Die Bruchlinie zwischen der beduinischen Gesellschaft und der städti-

schen Gesellschaft verläuft ja merkwürdig. Geschichtlich gesehen, das hat der arabische Historiker Ibn Khaldun nachgewiesen, hat die beduinische Lebensweise der arabischen Gesellschaft eine gewisse Stärke, eine Fähigkeit zum Zusammenhalt vermittelt. Ein Ausdruck, den er in diesem Zusammenhang verwendet, ist *Assabia*. Und er sagt, die städtischen Kulturen nehmen aus der beduinischen Kultur die Fähigkeit zum Zusammenhalt, aber dadurch, dass sie die Beduinen aufnehmen, zerstören sie diese Fähigkeit zum Zusammenhalt auch gleichzeitig. Das würde allerdings heissen, dass die arabischen Gesellschaften sich in einem ständigen Zerfallsprozess befänden. Und ich glaube, ein wenig trifft das schon zu. Die Verstädterung, die Urbanisierung hat diese Gesellschaften, und zwar nicht nur jene Saudiarabiens, nachhaltig geprägt und nicht zu dem geführt, was wir in Europa haben, nämlich Verstädterung plus gleichzeitig Industrialisierung und gleichzeitig Demokratisierung. In der nahöstlichen Welt haben wir nur das Phänomen der Verstädterung, Städte sind Handelsplätze geblieben, oft aber kaum mehr als dies.

Hottinger: Das städtische Phänomen ist ja sehr alt. Sogar älter als der Islam, es gibt seit 5000 Jahren Städte im Nahen Osten. Der Islam hat sich in die Städtewelt eingefügt, indem er festlegte, ein guter, vollgültiger Muslim könne man eigentlich nur an einem Ort sein, wo es ein Freitagsgebet gebe. Also wo genügend Leute zusammenkommen, um ein Freitagsgebet zu sprechen. Deshalb kann ein Beduine, der nicht sesshaft ist, in den Augen der Städter kein guter Muslim sein. Das war dann auch der Grund, weshalb die frühen saudischen Herrscher immer darauf aus waren, die Beduinen zur Niederlassung in festen Siedlungen anzuregen. Dies war eine Grundidee der «Ikhwan», also der Bruderschaften, auf die das saudische Reich sich ursprünglich stützte. Abdul Aziz Ibn Saud, der grosse Gründer des saudischen Reiches, kurz vor und nach dem Ersten Weltkrieg, begann seine Eroberungen mit der Hilfe dieser Ikhwan, der wahhabitischen Bruderschaften.

Die Städte sind immer Handelszentren gewesen. Es war immer ein Privileg, in der Stadt zu leben. Dort lebte man eben besser. Auf dem Land war das Leben hart, auch des Klimas wegen, es herrschte auch Unsicherheit. Die Beduinen liebten es, über die Bauern herzu-

fallen. Wer politisch oder wirtschaftlich vorankam, hat sich in der Stadt niedergelassen. Er besass vielleicht einen Garten ausserhalb der Stadt, hat aber schwerlich auf dem Land gelebt. Das ist immer noch so. Die Stadt ist der Ort des luxuriösen, des angenehmen Lebens, und das offene Land, sei es Beduinenland, sei es Bauernland, ist ein Ort der Härten.

Die Bauern der Dörfer wurden durch den Einfluss der Beduinen stark geprägt. Das zeigt sich etwa darin, dass sie auch in Sippen leben und oft die beduinischen Vorstellungen von Ehre, von Mannestum und Kampfesmut übernehmen. Das kommt daher, dass aus politischen und geographischen Gründen die Beduinen immer wieder in die Ackerländer vorstossen. Je nach Jahreszeit, im Frühling und Winter sind sie tief in der Wüste; im Sommer kommen sie auf die abgeernteten Felder und lassen dort ihre Tiere grasen, so dass sie auch physisch im Dorfbereich präsent sind. Bauern und Beduinen, die Leute des offenen Landes, sind beide der Macht der Städter ausgesetzt. Die Steuereinzieher kommen aus den Städten und erpressen Abgaben, soweit sie es vermögen. Früher gab es ein Gegengewicht, weil, wie das Ibn Khaldun beschreibt, die Beduinen einen engen sozialen Zusammenhalt besitzen und in früheren Zeiten immer wieder in Wellen von mächtigen Heeren das Land überfluteten und über die Städte herfielen. Das ist eine Erscheinung, die in der Geschichte immer wieder vorkommt, sie ist aber heute vorbei. Das Maschinengewehr und das Auto haben der Stadt endgültig die Macht über die Beduinen gegeben. In den Zeiten vor dem Auto und vor dem Maschinengewehr sind die Städte periodisch unter die Wellen von Beduinenheeren geraten. Der Wechsel kommt also sehr spät. Erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg haben die Beduinen ihre Macht endgültig verloren. Das Flugzeug war dann noch ein weiteres Machtelement. Die Stämme sind in der flachen Wüste der Bombardierung aus der Luft rettungslos ausgesetzt. Deshalb ist, glaube ich, die Theorie von Ibn Khaldun heute nicht mehr ganz zeitgemäss. Bis vor kurzem hat der feste Zusammenhalt der Stämme periodisch militärische Wellen erzeugt, welche die Städte überrollen konnten. Dann haben sich die Beduinen in den Städten niedergelassen, wurden zu Fürsten und reichen Leuten, gelangten durchs Wohlleben in die Verweichlichung, so sieht das Ibn Khaldun, der grosse arabische Historiker und «Vater der Soziolo-

gie» aus dem 14. Jahrhundert. Die weit geschwungenen Familien- und Stammesstrukturen, die es früher gegeben hat, spielen heute nicht mehr die gleiche Rolle. Es ist immer die Stadt und in der Stadt das moderne Militär mit seinen aus dem Ausland importierten Waffen, das den Machtfokus bildet. Sehr schön sieht man das zum Beispiel in Städten Syriens. In den alten Zitadellen, wo einst der Fürst mit seinen Soldaten herrschte, ist heute die Militärgarnison untergebracht. Sie befindet sich immer noch im Zentrum der Stadt, in Damaskus und in Aleppo. Die Soldaten haben sich modernisiert und verwestlicht, aber sie halten bis heute die gleichen strategischen Zentren besetzt.

Wenn man versucht, ich habe es nur einmal getan, einen Spaziergang in einer saudiarabischen Stadt zu unternehmen, lacht schon der Hotelportier, der sieht, dass einer der Gäste die klimatisierte Hotelhalle zu Fuss verlässt. Der normale Mensch fährt im Auto, und der Portier weiss, dieser Verrückte, der zu Fuss gehen will, wird schweissgebadet zurückkehren. Sogar nachts, nachdem die Sonne untergegangen ist, bleiben die Mauern so heiss, dass sie spürbar Hitze ausstrahlen. Die wenigen Fussgänger, die man antrifft, sind Fremdarbeiter aus Indien, Pakistan oder Südostasien.

Die Leute, die einkaufen gehen, benützen ihr Auto. Sie fahren zu den grossen modernen Marktzentren, klimatisierten Gebäuden, die oft viele Einzelgeschäfte umfassen. Ein grosser Parkplatz davor ist immer sehr wichtig. Man bewegt sich von einer klimatisierten Welt in die andere. In den Geschäften findet man schlicht das Weltangebot. Nur schon allein ein Supermarkt in Saudiarabien ist ein Phänomen. Dort gibt es nicht nur wie bei uns etwa in Frankreich die französischen Esswaren und dazu einige ausländische, sondern man findet das volle Angebot aus Frankreich (ohne Alkohol allerdings), das volle Angebot aus England, das volle Angebot aus Deutschland, aus Japan und aus Korea. Aus Thailand ist auch noch einiges da. Alle Supermärkte müssen fünfmal täglich schliessen und ihre Kunden fortschicken, sobald der Gebetsruf ertönt. Wenn man nicht von selbst geht, kommt der koreanische Ladendiener und sagt einem sehr höflich, man müsse jetzt hinaus, man könne draussen vor der Tür warten, bis die Gebetszeit vorbei sei, er aber müsse schliessen und dürfe keinen Kunden im Laden lassen. Nachher geht der Verkauf wieder weiter.

Die Sachen, die im Land selbst hergestellt werden, sind ganz wenige, eigentlich nur einige traditionelle Handarbeiten. Es gibt allerdings einen Goldmarkt. Der ist immer eine Attraktion, die Fremden gehen gerne hin. Man darf allerdings dort nicht fotografieren, weil zu viele Frauen – natürlich verschleiert – dort verkehren, um sich den Goldschmuck anzusehen. Der Schmuck hat auch heute noch eine soziale Bedeutung, er dient als eine Art von Sozialversicherung. Wenn man einmal verstossen wird, kann man als alte Frau Teile von dem Goldschmuck verkaufen, den man sich früher schenken liess oder selbst anschaffte. Es ist immer noch ein Handwerk, das Gold in verschiedene Formen zu verarbeiten, doch die Arbeit zählt fast nicht, man wägt den Schmuck auf der Goldwaage und bezahlt nach dem Gewicht den Preis des Goldes. Die Arbeit ist bloss eine Zugabe, gleich ob der Goldschmied Ohringe, Arm- oder Fussspangen oder Brustbehänge aus dem Gold formt. Er tut das ja ohnehin in seinen freien Stunden, während er auf Kundschaft wartet. Das ist der Brauch in einer jeden arabischen Stadt. Das Besondere in Saudiarabien ist einfach die Masse von Gold, die da ist. In einem bescheideneren Goldschmiedegeschäft, sagen wir in Damaskus oder in Kairo, werden feine, kleine Schmuckgegenstände angeboten. Dort sind es massive Brustplatten, so ein oder auch zwei Pfund schwer, je gewichtiger, desto besser. Manchmal sieht man eine ältere Frau tief verhüllt auf dem Boden sitzen und mit einer Hand ein Schmuckstück hochhalten, das sie verkaufen will. Andere Frauen sind die möglichen Kundinnen. Der Goldmarkt ist wahrscheinlich der grösste einheimische Markt, insofern als dort etwas feilgeboten wird, was immerhin am Ort hergestellt und gehämmert wird. Das Rohmaterial wird natürlich als Goldbarren importiert, übrigens oft über die Schweiz. Früher ging das etappenweise, von der Schweiz bis Beirut, Beirut übernahm dann die Goldverteilung für den ganzen Nahen Osten, legal oder illegal, je nach Staat. Abu Dhabi diente dem Goldschmuggel nach Indien, wohin die Einfuhr theoretisch verboten war. Es gab besondere Goldboote, die kräftigere Motoren besaßen als die Motorschiffe der indischen Küstenwachen.

Ein anderes Handwerk, das überlebt, ist jenes des Schneiders. Die Stoffe, sogar für die beduinischen Kleider, werden in Europa

hergestellt. Die Schneider sind fast nie Saudiaraber, sondern meist Pakistani. Die einfachsten haben ihre Nähmaschine im Basar stehen und sind bereit, die Stoffe zu nähen, die ihr Kunde gerade eingekauft hat.

Die einfachen Saudis, die frisch aus der Wüste in die Stadt kommen, werden oft zuerst Taxichauffeure; später finden sie vielleicht einen Posten in irgendeinem der vielen Ministerien. Wenn sie nur mangelhaft schreiben können, verwendet man sie als Türsteher und Bürodienler.

Eine mobile Gesellschaft

Gysling: Die arabische Gesellschaft ist eigentlich eine riesige Wandergesellschaft. Sie sprachen jetzt von Saudiarabern und von Pakistanis, aber man könnte auch von den Jemeniten sprechen, die in grosser Zahl in Saudiarabien tätig waren (beim Ausbruch des Irak-Konflikts wurden sie ausgewiesen), von den Palästinensern, von den Ägyptern usw. Und wenn man sich einmal die ganze Region vorzustellen versucht, die Vermischung der verschiedenen Mentalitäten, die Vermischung auch der sozialen Schichten durch diese Wanderungen, dann kommt man auf ungeheure Zahlen von Wanderarbeitern, von Immigranten, von Gastarbeitern. Man sah es plastisch, als die Iraker in Kuwait einmarschierten, an den ungeheuer grossen Zahlen von Flüchtlingen, die sich durch Irak und durch Jordanien hindurch begeben mussten, um dann schliesslich in ihre eigenen Heimatländer zu gelangen. Die Mobilität der arabischen Gesellschaft hat mich immer beeindruckt. Und zwar aus folgendem Grunde: An sich ist die arabische Gesellschaft sehr familienbezogen. Man hat auf dem Lande, in überschaubaren Gemeinschaften gelebt und hat es meist als eine Qual empfunden, dass man in die Stadt musste, weil dadurch die Familienbande auseinandergerissen wurden. In Ägypten sieht man das auch jetzt noch am deutlichsten. Die Gesellschaft ist nachhaltig geprägt durch die Urbanisierung und dadurch, dass durch diese Urbanisierung auch die Frau in den Arbeitsprozess einbezogen worden ist. Grundlegende Veränderungen haben sich dadurch ergeben. Die Mobilität in der arabischen

Gesellschaft ist wahrscheinlich grösser als in irgendeiner anderen Gesellschaft, die ich kenne, zumindest grösser als bei uns in Westeuropa. Wie verändert diese Wanderbewegung die arabische Gesellschaft? Man erlebt es bisweilen, dass etwa Aspekte der ägyptischen Mentalität in anderen Ländern wirksam werden. Man sieht das am deutlichsten an der Filmindustrie. Ägyptische Filme gibt es in der gesamten arabischen Welt, weil die ägyptische Filmproduktion immens ist, grösser, was die Zahl der produzierten Filme betrifft, sogar als jene Pakistans oder als jene Indiens. Die Filme sind für unsere Begriffe oft Schnulzen, auf der andern Seite verkörpern sie viel an einfachen Träumen. Filme, das kann man nebenbei anmerken, haben dazu beigetragen, dass die ägyptische Sprache oder der ägyptische Dialekt fast schon zu einer zweiten Umgangssprache in der arabischen Welt geworden ist. Weil die Filme, die man sieht, meistens ägyptischer Herkunft sind, kann man sich dann auch in andern Ländern mit dieser Sprache befassen und nimmt sie sozusagen mit auf als eine zweite arabische Ausdrucksweise. Die ägyptische Wanderbewegung, die ägyptische Durchdringung der übrigen Gesellschaften in der arabischen Welt hat weittragende soziale Folgen, glaube ich. Aber hat Ägypten auch noch immer die Fähigkeit, die Kraft, eine Grossmacht innerhalb der arabischen Welt zu sein?

Hottinger: Ich fürchte, weniger und weniger. Man sieht es an den ägyptischen Auswanderern. Es werden mehr und mehr arme Leute, Fellachen, die nun wirklich auf dem Acker eingesetzt werden, gerade in Irak ist das so gewesen, und es sind weniger und weniger Lehrer, Hochschullehrer, Künstler, die diejenigen waren, die früher einmal dem Ägyptischen in der arabischen Welt seine Geltung gegeben haben. Das hängt damit zusammen, dass das Bildungswesen ausserhalb des Niltals zunimmt. Ägypten hatte Schulen, als andere noch keine Schulen hatten; Universitäten, als die andern noch keine Universitäten besaßen. Doch dieser Vorsprung wird langsam eingeholt. Es gibt immer noch, sagen wir am Golf und in Libyen, ägyptische Professoren. Aber die Staaten versuchen, einen jeden von ihnen so rasch wie möglich durch Einheimische zu ersetzen. Meist sind es ihre eigenen Schüler, die sie ablösen, vielleicht auch ein Einheimischer, der in Europa studiert hat, nun zurückkommt und einen Professorenposten haben muss.

Das gleiche gilt auch von den Palästinensern. Sie waren hochqualifizierte Auswanderer, die zum Beispiel in Kuwait gebraucht wurden, um den Staat Kuwait aufzubauen. Die ganze untere Bürokratie war einmal palästinensisch. Doch dann kam der Moment, als Kuwait ihre eigene Mittelschulbildung besaßen und manche einen staatlichen Posten brauchten – selbstverständlich auf Kosten der Palästinenser, die dann verdrängt wurden. Manche mussten nach Jordanien zurückkehren, andere sind einfach in Kuwait alt geworden und konnten sich dort pensionieren lassen. Es ist aber für einen Palästinenser immer schwierig gewesen, in Kuwait zu bleiben, sobald er keine Arbeit mehr hatte und für den Staat nicht mehr notwendig war.

Auch die Sudanesen sind in solchen Funktionen in die Golfstaaten gekommen, weil sie arabisch sprechen. Man hat sie immer für die Berufe gebraucht, in denen der Kontakt mit Menschen eine grosse Rolle spielt, etwa als Primarschullehrer, Tramchauffeure oder Autobuskondukteure. Andere Einwanderer, so die Inder, die Pakistani, die kein Arabisch können, haben in erster Linie für die privaten Firmen gearbeitet, in denen Englisch als Hauptsprache verwendet wird und wo es Schreibkräfte braucht, von kleinen und grösseren Büros bis hinab zur Wäscherei, wo man auch mit Englisch durchkommt, da man nicht direkt oder intensiv mit dem Publikum zu verkehren hat. Die Strassenkehrer in Saudiarabien, die von den Städten angestellt werden und orange Overalls tragen, kommen alle aus Bangladesh.

Die beiden Arten von Fremdarbeitern, Araber und Nicht-Araber, unterscheiden sich sehr deutlich. Die Araber gehören immer bis zu einem gewissen Grad mit dazu, sie reden die gleiche Sprache wie die Einheimischen, und sie wollen auch mitreden. Das hat sie in den letzten 10, 20 Jahren aber auch benachteiligt. Die Behörden haben immer Angst, dass sie sich doch in die Politik einmischen und vielleicht sogar Verschwörungen anzetteln könnten, während die Koreaner und die Thailänder, die Filipinos, die SriLankesen, die Inder sich strikte von aller Politik fernhalten. Sie sind nur vorübergehend da, um Geld zu verdienen. Fast alle haben Verträge auf ein oder zwei Jahre. Viele müssen sogar jedes Jahr zurück für die Ferien und erneuern nachher ihren Kontrakt wieder, wenn man sie immer noch

braucht. Das bringt den lokalen Luftfahrtgesellschaften einige Arbeit, denn es handelt sich ja immer um Zehntausende und Hunderttausende. Für die grossen Bauprojekte bringen die Baufirmen oft ihre eigenen Arbeiter mit. Die billigsten Villen und Wohnhäuser in Saudiarabien bauen die Koreaner. Es gibt auch Arbeitsvermittler, bei denen die saudischen Firmen je nach Bedarf ein paar Dutzend oder hundert Thais, Filipinos oder Pakistaner bestellen können.

Gysling: Nun gibt es die horizontale Mobilität, aber es gibt auch eine vertikale, die eigentlich recht bemerkenswert ist. Die arabisch-islamische Gesellschaft kennt keine Klassenunterschiede. Einige Familien mögen sich zwar besser fühlen als die andern. Aber der Aufstieg innerhalb einer Gesellschaft ist doch relativ frei von Hindernissen. Natürlich wurde das gefördert durch das Aufkommen von Militärs, auch durch den arabischen Nationalismus, es wurde dadurch gefördert, dass im Zuge der Befreiung vom Kolonialjoch Minderheiten versucht haben, sich besonders arabisch-patriotisch zu geben, und dadurch den Aufstieg geschafft haben.

Hottinger: Im Grunde gibt es im Orient fast keine Feudalstrukturen. Die Araber schimpfen immer über den «Feudalismus», aber sie meinen damit etwas anderes; sie meinen einfach die mächtigen Leute, die Familien mit viel Geld und Grundbesitz, die auch politischen Einfluss haben. Einen Erbadel oder ein Grossbürgertum, wie wir es in Europa hatten und immer noch in Resten besitzen, gibt es seit langen Jahrhunderten im Orient nicht mehr. Es gibt allerdings die grossen Familien, die Geld haben, die schon lange eine führende Rolle spielen, die oft Ländereien besaßen; die durch Heiraten mit den mächtigen Leuten verbunden sind, die hohe Staatsfunktionäre waren, die es vielleicht immer noch sind. Personen, die dank ihrer Beziehung zum Machthaber Macht ausüben. Das waren sogar oft Sklaven. Das ganze ottomanische Reich in seiner guten Zeit wurde von emanzipierten Sklaven regiert. Sie stammten aus der *Knabenlese* im Balkan, dem Tribut aus Knaben, der den christlichen Untertanen auferlegt wurde. Sie wurden in speziellen Schulen erzogen, dann freigelassen. Die meisten von ihnen wurden *Janitscharen*, d.h. Elitesoldaten. Die begabtesten gingen in den Hofdienst und wurden «Kapi Kuli», das heisst Sklaven der Pforte, als solche konnten sie Provinzgouverneure, Minister und Ministerpräsidenten (Grosswesire) werden.

Gysling: Das lässt sich anhand von verschiedenen Beispielen nachweisen, etwa von jenem des Aufstiegs der Mameluken. Die Emanzipation der Janitscharen ist ein anderes Beispiel. Auch bei den Tscherkessen haben sich einzelne Gruppierungen emanzipiert, verliessen den Sklavenstand und wurden zu Mächtigen. Auch Eunuchen erlangten in vielen Gesellschaften Machtpositionen. All das zeigt, wie die Mobilität in der Machtpyramide frei gehandhabt wird.

Hottinger: Wobei eben die Macht das Entscheidende ist. Der Machthaber macht einen mächtigen Mann, indem er ihm Gunst erweist. Der Günstling ist dann auch sehr auf ihn angewiesen. Wenn der Sultan fällt, steigt mit dem neuen eine neue Generation von Machthabern empor. Die alten haben mit Glück ihr Geld in Land angelegt und werden dann zurückgezogene, stille Landbesitzer; man hat ein «Dorf» oder mehrere und lebt von ihm.

Gysling: Da kommen wir zurück auf etwas, das wir früher schon angesprochen haben, auf die Frage: wie wird Autorität respektiert, wann ist eine Macht wirklich konsolidiert. Und nach wie vor finde ich es interessant, auch merkwürdig, wenn wir daran denken, wie in den fünfziger, sechziger Jahren, als die arabische Welt allgemein als sehr instabil betrachtet wurde, Putsch auf Putsch folgte, in Irak, in Syrien, auch in anderen Ländern. Und dann kam eine Phase, in der die Stabilität die Oberhand gewann, ab Ende der sechziger Jahre in Irak und Syrien. Man kann noch weiter zurückdenken bei der Suche nach einer Antwort auf die Frage, wie in dieser Gesellschaftsordnung die Macht respektiert worden ist. Und da meine ich immer wieder, ein Beispiel aus dem Jemen zeigt es am deutlichsten. Bei den Zaiditen, einer Gruppierung, die zum schiitischen Flügel gehört, wird Macht dadurch legitimiert, dass derjenige, der innerhalb einer Gemeinschaft den Mut hat, die Macht auch mit Gewalt zu verteidigen, derjenige ist, dem die Autorität zukommt. Es ist eine Frage der Stärke, die einmal konsolidiert werden muss und dann nicht mehr in Frage gestellt werden kann, wie das unserem westlichen Demokratieverständnis allgemein entsprechen würde.

Hottinger: Es gibt keinen Turnus an der Macht, und das ist ja im Grunde sehr schade, denn es gibt immer wieder Machthaber, die zu lange an der Macht bleiben und sich immer weiter von ihrer Bevöl-

kerung entfernen. Sie wissen immer weniger, was geschieht, was ihre Unterlinge in ihrem Namen unternehmen. Ihre Isolation nimmt zu, wenn sie Schmeicheleien zugänglich sind, sind sie der Gefahr des Machtwahns ausgesetzt. Ich glaube, das sind Phänomene, die negativ wirken, besonders in Situationen, in denen die Modernisierung schon weit fortgeschritten ist. In einer traditionellen Gesellschaft, etwa gerade wieder in Saudiarabien, gibt es auch einen einzigen Machthaber, aber er ist so stark darauf angewiesen, sich beständig mit seinen Familienmitgliedern, mit seinen religiösen Autoritäten, mit seinen Stammesführern auseinanderzusetzen und in Kontakt mit ihnen zu bleiben, dass er nicht leicht ein absoluter und isolierter Machthaber wird, der einsam Fehlentscheide trifft, weil er gar nicht mehr weiss, was seine Leute wollen und worum es in Wirklichkeit geht.

In einer modernisierten Gesellschaft ist diese Gefahr viel grösser. Eine Bürokratie, die dem Machthaber leicht etwas vorgaukelt, tritt an die Stelle der direkten Kontakte. Auf dem Papier zu lügen, ist einfacher als im direkten Kontakt unter Altbekannten. Der modernisierte Machthaber hat natürlich auch seine gelenkte Presse und sein staatliches Fernsehen. Wenn er eine freie Presse hätte, könnte er wenigstens die lesen und wissen, was in seinem Lande vorgeht. Aber die Presse ist auch gelenkt und wird von jenen kontrolliert, denen er vertrauen muss. Der Machthaber hat seine Geheimdienste, doch sie isolieren ihn ebenfalls von der Bevölkerung. Die Furcht, die Geheimdienste um sich verbreiten, kann stabilisierend wirken; aber sie lähmt auch die ganz Gesellschaft, und sie kann gegen den Machthaber manipuliert werden. Aus diesem und vielen ähnlichen Gründen sind die absoluten Einmannregime auf längere Frist gefährlich und auch gefährdet – und zwar um so mehr, je weiter ein teilweise modernisierter Staat auf dem Weg der Modernisierung vorangeschritten ist. Modernisierung heisst leider immer auch Bürokratisierung und fortschreitende Namenlosigkeit. Der Produktionsprozess wird immer komplexer und undurchschaubarer. Deshalb wächst die Notwendigkeit, Fehlentscheide an der Spitze des Staates zu minimieren. Sie haben viel weiterreichende Folgen als in einem traditionellen Staatswesen, und sie kommen auch viel leichter zustande, weil der Staat für den Machthaber immer undurchsichtiger wird.

In den fünfziger Jahren in Ägypten war es noch konventionelle Weisheit, dass die Ägypter nie auswandern. Der Fellache, hiess es, sei gebunden an sein Land und denke nicht daran, je das Niltal zu verlassen. Was die Ägypter seither zum Auswandern gezwungen hat, war ganz einfach die Not. Der Bevölkerungszuwachs war so gross, dass ganz plötzlich ein psychologischer Damm brach und die Ägypter einsehen mussten, dass die fünften und die sechsten bis zu den sechzehnten Söhnen schlechterdings auszuwandern hatten. Arbeitssuche im Ausland ist heute ein normaler Bestandteil des ägyptischen Lebens geworden: Einige Söhne der Familie leben und arbeiten im Ausland. Sie schicken etwas nach Hause, kommen dann vielleicht wieder, je nach den Umständen, wenn die Libyer oder die Iraker gerade die Ägypter rauswerfen. Oft lassen diese Auslandsarbeiter ihre Frauen und Kinder im Haus und Hof der Grosseltern zurück. Dass die Ägypter begannen zu wandern, stellte eine Neuentwicklung dar. Ein Witz spiegelt sie. Zu Zeiten Nassers war es den Ägyptern verboten, ihr Land zu verlassen. Die damalige Diktatur war der Meinung, je mehr Ägypter es gebe, desto besser sei es für ihre politischen Pläne, weil dadurch der militärische Druck Ägyptens auf seine Nachbarn zunehme. Ein diktatorielles Fehltriteil wie viele andere. Der Witz: Nasser besuchte die Sphinx in der Wüste und fragte sie: «Du hast so viel für Ägypten getan, für den Fremdenverkehr und unser Ansehen. Was können wir denn für dich tun?» Die Sphinx, die noch nie ihren Mund aufgetan hatte, hob den Kopf und sagte: «Ich möchte gerne ein Ausreisevisum!»

Mubarak, Asad, König Hussein

Gysling: Das führt mich zur Erinnerung an einen Witz, der viel später, unter Mubarak, in Ägypten verbreitet wurde. Mubarak hatte es anfänglich ja schwer, als Respektsperson von der ägyptischen Bevölkerung anerkannt zu werden. Einmal kam er aus dem Ausland zurück und hatte keinen Pass bei sich. Der Zöllner auf dem Flughafen von Kairo fragte, wer sind Sie? Und er sagte: Ich bin der Präsident. Darauf der Zöllner: Können Sie's beweisen? Mubarak sagte: Ja, aber wie? Darauf erzählte der Zöllner von einer Tänzerin, die

ebenfalls ohne Pass gekommen sei und durch einen Tanz ihre Identität bewiesen habe. Was können Sie? Und Mubarak sagte, er könne nichts. Darauf der Zöllner: Dann müssen Sie der Präsident sein, also kommen Sie herein. Das war wie gesagt in der Zeit, als Mubarak es schwer hatte, sich in der Öffentlichkeit durchzusetzen, als er nach einer Formel suchte, die der ägyptischen Identität entsprach, als er Ägypten zurückzuführen begann ins arabische Mittelfeld, etwas weg von der Politik, die Sadat in vielleicht etwas zu prowestlicher Art und Weise verkörpert hatte – so empfanden es zumindest sehr viele Ägypter. Rückblickend ist Mubarak eigentlich recht erfolgreich gewesen. Und wenn man die ägyptische Geschichte von der politischen Warte aus noch weiter zurückverfolgt, ist es sogar erstaunlich, dass er in dieser gemäßigten Art und Weise seit der Ermordung Sadats Ägypten so konstant hat führen können. Natürlich gibt es da verschiedene Standpunkte. Die Israeli sind ja der Meinung, der Friedensvertrag mit Ägypten sei eigentlich ausgehöhlt worden durch die Politik Mubaraks. Sie hatten sich beim Abschluss des Friedensvertrags 1979 mit Sadat vorgestellt, dass Ägypten sich sehr weit, vielleicht sogar völlig aus dem arabischen Lager zurückziehen und dass es auf längere Sicht eine Allianz geben würde zwischen Israel und Ägypten. Man hat erkennen müssen, und das entspricht eigentlich der Logik, dass Ägypten nach wie vor eine wesentliche Kraft innerhalb des arabischen Lagers ist und nach einer Möglichkeit sucht, wieder ins Zentrum des arabischen Denkens zurückzufinden und gleichzeitig dem radikalen politischen Handeln jene Spitze zu nehmen, die es in früheren Jahren oft gehabt hat. Mubarak versucht, Distanz zu gewinnen von dem, was man einst politische Paranoia nennen musste. Sein Vorgänger, Anwar al-Sadat, versuchte ebenfalls, diese Distanz zu gewinnen, hat aber Ägypten in bezug auf das Bild, das er von seinem Land nach aussen projizierte, eine Extremposition vertreten. Ich würde sagen, Sadat hat seine prowestliche Haltung so demonstrativ dargestellt, dass sie dem Wesen des Landes wohl nicht entsprochen hat. Das hat letzten Endes sicher mit dazu beigetragen, dass er von Extremisten ermordet worden ist. Damit will ich keineswegs sagen, dass es eine Rechtfertigung dafür gab, dass die islamischen Extremisten das Attentat auf Sadat verübt haben. Es soll nur zeigen, dass Sadat sich weit entfernt hatte von dem, was die Ägypter als eine ihrer

eigenen Identität entsprechende Politik betrachteten. Nicht dass die Mehrheit der Ägypter in den Jahren 1977–79, also zwischen dem Besuch Sadats in Jerusalem, Camp David 1978 und der Unterzeichnung des Friedensvertrages 1979 nein gesagt hätte zu diesem Prozess. Allen Ägyptern war es willkommen, dass man eine Möglichkeit suchte, den alten Kriegszustand, die latente Kriegsgefahr zu überwinden. Aber die Art und Weise, wie Sadat sich dann fast amerikanischer, fast europäischer gegeben hat, als das ein Amerikaner oder ein Europäer je tun würde, blieb auch für die Ägypter etwas befremdlich. Mubarak gelang es dann, einen Rückweg zu finden, der schon fast bis in die Mitte des arabischen Denkens hineingeführt hat und der extreme Haltungen bisher sehr erfolgreich hat vermeiden können. Wenn wir in die Zukunft schauen, so meine ich, könnte Mubarak Erfolg haben, wenn nicht der demographische Druck, der Druck in der Wirtschaft und in der Ökologie sich so überwältigend abzuzeichnen begänne. Der demographische Druck bedingt, dass Ägypten bis zum Jahr 2000 wahrscheinlich fast schon 100 Millionen Menschen haben wird, bis ins Jahr 2050 sicher weit über 100 Millionen, und dass Ägypten dann seine Wasserreserven längst erschöpft haben wird. Jetzt schon sind 98 Prozent der Wasserreserven ausgeschöpft. Ägypten kann sich selbst nicht ernähren, es wird immer abhängiger von ausländischer Hilfe. Die Möglichkeit, überschüssige Arbeitskräfte zumindest für einige Jahre jeweils in andere arabische Länder zu exportieren, geht zurück. Natürlich waren Europäer schon immer der Meinung, Ägypten sei am Rande des Abgrundes. Das haben schon Reiseschriftsteller des 19. Jahrhunderts geschrieben, wenn sie Ägypten besuchten: Dieses Land sei chaotisch, es sei ganz kurz vor dem Zusammenbruch. Ägypten ist bis heute noch nicht zusammengebrochen. Und die Fähigkeit der Ägypter, mit sehr wenig Mitteln, sehr anspruchslos ihr Leben zu fristen, spielt da natürlich eine riesige Rolle. Ich staune in Kairo immer wieder, wie es möglich ist, dass Millionen und Millionen von Menschen eigentlich nur von etwas Bohnen, etwas Brot leben. Gemüse gibt es eher selten für den normalen Kairoer Haushalt, Fleisch gibt es ganz selten. Nur frage ich mich, wieviele Jahre wird es Mubarak gelingen, noch auf diese Anspruchslosigkeit zu zählen und das Land in einer halbwegs normalen Art und Weise in die Zukunft zu führen?

Hottinger: Darf man da auch wieder einen Witz erzählen, denn die Witze gehören essentiell zu Ägypten: In den Vereinten Nationen wurden ein Ägypter, ein Sudanese und ein Iraker befragt: «Was ist Ihre Meinung über das Fleischessen?» Daraufhin fragte der Ägypter: «Fleisch – was ist das?» – und der Sudanese: «Essen – was ist das?», und der Iraker fragte: «Meinung, was ist denn das?» Nun, zu Ägypten: ich glaube auch, die Tragödie ist, dass man kein Ende absieht, dass es nur immer schlimmer wird. Schon heute besteht eine starke Abhängigkeit von amerikanischen Gütern, Lebensmitteln in erster Linie. Die Politik der Ägypter hat deshalb immer weniger Ellbogenfreiheit. Sie müssen immer mehr tun, was sie tun müssen, um ihr Essen zu bekommen. Das bedeutet wohl auf die Dauer eine Reduktion der früher zentralen Stellung Ägyptens in der arabischen Welt. Man weiss immer mehr: sie sind darauf angewiesen zu tun, was die Amerikaner von ihnen verlangen.

Gysling: Und wenn man einen Kontrast zum Verhalten der Ägypter sucht, dann stösst man auf das libysche Beispiel – zumindest in der Hinsicht, wie die libysche Führung sich selbst versteht. Muammar al-Ghaddafi sagt: «Wir wollen einen dritten Weg anstreben, wir sind nicht abhängig von aussenstehenden Kräften, wir sind eigenständig, wir sind keine Opfer der Tradition in unserer geographischen Umgebung, wir können unseren eigenen revolutionären Weg suchen, der gleichzeitig auch islamisch ist.» Wobei die islamische Komponente in der Denkweise Ghaddafis eine offene Frage ist. Es gibt Geistliche, die sagen, Ghaddafi sei ein Verräter in bezug auf die islamische Sache, schon deshalb, weil er den Koran übersetzen liess oder weil er den Frauen eine bestimmte Rolle zugewiesen hat, die, so meinen die Fundamentalisten, im Koran durchaus nicht vorgesehen gewesen sei. Für uns Westler, für die Amerikaner insbesondere, aber auch für den grossen Teil der Europäer gilt Ghaddafi oft als «Verrückter». Er ist ein Exzentriker, der revolutionäre Terroristen unterstützt, er ist ein Mann, der versucht, seine *grüne Revolution* in die übrige arabische Welt, insbesondere in die nordafrikanische Welt zu exportieren. Wir sehen bei all dem vielleicht nicht klar, wie sehr Ghaddafi auch ein Produkt von revolutionären sozialen Bewegungen und der Senussi-Denkweise in seiner eigenen Umgebung ist. Und dass er sich sehr oft doch logischer verhält, als wir das von aussen her wahrhaben möchten.

Hottinger: Das glaube ich auch. Ghaddafi hat Methode. Er mag verrückt sein, aber er hat eben Methode in seiner Verrücktheit. Im Grunde ist er angetreten als ein Herrscher, der nicht sein eigenes Land beherrschen will, sondern darauf ausgeht, einen grossarabischen Zusammenschluss zu bewirken. Er hat sich nie damit zufrieden gegeben, Libyen zu beherrschen; sondern er wollte immer Libyen dazu verwenden, um den von Nasser verheissenen, aber nicht realisierten grossen arabischen Zusammenschluss nun endgültig durchzuführen. Seit seinem Machtantritt 1969 versucht er das immer wieder mit neuen Methoden. Das wirkt sprunghaft, weil er oft einen Weg verlässt und einen anderen einschlägt, doch im Grunde verfolgt er immer das gleiche Ziel; er weicht zurück und stösst dann auf einem anderen Weg wieder vor, auf dieses gleiche Ziel hin. Wenn er von Libyen aus nach dem Osten blickt, geht es ihm darum, Ägypten zu überspielen. Dies ist ein riesiger Klotz von 50 Millionen vor seiner Schwelle, der ihm den Zugang nach dem Nahen Osten abschneidet. Dieses ägyptische Schwergewicht, das schon rein demographisch besteht, zu überwinden, um im Nahen Osten eine Rolle zu spielen, natürlich auch in bezug auf Israel, ist ihm bisher nie gelungen. Sein Interesse für Afrika, besonders den Sudan, kann man damit erklären, dass er versucht, Ägypten von hinten zu nehmen, aus dem Süden, um dann vom Sudan aus, wo der Nil herkommt, von dem Ägypten abhängt, doch auch Einfluss in Ägypten zu gewinnen und so seinen Vorstoss nach dem Osten durchzuführen. Oder aber er wendet sich dem Westen zu, Nordafrika, der Sahara, Tschad, weil er weiss, seine libysche Basis ist zu klein, er muss eine grössere haben, um eine panarabische Wirkung erzielen zu können. Die zwei Millionen Libyer reichen trotz ihrem Erdölreichtum nicht aus. Deshalb versucht er gelegentlich, zunächst einmal in den Maghreb-Staaten oder in der Sahara Einfluss auszuüben, um dort seine Basis zu verbreitern. Wahrscheinlich aber auch immer mit dem Grundgedanken: wenn es soweit ist, den Weg nach dem Osten auf die grosse arabische Vereinigung hin anzutreten. Das wird er gewiss nie verwirklichen können, aber ich nehme nicht an, dass Ghaddafi in der Lage ist, seine Konzeption aufzugeben. Er wird immer wie ein Meer an einen Damm an das grosse Ägypten anbranden, und er wird wohl die Vorstellung nie aufgeben, dass er einmal

doch eine Wirkung im ganzen arabischen Osten erreichen kann. Auch seine weltweite Unterstützung aller Terrorgruppen, arabischer und anderer, kann man mit diesen Motivationen in Einklang bringen. Er läuft auf diesem Weg gegen eine politische Umwelt Sturm, die so beschaffen ist, dass er sein Hauptziel nicht erreichen kann. Also verdient sie es in seinen Augen, aus den Angeln gehoben zu werden.

Gysling: Die dritte starke Persönlichkeit in dieser Umgebung ist zweifellos der syrische Präsident Asad. Nicht nur, weil er ungefähr gleich lange an der Macht ist wie Ghaddafi. Ghaddafi ist ja seit 1969 an der Macht, Asad ungefähr seit 1970, wenn wir seine Präsidentschaft betrachten, aber er war schon vorher in der Bewegung der Baathisten tonangebend. Asad gelingt es, die übrige arabische Welt immer wieder zu zwingen, seine Stimme quasi wie eine Vetostimme mitzubeachten. Es kann wenig an Entscheidende n in der nahöstlich-arabischen Welt geschehen, ohne dass man irgendeinen Konsens mit Asad herstellt. Asad wird zwar vom Westen aus wie Ghaddafi immer wieder ins Abseits gestellt. Man sagt: Das ist ein Terrorist, das ist ein Mann, der nur die Radikalen begünstigt, ein Extremist. Asad wolle Krieg und scheue vor nichts zurück. Manche meinen, Asad sei ebenso radikal, so extrem wie der irakische Herrscher Saddam Hussein. Ich bezweifle dies. Ich glaube, Asad ist ein berechnender Politiker, der es fertigbringt, in einer äusserst labilen Situation zu überleben, und daher zwingt er sein Regime zur Koexistenz mit umliegenden, ihm nicht freundlich gesinnten Staaten. Und merkwürdig wirkt immer wieder, dass Asad von führenden westlichen Politikern wie eine Sphinx beschrieben wird. Auf viele Politiker übt er eine gewisse Faszination aus. Henry Kissinger erging es so, nachzulesen in seinen Gesprächen mit Asad im Jahr 1974, beim Aushandeln des Truppenentflechtungsabkommens zwischen Syrien und Israel. Ich glaube, jedem Besucher, der Asad einmal begegnet ist, erging es ähnlich. Ich traf ihn im Jahr 1984 und war erstaunt über die Zwiespältigkeit seines Wesens. Man wusste auf der einen Seite: das ist der Mann, der sich nicht gescheut hat, eine ganze Stadt auszuradieren, Hama nämlich, als dort die Fundamentalisten gegen ihn rebellierten. Asad ist nicht davor zurückgeschreckt, die Stadt zu zerbomben. Zehntausend, nach anderer Meinung sogar

dreissigtausend Menschen sind dieser Attacke des syrischen Militärs zum Opfer gefallen. Ein brutaler Politiker, so müsste man denken, aber wenn man ihm begegnet, dann hat man den Eindruck, einem Menschen mit warmherziger Ausstrahlung gegenüberzusitzen, einem Menschen, der in einer unerwarteten Situation auch Humor hat. Wir hatten ein Interview, das sich auf die damals allgemein vordringlichen Themen konzentrierte, auf Syriens Bindung an die Sowjetunion, Syriens Haltung in bezug auf nahöstliche Fragen etc. Nach dem Interview hatte Asad eine Laune. Er sagte, nachdem die Kamera abgestellt war: Jetzt habe ich auch eine Frage an Sie, ich habe nämlich gehört, dass es in der Schweiz sehr viele Moskitos gibt. Ich zog an dieser Stelle den Übersetzer bei, denn ich traute meinen Sprachkenntnissen nicht mehr. Der sagte, ja, der Präsident möchte wissen, warum es in der Schweiz so viele Moskitos gibt. Und ich dachte, nun, mit einem Präsidenten muss man das Gespräch auf einem gewissen Niveau halten, und ich begann ihm zu erzählen, dass wir mit Umweltschäden zu kämpfen hätten, dass unsere Wälder zugrunde gingen, dass wir weniger Pestizide verbrauchen sollten, worauf er den Finger hob und sagte: «Nein, ich meine das nicht, sondern ich meine, Sie haben sehr viele Moskitos, sehr viele Fliegen, sehr viele Mücken in der Schweiz.» Während zehn Minuten sprachen der Präsident Syriens und ich über die nicht existierende Moskitoplage in der Schweiz. Ich nehme ja an, dass dies damit zusammenhängt, dass Asads Bruder, Rifat al-Asad, damals in der Schweiz im Quasiexil, in der Verbannung lebte, und dessen Familie muss ihm so etwas erzählt haben. Aber es war ein merkwürdig gelöster Moment, in dem auch ein Schalk bei Asad zum Ausdruck kam. Diese Mischung in der Persönlichkeit hat wohl auch jeder westliche Politiker erfasst, der mit Asad zusammengekommen ist, und wenn wir einmal die politische Erfolgsstory dieses interessanten und skrupellosen Mannes betrachten, ist es merkwürdig zu sehen: er kam durch eine damals übliche Art von Putsch an die Macht und behauptete sich durch Schlaueit, Geschick und viel Taktik. Es ist ihm gelungen, durch den Krieg des Jahres 1973 zu kommen, obgleich das für Syrien weiss Gott kein Ruhmesblatt gewesen ist. Er hat die folgenden Jahre an der Seite Israels überlebt, ohne dass er Guerilleros über die syrisch-israelische Grenze geschickt hätte, er hat selbst die

Konflikte um den Libanon und im Libanon überlebt, er konnte seine Distanz zu Israel halten. Israel entdeckte, dass man mit diesem Mann rechnen konnte, dass er zwar nach aussen eine militante Haltung zu zeigen pflegte, aber dass er keinen Krieg wollte. Und das ist ja ein Phänomen. Asad strebt das Überleben seiner Dynastie, seiner Familie, seiner jetzt an der Macht befindlichen Gruppierung an, und dieses Ziel setzt er höher als jedes andere politische Ziel. Und ich meine, es ist unsinnig, Asad mit einem Saddam Hussein zu vergleichen. Asad hat keine Grossmachtsträume, er möchte nichts anderes, als Syrien aus den grössten Konflikten herauszuhalten, damit es dem Traum nachhängen kann, es sei die patriotischste Nation im ganzen arabischen Nahen Osten. Hinzu kommt, dass Asad eine Politik verfolgt, die dazu führt, dass er von den ölreichen Staaten eine bestimmte Menge an Geld erhält und dass er auf der andern Seite im Libanon einen gewissen Einfluss haben will, ohne dass Syrien selbst die Regierung in Beirut übernehmen möchte. Im Verhältnis Syrien-Libanon ist für ihn wohl wesentlich, dass die Grenzen halb offen bleiben, in einer illegalen Weise, so dass der Schwarzmarkt durchfliessen kann von einzelnen Häfen im Libanon aus, denn ohne dies geriete die syrische Wirtschaft wahrscheinlich in eine schwere Krise.

Hottinger: Es ist natürlich eine sehr widersprüchliche Situation. In Syrien gibt es jetzt eine Neuentwicklung. Ich glaube, Asad hat früher wirklich einmal damit gerechnet, dass er Parität mit Israel erreichen könnte oder doch darauf hinsteuern sollte. Er sagte dies den Syrern bei jeder Gelegenheit. Er hoffte natürlich, dieses Ziel mit sowjetischer Hilfe zu erreichen. Er wusste sehr wohl, dass er sich auf einem langen Weg befand. Er selbst formulierte gelegentlich in Reden, das sei nicht nur eine Frage der Tanks und der Kampfflugzeuge, sondern der gesamten Bildung seiner Nation. Doch neuerdings erklären die Russen, sie könnten ihm nicht dazu verhelfen, mit Israel gleichzuziehen. Diese Zeiten sind für Moskau vorbei, die Sowjetunion will nun keine Klienten mehr im Nahen Osten unterstützen und hegen. Sie will nicht mehr den rivalisierenden Gegenpol zur amerikanischen Supermacht darstellen, sondern eher ein Staat neben andern sein, der dort gleichberechtigt mit anderen Staaten mitreden darf. Deshalb sah Asad sich unvermittelt vor das Ende seiner bisherigen Strategie gestellt. Weshalb er nun mit virtuoser

Geschicklichkeit das Steuer herumgeworfen hat und auf die Seite der Saudis und der Amerikaner trat. Er entsandte Truppen nach Saudiarabien. Man wollte ihm anfangs kaum glauben, was er da tat, und man muss einräumen, dass er sich so wendig auf die neue Situation im Nahen Osten eingestellt hat, dass er auch der erste sein dürfte, der aus ihr Gewinn tragen könnte oder jedenfalls nicht darunter zu leiden hat, dass seine bisherigen Stützen, die Russen, als zweiter Pol im Nahen Osten ausscheiden. Dies spricht für den seiner Politik zugrunde liegenden Pragmatismus. Es geht ihm in Wirklichkeit wohl gar nicht so sehr darum, Israel zu überwinden, nicht einmal darum, die erste Rolle im Nahen Osten zu spielen, als in Syrien an der Macht zu bleiben und seinem Land sein nahöstliches «Vetorecht» zu erhalten. Damit meine ich, dass er immer wieder den Beweis zu erbringen versucht, dass in der Region ohne Syrien nichts zu machen sei, dass die übrige Welt immer mit Syrien rechnen müsse. Das bedeutet nicht notwendigerweise, dass die Syrer Grossmachts- und Hegemonieträumen nachhängen würden. So ist es wohl auch in bezug auf Libanon. Offenbar will Syrien den Libanon nicht fressen, er wäre zu unverdaulich; aber es möchte gerne einen Fuss in der Türe behalten und immer erneut den Beweis erbringen, dass es in Libanon ohne Syrien keine Lösung gebe.

Gysling: Theoretisch müsste ja zwischen Hafez al-Asad und Saddam Hussein eine gewisse Harmonie herrschen. Beide nennen sich Baathisten, beide sind Persönlichkeiten, die einem Staat vorstehen, der sich sozialistisch und panarabisch zu nennen pflegt. Aber zwischen beiden gibt es ungeheuer viele Differenzen, gibt es Rivalitäten, gibt es eine Feindschaft, die ganz tief geht. Warum ist das so?

Hottinger: Die Feindschaft ist einerseits Parteirivalität, es war gerade jener Flügel der Baath-Partei, der 1966 in Syrien von Asad und seinen Freunden vertrieben wurde, welcher dann 1968 in Bagdad die Macht ergriff. Dazu kommt noch die alte geostrategische Rivalität: Mesopotamien hat immer ein Bedürfnis, Syrien an sich zu reißen, und Syrien pflegt sich dann auf Ägypten zu stützen, um nicht an Mesopotamien angeschlossen zu werden. Dieses Kräftespiel gibt es schon seit der Keilschrift epoche. Weiter kommt dazu eine alte Geschichte von gegenseitigen Intrigen. Der eine hat versucht, den andern umzuwerfen, der andere hat versucht, den einen

von der Macht zu verdrängen. Beide haben sich gegenseitig verdächtigt, Verschwörungen gegeneinander angezettelt zu haben, und beide haben ihre Geheimdienste gegeneinander eingesetzt, so dass Blut, Ressentiments und uralte historische Rivalitäten einander überlagern. Jeder weiss: «Wenn der andere es könnte, würde er mich eliminieren, und ich muss mich vor dem anderen unter allen Umständen hüten!» Die Grenze zwischen Syrien und dem Irak ist schon seit den späten siebziger Jahren geschlossen. Es gibt besonders eine berühmte Verschwörung, deren Saddam Hussein Asad bezichtigt hat. Das war in einem Augenblick, 1979, in dem die beiden Staaten versuchten, noch einmal zusammenzufinden und einen gemeinsamen Staat zu gründen. Man war in den Verhandlungen schon recht weit vorangekommen. Aber am Ende brachen sie dadurch zusammen, dass Saddam Hussein den Verdacht hegte, Asad und die irakischen Feinde Saddams wollten ihn von der Macht verdrängen. Er witterte eine Verschwörung und schritt mit charakteristischer Härte gegen sie ein, indem er seinerseits ungefähr die halbe Parteispitze ausschaltete und einige seiner vermeintlichen Gegner persönlich mit dem Revolver erschoss. All dies, weil er glaubte, Asad stecke dahinter und wolle ihn eliminieren.

Gysling: Asads Machtstellung wurde oft in Frage gestellt. Man sagte von der westlichen Publizistik aus immer wieder, Asad sei kurz vor dem Ende, eine Verschwörung sei sich schon fast erfolgreich verlaufen und seine Tage seien nun wirklich gezählt. Asad hat sich dennoch erstaunlich lange Zeit an der Macht halten können, durch Terror, durch geschicktes Taktieren und durch eine Miliz, die hauptsächlich aus Alawiten besteht, aus jugendlichen Leuten aus den Dörfern im Norden um Latakia herum. Asad hält ausserdem seine Entourage auf bemerkenswerte Weise unter Kontrolle. Als ich das erwähnte Gespräch mit ihm führen konnte, musste ich zunächst mit meinem Fernsehteam einige Tage auf das Interview warten. Man befahl uns, uns in einem Hotel sozusagen wie Hausgefangene zu verhalten. Wir konnten das Hotel während des Tages und während der Nacht nicht verlassen, man sagte uns, der Präsident habe eine sehr unregelmässige Lebensweise. Er komme manchmal erst spät nachts zurück, und jetzt gerade habe er nach Latakia reisen müssen, da sei ein entfernter Verwandter gestorben. Er komme möglicher-

weise nach Mitternacht zurück. «Sie bekommen das Interview vielleicht zwischen Mitternacht und ein Uhr nachts, möglicherweise kommt er aber erst morgen früh zurück, dann bekommen Sie es morgen um sechs Uhr, um sieben Uhr, oder es kann zu irgendeiner anderen Tages- oder Nachtzeit stattfinden.» Wir warteten also ungefähr drei Tage lang. Das war ja gnädig, denn ich weiss von amerikanischen Fernsehteams, die zehn Tage warteten und unverrichteter Dinge wieder abzogen. Bei uns kam dann nach ungefähr drei Tagen plötzlich das grüne Licht. Es war später Nachmittag, jemand raste in unser Zimmer und sagte: «Jetzt sofort kommen.» Wir fuhren hinauf zum Palast. Der Palast ist ein Stadtviertel, durch Barrieren gekennzeichnet, die man passieren kann, wenn die entsprechende Beglaubigung vorliegt und man die entsprechende Begleitung hat. Man fährt weiter und weiter, bis zu einem Haus, das einen unscheinbaren Eingang hat. Man geht hinein, muss sich selbstverständlich ausweisen, und man sieht mit einem gewissen Erstaunen, dass selbst Mitarbeiter, die lange Jahre schon in der Präsidentschaft gearbeitet haben, sich auf eine Weise legitimieren müssen, die wir sicherlich als demütigend betrachten würden. Sämtliche Taschen werden durchwühlt, und nicht nur das. Kugelschreiber müssen geöffnet werden, denn es muss bewiesen werden, dass auch die Kugelschreiber keine Explosivstoffe enthalten. Aber wie gesagt, wenn man dann bei Asad selbst ist, wenn das Gespräch stattfindet, verliert sich manches von dieser Verkrampftheit, die nach aussen das Bild bestimmt. Letzten Endes herrscht dann doch eine ganz merkwürdige Mischung von Selbstverständlichkeit und von Misstrauen gegenüber einem Mann, von dem man weiss, er scheut sich nicht, Tausende umzubringen, wenn es dazu dient, seine Macht zu erhalten.

Wenn man von Syrien aus nach Jordanien fährt, das ist mir einige Male aufgefallen, ist es, als würde man von einem osteuropäischen Land, das in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt, nach Österreich oder in die Schweiz fahren. In den südlichen Vororten von Damaskus beginnt schon die Armut. Man fährt durch Dörfer, die wie ehemalige Flüchtlingslager aussehen, armselige Dörfer, in denen wenig an Ressourcen vorhanden ist, in denen ein sehr karges Leben geführt wird. Kaum kommt man über die Grenze nach Jordanien, hat man das Gefühl: Jetzt kommt man in ein prosperierendes

Land. Und König Hussein ist es ja gelungen, aus diesem Jordanien wenigstens bis zum Ausbruch der Krise rund um den Konflikt Irak-Kuwait eine Art Schweiz des Orients zu machen. Natürlich, ich weiss, dieser Ausdruck ist ebenso irreführend wie der entsprechende, in den sechziger Jahren auf den Libanon gemünzte Ausdruck. Aber dennoch: Gegenüber den umliegenden Ländern hat Jordanien, hat wenigstens Amman eine Art von immer noch fast kleinstädtischer, allenfalls mittelstädtischer Ruhe. Und der König selbst strahlt diese Atmosphäre ja auch aus, in seiner Souveränität, die immer wieder erstaunlich wirkt, wenn man denkt, wie stark dieser kleine Mann in seinem kleinen Land unter Druck ist von der Welt rund um ihn herum.

Hottinger: Jordanien ist ja als Pufferstaat konzipiert worden und hat bisher immer als Pufferstaat leben können. Das heisst, jeder mann war daran interessiert, dass dieser Staat weiterbestand, denn man wusste, wenn er eliminiert würde, dann wäre die Lage noch viel gefährlicher. Kriege würden unvermeidlich, und der Zusammenbruch des ganzen nahöstlichen Staatensystems drohte. Zu diesem Zweck hat Winston Churchill, der damals Minister für die Kolonien war, Jordanien erfunden, und das Land ist ein Puffer geblieben. Seine Patrone haben gewechselt, mal waren es die Engländer, dann wurden es die Amerikaner, zum Schluss die Saudis und die anderen Ölstaaten. Wie das nun weitergehen soll, steht dahin. Aber bisher ist es dem König immer gelungen, seine Puffersituation gut zu verkaufen, so gut, dass er damit einen gewissen Wohlstand für Jordanien erreichen konnte. Vor zwei Jahren gab es eine grössere Krise, die Preise waren so sehr gestiegen, dass Unruhen ausbrachen, und die Leute in Amman sagten ganz offen: jetzt ist der König wieder in den Golf gereist, gottseidank, denn das ist ja eigentlich die Aufgabe des Königs. Er muss dort wieder ein paar Millionen lose machen. Er versteht das auch sehr gut. In diesem Sinne ist er ein grosser Realist, der weiss, er muss seine Situation ausnützen, und gleichzeitig darf er sie nicht überziehen. Er darf nicht sich hier oder dort festlegen und hier oder dort persönliche Feindschaften riskieren, sonst läuft er Gefahr, dass es ihn seine Puffersituation kostet. Manchmal ist ihm das Fernbleiben nicht gelungen. Er hat sich festlegen müssen, zum Beispiel als Nasser und die Syrer den Krieg von 1967 gegen Israel ausgelöst

haben und ihn im letzten Moment dazu überredeten, auf ihrer Seite einzugreifen. Er erklärt das heute damit, dass er sagt, er habe gar nichts anderes tun können, sein Volk hätte sich aufgelehnt, wenn er nicht mitgemacht hätte. Wie dem auch sei, er hat zweifellos diesen schweren Fehler begangen und einen Teil seines Staates eingeüsst.

Zur Zeit sieht es so aus, als ob er sich wieder etwas zu sehr festgelegt hätte, diesmal auf seiten Saddam Husseins, und die Saudis nehmen ihm das sehr übel, die Ägypter ebenfalls; die Israeli sagen, er sei eben doch kein Mann des Friedens und man könne sich nicht auf ihn verlassen. Ob er sich aus dieser Ungleichgewichtssituation noch einmal lösen können, muss die Zukunft zeigen. Viel hängt natürlich davon ab, ob nun der Irak als Besiegter oder als Teilsieger aus der gegenwärtigen Krise hervorgehen wird.

Gysling: Worin besteht denn Ihrer Meinung nach die Freundschaft oder die Nähe zwischen König Hussein von Jordanien und Saddam Hussein von Irak? Ist da eine persönliche Bindung vorhanden?

Hottinger: Es gibt eine sehr interessante Geschichte, die man mir in Amman erzählt hat. Als Saddam Hussein noch der zweite Mann war, Hassan al-Bakr der erste Mann in Irak, hat König Hussein einen Besuch gemacht, und Saddam Hussein hat ihn empfangen. Damals haben sie über die ermordeten Vettern von König Hussein gesprochen, die in der Revolution von 1958 umgekommen waren, und Saddam Hussein hat ihm versprochen (und es dann auch gehalten), ihnen ein anständiges Grab zu verschaffen; die ehemaligen Könige aus dem Haus der Haschemiten waren nach ihrem gewaltsamen Tod verscharrt worden. König Hussein soll damals auch mit Hilfe Saddam Husseins gewisse Kompensationen für den privaten Besitz seiner Vettern erhalten haben. Es scheint, dass das Vertrauen Husseins zu seinem Namensvetter Saddam Hussein damals begann. Es hat dann im iranisch-irakischen Krieg zugenommen, als Hussein gegen Khomeiny sehr aufgebracht war, der seinen Freund, den Schah, gestürzt hatte, infolgedessen die Partei von Irak ergriff und sich dann wirklich gegenüber Saddam Hussein als der vertrauenswürdigste aller Freunde erwies. Er war der erste, der in jeder Krise des Krieges gegen Iran, und es gab viele Krisen, einen Besuch in Bagdad abstat-

tete und nachfragte, was Saddam brauche und was er für ihn tun könne. Hussein hat ihm auch Nachschub über Akaba verschafft. Ich glaube, die Grundlage war diese Familiengeschichte, darauf aufgebaut hat sich dann eine fruchtbare Zusammenarbeit während des Krieges, und heute fällt es Hussein einfach schwer, nun seinen Freund Saddam Hussein in der Patsche sitzenzulassen. Ganz abgesehen davon, dass die Bevölkerung Jordaniens ebenfalls grosse Sympathien gegenüber Saddam Hussein hegt und aufbegehren könnte, wenn der König ihn fallen liesse oder sich gegen ihn stellte.

Gysling: Das erinnert daran, dass Familiengeschichten grenzüberschreitender Art immer wieder eine Rolle gespielt haben und immer wieder eine Rolle spielen werden. Man muss sich daran erinnern, dass beispielsweise die Saudis und die Syrer eine Familienbindung haben. Zwischen dem Königshaus der Saudis und der Familie des Präsidenten Asad in Syrien gibt es eine familiäre Verbindung, und sie führt immer wieder dazu, dass der König von Saudiarabien und der Präsident von Syrien sich irgendwo treffen, öfters wohl in Latakia, und dass man dort die gemeinsamen Anliegen bespricht, selbstverständlich fern von Fernsehkameras und fern von schreibenden Journalisten, denn nur so, so meint man in den arabischen Ländern, kann man wirklich Politik betreiben, ohne Publizität. Die Familienbande spielen da eine wesentliche Rolle. Das sollte uns lehren, dass über die Grenzen von sogenannten republikanisch-revolutionären, links stehenden Regimes hinweg eine Harmonie mit den Monarchien entstehen und bestehen kann, auch wenn äusserlich bisweilen Meinungsunterschiede zum Ausdruck gebracht werden. Der Westen hat das in bezug auf Saudiarabien und Syrien lange Jahre nicht begreifen wollen. Man hat gemeint, die Saudis seien in völlig konträrer Position zu den Syrern, die Saudis würden auch irgendwann einmal die Syrer dazu überreden, eine gemässigte Tonart in ihrer Politik anzuschlagen. Dass das unter anderem an den familiären Bindungen scheitern würde, wollte man von aussen her lange Zeit nicht wahrhaben. Und was Sie sagten über das Verhältnis von König Hussein von Jordanien und dem Herrscher von Irak, Saddam Hussein, weist eine ähnliche Richtung.

Hottinger: Zwischen der arabischen Halbinsel und Syrien besteht eine natürliche Verbindung. Die arabische Wüste geht in die syri-

sche Wüste über, es gibt Beduinen, die zwischen den beiden Wüsten hin- und herwandern, und es gab historisch die grosse Pilgerkarawane, die jedes Jahr von Damaskus nach Mekka zog. Syrien ist immer ein Vorhof für Saudiarabien und umgekehrt Zugang für Saudiarabien in die Levante gewesen. Diese Verbindung spielt immer noch eine grosse Rolle, vor allem im Gleichgewichtssystem der arabischen Staaten. Die Syrer sind immer Partner der Saudis gewesen. Die Ägypter, die eines der Schwergewichte darstellen, sind eigentlich alleine gestanden und haben manchmal Syrien an sich gerissen, während sie stets im Gegensatz standen zu dem andern grossen Flusstal, das sehr bevölkert war, zu Mesopotamien. In diesem Balancespiel gibt es zwei Schwerpunkte, den ägyptischen und den mesopotamischen, und zwischen ihnen zieht sich die Achse Saudiarabien–Syrien durch. Diese weltstrategischen Gleichgewichte erweisen sich immer wieder als bedeutsamer denn die Ideologien. Diese sind nur eine oberflächliche Färbung, die man sich aufmalt, vielleicht sogar nur ein Rollenspiel. Die Saudis sind die Konservativen, die immer auf die Religion pochen, und die Syrer sind die Sozialisten, die mit den Russen zusammenarbeiten. Aber beide sind sie eigentlich Brüder, von denen jeder eine Rolle übernimmt, um durch diese Rolle sein Gewicht in der arabischen Welt zur Geltung zu bringen.

Libanon: Ein künstliches Staatsgebilde

Gysling: Libanon galt einmal als die Schweiz des Nahen Ostens. Ich weiss, Sie haben mir schon bei einer unserer frühen Begegnungen Anfang der siebziger Jahre klargemacht, dass das eigentlich Unsinn sei, dass dieses Bild nie der Wirklichkeit entsprochen habe. Wir erkannten spät, welche zerstörerischen Kräfte in Libanon am Werk waren und weiterhin sein können. Wenn wir heute an Libanon denken, denken wir meistens nur bis zur Zeit des Bürgerkriegs 1975/76, danach werden die Verhältnisse für den europäischen Betrachter meistens diffus. Man geht davon aus, ein paar Jahre hätte noch eine Art von halbfriedlicher Situation geherrscht, bis 1982 die Israeli kamen, um die PLO aus dem Libanon zu vertreiben, in Tat und

Wahrheit aber auch, um einen Krieg gegen Libanon zu führen. Dann wird's für den europäischen Betrachter eigentlich immer unübersichtlicher. Was ist mit Libanon geschehen?

Hottinger: Libanon ist natürlich immer empfindlich gewesen. Es war ein einigermassen künstliches Staatsgebilde, das prosperierte, solange die verschiedenen Religionsgemeinschaften koexistieren konnten. Die Libanesen haben immer wieder Krisen durchgemacht; 1975 war bei weitem nicht die erste. Schon 1958 sind die Amerikaner in Libanon gelandet, um eine libanesische Krise beizulegen. Eigentlich hat jeder Präsident, der in Libanon gewählt wurde, eine Krise hervorgerufen, allerdings waren das immer kleinere Krisen. Damals hatte der Präsident die wirkliche Macht, und es ging jedesmal darum, ob der alte Präsident die Macht behalten konnte oder ob ein neuer kam. Jeder neue Präsident bedeutete praktisch eine kleine Revolution. Er stellte neue Beamte ein und baute ein neues Machtgefüge auf, was dann jedesmal fast auf einen Umsturz hinauslief. Nur waren es so kleine Verhältnisse, dass alles fast niedlich war und die Welt die libanesischen Machtspiele nur amüsiert zur Notiz genommen hat: es war eine Operettenpolitik.

1975 wäre vielleicht ebenfalls ein etwas ernsterer, aber immer noch relativ harmloser Bürgerkrieg geworden, den man unter Libanesen mit der Formel «kein Sieger und kein Besiegter» hätte beilegen können, wenn nur nicht die Spannung im gesamten Nahen Osten dagewesen wäre. Doch diesmal war die Spannung unter den Nachbarstaaten Libanons so gross, dass ein Jahr nach dem Beginn des Bürgerkriegs die Nachbarstaaten die Macht über Libanon praktisch unter sich aufgeteilt hatten, indem jede Aussenmacht ihre Miliz übernahm und jede einen Stellvertreterkrieg gegen die andere in Libanon führte. Seither, das heisst seit 1976, haben die Libanesen die Entscheidungsgewalt über ihren eigenen Bürgerkrieg weitgehend verloren, und darum war er so lange nicht zu lösen. Diese Grundtatsache muss man im Kopf behalten, dann versteht man etwas besser, warum der Krieg so lange gedauert hat und warum er bis heute so schwer beizulegen ist.

Gysling: Um das verständlich zu machen, muss man vielleicht noch etwas weiter zurückgreifen. Wir sollten nicht vergessen, dass die demographische Situation Libanons sich gewaltig geändert hat,

unter anderem dadurch, dass die Palästinenser nach dem sogenannten schwarzen September in Jordanien (1970) in grossen Scharen nach dem Libanon gezogen sind. Es gibt ein weiteres Element, das man erst viel später hat wahrnehmen wollen: die Emanzipation der schiitischen Gemeinschaft, die ja nicht immer jenen schematischen Vorstellungen entspricht, die man von den Schiiten hat.

Hottinger: Ich glaube, wir sollten doch aufzählen, was es in Libanon an Gemeinschaften gibt. Wir reden jetzt von Schiiten, wir reden von den Christen. Man muss das ganze Mosaik überblicken. Man kann im Norden anfangen und bis in den Süden gehen; man muss sich auch daran erinnern, dass dieser Staat Libanon künstlich zusammengesetzt worden ist. Nach dem Ersten Weltkrieg haben die Franzosen beschlossen, sie wollten einen Staat Libanon – man hat ihn sogar Grosslibanon genannt, obwohl er recht klein war –, in dem die Christen mindestens 51 Prozent ausmachen sollten, die Muslime höchstens 49 Prozent. Das wurde so geregelt, weil Paris in der Levante einen christlichen Staat haben wollte. Ohne Zweifel spielten dabei alte Vorstellungen aus den Kreuzzügen mit. Im Norden hat man aus diesem Grund eine sunnitische Stadt zum Libanon geschlagen: Tripolis, das früher immer zu Syrien gehört hatte. Es wurde nun die zweite libanesische Stadt und die Hauptstadt der Sunniten. Gleich daneben liegt Zghorta, ein grosser Landfleck, wo die Maroniten zu Hause sind. Wer sind die Maroniten? – Sie sind eine christliche Gemeinschaft, die ursprünglich ungefähr im 7. Jahrhundert im Orontes-Tal, das heute zu Syrien gehört, entstanden sind und in die Berge Libanons auswanderten, um dort eine Zuflucht zu finden. Die Maroniten wurden verfolgt, und zwar nicht von den Muslimen, die gab es damals noch kaum, sondern von den Christen. Sie waren eine etwas andersgläubige Gemeinschaft als die dominierende orthodoxe Kirche. Sie standen unter dem Zeichen des heiligen Mönches Maro, der schon im Orontes-Tal ein Kloster hatte und für sie ein Kirchenvater war. Nach ihm heissen sie Maroniten. Das Besondere an ihnen ist, dass sie schon seit 1500 eine enge Verbindung mit Rom aufrechterhalten haben. Sie waren übrigens schon zuvor in den Kreuzzügen Hilfsvölker der katholischen Kreuzritter gewesen. Etwa um 1500 finden sie erneut die Verbindung mit Rom. Es gibt seither ein maronitisches Kolleg in Rom, das maronitische

Geistliche ausbildet, und die Maroniten anerkennen den Papst. Das ist etwas ganz Aussordentliches im Nahen Osten, denn die meisten Christen im Nahen Osten gehören ja zu den Ostkirchen, sind also Griechisch-orthodoxe oder sogar Nestorianer oder Assyryer usw. Diese Ostkirchen gibt es alle auch in Libanon; aber Libanon besitzt diese eine kämpferische Gemeinschaft in ihrem Bergrefugium, die den Papst der lateinischen Kirche sehr früh anerkannt hat und sehr früh mit Rom zusammengearbeitet hat. Das hatte nicht nur dogmatische, sondern auch praktische Folgen. Zum Beispiel: alle Priester im byzantinischen Bereich, die zur Ostkirche gehören, werden für ihre Leistung bezahlt. Wer heiratet, bezahlt für die Zeremonie; wer tauft, wird bezahlt, wer eine Messe liest, erhält eine Gebühr. Das macht die Geistlichen der Ostkirchen zu armen Teufeln, die von ihrer Gemeinde abhängig sind. Besonders die einfachen Priester; bei den hohen Geistlichen ist es etwas anders. Die einfachen Priester, die in den Ostkirchen ja auch heirateten, sind sehr oft Bauern, die ein Stück Land bebauen, und immer sehr einfache Leute, vollkommen abhängig von ihrer Gemeinde. Unter dem Einfluss von Rom aber haben die Maroniten angefangen, ein Gehalt zu beziehen, wie das in Europa üblich ist, und der Gemeindepriester wurde dadurch ein Angestellter der Kirche, der seine finanzielle Absicherung besass und auch eine gewichtigere soziale Rolle spielte. Die maronitischen Geistlichen, Gemeindepriester und Mönche, hatten in ihrer Gemeinschaft immer eine Führungsrolle inne, und schon aus diesem Grunde haben sie immer die Öffnung nach Europa, nach Rom, später Frankreich hin, aufrechterhalten.

Später gab es auch eine wirtschaftliche Verbindung. Man hat in Libanon Seidenraupen gezüchtet, und die Seide wurde in Libanon gewickelt, es gab kleine Spulfabriken. Dann wurde sie nach Lyon verkauft. Das war die Grundlage der wirtschaftlichen Verbindung nach Frankreich. Seither reden die Libanesen ein Französisch mit leicht lyonesischem Akzent, man kann ihn heute immer noch hören. Diese besondere Verbindung der maronitischen Gemeinschaft mit Europa, über Rom, später nach Frankreich, macht sie zu einer ganz ausserordentlichen Kirche unter den vielen christlichen Kirchen im Nahen Osten.

Gysling: Vielleicht können wir noch anfügen, dass die Franzosen im 19. Jahrhundert und später wieder die Maroniten für ihre politischen Zwecke eingesetzt haben, dass man Libanon zunächst als eine französische Gründung verstehen kann. Die Engländer versuchten im 19. Jahrhundert, dieser Gründung etwas entgegenzusetzen. Sie verbündeten sich mit den Drusen und setzten in dem Sinne eine Gegenkraft gegen die Maroniten.

Hottinger: Es war sogar so, dass die Maroniten aus ihren Bergen weit im Norden, über Tripolis, wo die höchsten Teile der Libanonkette liegen, nach Süden vorgedrungen sind, bis sie auf die Drusen stiessen. Auch die Drusen sind eine Fluchtbevölkerung; sie hatten in den Bergen weiter im Süden Zuflucht gesucht, weil sie keine orthodoxen Muslime und deshalb Verfolgungen ausgesetzt waren. Sie waren im Mittelalter, im Spätmittelalter und in der Renaissance der mächtigere Bevölkerungsteil. Sie standen unter Feudalherren, denen sie sehr ergeben waren. Sie zogen unter ihnen mit Begeisterung in den Krieg und entwickelten Macht als Bergkrieger, etwa so wie die alten Schweizer. Heute noch gibt es die Jumblat-Familie, eine dieser Feudalfamilien, die für die Drusen immer noch die Führer abgibt. Die Drusen gehorchen ihr besser als alle anderen Minoritäten ihren Führern. Wenn Jumblat etwas anordnet, dann geschieht es.

Die Maroniten wanderten nun langsam aus dem Norden nach dem Süden und stiessen im 19. Jahrhundert mit den Drusen zusammen. Das war zuerst eine demographische Expansion; die Maroniten brauchten mehr Land und sie liessen sich zuerst von den drusischen Feudalherren als Landarbeiter einstellen. Doch mit der Zeit – unter anderen Gründen, weil die maronitischen Geistlichen ein gesellschaftssprengendes Element im Gefüge der nahöstlichen Gesellschaft darstellten, mit ihren Gehältern, ihren aus Europa importierten Ideen – haben sich die maronitischen Bauern gegen ihre drusischen Oberherren erhoben. So kam es gegen 1840, dann wieder 1860 zu den ersten libanesischen Wirren zwischen beiden Hauptgemeinschaften des Berges, den Maroniten und den Drusen. 1860 gab es ein grosses Massaker. Schon damals spielten die Aussenmächte mit hinein, das ottomanische Reich und die Grossmächte. Die Engländer stellten sich hinter die Drusen, die Franzosen hinter

die Maroniten. Die Mächte stellten dann gemeinsam eine Regel für Libanon auf, das sogenannte Organische Reglement für den Mont Liban, den Berg Libanon also, nicht etwa ganz Libanon. Nach den Massakern war Napoleon III. mit einer Armee nach Libanon gekommen, und die Pforte musste dem Land ein Sonderstatut zugestehen. Der Gouverneur des damaligen Mont Liban war ein ottomanischer Beamter, musste aber ein Christ sein. Der Berg wurde in zwei Provinzen unterteilt, eine drusische und eine maronitische, und die beiden wurden unter den Schutz der ausländischen Konsuln gestellt. So kam es zu einer ersten maronitisch-drusischen Keimzelle Libanons, die auch schon konflikträchtig war und die auch schon sozusagen aus einem Massaker entstanden war. Erst damals ist übrigens ein Teil der Drusen nach Syrien ausgewandert. Jene, die nicht unter die Vormundschaft dieses zweigeteilten Berges kommen wollten, wanderten damals nach den Jabal Drus, südlich von Damaskus, wo sie heute noch sitzen. Sie sind syrische Verwandte der libanesischen Drusen.

Wir haben aber noch lange nicht alle Gemeinschaften Libanons aufgezählt. Um nur bei den grossen zu bleiben: Südlich von den Drusen leben die Schiiten. Sie blieben lange Zeit eine Feudalgesellschaft mit ihren eigenen Feudalherren, eine Agrargesellschaft mit reichen Grundbesitzern und recht armen Bauern. Diese Gesellschaft blieb stabil bis ins 20. Jahrhundert hinein. Wie viele Bergbevölkerungen wuchsen die Schiiten über ihr Stammgebiet hinaus, und sie begannen auszuwandern. Ganze Dorfgemeinschaften wanderten nach Südamerika, nach französisch West-Afrika aus, sie verpflanzten sich immer dorfweise, einer ging und zog die andern nach. Man erzählt sich in Libanon, wenn zwei Händler, die irgendwo zuhinterst auf dem Amazonas oder auf dem Paraná im Kanu fahren, einander begegnen, stellten sie bald fest, dass sie Vettern aus diesem oder jenem Dorf in Libanon seien. In Südamerika nennt man sie «los turcos», denn als sie auswanderten, gehörte Libanon noch zum türkischen Reich, und sie hatten ottomanisch-türkische Pässe.

Die Schiiten haben sich lange Zeit politisch wenig bemerkbar gemacht. Sie überliessen die politischen Belange ihren Chefs, den Feudalherren, die sie im libanesischen Parlament vertraten. Der Parlamentspräsident war immer ein Schiite, und die Asad-Familie hatte

dieses Amt während vielen Jahren inne. In der Bekaa gibt es ebenfalls schiitische Gemeinschaften mit ähnlichen Charakteristiken. Auch dort besitzen grosse Feudalfamilien, die Hamadé zum Beispiel, das Land, und sie wirkten als Vermittler zwischen den Bauern und der Zentralgewalt zuerst in Istanbul und später in Beirut.

Die Bauern haben sich kaum je direkt an Beirut gewandt, sondern meist über diese Leute, die dann natürlich ihren Gewinn daraus zogen. Aber wenn sie gute Feudalherren waren, haben sie auch in Vertretung ihrer Gemeinschaft gewisse Leistungen erbracht. Das Hauptanbauprodukt im Südlibanon war immer Tabak, und das wiederum war eine höchst staatliche Sache, der Tabak ging in die verstaatlichte Régie, und die Régie hat dann die Zigaretten fabriziert. Der Tabakpreis war stets eine politische Angelegenheit. Die Feudalherren versuchten ihn heraufzusetzen, und die Händler wollten ihn senken. Das andere grosse Anbauprodukt in der Bekaa-Ebene ist Haschisch. Das Kraut gedeiht dort sehr gut. Heute wird es ganz gross geschrieben und überall angepflanzt, weil angesichts des Bürgerkrieges die Kontrollen fehlen. Früher war es mehr eine heimliche Angelegenheit. Aber der Haschisch ist eine alteinheimische Pflanze, die mit der lokalen Kultur zusammenhängt. Einen besonders verrückten Taxi-Chauffeur nennt man in Beirut Haschâsch, das heisst einen, der gerade Haschisch geraucht hat. Das gilt als eine natürliche Erklärung für das Verhalten der meisten Taxi-Chauffeure.

Gysling: Wie kommt es denn, dass die Schiiten so lange Zeit am Machtpoker im Libanon doch weitgehend unbeteiligt geblieben sind, dass man sie übersehen hat?

Hottinger: Weil sie sich brav ihren Feudalherren unterstellt haben, und die Feudalherren ihrerseits wieder fügten sich in das libanesisches politische System ein; sie waren reiche Grundbesitzer, die ihre schöne Villa in Beirut hatten und im parlamentarischen Spiel mitmischten, nicht allzu ehrgeizig, denn sie waren ja nur die Vertreter einer Randbevölkerung aus dem Süden, und sie hatten ja ihr gutes Leben. Sie begehrten nicht viel mehr, als ihre politischen Posten und ihren Grundbesitz zu behalten. Die Drusen, aber ganz besonders die Maroniten hingegen waren Leute, die vorankommen, reich werden wollten, sie blickten nach aussen, auf die immer reicher werdende westliche Welt, und sie übernahmen Ideen und Dinge von

dorthier. Sie wurden die grossen Vermittler. Auch geistesgeschichtlich haben die Schiiten im Süden kaum eine Rolle gespielt. Ihr eigenes Geistesleben war auf Iran hin ausgerichtet. Nabatié ist der Hauptort der libanesischen Schiiten. Dort gibt es geistliche Schulen für die Schiiten, und deren Lehrer sind alle in Najaf und Kerbela im Irak oder sogar in Iran ausgebildet. Das ergibt ein ganz anderes Geistesleben, viel orientalischer und mit einem ganz anderen, östlichen Horizont, als die Levantiner ihn haben.

Gysling: Da muss man den Namen Mussa Sadr einführen, der die Brücke geschlagen hat zwischen der iranischen Tradition und dem Libanon. Er kam aus Iran, zog zu seinen schiitischen Glaubensbrüdern in den Libanon und kam dort mit dem Entschluss an, der schiitischen Gemeinschaft politisch, bildungsmässig und wirtschaftlich nach oben zu helfen. Man sagt oft, die schiitische Gemeinschaft sei nur deshalb so stark zur Kenntnis genommen worden, weil Mussa Sadr sich so sehr für diese Gruppierung eingesetzt habe. Bevor wir eine Wertung Mussa Sadrs zu formulieren versuchen, noch kurz die weitere Geschichte. Mussa Sadr verschwand eines Tages während einer Reise nach Libyen. Die Libyer wurden später angeschuldigt, sie hätten Mussa Sadr umgebracht. Sie versuchten ihrerseits, diese Geschichte anders darzustellen: Mussa Sadr sei nach Italien ausge-reist und dort verschwunden. Jedenfalls ist Mussa Sadr nicht in den Libanon zurückgekehrt, er ist sicherlich längst nicht mehr am Leben. Aber wenn immer man sich im Süden des Libanon bewegt, dann habe ich den Eindruck, gibt es keine lebendigere Persönlichkeit als diesen toten Mussa Sadr.

Hottinger: Finde ich auch. Mussa Sadr war das Wichtigste, was den libanesischen Schiiten seit Jahrhunderten geschehen ist. Ein Mann, der sich ihrer annahm, nicht um sie auszubeuten, sondern um etwas aus ihnen zu machen. Plötzlich brachte er ein soziales Element in diese stagnierende Feudalherrschaft hinein. Er war ein ausserordentlich begabter Mann, politisch und menschlich sehr anziehend, immer sehr freundlich, ein bisschen im klerikalen Stil, er hatte auch immer die grosse klerikale Tracht an, langes schwarzes Übergewand und weissen Turban, und er animierte nun diese Feudalgesellschaft, etwas aus sich zu machen. Sie stand in dieser Zeit in der Krise; es war auch eine Wachstumskrise Libanons, die Schiiten

waren die am stärksten Benachteiligten. Zur Zeit vor Mussa Sadr kamen immer wieder Leute aus dem Süden nach Beirut und erzählten: «Wir schauen aus unserem Dorf hinüber nach Israel, das liegt ja ganz nah, und dort gibt es in jedem Dorf elektrisches Licht. Auf unserer libanesischen Seite sind alle Berghänge finster!» Das war symbolisch für die Lage der Schiiten in jener Zeit.

Eine Rolle spielte dabei auch, dass diese Grenzgebiete nach Israel hin von 1949 an durch die Armee besetzt waren. Eine Armee, die ein Gebiet besetzt hält, wirkt natürlich entwicklungshemmend. Alles bleibt beim alten. Nichts Neues darf eingeführt werden, es gibt kaum Bewegung; und das war ein Grund, warum der Süden verglichen mit allen anderen Teilen von Libanon so stark zurückgeblieben war.

In diese Lage kam nun Mussa Sadr hinein als ein Mann mit modernen, sozialen Ideen, der wusste, wie man eine stagnierende Gemeinschaft dazu bringt, sich selbst auszudrücken, sich einen neuen Horizont zu suchen, etwas aus sich machen zu wollen, und er hatte einen ungeheuren Erfolg, gerade bei den jungen Leuten.

Er hat sein soziales Wirken natürlich mit der Religion verbunden. Er war ein Geistlicher, aber es ging ihm um eine Form der Religion, die sozial beleben sollte. Er wollte seine Schiiten voranbringen. Er zog als Unterführer verschiedene junge, intelligente Leute heran; einige kamen aus Iran, gingen später nach Iran zurück und haben in der iranischen Revolution mitgewirkt. Ein Beispiel ist Mustafa Chamran, der erste Chef der iranischen Revolutionsgardisten, der später in Iran bei einem Flugzeugabsturz umgekommen ist.

Zum Verschwinden von Mussa Sadr gibt es zweierlei zu sagen: zum ersten, dieses Verschwinden passt in das religiöse Schema der Schiiten. Sie haben immer wieder hochverehrte, manchmal fast vergötterte Führer gehabt, die blutig umgekommen sind und denen man nachtrauert. Sie wurden zu grossen Symbolfiguren: Ali, Hussein, alle zwölf Imame und nun Mussa Sadr passen genau in dieses Schema hinein.

Was wirklich geschehen ist, wissen wir ziemlich gut, wenn wir nur die verschiedenen Verschleierungsversuche, die von Libyen ausgehen, zur Seite schieben. Die libyschen Geheimdienste haben zwei Leute in ein Flugzeug gesetzt und ihnen den Pass von Mussa Sadr

mitgegeben. Sie sind mit dem Pass in Rom in ein Hotel gegangen und haben sich dort als Mussa Sadr und sein Freund, ein schiitischer Journalist, eingeschrieben. Die Italiener haben später eine Untersuchung durchgeführt, aus der klar hervorging, dass nicht Mussa Sadr, sondern andere Leute in dem Flugzeug gesessen waren. Der schiitische Geistliche war ein hochgewachsener Mann mit einem Turban; wenn er in das Flugzeug eingestiegen wäre, hätten die anderen Passagiere ihn bemerken müssen. Doch niemand hatte ihn gesehen. Libysche Agenten waren mit dem Pass Mussa Sadrs nach Rom geflogen, um eine falsche Spur zu legen. Auf sie stützte sich dann die libysche Propaganda, die behauptete, der Geistliche sei nach Rom abgeflogen und dort verschollen. Man weiss sogar, warum die Libyer Mussa Sadr festnahmen. Er hatte damals von Ghaddafi Geld bekommen. Ghaddafi meinte, das Geld diene dem Kampf gegen Israel, doch Mussa Sadr wollte es für den Aufbau seiner Gemeinschaft verwenden. Für ihn war die Entwicklung der Schiiten Südlibanons ein Bestandteil des Ringens mit Israel. Schon damals hatten die Palästinenser begonnen, den Süden Libanons zu unterwandern und Israel zu infiltrieren. Israel seinerseits ging gegen die schiitischen Bauern vor. Ghaddafi jedoch wollte sein Geld für den eigentlichen Kampf verwendet sehen, und darüber entbrannte wohl der tödliche Streit.

Gysling: Zum komplizierten Mosaik Libanons gehört andererseits auch die sunnitische Gemeinschaft – über sie haben wir noch nicht gesprochen.

Hottinger: Ja, sie sitzt in der Küstenebene. Man kann sich das historisch erklären. Die Minderheiten waren Fluchtgemeinschaften, sie zogen in die Berge. Die Mehrheit der Sunniten, die unter den Kalifen von Damaskus und dann von Bagdad standen, waren Vollbürger. Sie sassen in den reichsten landwirtschaftlichen Gegenden, in der Küstenebene, in den Handelsstädten, und sie stellten natürlich auch ursprünglich die Reichsbeamten, die Würdenträger des Kalifates. Darum konnten sie sich in der reichen, engen Küstenebene mit dem besten Land, dem guten Regenfall, den Orangen und den Zitronen ansiedeln. Zu ihrem Siedlungsgebiet gehörte auch die Stadt Beirut, die eine Landstadt war, zwar einer der wenigen guten Häfen an der Ostküste des Mittelmeers, aber doch nur eine kleine Stadt verglichen mit den Metropolen Damaskus und Bagdad.

Es war ursprünglich eine rein sunnitische Stadt, so dass die Hauptstadt des «Mont Liban» nicht etwa Beirut war, sondern Baabda, ein Bergfleckchen östlich von Beirut. Die Sunniten waren selbstverständlich eng verbunden mit Damaskus. Dort sass ja zuerst ihr Kalife, später war Damaskus die Provinzhauptstadt, im ottomanischen Reich regierte dort der Wali oder Gouverneur. Beirut wurde die Hafenstadt von Damaskus, und die Verbindungen zwischen der Küstenstadt und dem Hauptort Syriens blieben immer sehr eng. Kürzlich hat mir ein hoher syrischer Politiker erzählt, selbstverständlich sei er, als er ins Exil gehen musste, zu seinen Verwandten nach Beirut gegangen, und jetzt, wo seine Verwandten in Beirut Schwierigkeiten hätten, lebten sie natürlich seit Jahren bei ihm in Damaskus. «Sie halten ein Haus für mich bereit und ich eines für sie, wir sind ja alle Vettern!» So eng sind die Verbindungen. Damaskus ist auch das kulturelle Zentrum für die Sunniten von Beirut. Sie blicken auf Damaskus als die Stadt mit der grossen arabischen Vergangenheit, die auch heute noch ein Zentrum der arabischen Sprache und Kultur ist. Im Gegensatz dazu schauen die Maroniten nach Paris und die Schiiten nach Teheran.

Wichtig ist auch zu wissen, wie eng die Gemeinschaften sozial zusammenleben. Ich war einmal einen Winter lang in einem Dorf, das später sehr berühmt wurde, Bikfaya. Dort gab es Maroniten und Orthodoxe. Wenn man die Frauen, die Frauen sind ja immer die Bewahrer der Identität in den Familien, wenn man die Frauen fragte, wer ist hier im Dorf orthodox, dann sagten sie, im unteren Teil des Ortes gibt es Orthodoxe, und sie fügten gleich hinzu: «Aber geh um Gottes willen nicht in ihr Haus, das sind ja ganz andere Menschen!» Wenn man fragte: «Hast du sie nicht schon besucht?», kam die Antwort: «Oh nein, solche Leute besuchen wir nie!» Obwohl beide Gruppen Christen sind, beide im gleichen Dorf gelebt haben und man von aussen kaum einen Unterschied wahrnehmen konnte. So stark sind die Gemeinschaften nach innen gerichtet, man heiratet untereinander und man lebt zusammen. Die Männer begegnen sich im Geschäft über die Gemeinschaften hinweg. Aber das ist nur gerade die Tagesarbeit, oft in der kosmopolitischen Stadt Beirut, am Abend kehrt jeder zurück in seine Familie, die die Eigenart und die Vorurteile ihrer Gemeinschaft zäh bewahrt. Diese Gemeinschaften

schreiben sich auch in das Gelände ein, jede lebt in ihrem eigenen Bezirk. Es gibt in der Stadt Beirut einige gemeinsame Bezirke, etwa das Regierungsviertel; man trifft sich im Zentrum, da gibt es auch den Bankenbezirk und auch den der amerikanischen Universität. Dort leben auch viele Palästinenser, man spricht eher englisch als französisch. Dort wirkt auch das moderne Geschäftsleben verbindend, da sind etwa auch die Hauptquartiere der Ölgesellschaften. Aber die Wohnquartiere sogar in Beirut werden ziemlich exklusiv von der einen, der andern und der dritten Religionsgemeinschaft bewohnt. Im Berggebiet gibt es selbstverständlich Dörfer der einen, der andern, der dritten und vierten Gemeinschaft, die alle in sich geschlossen leben und sich gegen aussen abschirmen.

Gysling: Und nun kam in dieses komplexe Gefüge die palästinensische Bevölkerungsgruppe, die durch den schwarzen September vertrieben wurde, durch die Auseinandersetzung zwischen PLO und der Armee König Husseins in Jordanien. Daher kamen die palästinensischen Guerillas und Hunderttausende von palästinensischen Zivilisten in den Libanon. Bevor wir auf die Auswirkungen dieses Exodus zu sprechen kommen, vielleicht noch diese Bemerkung: Zwischen den verschiedenen christlichen Gemeinschaften herrschte ja auch nicht eitel Friede und Harmonie im Libanon. Bis zum Bürgerkrieg, möglicherweise sogar über den Bürgerkrieg von 1975/76 hinaus konnte man sagen, dass die Auseinandersetzungen zwischen den christlichen Gemeinschaften mehr Opfer gefordert haben als die Auseinandersetzungen zwischen Christen auf der einen Seite und muslimischen Gemeinschaften auf der anderen. Würden Sie dem zustimmen?

Hottinger: Ja. Ich glaube, man muss dazu zwei Sachen sagen. Neben den Maroniten gibt es noch andere Christen. Unter den vielen verschiedenen Arten von Christen gibt es auch wieder eine Gruppe, die enge Verbindungen zu Damaskus hat. Damaskus besitzt ja auch seine christliche Minderheit. Sie besteht aber nicht aus Maroniten, sondern aus Griechisch-Orthodoxen. Es gibt eine arabische orthodoxe Kirche. Sie hatte früher griechische Bischöfe; heute sind es arabisch sprechende. Diese Gruppe, die im ganzen Nahen Osten verbreitet ist, gibt es auch in Aleppo und bis weit nach Osten hin. Man findet sie auch in Bagdad. Die Orthodoxen stehen

dem Arabischen viel näher. Sie pflegen Arabisch als Kultursprache, nicht etwa Französisch wie die Maroniten. Sie schauen nicht so stark nach Europa. Ihre Gemeinschaft hat in Libanon immer die Rolle des Vermittlers zwischen den Sunniten und den Maroniten gespielt. Es gibt also noch die Zwischenschicht der orientalischen Christen, die sich als zum Orient gehörig empfinden, die orientalische Kultur pflegen und gleichzeitig eben doch Christen sind.

Das zweite: Die Kämpfe der Christen untereinander in der späteren Phase des Bürgerkriegs waren Kämpfe von Milizen. Es gab verschiedene Milizchefs, die alle ihre Macht ausdehnen wollten und die ihre Soldaten machmal aus der gleichen Religionsgemeinschaft rekrutierten. Die Christen z.B. lebten im gleichen Gebiet, hatten gegen Ende des Bürgerkrieges zwei verschiedene Herren, einerseits General Aoun, den Chef der Armee, anderseits Samir Geagea, den Chef der christlichen Miliz. Die beiden sind darum zusammengestossen, weil jeder in bezug auf die christliche Gemeinschaft ein Monopol beanspruchte. Ein Monopol betreffend die Schiiten oder die Sunniten zu fordern kam für sie gar nicht in Frage. Zwischen den Wohngebieten der verschiedenen Gemeinschaften gibt es natürliche Grenzen, über die hinweg man immer wieder geschossen hat, über die hinweg jedoch während der ganzen vierzehn Jahre des Bürgerkrieges eigentlich keine Seite vorgestossen ist. Die Drusen hielten ihr Gebiet mit ihrer Miliz; die Christen ihr Gebiet mit ihren zwei in Konkurrenz stehenden Milizen. Auch die Schiiten haben zwei Milizen ausgebildet, und sie haben dann heftig gegeneinander gekämpft, gerade weil sie Brüder sind. Dies ist also weitgehend ein Phänomen der Rivalität innerhalb der Gemeinschaften, die sehr bitter werden kann, wenn es um die Macht geht. Man kämpft krass ausgedrückt darum, wer diese Gemeinschaften jeweils ausbeuten kann.

Gysling: Und nun strömten die Palästinenser in grosser Zahl in diesen Libanon. Wie hat das die Gemeinschaft, wie hat das den Staat verändert?

Hottinger: Die Palästinenser waren schon vor 1970 in Libanon. Eine Schicht von 200000 Menschen ungefähr war am Ende des sogenannten Unabhängigkeitskrieges von Israel, also 1949, gekommen. Diese Leute waren zuerst rechtlose Parias. Sie erhielten keinen libanesischen Pass, auch keine formelle Arbeitsbewilligung, mussten

also schwarz arbeiten und wurden daher schlechter bezahlt. Wenn sie wie die Mehrheit der Vertriebenen Bauern waren, hatten sie ihr Land verloren und mussten in Lagern leben. Die Städter haben die Lager eher verlassen können. Einige wenige arbeiteten sich sogar hoch und wurden Millionäre, etwa indem sie Appartements vermieteten oder ein Möbelgeschäft aufbauten, oder auch wie der palästinensische Bankier Baidas, der die Intrabank aufgezogen hat, die dann allerdings bankrott gehen sollte. Das war die erste Generation. Später, 1970, kam eine zweite Generation nach Libanon, das waren schon kämpferisch gestimmte Aktivisten, die in Jordanien gekämpft hatten und nun ausgewiesen wurden. Sie kamen mit ihren Waffen nach Libanon. Dort trafen sie nun auf die spezifisch libanesische Konstellation: Die Maroniten waren Nummer eins, die Sunniten die rivalisierende Nummer zwei, und die meisten Palästinenser waren natürlich auch Sunniten; so dass die libanesischen Sunniten diese Palästinenser der zweiten Einwanderungswelle in ihr Herz schlossen und sagten: «Ihr werdet jetzt unsere Waffe gegen die maronitische Oberherrschaft! Nun ziehen wir gleich!» Die Maroniten hatten immer die reguläre Armee dominiert. Die meisten Offiziere waren Maroniten, und der Oberkommandant der Armee musste Maronit sein. Die Palästinenser mit ihren Waffen wurden daher nun als das «Gewehr der Sunniten» gesehen. Ihr Bündnis mit den libanesischen Sunniten war andererseits auch ein Schutz für die Palästinenser. Denn die Palästinenser, die sich in Libanon nun aktiv zu betätigen begannen, die nun ihrerseits anfangen, Kämpfer auszubilden und mit mehr Enthusiasmus als Sachkenntnis Israel über die Grenze hinweg anzugreifen, kamen bald unter Druck durch die Gegenschläge Israels. Diese Gegenschläge waren nun wieder bei der libanesischen Armee unbeliebt, weil die libanesischen Militärs wussten, dass sie Gefahr liefen, durch sie in einen Krieg mit einem Gegner verwickelt zu werden, der viel stärker war. Sie erkannten, dass sie die Aktionen der Palästinenser bremsen mussten. Daher versuchte die libanesische Armee ständig, die palästinensischen Aktionen zu kontrollieren und einzuschränken. Dies hat oft zu Kämpfen geführt, weil die Palästinenser sich der Armee nicht unterordnen wollten; andere Male hat man einzelne palästinensische Führer eingekerkert. Doch die Palästinenser besaßen ihre politischen Verbündeten, die libanesischen

Sunniten. Wenn es, wie mehrmals in den sechziger Jahren, zwischen der Armee und den Palästinensern grossen Streit gab, verlief dieser immer nach dem gleichen Schema: Die Armee schritt gegen die Palästinenser ein, und die Sunniten erklärten den Rücktritt «ihres» Ministerpräsidenten. Die Sunniten sahen sich als die Verbündeten der Palästinenser. Auch sie wollten im Namen des Arabertums gegen den Zionismus kämpfen. Sie zwangen den Ministerpräsidenten, der ja immer zu ihrer Gemeinschaft gehörte, zur Demission. Die Regierung brach damit zusammen, und eine neue konnte nicht gebildet werden, solange der Streit zwischen Armee und Palästinensern nicht beigelegt war. Kein Sunnit stellte sich als Ministerpräsident zur Verfügung, und das Land stand ohne Regierung da. Am Ende sahen die Maroniten sich jeweilen gezwungen, nachzugeben und den Palästinensern ihre Waffen und die Möglichkeit zu belassen, doch Aktionen gegen Israel durchzuführen, um überhaupt Libanon wieder eine Regierung geben zu können. Dies war ein so kompliziertes Gleichgewichtsspiel, dass man es Aussenstehenden in einem kurzen Zeitungsartikel kaum erklären konnte.

Gysling: Und wie hat denn Ihrer Meinung nach die israelische Invasion von 1982 den Libanon verändert? Ist das Land dadurch noch eine Stufe weiter in Chaos und Anarchie gesunken?

Hottinger: Ich würde sagen, die Anarchie hatte schon vorher angefangen. Die Sunniten versuchten ein Gleichgewicht gegen die Maroniten zu erreichen, indem sie sich auf das Gewehr der Palästinenser stützten. Die Schiiten wollten nun auch mitreden, ihr soziales Bewusstsein erwachte, und sie begannen, eine Volkszählung zu fordern. Denn sie wussten, ihre Gemeinschaft war in der Zwischenzeit die Mehrheit geworden, und dies erforderte eine Neuformulierung des ganzen parlamentarischen Gleichgewichts- und Proporzsystems. Die Maroniten widersetzten sich dem allen und sagten, ihre Gemeinschaft müsse unbedingt Nummer eins bleiben. Libanon sei der einzige christliche Staat im Nahen Osten und müsse es bleiben; die demographischen Verschiebungen wollten sie nicht zur Kenntnis nehmen. Doch es gab sie bestimmt.

Das war der Ursprung des Bürgerkrieges. Doch nach einem Jahr Bürgerkrieg war es so weit, dass die Syrer bereits eine entscheidende Rolle spielten; die Levantepolitik überlagerte sich der Libanonpoli-

tik, die ganze Geschichte wurde nochmals komplizierter. Die Syrer befürchteten, als sie im Sommer 1976 zum erstenmal eingriffen, die Sunniten und die Palästinenser, die eigentlich ihre natürlichen Freunde waren, könnten den Krieg gewinnen. Die linksgerichteten sunnitischen und pro-palästinensischen Gruppen, die sich als Revolutionäre sahen, weil sie ja in der Tat das politische System Libanons ändern wollten, hatten damals die Maroniten zurückgedrängt. Man kämpfte 1976 nicht mehr in Ras Beirut, sondern schon im Zentrum der Stadt. Die Maroniten waren zurückgedrängt worden. Der Führer der Linkskoalition war Kamal Jumblat. Er hatte eine Koalition von bewaffneten Drusen, Sunniten und Linksparteien, auch die christlichen Linken waren da dabei, die christlichen Kommunisten zum Beispiel, und von bewaffneten Palästinensern zusammengebracht. Zusammen waren sie den christlichen Kämpfern überlegen und drängten sie langsam zurück. Die Syrer jedoch sahen diese Linke als eine Gefahr. Der grosse Realist Asad wusste, wenn in Libanon eine revolutionäre Linkskoalition mit panarabischen Ideen, grossem Idealismus, grossem Hass auf Israel hochkäme, dann würde Libanon eine Art Provokation für Israel, und dann läge die Auslösung des nächsten arabisch-israelischen Krieges in den Händen dieser wilden Linksguppe unter Jumblat. Kamal Jumblat selbst war ein wilder Mann, ausserordentlich interessant, aber ganz unberechenbar. Präsident Asad aber wollte selbst entscheiden, wann und wie der nächste arabisch-israelische Krieg ausbräche. Er wollte die Auslösung nicht einer unkontrollierbaren, erregbaren, durch ihren Sieg über die Christen auch noch in ihrem Selbstgefühl bestärkten Linkskoalition von Sunniten, Linkspolitikern, Palästinensern und Drusen überlassen. Deshalb griff er im Sommer 1976 zugunsten der Maroniten ein.

Ganz wider Erwarten, dass er so handelte. Asad musste die ganze Macht seiner Geheimdienste einsetzen, um das Murren der Syrer zum Schweigen zu bringen. In Libanon wurde die Armee eingesetzt, und Asad setzte eine Grenzlinie durch; im Süden und im sunnitischen Teil von Beirut liess er die Linkskoalition regieren, aber er duldete nicht, dass sie auf die christliche Seite übergriffen. Früher oder später, so forderte Asad, müsse Libanon dann wieder zusammenfinden und eine Einheit werden, so dass es ein vernünftiger und gemässigter arabischer Staat werde, nicht eine wilde, unberechenbare Linksrepublik.

Man muss sich daran erinnern, dass es damals noch sowjetische Agitation in der ganzen Region gab, die dem amerikanischen Einfluss entgegenwirken wollte. Und die Palästinenser wollten ein «Vietcong» gegenüber Israel werden. Libanon, so glaubten sie, werde als ihr «Nordvietnam» dienen. Sie suchten ein «Nordvietnam», von dem aus sie Israel infiltrieren und einen revolutionären Guerillakrieg auslösen könnten. All das hat der Realist Asad gedämpft, indem er zu Gunsten der Christen eingriff.

Dann kam die Perfidie, nämlich die Perfidie der libanesischen Christen: nachdem sie sich von Asad hatten helfen lassen, kontaktierten sie die Israeli und baten um ihre Unterstützung, um nicht von den Syrern dominiert zu werden. Israel schickte Geld, Uniformen, Waffen, Soldaten, Beratung, man legte eine Telexleitung, die Jounieh, nördlich von Beirut, mit Israel verband. Bald kreuzten die israelischen Kriegsschiffe vor der christlichen Küste, und der israelische Geheimdienst kam auf Besuch. Einzelheiten darüber, wie das war, findet man in dem ausgezeichneten Buch: «Israel's Libanon War» von Ze'ev Schiff und Ehud Ya'ari (London 1984). Das ist die beste Quelle für die Geheimoperationen, die schon 1976 zwischen Israel und den christlichen Milizen begannen.

Gysling: Und der Krieg von 1982, den Israel im Libanon gegen die PLO führte, schliesslich auch gegen Libanesen führte, wie hat er Libanon verändert?

Hottinger: Der Krieg war die direkte Konsequenz der Zusammenarbeit der Christen mit den Israeli. Die Syrer wechselten die Front, weil sie sich sagten, wenn die Israeli und die libanesischen Christen zusammenarbeiten, müssen wir uns wieder hinter die Sunniten stellen. Dazu kam, dass Asad sich von seinem früheren Verbündeten Sadat im Stich gelassen fühlte. Sadat schloss damals Frieden mit Israel und liess Asad exponiert und alleine. Der kehrte nun zurück zur Zusammenarbeit mit den Sunniten, doch sein schlechtes Verhältnis zu den Palästinensern ist geblieben. Seit 1976 besteht eine Feindschaft zwischen Arafat und Asad, die bis heute andauert.

Es folgte eine lange Zeit der Stagnation im libanesischen Bürgerkrieg, immer wieder unterbrochen durch Rivalenkämpfe, wie ich sie vorher geschildert habe, zwischen den verschiedenen christlichen und den muslimischen Milizen innerhalb der gleichen Religionsge-

meinschaften. Dabei ging es nur darum, wer welches Stück von Beirut beherrschen und ausbeuten durfte, wer wo Steuern einzog, wer welchen Hafen kontrollierte. Denn die Häfen haben viel Geld eingebracht, über sie konnte man zollfrei «importieren». Die grossen Trennungslinien zwischen den Gemeinschaften verschoben sich nicht mehr. Die Frage war vielmehr: Welche Miliz herrscht im christlichen Sektor, wer herrscht im drusischen Sektor, wer in West-beirut, wo es zum Teil drusische Gebiete gibt, zum Teil schiitische, zum Teil sunnitische. Rivalitäten gab es auch unter den Palästinensern: Welche Kampfgruppe beherrscht welches Lager usw.

Dann kam der Moment, in dem ein neuer libanesischer Präsident gewählt werden musste. 1982 war die Wahl fällig, und die Israeli haben ein gewagtes Spiel gespielt. Sie beschlossen, ihre Allianz mit den Maroniten, die bis zu diesem Zeitpunkt eine geheime Allianz gewesen war, auszunützen. Sie wollten nun einen ihnen freundlich gegenüberstehenden, vielleicht sogar hörigen libanesischen Präsidenten wählen lassen. Dies wäre Bechir Gemayel gewesen. Mit ihm als verbündetem libanesischen Präsidenten hofften die Israeli die Grundsituation in der Levante zu verändern. Es hätte dann plötzlich, was die Syrer «zwei Israels» nannten, gegeben: ein Israel, das bisherige im Süden, und einen neuen Satellitenstaat Israels, das maronitische Gebiet im Norden an der Mittelmeerküste. Die Syrer wären zwischen den beiden in die Zange geraten. Das hätte das ganze Gleichgewichtssystem der Levante verändert. Dies war der Plan Sharons, des damaligen israelischen Verteidigungsministers und politischen Aktivisten. Dieser Plan war einer der Gründe, warum der Krieg ausgelöst wurde. Es ging nicht nur darum, die Palästinenser im Libanon zu schlagen, das war immer ein Ziel, das man in den Vordergrund stellte, und die Israeli wollten es in der Tat auch erreichen. Doch dahinter gab es das weitergesteckte Ziel, einen israelhörigen Präsidenten zu küren, der mit Israel Frieden schliesse und sich mit Israel verstehen könne. Wenn das gelungen wäre, hätte es plötzlich einen israelischen Einfluss über Israel hinaus in der arabischen Welt gegeben, und das wäre ein wichtiger politischer Durchbruch für Israel gewesen. Doch Asad wollte eine solche Entwicklung um jeden Preis verhindern und hat nun systematisch dagegengespielt. Das war das grosse Ringen im israelischen Libanonkrieg, der

Kampf gegen die Palästinenser war nur ein Oberflächenphänomen. Er war ohnehin unausweichlich, wenn die Israeli in Südlibanon einmarschierten. Der Krieg aber drehte sich auch um die Frage: Erhalten die Israeli einen Satelliten in Libanon und können sie dann Syrien in die Zange nehmen, oder gelingt ihnen das nicht?

Gysling: Wenn man den Libanon Jahre nach der israelischen Invasion des Sommers 1982 besuchte, bekam man ein merkwürdig zerrissenes Bild. Aus der Ferne betrachtet hatte man nach wie vor den Eindruck, der Libanon sei eigentlich in Trümmern und alle Menschen müssten unter den Nachwirkungen des Krieges leiden. Es ist zum Teil so, es ist zum Teil auch ganz anders. Ich begegne immer wieder Leuten, die nach wie vor vom Konflikt profitieren und die eigentlich materiell gar kein Interesse haben, dass die Konflikte zu Ende gehen. Es gibt Regionen im Libanon, wo immer noch gebaut wird, manchmal sogar Villen mit Swimmingpools, mit allem Komfort, den man sich vorstellen kann. Das ist das eine merkwürdige Bild, das weit von dem abweicht, was man sich aus der Distanz so vorstellt. Dann gibt es aber auch das ganz andere Bild, das deprimierende und beeindruckende. Es findet in der Lebensweise von Menschen besonders in den grösseren Städten seinen Ausdruck, von älteren Menschen besonders, die manchmal kaum mehr wagen, ihr eigenes Haus zu verlassen, und praktisch nicht mehr aus dem kleinen Geviert hinausgehen, in dem sie vielleicht noch die Einkäufe machen können, und die das Gefühl verloren haben, in einem grösseren Staat zu leben. Menschen, die nicht einmal mehr ihre ganze Stadt kennen, weil es zu gefährlich ist, sich vom eigenen Haus weg zu bewegen, und für die bereits der Begriff Libanon, der Begriff Staat sehr fremd ist. Da kommt ein wesentliches und verhängnisvolles Element hinzu, das dazu führt, dass der Libanon eben innerlich, geistig doch mehr und mehr zerfällt. Es wächst auch in verschiedenen Gemeinschaften eine ganze Generation heran, die nichts anderes kennt als Konflikt und Kleinkrieg zwischen verschiedenen Gemeinschaften; diese Generation hat vom Staat Libanon keine Ahnung und kann sich nicht mit ihm identifizieren. Auf der andern Seite ein anderer Widerspruch: ich war vor einiger Zeit in den kleineren Dörfern Südlibanons, etwa sechs Jahre nach dem israelischen Krieg, in Dörfern wie Marakah, also etwas östlich von Saida, im

eigentlichen schiitischen Kernland. Man stellt sich meistens vor, dass dort wegen der nicht endenden Konflikte, der Terrorakte der einen Gruppe gegen die andere eigentlich eine deprimierte Stimmung herrschen müsse und nichts als Armut. Das stimmt nicht: In manchen Dörfern ist ein eigentlicher Bauboom zu beobachten. Da werden neue Teile angebaut, mit Geld von ausserhalb des Libanon, manchmal mit Drogengeld oder mit Geld aus dem Waffenhandel. So oder so: da ist nach wie vor eine grosse Vitalität vorhanden. Oft wird zwar gedankenlos gebaut, es gibt grässliche Zementanbauten an noch schönen alten Häusern, ästhetisch ist das nicht – aber ich staune immer wieder, wie es möglich ist, dass Menschen in solch schrecklichen, labilen Situationen, in denen Konflikte jeden Augenblick aufbrechen können, noch imstande sind, so weit an die Zukunft zu denken, dass sie Häuser bauen, dass sie offenkundig über Generationen hinweg in dieser Region bleiben wollen.

Hottinger: Das ist natürlich der Geschäftssinn der Libanesen. Sie verstehen sich seit Jahrhunderten aufs Überleben. Immer wieder musste man von vorne anfangen. Eine Anekdote: Ich war mit meiner Frau in der Hamra-Strasse in der harten Zeit, als die meisten Läden geschlossen waren und man nie wusste, wann einer mit Waffen daherkäme, Miliz oder Räuber – da sass ein vornehm aussehender älterer Herr auf einem Klappstühlchen vor einem Klappptischchen auf dem Gehsteig. Er hatte Banknoten vor sich und anerkundete sich, Geld zu wechseln. Wir fragten ihn: «Ist das nicht gefährlich?», und er sagte: «Ja, wissen Sie, meine Bank ist abgebrannt, ich hatte eine eigene. Nun fange ich eben wieder von vorne an!» Das war für mich der Inbegriff der Flexibilität. Da sass er und fing wieder an.

Gysling: Ich war einmal in Marjayun, als Haddad noch Beherrscher des Südlibanon war, und kurz bevor ich in das kleine Städtchen kam, hatte es einen Beschuss gegeben. Ich schaute mich auf dem Hauptplatz nach einem Interviewpartner um, worauf ein Ladenbesitzer sagte, das können Sie schon tun, aber Sie müssen mir zwei Flaschen Whisky abkaufen. Er hatte Black-Label-Whiskyflaschen vom Boden bis zur Decke gestapelt. Ein Junge, vielleicht 12-, 13jährig, lud mich ins elterliche Haus ein. Wir setzten uns in einen wunderschönen, idyllischen, nach «biblischer Ruhe» aussehenden Garten. Der 13jährige sagte nach meinem Gespräch mit seinen

Eltern, er habe noch eine schöne Sammlung und wolle mir etwas mitgeben. Seine Sammlung bestand aus Schrapnellen, aus Stücken von Granaten, die fast täglich oder jeden zweiten Tag in diesen Garten gefallen waren. Er hatte eine ganze Kiste voll davon. Die Leute zeigten einem die Grösse des Lochs im Dach der Garage, so wie man bei uns den Besuchern eine neue Pflanze im Garten zeigen würde. Es war etwas Selbstverständliches, in dem Sinne auch etwas Erschreckendes, aber der Mensch kann sich offenbar auch mitten in konfliktreichen Situationen zurechtfinden. Vielleicht basierend auf der Annahme: wenn jetzt eben eine Granate in seiner Garage eingeschlagen hat, dann wird das wahrscheinlich im nächsten oder übernächsten Jahr nicht mehr passieren, sondern das nächste Geschoss wird eher den Nachbarn treffen.

Hottinger: Ich würde schon sagen, die Libanesen sind da mehr Mensch als die meisten Menschen. Das hat natürlich mit ihrer Vergangenheit zu tun, dem Leben als Minderheit in einem Land, in das sie geflohen waren und wo sie immer wieder nach neuen Überlebensmöglichkeiten suchen mussten. Dabei haben sie diesen starken kommerziellen Sinn entwickelt, aber auch den Drang nach guter Ausbildung. Es bedrückt die Bevölkerung heute, wenn die Kinder nicht in die Schule gehen können und deshalb keine Zukunft haben. Das ist schlimmer, als wenn man all sein Geld verliert. Zu Geld kann man wieder kommen. Aber die Ausbildung ist grundlegend.

Gysling: Wahrscheinlich gibt es in absehbarer Zeit keine Lösung für den Libanon. Für die Menschen im Land selbst besteht die beste aller denkbaren Lösungen darin, dass morgen der Konflikt ein bisschen weniger vehement ist, als er heute oder gestern oder vorgestern war – aber ich treffe in der Region selbst keine Menschen, die annehmen, dass plötzlich der Friede ausbrechen würde, dass die Konflikte ganz beigelegt werden könnten. Natürlich, man hat im Herbst 1990, als General Michel Aoun seine Machtposition verlor und die Syrer einmal mehr nach Beirut kamen, gesagt, jetzt könnte tatsächlich eine neue Phase im Libanon beginnen. Wir werden sehen, ob das der Fall sein wird. Wir werden auch sehen, ob die Syrer grundsätzlich ihre Politik gegenüber Libanon ändern wollen. Ich glaube das nicht. Für die Syrer ist die Situation, so wie sie jetzt

herrscht, in puncto Macht gar nicht so unbequem, im Gegenteil. Man muss es sich mal aus jener Perspektive überlegen. Die Syrer kamen, Sie haben es vorher erwähnt, 1976, übrigens aufgrund eines Gesuches aus Beirut. Sie stehen dort seither mit 30000 bis 40000 Mann und sind gar nicht unglücklich, dass sie dort sind. Für die Syrer hat diese Situation zahlreiche Vorteile. Man muss sich das so vorstellen: Die syrischen Truppen werden weitgehend oder wurden zumindest lange Zeit von den ölreichen arabischen Staaten finanziert. Damaskus wurde für seine Rolle als Frontstaat gegen Israel belohnt. Die grosse Zahl von Soldaten, die Asad im Libanon stehen hat, ist für ihn ausserdem ein Garant: das gibt ihm eine Möglichkeit, eine Truppe zu mobilisieren, wann immer er sie einmal benötigt, und er hat ausserdem dadurch noch die Garantie, dass 30000 oder 40000 junge Leute eine Beschäftigung haben, dass sie nicht arbeitslos sind. Ich bin auf der andern Seite der Meinung, dass Asad nicht daran interessiert ist, die Verantwortung in Beirut voll zu übernehmen, weil Libanon ein derart schwer zu regierendes Gebilde ist. Für Asad, für die Syrer, ist eigentlich die beste Situation dann erreicht, wenn in Beirut ein syrienfreundliches Regime an der Macht ist, das mit den Israeli nicht paktiert und das ausserdem in der Grauzone der Wirtschaftspolitik die Syrer operieren lässt. Das heisst: die Häfen müssen offen bleiben für den Handel, für die Transaktion von Waren zwischen Libanon und Syrien, auch wenn man weiss, dass ein Grossteil dieser Waren nach Syrien geschmuggelt wird. Der Schwarzmarkt wird indirekt gutgeheissen, denn er ist notwendig für die syrische Politik.

Hottinger: Ich bin ganz Ihrer Ansicht. Aber das heisst eben doch, dass die Syrer eine Teilautonomie Libanons brauchen und auch zulassen werden. Man sieht das ja sehr schön daran, wie sie Präsident Hraoui mit grossem Takt pflegen. Er ist eigentlich nur ihr Klient, aber er wird immer mit dem roten Teppich empfangen, immer Präsident genannt und darf immer viele Stunden lang mit Asad reden, wenn er nach Damaskus kommt. Die ganze Regierung, nicht nur der Präsident, sondern auch der Parlamentschef und der Ministerpräsident, gehen die ganze Zeit nach Damaskus, und alles, was die libanesische Regierung zu tun versucht, wird zuerst mit Damaskus durchgesprochen. Aber trotzdem wird mit grosser Sorgfalt for-

mell aufrechterhalten, dass die einen die Libanesen, die andern die Syrer sind: «Wir sind Brüder, aber wir sind eben doch zwei Staaten.» Was langfristig gesehen einen Vorteil für die Libanesen hat, denn früher oder später bricht ja wohl auch das Asad-Regime wieder zusammen. Präsident Asad wird wahrscheinlich im Bett sterben, aber seine Nachfolger werden sich streiten. Das ist das wahrscheinlichste Szenario. Und in diesem Moment können die Libanesen sagen: «Nun erhalten wir wieder etwas mehr Unabhängigkeit!» Sie können das taktvoll tun, aber das wird der Moment sein, in dem die Syrer vielleicht sogar aus eigenem Interesse ihre Truppen abziehen werden, weil sie sie dann in der Konfrontation zu Hause unter den verschiedenen Gruppierungen brauchen. Und Libanon wird dann sagen können, wir sind ein echter Staat, wir haben arabische Garantien dafür, dass wir ein eigener Staat sind, wir gehören zur Arabischen Liga. Die andern arabischen Staaten werden ja auch mitzureden haben. Sie sind meistens nicht daran interessiert, dass Syrien grösser wird, und möchten gerne, dass Libanon als Staat bewahrt wird, einfach um das Mosaik der Levantestaaten zu erhalten. Das wird meiner Ansicht nach der Moment sein, in dem die Libanesen, wenn sie sich jetzt geschickt verhalten und nicht alle Souveränität aufgeben, sondern nur Teile davon, ihre Souveränität werden zurückgewinnen können.

Die Befriedung in Libanon kann jetzt vorangehen. Es geht ja nicht nur darum, den Staat wiederaufzubauen, zuerst einmal muss ein Minimum an Sicherheit bestehen, damit die Wirtschaft wieder aufleben kann. Man muss wieder kleine Fabriken aufbauen und wieder anfangen, Handel zu treiben. Es gibt Leute, die bereit sind, sofort wieder anzufangen; es gibt sogar Geld, das im Ausland liegt, aber wieder einströmen wird, sobald dieses Minimum an Sicherheit gewährleistet ist. Gegenwärtig versucht man Grossbeirut abzusichern. Man hat mit syrischer Rückendeckung die verschiedenen Milizen dazu gebracht, sich aus Grossbeirut zurückzuziehen. Dass das geschehen konnte, dafür war der Fall von Aoun entscheidend. General Aoun bildete eine Art Riegel gegen den Plan, Grossbeirut wieder der Regierung zu unterstellen und die Syrer als Rücken-deckung dafür einzusetzen, weil Aoun heftig antisyrisch war und sich gleichzeitig von den Feinden der Syrer, den Irakern, unterstüt-

zen liess. Dieser Riegel ist nun weggesprengt worden. Das bedeutet, es gibt nun in der Tat ein syrisches Protektorat; es ist nur noch die Frage, was man aus dem Protektorat machen und wieviel freie Atemluft sich dieses Protektorat bewahren kann.

Gysling: Sind Sie auch der Meinung, Syrien habe kein echtes Interesse daran, die Regierung in Beirut zu übernehmen und Libanon ganz zu besetzen?

Hottinger: Syrien denkt nicht daran. Auch aus rein formellen Gründen der arabischen Politik. Die Syrer wollen die arabischen Staaten belassen, sie wollen zwar Einfluss nehmen, aber sie wollen Libanon nicht kassieren.

Die komplexe Struktur Jordaniens

Gysling: Der zweite Kleinstaat im Kerngebiet des Nahen Ostens, also im Umfeld des Konfliktherds zwischen Israel und den Palästinensern, ist Jordanien. Viele Europäer denken, das sei im Grunde ein Staat von Beduinen und Palästinensern, der relativ einfach konstruiert sei. In Tat und Wahrheit ist Jordanien ein komplexes und hochinteressantes Gebilde. Wenn man nur schon daran denkt, in welcher Art und Weise König Hussein mit den Palästinensern umgeht! Es ist ja nicht so, dass die Palästinenser einfach als Flüchtlinge nach Jordanien gekommen wären, sondern es gibt eine sehr wohlhabende, einflussreiche, alteingesessene palästinensische Oberschicht. Innerhalb dieser Oberschicht spielt allerdings nur eine relativ kleine Gruppierung eine bestimmte Rolle. Wenn König Hussein die Regierung umbildet, neue Minister ernennt, andere Minister entlässt, dann spielt sich dieses kalkulierte Machtspiel fast immer unter den gleichen Familien ab. Es wird auch da Familienpolitik betrieben: die Familie so und so hat einen Minister im Kabinett, dann ist er nicht mehr im Kabinett, aber dafür im Senat oder im Kronrat. Alles spielt sich, wenn man die Beziehung zwischen dem König und den Palästinensern anschaut, etwa zwischen 50 oder 55 palästinensischen Familien ab. Das ist die Machtelite, die König Hussein immer wieder berücksichtigt. Ähnlich geht er mit zwei grossen Stammesformationen der städtischen Bevölkerung Jordaniens

um: auch da betreibt er ein subtiles Spiel von Machtaustarierung, und die beduinische Bevölkerungsgruppe spielt in diesem Machtspiel eine ganz bestimmte Rolle. Aber es ist nicht einfach so, dass die Politik von zwei Gruppen geprägt würde, von der palästinensischen Bevölkerungsmehrheit und von den Beduinen, der Minderheit. Die politische Kultur Jordaniens ist ein äusserst komplexes Gebilde. Und ich meine auch, dass man diese gewachsene politische Kultur als solche respektieren sollte und dass propagandistische Parolen, wie sie von der israelischen Rechten immer wieder einmal vorgebracht werden, Jordanien sei eigentlich ein palästinensischer Staat, den man den Palästinensern geben müsse, unsinnig sind, dass sie den Realitäten nicht entsprechen und dass man sie nicht ernsthaft diskutieren sollte.

Hottinger: Natürlich kann durch Gewalt so etwas wie ein Jordanien der Palästinenser geschaffen werden, und das scheint mir die Gefahr zu sein. Es kann passieren, dass durch einen Krieg oder kriegsähnliche Zustände nun wirklich die Bewohner der besetzten Gebiete ganz oder teilweise vertrieben werden, dass sie nach Jordanien kommen, dort soziale Unruhe bewirken und das komplexe Gebilde Jordanien nun wirklich umstürzen oder zerstören, genau wie Libanon zerstört worden ist. Die Aussenwelt hat bisher immer ein grosses Interesse daran gehabt, dass Jordanien weiterbesteht, es war ja eine Erfindung von Winston Churchill, der 1922 erkannte, wir brauchen da einen Pufferstaat, und der diesen Pufferstaat geschaffen hat. Seither ist er da, seine Funktion ist einfach die, den Druck der grossen arabischen Welt von Israel fernzuhalten. Wenn der Irak direkt an Israel angrenzen würde oder Syrien eine grosse gemeinsame Grenze mit Israel erhielte, dann wäre der arabische Druck auf Israel noch ganz anders und die Kurzschlussgefahr noch viel grösser. Weil dieser Zwischenstaat besteht, der militärisch sicher schwächer ist als Israel, gibt es eine Graduierung. Es gibt die Israeli und ihre Macht, dann gibt es eine Art Zaun, eine Zwischenzone, Jordanien, und dann kommt erst die arabische Welt. Die Jordanier sind nicht nur im Inneren ihres Landes grosse Machtgleichgewichtskünstler, sondern auch in der arabischen Politik. Sie müssen dafür sorgen, dass sie mit den Israeli zurechtkommen, wenn auch stillschweigend, und mit dem Rest der arabischen Welt, auch wenn sie sich sehr laut als zu ihr gehörig erklären.

Gysling: Ich glaube, wenn man von den Palästinensern und von den Jordaniern in Jordanien spricht, muss man darauf hinweisen, dass der Begriff «palästinensisch» sehr elastisch ist. Das wird schon deutlich, wenn man die Behörden in Jordanien fragt, wieviel Palästinenser es in Jordanien gebe: «Es sind nur etwa 40 Prozent!», und wenn man die Palästinenser fragt, sagen sie: «Wir sind mindestens 63 Prozent.» Beide haben recht, weil das Palästinenser-Sein und das Jordanier-Sein sich in den letzten 40 Jahren so eng verschmolzen hat. Erst vor 40 Jahren kamen Flüchtlinge aus der Westbank herüber. Sie sitzen nun in Amman, haben Kinder, und diese werden noch immer alle als Palästinenser gezählt, obwohl sie seit langer Zeit in Amman leben und dort vielleicht schon in die führende Elite aufgestiegen sind. Später kamen verschiedene neue Schichten von Flüchtlingen herüber, z.B. 1967 solche, die auch schon Jordanier gewesen waren, denn sie hatten in den heute besetzten Gebieten westlich des Jordans gelebt, die vor 1967 zu Jordanien gehörten. Sie kamen nun auch herüber, sehen sich aber nicht als Jordanier an, sondern als Palästinenser. Wenn man aus einer Jerusalemer Familie stammt oder ein Bürger von Nablus oder von Hebron ist, ist man Palästinenser und nicht Jordanier, auch wenn man in Amman lebt, sogar wenn man schon seit anderthalb Generationen in Amman zu Hause ist. Deshalb die grosse Elastizität des Begriffs «Palästinenser» in Jordanien. Dazu kommt noch, dass die Jordanier ja die einzigen sind, die den Palästinensern Pässe gegeben haben. Die Libanesen taten es nicht, die Syrer taten es nicht, die Kuwaiter nicht, die Ägypter und die Iraker nicht. Doch die Jordanier haben gesagt, jeder Palästinenser, der zu uns kommt, kann einen jordanischen Pass haben, und das sind die Pässe, mit denen der normale Palästinenser reist. Also auch hier diese Überschneidung, die doch zu keiner vollen Deckung geführt hat.

Sie sagten es schon, Jordanien hat eine bestimmte politische Funktion, die man nicht unterschätzen sollte, und diese Funktion schien zu Beginn der Irak-Kuwait-Krise im Sommer und Herbst 1990 eine Zeitlang in Gefahr zu sein. König Hussein zeigte eine Tendenz, sich stark an Saddam Hussein anzulehnen, und eine Zeitlang gab es Zweifel, ob die Jordanier das Wirtschaftsembargo gegenüber Irak befolgen würden. Ich staunte, wie König Hussein sich aus der schwierigen Situation dann doch wieder hinausmanövrieren, wie er

sich ins Konzert der internationalen Politik gegenüber Irak einfügen konnte, ohne auf der andern Seite Saddam Hussein zu brüskieren. Ein eindeutiges Bekenntnis zugunsten Saddam Husseins legte der König erst Anfang Februar 1991 ab, als er sich äusserst kritisch zur Art des Krieges der USA und der mit den USA Verbündeten gegen Irak äusserte. Das UNO-Mandat, so König Hussein, habe lediglich die Vertreibung der irakischen Armeen aus Kuwait beinhaltet, nicht aber die Zerstörung Iraks. Was sich aber jetzt abspiele, sei ein totaler Krieg gegen Irak mit dem Ziel, dessen Infrastruktur zu vernichten und Irak als Staat aufzulösen. Dieses Vorgehen der Alliierten (bis zu jenem Tag waren schon mehr als 40 000 Lufteinsätze geflogen worden) zwingt ihn, den König, zu einer klaren Stellungnahme. Es gab möglicherweise noch etwas anderes, was ihn zu seiner Erklärung bewog: die Massen in Jordanien nahmen nun immer deutlicher und lauter zugunsten Iraks Stellung. Natürlich weiss man, wie schwach Jordanien wirtschaftlich abgesichert ist und dass es fast nichts braucht, um diesem Staat wirtschaftlich die Existenzgrundlage zu entziehen. Jahrelang kamen die Gelder von den Jordaniern, die im Ausland gearbeitet haben, es kamen ausserdem Investitions-Gelder aus den ölreichen Staaten. Das Bankensystem in Amman hat sich etwas entwickeln können. Und all das schien gefährdet, als die Irak-Kuwait-Krise ausbrach. Eine gesunde Basis für wirtschaftliches Prosperieren hat Jordanien nicht. Wenn in der arabischen Welt Krisen auftauchen, dann könnte es einmal sein, dass Jordanien dadurch wirtschaftlich zugrunde gerichtet wird.

Hottinger: Zugrunderichten ist natürlich ein krasses Wort. In der Wirtschaft geht es mitunter eben bergab, und irgendwie überlebt man dann schon. Ich glaube allerdings, dass die heutige Notlage dramatisch ist. Jordanien war ja immer ein subventionierter Staat. Transjordanien wurde mit englischer Subvention gegründet und während Jahrzehnten aufgebaut. Später kam die grosse Ölschwemme, und Jordanien hat mitprofitieren können, indem es sich als Dienstleistungsland den ölreichen Staaten zur Verfügung stellte, indem Jordaniern und «Palästinenser» auswanderten. Jordanien diente auch als Transitland und als Vermittler. Der Hafen von Akaba wurde ein irakischer und saudischer Hafen. Die Transjordanier und die Jordanier konnten weit über ihrem bisherigen Lebensstandard leben.

Es ist ja immer erstaunlich, was man alles sieht, wenn man ins Innere von Amman hineinschauen kann. Auf den Strassen ist nicht so viel los, in den Villenvierteln sind sie ziemlich leer, im Zentrum sind sie verstopft von teuren Autos. Doch wenn man in die Villen hineinkommt, wo die besseren Familien leben – Naturstein, Innenhof, Pflanzen, Diener, eine herrschaftliche Atmosphäre, diskreter, aber gediegener Luxus in den Kleidern und in der Einrichtung –, ist man ganz erstaunt, woher das alles kommt. Wenn man der jordanischen Wirtschaft etwas auf die Finger schaut, bemerkt man bald, was da vor sich geht. Vieles wird den Ölstaaten nachgeahmt. Natürlich in etwas kleinerem Massstab, aber doch in Anlehnung an ihr Modell. Die Stadt Amman ist in den Jahren reich geworden, in denen die Ölstaaten soviel Geld hatten, dass sie auch ein paar Milliarden den Jordaniern schenken oder leihen oder anvertrauen konnten, um damit Geschäfte zu machen. Nun aber kommt der Moment, in dem der Ölpreis absinkt, in dem eine neue Krise in den Erdölgebieten entsteht, die Golfkrise, und in dem die Ölstaaten ihr eigenes Geld benötigen. Sie müssen nun ja sogar die amerikanischen Truppen in Saudiarabien bezahlen. Nun wird es schwierig für die Jordanier, weil sie bis zu einem gewissen Grad zu dem bescheidenen alten Lebensstandard des Landes am Rande der Wüste zurückkehren müssen. Das alte Amman war ein Tscherkessendorf, die Tscherkessen hat man im 19. Jahrhundert im ottomani-schen Reich in Randgebieten angesiedelt, wo es noch keine Bewohner gab, wo man aber gerade leben konnte, als das Zarenreich den Südkaukasus eroberte und viele von ihnen im Nahen Osten Zuflucht suchten. Solch eine Randstadt war Amman gewesen. Der erste Emir von Amman, der Grossvater von König Hussein, kam auf einem Kriegszug nach Amman. Er wollte nämlich seinem Bruder in Damaskus helfen, gegen die Franzosen zu kämpfen. Doch er kam zu spät. Die Franzosen hatten sich in Damaskus schon festgesetzt, und Emir Abdullah blieb in Amman. Er hat seine Zelte in Amman aufgespannt, schöne grosse Beduinenzelte mit einer fürstlichen Hofhaltung, aber es waren Zelte. Er blieb in diesen Zelten in Amman. Später wurde ein Palast daraus, und heute gibt es viele Paläste. So hat sich die Stadt entwickelt. Das Problem ist nun, wieder zurück zu müssen, nachdem ein hoher Lebensstandard erreicht worden war. Der Reichtum war derivativer Natur, abgeleitet aus den Erdölstaaten.

Ich kenne eine Familie von Geldwechslern, die reich geworden sind. Sie sind alle viel reicher als unsereins, mit schönen Häusern, Pferden, Landgütern, was man sich nur wünschen kann. Sie haben nichts anderes getan als in den verschiedenen Währungen des Nahen Ostens auf Grund eines relativ freien Marktes zu equilibrieren und arbitrieren. Plötzlich brauchten die syrischen Arbeiter in Qatar syrische Pfunde, um sie nach Hause schicken zu können, und diese Leute haben die syrischen Pfunde in Amman gekauft, in ein Flugzeug geladen, nach Syrien geschickt und 0,3 Prozent daran verdient. So sind sie reich geworden; sie brauchten nur den offenen Markt von Amman und die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Erdölstaaten rundherum.

Aber sobald eine Rezession in diesem Raum eintritt, sind es natürlich sie, die entbehrlichen Hilfskräfte, die am meisten leiden. Schon am Ende des irakisch-iranischen Kriegs gab es eine rückläufige Bewegung in Jordanien und Reaktionen der einfachen Bevölkerung gegen die Korruption, denn die Korruption kam auch aus den Ölländern. Man hatte sich an die Manipulationen von Geld gewöhnt und an die Methoden der Schiebung. Als die Inflation anstieg und die Löhne nicht mithielten, erhob sich die einfache Bevölkerung im April 1989 und protestierte gegen die Korruption. Der König reagierte, indem er Wahlen und eine echte Demokratie mit einem Vielparteiensystem versprach. Wahlen sind durchgeführt worden, doch das demokratische System muss noch voll ausgebaut werden. Das Parlament kam in einem Moment zustande, in dem die Krise sich noch verschlimmerte. Was nicht vorauszusehen war, denn man wusste ja nicht, dass die zweite Golfkrise ausbrechen würde. Heute ist die Frage, wie man einerseits die begonnene politische Reform fortführen und andererseits die wirtschaftliche Krise überstehen kann. Die Krise wäre vielleicht mit dem früheren absoluten Herrschaftssystem leichter zu überwinden gewesen. Nun gibt es eine freie Presse und ein Parlament, die sich oft sehr kritisch gegenüber den Missbräuchen, die hier und dort bestehen, gegenüber dem Machthaber, gegenüber der alten Machtelite äussern. Was daraus werden soll, ist sehr offen. Aber das Experiment ist ausserordentlich interessant und die Lage recht angespannt. Der König hat einmal angedeutet, er könnte sogar zurücktreten und seinem Bruder das Regierungsge-

schäft überlassen. Er hat einen ausserordentlich intelligenten Bruder, der ein Fachmann für Wirtschaftsfragen ist, ausgebildet an besten amerikanischen Universitäten. Aber vorläufig ist der König als Symbolfigur unentbehrlich. Er ist eben die einzige Figur, die das Land zusammenhält. Gleichzeitig dient er als Kontaktperson zu den verschiedenen arabischen Staaten. Die Jordanier sagen es oft ganz zynisch: «Er ist wieder einmal in Riad, hoffentlich kratzt er viele Millionen zusammen!»

Israel und die arabische Welt

Gysling: Wir kreisen in Worten und in Gedanken um Israel, wenn wir die arabische Welt so beschreiben, und müssen uns die Frage stellen: Sehen wir eine Chance, dass zwischen Israel und dem arabischen Umfeld eines Tages ein tragbares Verhältnis entstehen wird – oder bleibt das Verhältnis konfrontativ? Wenn man in die Geschichte zurückblickt, so hatte man phasenweise den Eindruck, jetzt sei die Chance gegeben, dass eine Kooperation oder eine Entspannung entstehen könnte. 1977, als Anwar al-Sadat nach Jerusalem kam, schien dieser Moment erkennbar zu sein. Man nahm dankbar zur Kenntnis, dass man im Jahr 1978 in Camp David jenen Vertrag abschliessen konnte, der die Beziehungen zwischen Ägypten und Israel weiterentwickelte – scheinbar zumindest. 1979 kam der ägyptisch-israelische Friedensvertrag, aber noch im gleichen Jahr begann dann ein merkwürdiger Prozess, den ich nach wie vor nicht ganz verstehen kann und über den nachzudenken sich lohnt: Ich meine die Verhärtung der Haltung zwischen Israel und den Palästinensern und gleichzeitig die Abkühlung der zunächst hoffnungsvollen Beziehung zwischen Israel und Ägypten. In den Folgejahren bekam man mehr und mehr den Eindruck, die israelischen Politiker von 1977, 78, 79, also Menachem Begin, Ariel Sharon, nicht in diesem Masse an vorderster Front die Leute wie Ezer Weizman, hätten eine bestimmte Vision und eine bestimmte Strategie. Weizman war ein Mann, der ehrlich daran glaubte und daran gearbeitet hat, mit der arabischen Umwelt, mit den Palästinensern auch, einen Frieden zu schliessen und sie als Nachbarn im quasi gleichen Hause anzuerkennen. Er

konnte sich nicht durchsetzen gegenüber der starken und harten Front der Likud-Minister, insbesondere Menachem Begin und Ariel Sharon. Etwa ab 1982, als der Krieg zwischen Israel und der PLO im Libanon geführt wurde, bekam man mehr und mehr den Eindruck und konnte dies zum Teil auch durch Dokumente erhärten, dass jene israelischen Politiker, die mit Anwar al-Sadat den Dialog aufgenommen hatten, dies mit einer bestimmten Absicht getan hatten. Sie wollten sich den potentiellen Feind Ägypten wenn nicht zum Freund, so doch wenigstens zum Partner machen und dadurch die arabische Front auflösen. Dafür war Israel bereit, den Sinai zurückzugeben, was man damals zumindest militärisch als grosses Opfer betrachtete. Israel wollte, und das ist das wesentliche, offenbar die Hand freibekommen, um in den palästinensischen Gebieten, also insbesondere in Cisjordanien, eine den israelischen Bedürfnissen entsprechende Politik machen zu können. Die Besiedlung Cisjordaniens wurde erstmals im Wahlkampf von 1977 in grösserem Rahmen propagiert. Damals agitierte Menachem Begins Likud-Block mit Karten, die besagten: vom Jordan bis zum Mittelmeer gibt es keine PLO, das ist alles Israel. Die Siedlungspolitik wurde aktiv vorangetrieben, und seither haben wir diese klar erkennbare Tendenz: Israel betrachtet Cisjordanien und den Gazastreifen als sein eigenes Gebiet. Die palästinensische Bevölkerung ist lästig, man möchte sie eigentlich gar nicht da haben, sieht allerdings mehrheitlich keine Möglichkeit, sie einfach abzuschieben; aber wenn man mit israelischen Politikern und israelischen Bürgern und Bürgerinnen spricht, zeigt sich viel eher: ihren Staat betrachten sie als konsolidiert, wenn Cisjordanien voll besiedelt ist. Die Mehrheit vertritt die Meinung, dass man das auch tun könne, man müsse der arabischen Umwelt nur lange genug Härte und Entschlossenheit zeigen, dann würden die Araber eines Tages die israelischen Zielsetzungen akzeptieren. Ministerpräsident Yitzhak Shamir vertrat diese Haltung schon von Anfang an, äusserte sie aber je länger desto deutlicher. Und natürlich steigerte sich die entsprechende Tonart als Reaktion auf die offen zur Schau getragene Begeisterung der Palästinenser in Cisjordanien und im Gaza-Streifen, zugunsten König Husseins. Wenn immer eine irakische SCUD-Rakete in Israel einschlug, gab es Freudenkundgebungen bei den Palästinensern. Dies wiederum

trug dazu bei, dass Yitzhak Shamir an 3. Februar die Aufnahme des rechtsradikalen Politikers Rechavan Zeevi von der extremen Mole-det-Fraktion ins Kabinett durchsetzte – Zeevi sprach sich offen für eine Deportation, einen sogenannten «Transfer» von Palästinensern nach Jordanien aus. Die israelische Politik gegenüber dem Westen geht andererseits von der Prämisse aus, dass die Vereinigten Staaten von Amerika nicht aus voller Überzeugung im UN-Sicherheitsrat gegen Israel stimmen, wie das nach dem Tempelbergmassaker geschehen ist, sondern dass dies eine den Amerikanern aufgezwungene Haltung sei und dass Amerika eigentlich davon überzeugt sei, Israel handle richtig. Israel braucht sich auch offenkundig keine Sorgen zu machen, dass die finanziellen Zuwendungen aus den USA eines Tages massiv gekürzt würden. Gegenwärtig erhält Israel eine Hilfssumme, die mehr als 3 Milliarden Dollar pro Jahr erreicht, bei einer Bevölkerung von etwa 4,3 Millionen. Ich sehe zurzeit bei den Israeli in der Mehrheit keine Tendenz, ihre Politik grundlegend zu ändern, ich sehe auch nicht, dass eine jüngere Generation anders denken und handeln würde als die ältere. Ältere «Pioniere», denen man immer wieder einmal begegnet und die noch in den dreissiger Jahren ins Land gezogen sind, waren im Glauben gekommen, man könne die arabische Bevölkerung für ein friedliches Zusammenleben gewinnen. Die Einwanderer waren der Meinung, die Palästinenser würden in Anbetracht der materiellen Vorteile der Zusammenarbeit mit den Juden bereit sein, nationalistische Vorstellungen ad acta zu legen. Die ältere Generation glaubte mehrheitlich noch daran, dass man ein friedliches Zusammenleben bewerkstelligen könne. Ich finde diese Einstellung immer weniger vor, wenn ich Israel bereise. Ich sehe, dass die älteren Leute, die noch in der Tradition des Kib-buz aufgewachsen sind, geistig an den Rand dessen gedrängt worden sind, was die Hauptströmung des politischen Denkens in Israel heute ausmacht, dass radikale Tendenzen, Verhärtungstendenzen mehr und mehr vorhanden sind. Für diese Tendenzen werden in Israel immer wieder Gründe gesucht und bisweilen auch gefunden, etwa wenn man sagt: Seht doch, die Palästinenser begehen weiterhin Terrorakte, vom Libanon aus, in den von Israel besetzten Gebieten, in Jerusalem. Die Intifada geht weiter, verstärkt noch durch die Irak-Kuwait-Krise. Es gibt die Steinwurf-Demonstrationen, und

denen wird mit Härte begegnet. Eine friedliche gemeinsame Zukunft sieht bestenfalls noch eine winzige Minderheit, die Mehrheit aber will nach wie vor mit Härte und Konsequenz die eigene Linie durchsetzen und will nicht wahrhaben, dass bald demographisch eine Situation entstehen wird, in der Israel zu einem Staat mit palästinensischer Bevölkerungsmehrheit wird. Man schiebt das von sich weg und will jetzt aktiv diese Tendenz durch eine Immigration von Juden aus der Sowjetunion abwenden oder zumindest zeitlich hinausschieben. Die vorherrschende Meinung besagt, dass die Dinge ungefähr so weitergehen werden, wie sie sich in den letzten Jahren abgespielt haben: es wird Konflikte geben, aber keine Konflikte, die Israel in seiner Existenz gefährden. Man ist bereit, mit Konflikten zu leben. Und fast niemand tut etwas Wesentliches, um einer anderen Politik zum Durchbruch zu verhelfen. Die Liberalen geraten in die Minderheit, die Labourpartei hat seit 1977 jede Wahl verloren. Es gibt eine schwache Mehrheit im Parlament für die Parteien der Rechten, und selbst Persönlichkeiten im Lager der Labourpartei zeigen manchmal einen Trend nach rechts. Als Beispiel nenne ich Yitzhak Rabin, der als Verteidigungsminister gegenüber den Palästinensern sicherlich eine ebenso harte Politik verfolgt wie seinerzeit Ariel Sharon. Ich meine, es ist eine Illusion zu glauben, dass sich in Israel grundlegend alles ändern würde, wenn Labour wieder an die Macht käme. Der Meinungsumschwung, die Verhärtung ist eine Tendenz, die auch weit hineinreicht ins Lager der Arbeiterpartei.

Hottinger: Man kann vielleicht sogar von einer «Orientalisierung» Israels im eher negativen Sinne sprechen. 1977 war ja wirklich ein Jahr des Umsturzes, die europäische, linksgerichtete, idealistische Richtung von Labour hatte sich überlebt, sie war unglaublich geworden, sie wurde abgewählt, und zwar unter anderen von den orientalischen Juden, die aus den arabischen Gebieten eingewandert waren. Sie sind nicht, wie man glauben könnte, Freunde der Araber, sondern ihre bittersten Feinde, mehr noch als die europäischen Juden, weil sie einerseits eine Vergangenheit als Minderheit haben, die von ihren arabischen Mitbürgern diskriminiert wurde, und weil sie andererseits recht einfache Leute sind. Oft jubeln sie Sharon zu, und wenige sehen über ihre gegenwärtigen Gruppeninteres-

sen hinaus in die Zukunft. Einige dieser Leute sind nun zusammen mit der nationalistischen Rechten an die Regierung gekommen, und man kann von einer Orientalisierung in dem Sinne sprechen, als nun die alten Gegensätze der orientalischen Gemeinschaften nach Israel verpflanzt worden sind. Sie überwuchern mindestens teilweise die alten Ideale, die den ursprünglichen Zionisten vorgeschwebt waren. Die zionistischen Pioniere der Linken hatten ein komplexes Gebilde in Palästina aufrichten wollen, das modern, jüdisch und zugleich sozialistisch sein sollte, es sollte auch die Araber mitumfassen und den Arabern etwas bringen, was sie bisher nicht gehabt hatten. Diese ganzen Ideale sind allmählich versunken, vielleicht kann man sagen in eine orientalische Realität, wobei der Druck von aussen, der ja immer da war, der Zwang zum Überleben und die furchtbare ältere und jüngste Geschichte der Juden selbstverständlich mitgewirkt haben, die Lage zu verhärten und den Extremismus der israelischen Nationalisten und religiösen Fundamentalisten zu stärken.

Gysling: Nun sagen die Israeli ja immer, wenn es um Verhandlungen mit den Palästinensern geht, man könne den Palästinensern nicht trauen. Die Worte Arafats von Ende 1988, Verzicht auf Terror und indirekte Anerkennung Israels, das sei alles ohne Substanz. Israel schiebt den Zeitpunkt von Verhandlungen vor sich her und wird wahrscheinlich diesen Zeitpunkt immer wieder hinauszuschieben suchen mit der Begründung, Arafat sei eben doch ein Terrorist und die PLO wolle nichts weiter als die Zerstörung des israelischen Staates. Und da hat Arafat ja von Bagdad aus, in der Zeit kurz vor dem Ausbruch des Kriegs am 17. Januar 91, tüchtig Vorschub geleistet, als er Saddam Husseins Raketendrohungen gegen Israel unterstützte.

Hottinger: Es ist ein bisschen eine «Selffulfilling Prophecy», also eine Prophezeiung, die man dadurch, dass man sie macht, auch der Erfüllung näher bringt. Man sagt: «Die wollen uns vernichten!», und wenn man so handelt, wie man auf Grund dieser Annahme handeln muss, zwingt man die Palästinenser ihrerseits auch, zerstörerisch zu wirken. Wenn man umgekehrt sagen würde: «Sie sind bereit, mit uns Frieden zu schliessen, sie akzeptieren uns, endlich!», würde man sie so behandeln, wie man künftige Freunde behandelt,

nicht als potentielle Feinde; dann gäbe es auch eher die Möglichkeit einer konstruktiven Lösung.

Aber auf beiden Seiten besteht ein grundlegendes Misstrauen. Es hat sich ja jetzt in der Golfkrise gerade wieder verschärft, als die Palästinenser, ich weiss nicht ob sehr geschickt, ich fürchte gezwungenermassen, aber jedenfalls taten sie es, die Partei von Saddam Hussein ergriffen. Und sämtliche Freunde der Palästinenser in Israel, die es ja auch gibt, die Linke, die eine Gleichgewichtslösung, eine konstruktive Lösung, irgendeine Entität für die Palästinenser anstrebt, sie sind nun zutiefst enttäuscht. Sie sagen: «Unsere angeblichen Freunde, mit denen wir seit drei Jahren geredet haben, sie gehen nun zu dem schrecklichen Saddam Hussein, der uns mit Giftgas bedroht. Da sieht man's wieder!» Es gab eine deutliche Abwendung der israelischen Linken angesichts der Sympathie, welche die Palästinenser dem Irak bezeugt haben. Die Golfkrise hat nicht nur die Araber unter sich geteilt, sondern auch die israelische Minderheit, die sich mit den Palästinensern hatte verständigen wollen, von ihnen entfernt.

Gysling: Aber man muss wohl versuchen, über den Golfkonflikt, über die Irak-Kuwait-Krise hinauszuschauen. Irgendwann kommt ja der Tag wieder, wo die Frage gestellt wird: soll man jetzt mit den Palästinensern verhandeln, und das heisst meiner Meinung nach, mit der PLO verhandeln. Man kann nicht einen Trennstrich ziehen, wie das gewisse Israeli versuchen, zwischen Palästinensern, die auf der Westbank wohnen, und der PLO. Da ist eine starke Verbindung vorhanden. Und eines Tages wird der Punkt wieder kommen, wo man vor der Frage steht, soll man verhandeln, ja oder nein. Und natürlich kann man immer sagen, ein Verhandlungsbeginn ist mit Risiko verbunden, denn schon die Tatsache, dass man in Verhandlungen einsteigt, sagt ja, man sei bereit, etwas preiszugeben. Diese Bereitschaft müsste zuerst einmal wieder entstehen, so wie sie seinerzeit ja in den Dokumenten von Camp David und im Friedensvertrag mit Ägypten angedeutet worden ist.

Hottinger: Wichtig scheint mir, die Tradition der Zionisten zu erkennen; von Anfang an geht es diesem Volk ohne Land darum, Land sein eigen zu nennen. Das ist sehr deutlich schon in der Literatur des frühen Zionismus, und das setzt sich fort bis heute. Eine

Figur wie Begin war da entscheidend. Er sagte: «Auch die besetzten Gebiete sind unser Heiliges Land, und wir haben auf sie so gut ein Recht wie auf Tel Aviv, Haifa und Jerusalem.» Es gibt da einen Zug zur Landergreifung, ganz gleich, ob nun andere Leute schon dort leben oder nicht, man versucht das zu ignorieren. Ich glaube, dass dies der Hauptgrund ist, warum es nicht zu einem Kompromissfrieden mit den Bewohnern der besetzten Gebiete kommen kann. Die nationalistischen und die religiösen Zionisten wollen «ihr» Land haben; die Landeskinder aber wollen sie nicht, weil Israel ja ein jüdischer Staat sein soll.

Das Wasser spielt auch eine grosse Rolle, Land ist ja nur wertvoll, wenn es bewässert wird. Der Staat Israel behält sich das Recht vor, über die Bewässerung zu verfügen, ganz nach eigenem Ermessen. Die palästinensischen Bewohner der besetzten Gebiete sollen dabei nichts zu sagen haben. Solange das so ist, solange sich Israel Befugnisse vorbehält, durch die man letzten Endes über das Land entscheiden kann, werden immer mehr Palästinenser von ihrem Land verdrängt werden. Die Israeli haben allmählich in den besetzten Gebieten 52 Prozent des Landes direkt oder indirekt unter israelische Oberhoheit gebracht. Sie müssen nur einem bewässerten Landstrich, der einem Araber gehört, das Wasser entziehen und es auf einen anderen Landstrich umleiten, der noch Wüste ist, aber einem Israeli gehört, um ein Voranschreiten ihrer Landnahme zu erwirken.

Gysling: Nun würde Israel natürlich dem das Argument entgegenhalten, es habe eine moderne Bewässerungstechnologie in die Region gebracht, die es erlaube, mit den knappen Wasserreserven besser umzugehen, so dass schliesslich Wasser für beide Teile bleiben würde.

Hottinger: Nur ist das nicht der Fall! Es bleibt eben nicht genug für beide Teile, sondern in Wirklichkeit fliesst das Wasser auf das israelische Land, und das arabische Land wird immer mehr entwässert und enteignet. Wenn wirklich beide Seiten profitierten, gut. Doch in Wirklichkeit verlieren immer mehr Araber ihr Land, und es gibt immer mehr israelische Siedlungen. Die Israeli wollen das Land ohne die Leute haben. Das ist allerdings eine etwas allgemein gefasste Formulierung der Mehrheit, und die heute regierende Mehr-

heit der Israeli steht dazu, will dieses Land, nämlich die besetzten Gebiete, unter ihrer Herrschaft behalten. Sie kann viele andere Gründe angeben, Sicherheitsgründe, militärische Gründe; es ist natürlich schwieriger, einen arabischen Nachbarn so nah an den Zentralgebieten von Israel zu haben, als das Land, das angrenzt, selbst zu beherrschen. Aber die Grundhaltung scheint mir einfach zu sein: «Wir wollen noch mehr Land. Wir haben unser gelobtes Land noch immer nicht vollständig besetzt.» Eine andere Rechtfertigung für die Landnahme und die Vertreibung der Palästinenser wird nun in der Einwanderung der sowjetischen Juden nach Israel erblickt. Israel soll ja der Staat sein, der allen Juden der Welt Raum bietet. Wenn Hunderttausende aus der Sowjetunion kommen, braucht man mehr Raum. Ich bin mir nicht sicher bei der Beantwortung der Frage, ob Israel auf lange Zeit existieren könnte, wenn es alle die 1967 besetzten Gebiete zurückgäbe, wenn man also auf die Waffenstillstandslinien vor dem Junikrieg zurückginge. Die Israeli sagen immer wieder, schaut einmal, wie schmal der Küstenstreifen war, wir haben keine strategische Tiefe. Nun, ich weiss nicht, ob man die strategische Tiefe in dieser Hinsicht noch braucht, und ich weiss nicht, ob es nicht auch Kompromisslösungen gäbe, wenn man sich zum Prinzip der Rückgabe der 1967 besetzten Gebiete bekennen würde, aber gewisse Korrekturen machen würde, beispielsweise eine Grenze zöge auf der Hügelhöhe durch jenes Gebiet, das die Israeli Samaria und Judäa nennen.

Ich glaube auch, dass die strategischen Fragen heute in Bewegung geraten sind. Es gibt israelische Strategen, die der Meinung sind, es sei heute zur Zeit der Raketen nicht mehr so wichtig, wieviel Land man besitze. Die Raketen können auch von weit her kommen, und sie werden immer wichtiger werden. Das Bedürfnis, das Gelobte Land zu besitzen, wird oft gerechtfertigt durch solche angeblich strategischen Notwendigkeiten. Aber ich glaube, das Problem geht viel tiefer. Sie können es auch juristisch darstellen. Wenn die Israeli das Recht haben, Tel Aviv und Jerusalem als ihre Städte zu nehmen, weil sie zur Zeit von Kaiser Titus dort waren, zur Zeit Christi und kurz nachher; warum haben sie nicht auch ein Recht, Samaria und Judäa an sich zu nehmen? Warum sollen sie davor halt machen? Ihr Gelobtes Land geht bis zum Jordan! Und ich glaube,

dass diese Grundvorstellung, unser «Gelobtes Land» heisst es in der Bibel, bis heute die entscheidende Rolle spielt. Sie wirkt wohl gerade in den orientalischen Gemeinden, die eben auf diese religiöse Legitimation abstellen, da steht Religion gegen Religion, islamisches Selbstverständnis gegen Judentum. Der islamische Anspruch auf die gleichen Länder beruht auf der Eroberung kurz nach Mohammed und auf den heiligen Stätten, die man seither aufgebaut hat. Für die Palästinenser ist es natürlich ganz einfach das Land ihrer Vorfahren seit vielen Generationen.

Gysling: Die Befürchtung der Israeli in bezug auf Verhandlungen zielt meiner Meinung nach noch weiter. Man sagt, es gehe ja nicht nur darum, eine Autonomie in den jetzt besetzten Gebieten zuzulassen, die möglicherweise eines Tages auch dazu führt, dass dort ein palästinensischer Staat entsteht, sondern es geht auch um das, was man im Arabischen Haqq al-Auda nennt, also das Recht auf Rückkehr. Gemeint ist eine Rückkehr jener Palästinenser, die geflüchtet und vertrieben worden sind während des Unabhängigkeitskrieges Israels in den Jahren 1947/48. Jetzt fürchtet Israel eine massenhafte Rückkehr von Menschen, die Ansprüche stellen auf Häuser, auf Besitztum in dem, was jetzt Tel Aviv ist, was Jaffa ist, usw. Das grosse Problem kann letzten Endes ganz einfach umschrieben werden: es geht um einen Konflikt um Land zwischen den zwei Gemeinschaften. So einfach das klingt, es ist doch sehr viel Wahres daran. Auf einer anderen Ebene fällt es mir oft schwer, auseinanderzudividieren, was in Israel Sicherheitsdenken und was nationale, religiöse Komponenten in bezug auf die Politik in Cisjordanien sind. Und noch etwas fällt mir schwer zu unterscheiden: Wo sind wirkliche Ängste vorhanden, und wo werden Ängste vorgeschoben, wo sind auch noch die Erinnerungen an die Ermordeten des Holocaust vorhanden, und wie spielen all diese verschiedenen Faktoren zusammen?

Hottinger: Selbstverständlich ist Erinnerung an den Holocaust vorhanden, aber diese Erinnerung wird auch politisch benützt. Man erinnert immer daran, und man führt ihn der jungen Generation vor, es gibt Ausstellungen und Schulunterricht darüber. Die Lehre ist immer: «Das darf nicht mehr passieren, und damit das nicht mehr passiert, müsst ihr militärische Macht entwickeln, euch zur Wehr

setzen, ein anderes Volk werden, als ihr es damals gewesen seid!» Das scheint mir ein Gründermythos des israelischen Staates zu sein. Die Religion ist ja so zersplittert in Orthodoxe, in modern denkende Reform-Juden und in überhaupt nicht religiöse Juden, dass man diesen Mythos als Grundlage für den Staat genommen hat, und er wird kultiviert und soll über ihre Religion hinaus eine Grundlage für die absolut notwendige Solidarität der Juden abgeben. In diesem Sinn wird der Holocaust instrumentalisiert.

Gysling: Sind Sie der Meinung, ein palästinensischer Staat könne auf Dauer vermieden werden?

Hottinger: Ja, ja, mit Gewalt! Solange, kann man hinzufügen, die Amerikaner dem zustimmen und den palästinensischen Staat vermeiden wollen, so lange wird es ihn auch nicht geben, aus Gründen der reinen Gewalt. Aber hier ist vielleicht die Geschichte am Werk, denn solange zwei politische Pole im Nahen Osten bestanden und man immer fürchten musste: auf der einen Seite nehmen die Amerikaner Position, auf der andern Seite die Russen, so lange waren die Amerikaner selbstverständlich restlos gegen einen palästinensischen Staat. Die Befürchtung bestand, dieser Staat würde ein sowjetischer Klient oder sogar ein sowjetischer Satellit werden und könnte damit die strategische Position, die Israel für Amerika bedeutete, nämlich die eines freundlich gesinnten Flugzeugträgers im potentiell feindlichen Nahen Osten, gewissermassen ausschalten oder durch Ausgleich neutralisieren. Diese Situation gibt es nicht mehr. Heute bestehen weltpolitisch weniger Bedenken, einen palästinensischen Staat zuzulassen, denn er wird nicht ein Klient der Sowjetunion werden. Es gibt im Nahen Osten keine Klienten der Sowjetunion mehr. Der Staat Südjemen konnte ohne sowjetische Unterstützung nicht mehr existieren und hat sich schliesslich aufgelöst, indem er sich dem Nordjemen anschloss. Da dürfte eine geschichtliche Entwicklung am Werk sein. Sie macht es ungewiss, ob die Israeli in dreissig, fünfzig oder hundert Jahren immer noch auf die gleiche amerikanische Hilfe werden zählen können, auf die sie heute zählen.

Gysling: Und schwer zu sagen ist, ob es einen Ansatz zu einer Lösung unterhalb der Schwelle der Gründung eines palästinensischen Staates gibt. Wir haben das vorher kurz angesprochen, ob echte Autonomie (nicht Autonomie, wie sie Begin einmal wollte,

sondern wie sie von den andern Partnern des Camp-David-Abkommens gemeint war) ein Endzustand sein könnte für die palästinensische Gemeinschaft. Wenn man sich die Sache ganz kurzfristig anschaut, so meine ich, könnte man in den besetzten Gebieten trotz Intifada zumindest zu einem Abbau der Spannungen einiges konstruktiv beitragen. Es ist wesentlich für die palästinensische Bevölkerung in Cisjordanien, wieviele israelische Militärfahrzeuge täglich durch ihre Gegend fahren, wieviele Kontrollen sie passieren müssen, wieviele israelische Siedlungen vorhanden sind, ob sie noch in diesem Sinne des alltäglichen Begreifens sich selbst als bei sich zu Hause fühlen können oder nicht. Es hat einen wesentlichen Einfluss, ob die Palästinenser in diesen besetzten Gebieten wirtschaftlich mehr Möglichkeiten bekommen oder ob die Lage immer so bleiben wird wie jetzt, wo jüngere Leute mit guter Ausbildung keine sinnvolle berufliche Existenz und Weiterbildungsmöglichkeit in ihrer eigenen Heimat bekommen. Da liesse sich auf der ganz alltäglichen Ebene viel tun, um die Spannung zumindest soweit abzdämpfen, dass man von den Steinwürfen, von den Demonstrationen doch noch wegkommen könnte. Dies als eine kurzfristige Überbrückungsstrategie oder Überbrückungstaktik. Längerfristig, bin ich der Meinung, muss es eines Tages Verhandlungen zwischen den beiden Gemeinschaften geben – schon aus dem Grunde, weil die palästinensische Bevölkerung durch ihr Wachstum immer bedeutender wird und Israel sie auch politisch auf die Dauer nicht regieren kann.

Hottinger: Doch auf diesem Gebiet ist natürlich auch wieder eine Neuentwicklung zu registrieren, die Einwanderung aus der Sowjetunion könnte die sogenannte demographische Waffe, wie die Araber sie gerne nannten, teilweise ausgleichen. Früher hatte man schon ausgerechnet, dass es im Jahr 2010 mehr Araber geben werde, die in von Israel beherrschten Gebieten leben, als Israeli. Die Rechnung geht so nicht mehr auf. Wir wissen nicht, wieviele Juden aus der Sowjetunion kommen werden, aber es werden viele sein. Die Aufnahmemöglichkeiten werden vielleicht ihre Zahl beschränken, doch die Auswanderungswilligen werden wahrscheinlich Millionen werden, denn es wird in den nächsten Jahrzehnten in der Sowjetunion nicht so leicht zu leben sein. Der Plafond der Aufnahmefähigkeit

Israels wiederum wird dadurch gegeben sein, wieviel Geld die Israeli in Amerika mobilisieren können. Man muss abwarten, doch die Araber erwarten jedenfalls einen neuen Stoss der *Alia* oder Einwanderung und einen weiteren Vorstoss der Besiedlung der besetzten Gebiete. Es ist eine Illusion, wenn man meint, diese Leute kämen nicht in die besetzten Gebiete. Sogar wenn sie selbst ausserhalb der besetzten Gebiete angesiedelt werden, so werden eben andere Teile der jüdischen Bevölkerung in die besetzten Gebiete überquellen. Israeli, die schon lange da sind, so dass eine Entwicklung, die zu einer Entspannung führen könnte, zu einer Koexistenz, durch die Immigration meiner Ansicht nach stark gefährdet ist. Es wird noch einmal neue Siedlergründungen in «Ostisrael» geben, und sie werden noch einmal zu einem neuen Bürgerkrieg zwischen den Palästinensern und den Israeli führen und wahrscheinlich wieder mit einer Niederlage der Palästinenser enden. Daraufhin wird es ein grösseres Israel geben, das bis zum Jordan reicht, und ein grösseres Ressentiment unter den vertriebenen Palästinensern. Das Ressentiment wird den ganzen arabischen Raum durchdringen.

Im Verhältnis der Araber zu Israel gibt es zwei Hauptgründe für den Hass. Der eine ist die physische Vertreibung, das ist eigentlich der menschlichere Hass und der, der sich auch leichter bewältigen lässt. Das sind Leute, die Haus und Hof verloren haben und sich irgendwo anders ansiedeln müssen. Man versteht einerseits ihre Ressentiments, aber andererseits werden sie eben doch wieder irgendwo anders Wurzeln schlagen, wie das in der Geschichte immer gewesen ist. Der andere Hass, der viel weiter geht und den vor allem die Araber entwickeln, die ausserhalb der Region leben, die direkt betroffen ist, stellt das viel grössere und komplexere Phänomen dar. Er glimmt im gesamten arabischen Raum, auch der Frieden mit Ägypten hat ihn in Ägypten nicht ganz ausschalten können, vor allem nicht bei den Intellektuellen, und dass die Intellektuellen besonders betroffen sind, ist sehr bezeichnend. Es geht dabei letzten Endes darum, dass die Araber das Gefühl haben: Solange die Israeli sich als uns überlegen erweisen, so lange sind wir nicht voll entkolonisiert; nicht voll in die Eigenständigkeit entlassen; nicht voll Muslime, als das erste Volk auf der Erde, wie das der Koran eigentlich versprochen und prophezeit hat. Wir sind nicht voll zu

nehmen und wir können uns selbst nicht voll nehmen, solange es dieses überlegene kleine Gebiet gibt, das sich immer wieder als erfolgreicher erweist, als wir es sind. Dieses Ressentiment ist natürlich verbunden mit der gesamten kulturellen Situation der Araber. Sie sind Leute, die unter der Überlagerung der fremden westlichen Kultur über ihre eigene muslimische leiden. Israel aber ist das handgreiflichste, brutalste, sichtbarste, für alle spürbarste Symbol dieser Überlegenheit und Überlagerung. Deshalb muss es irgendwie gebändigt, eingebunden, beseitigt, überwältigt werden; nicht nur physisch, sondern organisatorisch, geistig, damit die Araber sich selbst als vollgültige Menschen und Muslime sehen können. Als solche, die gleichberechtigt und mit gleichen Zukunftschancen in der menschlichen Gemeinschaft stehen. Dies ist der symbolische Hass, der gegenüber Israel besteht, ein Hass, der sich eigentlich nicht gegen Israel richtet, sondern gegen die immer noch überlegene westliche Zivilisation und den Druck, den sie auf die arabische Welt ausübt. Israel ist nur die deutlichste und greifbarste Bestätigung des arabischen Ungenügens und der Unsicherheit. Deshalb besteht für die Araber ein eigentlicher Zwang, Israel mindestens zu Konzessionen zu veranlassen, wenn man es schon nicht ganz zum Verschwinden bringen kann.

Zensur und Berichterstattung

Gysling: In Israel war die Informationsbeschaffung im Gegensatz zu den meisten arabischen Ländern traditionell relativ einfach. Es gab zwar immer eine Zensur, die aber als eine Militärzensur definiert wurde und die wir Berichtersteller eigentlich nie allzu ernst nehmen mussten. Wir gingen, wenn wir schrieben, am Zensor vorbei. Wenn wir Fernsehaufnahmen machten, suchten wir zwar am Schluss der Reportage jeweils den Zensor in Jerusalem auf, der schaute sich das Material meiner Erfahrung nach aber nie an, sondern liess sich eine kurze Beschreibung dessen geben, was man gedreht hatte, und drückte seinen Stempel auf ein Paket und auf ein von mir selbst geschriebenes Dokument. Allerdings muss man eins sagen: Diese Zensur, die theoretisch eine Militärzensur ist und sich auf militä-

rische Objekte, Soldaten usw. bezieht, wurde im Verlaufe der Intifada zum Teil drastisch verschärft. Praktisch ganz Cisjordanien und der Gazastreifen wurde tageweise für uns Reporter geschlossen, und nach dem Massaker auf dem Tempelberg, also im Spätherbst des Jahres 1990, wurde die «Grenze» Cisjordaniens ja auch für die Palästinenser teilweise gesperrt, so dass sie nicht mehr zu ihren Arbeitsplätzen nach Israel hinüberfahren konnten. Ich empfand die Zensur aber auch in dieser Phase noch als relativ erträglich, wenn ich sie vergleiche mit Zensurmassnahmen in einer grossen Zahl von arabischen Ländern. Wenn wir mit der Fernsehkamera in Kairo Aufnahmen machen wollten, gingen wir, wie sich das gehörte, zunächst im Informationsministerium vorbei. Man teilte uns einen Begleiter zu, auch wenn man sagte, man brauche ihn eigentlich nicht, weil man sich sprachlich durchschlagen könne. Man bekam ihn dennoch, und drehte man die harmlosesten Aufnahmen in Kairo oder einer andern Stadt, so musste man jederzeit damit rechnen, dass der Begleiter aus dem Ministerium in den unerwartetsten Momenten eingriff. Ein Beispiel: Wir drehten einmal eine allgemeine Aufnahme auf dem Midan al-Tahrir, einem riesigen, belebten Platz im Zentrum von Kairo, auf dem ungeheuer viele Autos waren. Der Begleiter aus dem Ministerium sagte plötzlich: «Halt, diese Aufnahme dürft ihr nicht drehen!» Wir versuchten lange Zeit herauszufinden, worum es sich handelte. Es ging darum, dass ganz in der Ferne zwischen den vielen Autos ein Eselskarren zu sehen war. Und der Eselskarren sollte nicht gefilmt werden, weil er nach offizieller Interpretation ein Zeichen der Rückständigkeit war. Diese Aufnahme fiel fast dem ersten Versuch der Zensur zum Opfer. Wir konnten den Begleiter überreden, dass wir die Aufnahme doch machen müssten, dass sie harmlos sei, aber wir scheiterten dann, als wir den Film in den Räumen des ägyptischen Fernsehens montierten. Eine Zensorin sass hinter uns, und sie erkannte wiederum sofort, obschon er auf dem Bild kaum sichtbar war, den Eselskarren. So wurde die Durchgabe dieses Bildes gesperrt.

Hottinger: Das fing zur Zeit Nassers an, als man auf den Stolz der Ägypter setzte; damals gab es ein Verbot, Kamele zu photographieren. Es gab sogar den politischen Mythos, nach dem Photographen aus Europa ausgeschickt würden, um alles Schlechte und Hässliche,

Altmodische und Rückständige in den arabischen Ländern zu photographieren. Diese Bilder, so hiess es, gingen dann nach Israel und dienten der israelischen Propaganda gegen die Araber. Solche Mythen wurden geglaubt, und das Verhalten der Bevölkerung war dann oft dementsprechend; es wurde schwierig zu photographieren. Aber ich glaube, noch schwerwiegender ist die allgemeine Informationsverhinderung durch die Zensur, die immer mehr um sich gegriffen hat. Auch da gab es relativ harmlose Anfänge. Ich erinnere mich, dass in Beirut ein grosser «Larousse» ankam, und der Zensor hat dann ganz Israel aus dem «Larousse» herausgeschnitten, so 30, 40 Seiten. Das hat grossen Krach bei den Intellektuellen gegeben, die den «Larousse» gekauft hatten und Lücken darin fanden. Es gab einmal eine Zeit, wo man ganz naiv meinte, wenn man Israel aus den Büchern und aus den Publikationen zum Verschwinden bringe, gebe es das Land für die Araber nicht mehr. Diese fast magische Haltung wurde nach 1967 sehr kritisiert. Die Israeli hatten sich eben doch sehr bemerkbar gemacht. Die Araber übten Selbstkritik und gaben zu, dass sie etwas Grundlegendes falsch gemacht hatten. Sie hätten, so erkannten sie im nachhinein, immer wissen müssen, dass es Israel gab und dass Israel gefährlich sein könnte, sie hätten die Israeli nicht ignorieren dürfen.

Gysling: Die Syrer wandten meiner Erfahrung nach eine ähnliche Methode an. In den achtziger Jahren wurde mir einmal in Kuneitra eine Karte, gross aufgezogen, in einem der Informationspavillons gezeigt, auf der der See Genezareth ausgelöscht war. Und die Syrer erklärten, dass die Israeli sämtliches Wasser aus diesem See abgepumpt hätten, da sei jetzt eine Wüstenfläche.

Hottinger: Sie verwechselten das vielleicht – natürlich absichtlich – mit dem Houlé-See, der nun wirklich verschwunden ist. – Aber die Zensur ist im Lauf der Zeit raffinierter geworden. Man hat gelernt, wie man die ausländischen Journalisten beeinflussen kann, indem man Druck auf sie ausübt. Es waren die Diktatoren der späteren Generationen, die nach 1967 an die Macht gelangten, die damit systematisch angefangen haben. Als die Geheimdienste immer mehr die führende Rolle in den Regimen spielten und eigentlich die Länder regierten, begann auch der systematische Druck auf die Journalisten. Sie mussten überallhin begleitet werden, die Iraker unter Sad-

dam Hussein haben das zur Zeit eingeführt, als er noch Vizepräsident war, und keiner durfte mehr alleine gehen. Dann kam die Sache mit dem Visum. Ich erinnere mich noch an die Zeiten, wo man als Journalist eher ein Visum bekam, als wenn man nicht Journalist war. Heute ist es umgekehrt, wenn man Journalist ist, erhält man eher kein Visum als ein Tourist oder ein Kaufmann. Ich bin sogar einmal von einer Schweizer Firma auf ihre Liste gesetzt worden, damit ich zusammen mit anderen Mitarbeitern des Unternehmens ein Visum für eines der arabischen Länder bekam. Man sagte mir: «Wir haben Sie als «Consultant» angeführt, aber nicht als Consultant unserer Firma! Das wäre zuviel gewesen.»

Gysling: Meiner Erfahrung nach war die Zensur unberechenbar. Die Iraki waren für uns Fernsehleute die schlimmsten, weil sie jeden Kamerawinkel bestimmten und Zensur in einer Art ausübten, dass man den Zuschauern eigentlich nicht mehr plausibel machen konnte, was authentisch und was manipuliert war. Und etwas kam hinzu, was ich auch als schreibender Journalist in früheren Zeiten in Bagdad stark empfunden habe. Es gab eine Einschüchterungsmethode, die nicht nur gegen uns, die Berichterstatter, gerichtet war, sondern offenkundig auch gegen unsere offiziellen Gesprächspartner.

Hottinger: Im Irak gibt es auch eine grosse Angst bei der Bevölkerung, mit Ausländern und besonders mit Journalisten zu sprechen. Gewiss mit guten Gründen. Diese grosse Angst ist natürlich auch eine Art der Zensur, Zensur der Quellen durch Inhibition. Die werden einfach am Sprudeln verhindert. Das ist besonders im Irak der Fall. Ägypten ist viel lockerer, Syrien hat sich in den letzten Jahren gelockert, als die strenge sozialistische Politik aufgegeben wurde, die sich auf das sowjetische Modell stützte; Jordanien ist recht frei und ist noch freier geworden, seitdem es ein echtes Parlament gibt und mit ihm notwendigerweise eine gewisse Pressefreiheit. Jordanien ist vielleicht im Augenblick das freieste der östlichen arabischen Länder.

Gysling: Besonders drastisch wurde die Zensur dann während des Krieges, nach dem 17. Januar gehandhabt, und zwar von allen Seiten. Wochenlang sah man von diesem Krieg nur die technische Seite, die startenden Flugzeuge bei den gegen Irak kämpfenden Al-

liierten, nichtssagende Bilder aus dem Irak. Saddam Hussein versuchte zunächst, die durch die Bombardemente verursachten Schäden an Gebäuden und die Todesopfer der Angriffe zu bagatellisieren – wohl in der Absicht, seine eigene Gelassenheit angesichts der gegenrischen Übermacht zu unterstreichen. Etwa Mitte Februar liess er die Berichterstatter in Irak dann doch wissen, die Angriffe hätten eine grössere Zahl von Opfern gefordert. Damit wollte er die westliche Öffentlichkeit auf die Folgen dieses Krieges hinweisen. Was sich wirklich abspielte, konnten die unter Zensur arbeitenden Journalisten und Journalistinnen nicht erkennen, oder sie durften nicht wahrheitsgemäss darüber berichten. So verdichtete sich der Eindruck, dass man ungeheuer viel an Bildern von dem Konflikt zu sehen bekam, die aber nur geringe Aussagekraft hatten, und dass dies der Krieg sei, über den man am wenigsten an wirklicher Information hatte. Aber Zensur, Kontrolle von seiten der Regierungen, das waren ja nicht erst seit Kriegsausbruch Probleme. In Syrien brauchten wir für ein Visum drei bis sechs Wochen, wenn nicht einmal eine positive Sonderbehandlung erteilt wurde. Wenn ein Präsidenschaftsinterview gewährt wird, dann kann alles im Handumdrehen erledigt werden.

Spiegelbildlich umgekehrt zur Zensur gegenüber uns stellt sich die Frage, wie die Menschen in den arabischen Ländern sich informieren. Meiner Erfahrung nach spielt nach wie vor der arabische Dienst von Radio Monte Carlo eine ganz wesentliche Rolle. Das ist ein sehr schnelles Informationsmedium, offenkundig auch ein recht verlässliches. Die Zeitungen andererseits sind zurzeit nicht besonders interessant – im Gegensatz zu früher, als die Beirut Zeitungen sehr lesenswert waren. Aber sie sind im grossen ganzen sehr schematisch geworden.

Hottinger: Beirut kann ja auch bei der Verteilung nicht mehr recht mitmachen. Die Zeitungen, die heute jedermann liest, sind die Blätter, die im Ausland gedruckt und redigiert werden, «Hayat» in London und «Sharq al-Awsat» in London und Paris; sogar die Kuwaiter Zeitungen «Al-Qabas» und «As-Siyassa», die in Europa erscheinen. Es hat einen doppelten Vorteil, wenn man die Zeitungen in Europa erscheinen lässt. Die guten arabischen Journalisten haben auch keine Lust, unter der Zensur zu arbeiten. Wenn sie ihre Zeitung

überreden können, eine Redaktion in Europa aufzumachen, dürfen sie erstens in Paris oder London leben, und zweitens entgehen sie der Zensur bis zu einem gewissen Grad. Sie müssen allerdings immer so schreiben, dass sie zu Hause gelesen und verkauft werden können. Es gibt eine merkwürdige Erscheinung: Jedes Regime hat ein Wochenblatt, das etwas freier ist als alles, was bei ihm zu Hause erscheint. Es wird auch in Paris oder in London veröffentlicht und wird von dem Regime selbst finanziert; zu Hause, in Damaskus, Bagdad, Algerien usw. ist es etwas teurer als die Tagespresse und stellt so etwas dar wie den Auslauf, den man seinen Intellektuellen gewährt. Immer steht etwas mehr Information drin, es kommt aus London oder Paris, und offiziell weiss man nicht, wer es finanziert. Aber es ist tatsächlich so, dass jedes Regime, also das syrische und das algerische, das irakische und andere, ein solches Wochenblatt hat, es finanziert und darin die interessanteren politischen Geschichten veröffentlicht, natürlich immer in der Tendenz des betreffenden Regimes.

In Ägypten ist es wieder etwas anders. Dort gab es eine sehr gute Presse, doch sie wurde von Nasser abgewürgt. Seither haben die ägyptischen Journalisten leider gelernt, lange Artikel zu schreiben und dabei wenig zu sagen. Sie wurden grosse Künstler darin. Sie können leicht eine ganze Seite füllen, ohne dass auch nur eine neue Information zu finden ist. Dass das sich eingebürgert hat, ist sehr schade, denn es gibt gute Journalisten, Ägypten ist das Land mit dem grössten Lesepublikum, die Auflagen sind die grössten; und der Wort-Durchfall, der in Ägypten herrscht, hat sich auch auf andere Gebiete ausgebreitet. Man findet ihn an der Universität unter den Intellektuellen und im Radio. Wenn Sie eine Radiodiskussion von Ägyptern anhören, so geht es darum, welcher Professor schneller und lauter reden kann als der andere. Die beiden fallen sich gegenseitig ins Wort, und jeder versucht, den anderen nicht zu Wort kommen zu lassen. Der Moderator muss dann irgendwie einschreiten, aber oft ist er etwas scheu, weil es so wichtige Professoren sind, die einander zu überschreien suchen. So bringen sie es fertig, viel, schnell und laut zu reden, ohne etwas zu sagen.

Gysling: Wie informieren Sie sich eigentlich von Ihrem Standort Zypern aus?

Hottinger: Nun, ich habe 1982 Zypern aus einem ganz prosaischen Grund gewählt. In Ägypten funktionierte das Telefon nicht, man konnte einfach nicht telefonieren. Es war die schöne Zeit, als etwa die Swissair vom Stadtbüro an ihr Büro im Flughafen nur einen Telex schicken konnte. Sie konnte einfach nicht mit dem Büro telefonieren. Davon, mit dem Ausland zu sprechen, war gar nicht die Rede; man konnte es einfach nicht.

Gysling: Wer mit einem andern sprechen wollte, musste ihn besuchen.

Hottinger: Ja, der Verkehr brach immer wieder zusammen. Das ist heute vorbei. Es gibt wieder Telefon in Ägypten. Aber, wie mir Kollegen erzählen, ist es immer noch so, dass man von Zeit zu Zeit den Mann im Telefonamt besuchen muss, der für die Auslandslinien verantwortlich ist. Damit er nicht den Stöpsel rauszieht und bei einem andern reinsteckt, muss man ihm von Zeit zu Zeit eine Flasche Whisky bringen. Allgemein muss man wohl sagen, Kairo ist immer noch eine Stadt, in der es sich nicht leicht lebt; sie ist überfüllt, hat eine grosse Bürokratie, man müsste eigentlich einen Angestellten haben, der einem die Laufarbeit zu den Büros erledigt. Wenn man den nicht anstellen will, soll man lieber gar nicht versuchen, sich in Kairo niederzulassen. Ausserdem erhält man in Ägypten in erster Linie Informationen über Ägypten. Das hat sich vielleicht in der letzten Zeit noch gesteigert, seit die Ägypter ihre eigene Position in der arabischen Welt haben. Wenn sie sich überhaupt über den Rest der arabischen Welt informieren, so geschieht es immer vom Blickpunkt der Ägypter aus.

Ein anderer Standort wäre Amman gewesen. Mir gefiel er nicht so gut. Heute ist es besser geworden, weil die Presse nun freier ist und mit der parlamentarischen Demokratie mehr Bewegung ins Informationswesen kam. Aber noch vor zwei, drei Jahren war Amman ein recht langweiliger Flecken mit einem einzigen grossen Hotel, wo sich alle Presseleute trafen.

Damaskus ist eine interessante, kulturell immer noch reiche Stadt, doch ein Ausländer wird nach etwa 14 Tagen ausgewiesen, wenn er anfängt, für Zeitungen zu schreiben. Die Geheimpolizei erscheint einfach in seiner Wohnung und macht ihm klar, es sei besser für ihn, wegzugehen. Der Standort Zypern hat den Vorteil, dass

man relativ nah an der arabischen Welt dran ist. Man ist natürlich nicht in einem arabischen Land, aber übers Meer kommen alle die Radiostimmen. Man bekommt massenhaft Informationen. Gerade aus Libanon, wo jede Gruppe über ihren Sender ihre Meinung verbreitet und auch ihre Version von den Kämpfen gab, bekam man mehr Informationen, als man verwenden konnte. Man musste auch mehrere Tonbandgeräte haben, denn die verschiedenen Stationen sendeten alle ihre Informationen ungefähr zur gleichen Zeit, um zwölf oder um eins, und man musste dann drei, vier Radiorecorder nebeneinander aufstellen. Zypern hat auch den Vorteil, dass es relativ ruhig ist. Man befasst sich nicht viel mit Zypern selbst, man kann seine ganze Aufmerksamkeit dieser arabischen Welt jenseits des Horizontes zuwenden. Es gibt eine ganze Reihe von Arabern, die dort arbeiten. Viele Libanesen, die mit dem Golf zu tun haben, sind einfach nach Zypern gekommen, weil man von dort aus die Telefonverbindung mit dem Golf aufrechterhalten konnte. In Beirut ist sie eben abgebrochen. Aus Beirut ist die Nachrichtenübermittlung schwierig. Die neueste Mode, um aus Beirut Nachrichten zu übermitteln, ist folgende: man lässt sich in Zypern ein drahtloses Telefon geben, steigt auf ein hohes Gebäude in Beirut und erreicht von diesem hohen Gebäude über das Meer weg gerade noch die Zentrale von Nikosia.

Gysling: Merkwürdige Erfahrungen machen wir übrigens mit der Zensur in Iran. Wir gerieten als Fernsehreporter einmal auf eine schwarze Liste, und das kam so: Unsere Kollegen aus Genf hatten die Idee, ein bestimmtes Team für einen bestimmten Zweck nach Iran zu schicken. Ich hatte mich skeptisch geäußert in bezug auf das zu erwartende Resultat. Das Team ging dann dennoch hin und kam nach einiger Zeit zurück. Es hatte nicht viel machen können. Der Film war schliesslich, das war im Jahr 1984, auf dem Schneidetisch in Genf, und ich fuhr hin, um mir das Resultat anzuschauen. Der Beitrag war nicht sehr aussagekräftig, eine halbe Stunde ungefähr über die Demokratie in Iran, und da wurde ausgesagt, es sei jetzt alles sehr demokratisch und wunderschön; eine halbe Stunde über die Politik, und da wurde erklärt, jetzt sei da alles auch wunderbar, genauso wie in der Wirtschaft. Wir und auch unsere Genfer Kollegen erkannten zu wenig Informationsgehalt und entschlossen uns, den

Bericht nicht auszustrahlen. Ungefähr ein halbes Jahr später nahmen wir mit der iranischen Botschaft Kontakt auf und wollten ein Visum haben, worauf die iranische Botschaft sagte: Bevor dieser Film nicht in allen drei Sprachregionen der Schweiz ausgestrahlt ist, geht niemand von euch in den Iran. Es war sozusagen Sippenhaft in bezug auf die ganze schweizerische Medienlandschaft. Später, als die Iraner Fao im Krieg gegen Irak eroberten, konnten wir dann doch hinein, und unsere Reporter machten eine hochinteressante Erfahrung. Kaum waren die Bewacher einmal weg, kamen sofort Leute aus dem Volk vor die Kamera und äusserten sich scharf gegen das Regime und gegen Ayatollah Khomeiny. Unsere Leute sagten ihnen: Geht bitte weg, die Bewacher kommen gleich zurück, und das kann für euch sehr gefährlich sein. Sie verschwanden für kurze Zeit, kamen wieder und äusserten sich wieder in gleicher Vehemenz vor der Kamera. In Iran, das war unsere Erfahrung, war die Kontrolle zum Glück bedeutend lückenhafter als in andern Ländern.

Hottinger: Sicher, die Furcht ist nicht so gross, weil in Iran die Mullahs absichtlich eine gewisse innere Diskussion aufrechterhalten. Sie wollen immer ihre Leute klassifizieren: Wer ist mit uns? Wer ist gegen uns? Wer ist gewinnbar? Wer ist hoffnungslos verloren? Um das zu tun, müssen sie zulassen, dass die Leute ihre Meinung sagen, ja sie selbst fragen die Iraner aus: «Was denkst du von dem? Was meinst du zu jenem?» – um sie einzustufen zu können. Das schafft dann eine Atmosphäre, in der eine gewisse mündliche Kritik, aber immer nur eine mündliche, möglich ist. Die Bevölkerung weiss sehr gut über die Zensur Bescheid. Ich habe ähnliche Erfahrungen gemacht; als schreibender Journalist kommt man in irgendein Dorf, und man kann gefragt werden, für wen man denn schreibe. «Also eine Zeitung in der Schweiz; kriegst du dafür ein Visum?» – «Ja, ich habe jetzt gerade ein Visum bekommen!» – «Aber natürlich, wenn du nicht nett schreibst, dann kriegst du keins mehr!» – Das weiss der schon! Und ich sage: «Ja, das weiss ich auch; ich versuche aber trotzdem realistisch zu schreiben!» Da schlägt er plötzlich auf den Tisch und sagt: «Dann schreib bitte, Khomeiny ist ein Unglück für Iran gewesen; das ist wahr, und das musst du jetzt schreiben, ganz egal, ob du noch einmal ein Visum erhältst oder nicht!»

Gysling: Stellen Sie sich das einmal vor in Irak, auch vor dem Krieg gegen Kuwait! Einen solchen Satz gegen Saddam Hussein hätte der, der ihn sagte, wahrscheinlich nicht allzulange überlebt.

Hottinger: Zur Zensur wäre vielleicht noch etwas Grundsätzliches zu sagen. Natürlich reden wir Journalisten gerne und ausführlich von der Zensur, die man uns aufzuerlegen versucht. Doch viel entscheidender ist die Zensur, die auf den nahöstlichen Gesellschaften selbst lastet. Zum einen ist sie strenger und lückenloser als alle Eingriffsversuche, denen wir Ausländer unterzogen werden können. Zum anderen aber ist sie höchst verderblich für die Staaten selbst. Sie bewirkt, dass jede Kritik ausgeschaltet wird. Der Mangel an Selbstkritik ist natürlich ohnehin schon eine der wichtigsten Schwachstellen eines jeden Ein-Mann-Regimes. Wenn die Presse und die anderen Informationsmedien, angefangen mit dem Fernsehen, gleichgeschaltet werden und nur noch zum Lobe des Regimes da sind, werden sie bald kaum mehr gelesen. Oft ist das den Diktatoren und ihren Pressebevollmächtigten ziemlich egal. Ihre gelenkte Presse ist hauptsächlich dazu da, dass keine andere Presse und kein anderes Massenmedium ihre Stelle einnimmt. Die Hauptsache ist, dass die Herren vom sogenannten Informationsministerium sagen können: «Wir haben ja unsere <nationale> Presse. Wir brauchen keine andere!» Die Folgen aber sind verheerend. Alle Gerüchte erscheinen glaubwürdiger als das, was von den offiziellen Medien verbreitet wird. Man glaubt die Gerüchte, gerade weil sie das Gegenteil dessen sagen, was in der Staatspresse steht. Die Gesellschaft wird durch ihre Medien demobilisiert statt angeregt. Am schwersten aber wiegt, dass die Regierenden selbst die Übersicht völlig verlieren. Natürlich haben sie ihre geheimen Informationen und vertraulichen Berichte aus vielen Quellen. Doch diese gehen immer von einer bürokratischen Stelle aus, die ihre eigenen Interessen zu wahren hat und ihnen entsprechend informiert. Eine freie Presse kann solchen «gerichteten» Informationen als Hintergrund dienen, vor dem sie relativiert und dann richtig verstanden werden können. Doch eine staatlich gelenkte Presse und natürlich auch die anderen Medien sind selbst bereits dirigiert und ausgerichtet. Sie tragen nur noch dazu bei, die gerichtete Information der Dienststellen zu verstärken. Der grosse Chef oben wird dazu verleitet, auf Grund von falscher

Information die falschen Entscheidungen zu treffen. Seine eigene Information, die öffentliche und die geheime, wird nicht verfehlen, diese falschen Entscheide als genial und einzig richtig zu feiern, und so wird dann immer mehr Verwirrung gestiftet, indem die Fehler und Irrtümer verstärkt werden. Am Ende können Zwänge stehen, auf dem verkehrten Weg immer weiter zu laufen, bis zu irgendeinem bitteren Ende, das in gewissen Fällen einfach Krieg bedeutet, und zwar meist einen verlorenen Krieg. Man sollte unter diesem Aspekt einmal die Vorgeschichte des Sechstagekrieges Nassers und der Israeli untersuchen; sowie auch die der von Saddam Hussein entfesselten Kriege.

Der Konflikt Irak-Iran

Gysling: Acht Jahre ungefähr hat der Krieg zwischen Iran und Irak gedauert. Man nannte Opferzahlen auf beiden Seiten, die so erschreckend hoch sind, dass sie zunächst fast unglaublich wirkten: etwa 800000 Todesopfer auf beiden Seiten und ungezählte Verletzte. Warum ist es eigentlich zu diesem Krieg gekommen, wer hat ihn ausgelöst? Natürlich haben die Iraker 1980 den Krieg erklärt. Aber es fällt manchmal schwer, sich im Detail die Situation jenes Jahres vorzustellen, weil soviel Spannung in der ganzen Region herrschte. Anderthalb Jahre etwa waren seit der Rückkehr Ayatollah Khomeinys nach Iran und der Proklamierung der Islamischen Republik vergangen. War Ihrer Meinung nach denn damals der missionarische Eifer des Khomeiny-Regimes so stark, dass es rundherum als echte Bedrohung empfunden wurde?

Hottinger: Sicher haben die Iraker die Aktivität der Khomeiny-Leute als Bedrohung empfunden, man sieht das am besten an der Verfolgung, die ihre schiitischen Führer, zum Teil Freunde Khomeinys, damals erlitten haben. Sie wurden ins Gefängnis gesteckt, wurden zum Teil umgebracht, zum Teil zu Tode gefoltert. Weil Bagdad das Gefühl hatte, sie könnten den schiitischen Bevölkerungsteil des Iraks gegen das Regime aufwiegeln. Die Schiiten regieren ja nicht in Bagdad, die wenigen Schiiten, die es zu Beginn des Regimes von Saddam Hussein gegeben hat, sind 1979 im Zug

der letzten Stufe der Machtergreifung Saddam Husseins entfernt worden. Es gab weiter eine ganze Reihe von Grenzzusammenstößen und Grenzgefechten, die von beiden Seiten aufgelistet worden sind. Die Iraner haben verlautbart, sie seien vor dem Kriegsausbruch gegen zweihundertmal beschossen worden und hätten gegen zweihundertmal in Bagdad protestiert, und die Iraker behaupten, sie seien vielleicht 333mal beschossen worden und hätten 333mal protestiert. In Iran gab es auch Spannungen, die damals sehr wichtig waren, die ethnischen Minderheiten, zu denen auch die arabische Minderheit der iranischen Erdölprovinz Khusistan gehörte, haben sich alle in einem gewissen Moment gegen das Khomeiny-Regime erhoben. Das war im Sommer nach der Machtergreifung vom Februar 1979. Die Kurden, die Turkmenen, die Belutschen und eben auch die Araber von Khusistan. Sie hatten alle bei der Khomeiny-Revolution gegen den Schah mitgemacht, in der Hoffnung und Zuversicht, dass sie «Autonomie» erhielten, wobei nicht ganz klar war, was der Begriff Autonomie wirklich bedeuten sollte. Jedenfalls beehrten sie eine gewisse Eigenständigkeit. All diese ethnischen Randzonen erhoben sich nach der Revolution und wurden mit Härte niedergeschlagen, die Kurden ganz besonders, aber auch die Araber. Für Khusistan war damals Admiral Madani zuständig, der später selbst ein Oppositioneller wurde. Er hat die Revolutionswächter mit Maschinengewehren gegen die ethnischen Demonstrationen eingesetzt. Natürlich hat der Irak im Falle Khusistans den iranischen Arabern propagandistisch und wohl auch mit Waffen geholfen, und selbstverständlich hat Teheran heftig dagegen protestiert und diese Hilfe gewaltig übertrieben. Das war eine der Wurzeln, die zweifellos schon vor dem Krieg da waren, und ein Reizmoment, das gegenwärtig vollkommen verschwunden ist. Man spricht heute nicht mehr von den Arabern von Khusistan. Sie wurden nämlich Flüchtlinge. Als die Iraker Khusistan angriffen, mussten sie sich als Flüchtlinge mit den Iranern, den ethnischen Persern, in den Lagern mischen, und seither haben sie ihre Stammeszugehörigkeit und teilweise sogar ihre Sprachzugehörigkeit weitgehend eingebüsst. Saddam Husseins Angriff hat also in der Praxis dazu beigetragen, dass die arabische Minderheit aufgelöst wurde, von der er in den ganzen Jahren vor dem Krieg gesagt hatte, er wolle sie «befreien» und ihr Land

Khusistan, die persische Erdölprovinz, der arabischen Welt eingliedern. Das war baathistische Parteidoktrin und Propaganda und berührte zugleich den Erdöl-Nerv der Iraner.

Man hätte den Krieg auf Diskussionen, Proteste, Kleinkrieg, Artilleriegefechte, einen ausgesprochenen Grenzzwist beschränken können. Doch Saddam Hussein ist viel weiter gegangen, er hat am 22. September 1980 9 seiner 13 Divisionen marschieren lassen. Er liess die iranischen Flughäfen angreifen in der Hoffnung, sie lahmzulegen, was misslang. Und er hat den Krieg von einer Grenzauseinandersetzung auf die Stufe eines vollen Kriegs gehoben. Das ist sein eigentlicher Angriff gewesen.

Die Iraker streiten immer ab, dass sie angegriffen hätten, weil sie jede Kugel zählen, die schon in den Monaten vorher hin- und hergeflogen war. In diesem Sinne kann man wirklich nicht sagen, wer angegriffen hat, denn die Auseinandersetzung spielte sich hoch von ganz kleinen Zwischenfällen zu grösseren Zwischenfällen, zu Propagandaschlachten und zu Artillerieduellen, immer hin und her über die Grenze. Doch der entscheidende Schritt war dann eben, dass Saddam Hussein sich entschloss, mit seiner ganzen Armeemacht anzugreifen. Dies zweifellos in der Idee, in einer oder in zwei Wochen hätte er die Revolutionsregierung in Iran gestürzt. Diese Ansicht wurde ihm durch Flüchtlinge nahegelegt. Es gab iranische Generäle aus der Zeit des Schahs, die damals in Bagdad weilten. Wahrscheinlich spielte auch die CIA, der amerikanische Geheimdienst, eine Rolle dabei, denn die Amerikaner hatten damals ja die Botschaftsgeiseln in Teheran. Der Grossangriff der Iraker beruhte auf einem Fehltrail. Man hat Saddam Hussein gesagt, und vielleicht haben es die Geheimdienste auch wirklich geglaubt und die iranischen Ex-Generäle ebenfalls, die iranische Armee liege am Boden, sie habe sich selbst zerstört, sie funktioniere nicht mehr, der Irak könne Iran leicht eine Lektion erteilen und vielleicht sogar Khusistan an sich nehmen.

Gysling: Es kommt etwas Wesentliches hinzu, das man heute, aus der Rückschau des Jahres 1991, fast nicht mehr nachvollziehen kann. Irak wurde damals, obwohl es einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit Moskau hatte und sich sozialistisch-baathistisch nannte, vom Westen mehr und mehr als ein potentieller Verbündeter

betrachtet und als ein Partner, mit dem man durchaus gute Beziehungen pflegen könnte. So kam es, dass die Amerikaner sich in den achtziger Jahren Saddam Hussein relativ stark zuwandten. Der Westen lieferte eine Menge Waffen an Bagdad, und Frankreich tat sich da besonders hervor: es lieferte Exocet-Raketen und Mirage-Flugzeuge. Auch die Bundesrepublik Deutschland lieferte an Irak. Die offiziellen Exporte in bezug auf Rüstungsgüter hielten sich zwar, verglichen mit anderen westlichen Ländern, in einem gewissen Rahmen – sie waren geringer als die Lieferungen der USA, Frankreichs und auch Grossbritanniens. Hinzu kamen aber Güter, die indirekt dann eben doch zur Aufrüstung Iraks beitrugen, Produkte der chemischen Industrie, die Saddam Hussein zumindest teilweise in seine Giftgasproduktion umleitete und die im Krieg eine verheerende Rolle spielen können. Aber denken wir nochmals zurück an die Phase des Golf-Kriegs zwischen Irak und Iran in den achtziger Jahren: Man ging davon aus, Iran sei so schwach, dass es, wie Sie sagten, relativ schnell durch Irak besiegt werden könne, und man wollte das vom Westen aus gar nicht unbedingt verhindern, im Gegenteil. Die damalige Spannung, an die man sich heute nur noch schwer erinnert, konzentrierte sich auf die Besetzung der amerikanischen Botschaft, die ja weit über ein Jahr, genau 444 Tage, dauerte. Es konzentrierte sich alles auf die wahren Greuelgeschichten aus dem Reiche Khomeinys mit den Hinrichtungen, mit der Unterdrückung der ethnischen Minderheiten, mit dem Zwang gegen die emanzipierte Klasse und gegen Frauen. Man war irritiert über die zwangsweise Islamisierung insbesondere im Schulsystem, zum Teil auch im Wirtschaftsleben. Es gab damals ja eine feindselige Einstellung des Westens gegenüber Iran, und Iran andererseits predigte ja auch immer wieder, dass die iranische Revolution eigentlich erst dann an ihrem Ziel angelangt sei, wenn sie bis nach Jerusalem getragen worden wäre. Das etwa war das Umfeld. Westliche Länder, auch die Amerikaner, liierten sich so stark mit Saddam Hussein, dass man sogar keine grosse Geschichte daraus machte, als die Iraki im Mai 87 ein amerikanisches Schiff, die Fregatte Stark, mit französischen Exocet-Raketen von einem französischen Flugzeug aus angriffen. Mehr als dreissig amerikanische Seeleute verloren ihr Leben, aber man setzte von Washington aus damals eine politische Priorität, da man längerfristig gute Beziehungen mit Irak aufbauen wollte.

Hottinger: Ich glaube, es ging noch weiter. Es gab zwei Phasen in dem Krieg. Die erste Phase war ein irakischer Vormarsch, der Irak schien siegreich zu sein, aber dieser Vormarsch wurde dann im Frühling 1982 zurückgeschlagen. Die Iraker erlitten eine schwere Niederlage mit 50000 Gefangenen, die einfach die Waffen streckten, und damals hat die ganze Welt zu zittern begonnen. Man fragte sich: geht nun Khomeiny weiter, kann er den Irak umwerfen? Und damit kam ein weltstrategisches Element in den Krieg hinein. Hätte Khomeiny die irakische Armee durchbrochen und Basra erreicht, wäre er plötzlich am Kopfende des Golfes gestanden, und seine Armee wäre die einzige wirksame Armee im ganzen Golfraum geworden, so dass er plötzlich den Goldtopf aller Ölvorkommen am Golf beherrscht hätte. Diese Sorge bestand, und eine ganze Reihe Staaten, vor allem die Franzosen, unterstützten den Irak auch, aus anderen, finanziellen Gründen. Die Amerikaner unterstützten die Iraker, weil sie Angst vor Khomeiny und seinem möglichen Durchbruch hatten. Man muss sich erinnern: 1982, nach seiner Niederlage in Khusistan, hat Saddam Hussein Khomeiny Frieden angeboten. Damals berieten die Iraner lange und beschlossen dann unter dem Einfluss Khomeinys: Nein, wir werden jetzt bis Kerbela, bis zur heiligen Stadt Kerbela, die im südlichen Irak liegt, vorstossen. Das hiess praktisch und strategisch: Wir wollen versuchen, die irakische Armee zu vernichten, in Südirak ein islamisch-revolutionäres schiitisches Regime zu errichten und damit den Golfraum zu beherrschen. Dies war die strategische Gefahr, der sich damals die Industrienationen ausgesetzt sahen. Die westliche Welt wollte vermeiden, dass die islamische Revolution auch noch zur Beherrscherin der wichtigsten Erdölvorkommen der Welt würde. Deshalb vor allem die Marine-Unterstützung, die ja in der Endphase des Krieges sehr wichtig wurde. Die Amerikaner sind damals mit ihren Kriegsschiffen aktiv geworden, offiziell zur Beschützung der Kuwaiter Tanker, und in der Praxis wurde dann nach Zusammenstössen mit den Iranern, im Vorgehen gegen iranische Ölplattformen zum Beispiel, die iranische Flottenmacht im Persischen Golf von den Amerikanern gebrochen.

Gysling: Es war übrigens eine Zeit, in der durch die irakische Medienlandschaft eine interessante Entwicklung zu verfolgen war. Ich las damals relativ oft die Zeitung «Al-Thaura», sie kam einige

Zeit praktisch täglich in die Schweiz, und «Al-Thaura» war eigentlich fast ein Kunstwerk – in dem Sinn nämlich, als die gesamte Zeitung von der vordersten bis zur hintersten Seite auf Krieg ausgerichtet war. Saddam Hussein wurde damals oft an der Front bei den Truppen dargestellt. Schaute man sich die Bilder ganz genau an, konnte man feststellen: es handelte sich um Fotomontagen. Saddam Hussein ging ja anfänglich nicht an die Kriegsfront. Er hat nie einen wirklichen Militärdienst geleistet, und er fürchtete offenbar, dass er bei den Truppen an der Front abgelehnt würde. Wenn man an jene Jahre zurückdenkt, fragt man sich immer wieder, warum gelang es nicht, einen Frieden zu schliessen? Lag es an der Persönlichkeitsstruktur dieser beiden Führer, Saddam Hussein auf der einen Seite, Ayatollah Khomeiny auf der andern? Eine Zeitlang hatte man den Eindruck, es könne keinen Frieden geben, solange diese beiden Herrscher an der Macht wären.

Hottinger: So verlief die Geschichte aber gar nicht. Es gab zum Schluss Frieden. Ich glaube, das Entscheidende war eben doch das weltstrategische Moment; für Khomeiny wäre der Durchbruch durch den Irak und die Beherrschung der Erdölquellen eine weitere Steigerung seiner Mission gewesen. Gott hatte in seinen Augen schon ein Wunder getan, als Khomeiny Chef von Iran wurde, und sein Durchbruch durch die irakischen Verteidigungslinien wäre das zweite Gotteswunder geworden, er wäre dadurch Chef der ganzen islamischen Welt und ein wirksamer Gegenspieler der westlichen Welt geworden. Das strebte er an, er sagte es sogar immer wieder in seiner Propaganda: «Wir kämpfen für den Islam, wenn wir den Krieg aufgeben, wäre das schlecht für den Islam», so hat er es immer wieder seinen Leuten erklärt. Das bedeutete, dass er für die Weltgeltung des Islam, für den erneuten Durchbruch des Islam zur Weltgeltung stritt. Umgekehrt kämpfte natürlich Saddam Hussein um sein Leben und das Überleben seines Regimes.

In der Schlussphase hat Khomeiny hartnäckig darauf bestanden, dass er unter grossen Opfern vielleicht doch noch diesen Durchbruch erreichen könnte, auch als es schon hoffnungslos aussah. Er hat immer wieder seine Pasdaran, die Revolutionswächter, in die Kämpfe geworfen. Es gab Phasen in dem Krieg, wo man ein ganzes Jahr lang Waffen gesammelt hat, um am Ende des Jahres schliesslich

eine Offensive auslösen zu können, doch immer wieder ist diese Offensive festgefahren. Erst als deutlich wurde, dass die iranische Armee nicht mehr funktionierte, dass es Widerstände und Reibungen zwischen den Pasdaran und der regulären Armee gab, hat sich Khomeiny von seinen Anhängern, der wichtigste war Rafsanjani, überzeugen lassen, dass es nun hoffnungslos sei, dass der Krieg nicht mehr weitergeführt werden könne. Das Entscheidende war, dass die Islamische Revolution selbst in Gefahr geraten wäre, wenn er weiter insistiert hätte. Die Gefahr drohte, dass die Waffenträger sich gegen die Revolution hätten wenden können.

Gysling: Aber wie ist es denn gelungen, dass so viele opferreiche Jahre lang, in denen Hunderttausende von Menschen den Tod gefunden haben, die Bevölkerung dennoch dem Regime soweit die Treue hielt, dass immer wieder junge Leute als Kanonenfutter für diesen entsetzlichen Krieg nachgeliefert wurden?

Hottinger: Es hängt sicher damit zusammen, dass es in Iran so verschiedene Bildungsstrukturen gibt. Es gibt einfache Leute, die kaum etwas anderes kennen als ihre Religion, den Mythos ihrer Religion, und in diesem Mythos ist ganz zentral, dass die Schiiten sich für die Sache des Islam opfern sollen. Des Islam natürlich, so wie sie ihn sehen, für die Sache des Schiismus. So hat es Hussein getan, der Protomärtyrer, und so haben es alle andern Märtyrer getan. Diese Gefühle konnte man in den Dörfern, in den armen Stadtteilen, immer wieder mobilisieren. Es gab immer wieder Leute, die sagten: «Es ist unsere Pflicht, uns für den Islam zu opfern, dann gehen wir auch ins Paradies ein! Sogar wenn wir ohne Erfolg bleiben, müssen wir, wie Hussein, gegen das Böse kämpfen.» Das ist eben der Kern der schiitischen Religion. So hat man immer wieder die einfachen Leute mobilisieren können. Ich habe das auch oft in den Städten gesehen, in Teheran oder in Isfahan kamen die Freiwilligen an, sehr junge Leute vom Lande, die man in ihren Dörfern von der Schulbank weg mobilisiert hatte. Sie zogen durch die Städte, und manche Städter sahen sie sich mitleidig an und schüttelten bedenklich die Köpfe. Sie sagten es natürlich nicht laut, aber man konnte ihnen ansehen, was sie dachten; nämlich: «Die haben's immer noch nicht gemerkt! Sie laufen dem Regime in die Hände und lassen sich von ihm ausnützen. Sie werden als Kanonenfutter dienen!» Das war

möglich, weil es eine breite Schicht in Iran gibt, die noch ganz in dieser Religion lebt und die man auf diese spezifische schiitische Märtyrerreligion verpflichten konnte. Die Gebildeten waren viel skeptischer. Unter ihnen gab es natürlich auch Machttypen, jene, die diese Leute kommandierten und einsetzten, weil sie politisch und militärisch Karriere machen wollten; sogar die, die sich im Ausland als die Waffenkäufer betätigten, dabei war nämlich viel Geld zu verdienen, indem man ins Ausland reiste und überall auf dem schwarzen Markt versuchte, die so dringend benötigten Waffen einzukaufen. Das Entscheidende aber war zweifellos die Opferbereitschaft der schiitischen Unterschichten; wenn man sie richtig ansprach, waren sie bereit, ihr Leben hinzugeben, und sie richtig anzusprechen, ist natürlich das Metier, das die Mullahs verstehen.

Irak vor der Attacke gegen Kuwait

Gysling: Irak hätte ja damals schon gerne einen Traum verwirklicht, den es schon vor dem Beginn des Krieges mit Iran gehegt hatte, nämlich die regionale Grossmacht zu werden. Im Sommer 1988 kam der Waffenstillstand zustande, zwei Jahre lang gab es ein Hin und Her, man einigte sich zum Teil nach langer Zeit auf Gefangenenaustausch, aber noch nicht auf einen wirklichen Friedensvertrag, und im Sommer 1990 begann das nächste Verhängnis, Saddam Hussein griff Kuwait an, und die neueste Krise brach aus.

Hottinger: Wir können sogar sagen, diese neueste Krise ist ein Kind des Krieges von 1980 bis 1988, seine direkte Folge. Man kann verschiedene Aspekte des Krieges zwischen Irak und Iran ins Auge fassen und sehen, wie sich aus ihnen die neue Krise entwickelt hat. Nehmen wir zum Beispiel das Geld. Es ist ganz klar, dass die Iraker in dem Krieg mit Iran als der Staat mit der kleineren Bevölkerung und mit weniger begeisterten Soldaten darauf angewiesen waren, die schwereren und die besseren Waffen zu besitzen. Diese Waffen konnte der Irak sich beschaffen, weil er selbst ein Erdölstaat ist und weil hinter ihm all die Erdölstaaten der arabischen Halbinsel standen. Sie hatten ja alle Angst vor dem erwähnten Durchbruch Khomeinys. Deshalb unterstützten sie den Irak. Der Irak war wirk-

lich eine Art Wall, der sie gegen Khomeiny verteidigte. Es gab ja auch noch andere Zwischenfälle, wie die Versuche von Khomeiny, in Mekka immer wieder Unruhe zu stiften, die deutlich zeigten, dass er auf der arabischen Halbinsel die Macht an sich reißen wollte. Daher griffen die arabischen Ölstaaten dem Irak gewaltig mit Geld unter die Arme. Man kennt die grossen Dimensionen der irakischen Zahlen. Sie begannen den Krieg mit 40 Milliarden Dollars Reserven. Diese Reserven waren in wenigen Monaten verbraucht, und Bagdad hat es dann fertiggebracht, Schulden in der Höhe von ungefähr 100 Milliarden bei den Arabern, von ungefähr 35 Milliarden bei den Sowjets, von ungefähr 30 Milliarden in Europa zu machen. Als der Krieg zu Ende war, sagte Saddam Hussein ganz offen: «Den Arabern zahle ich nichts zurück, denn sie habe ich ja gegen Iran verteidigt! Sie bekommen ihr Geld nicht mehr!» Die Saudis haben das weitgehend hingenommen, und die Kuwaitis haben sich leise beklagt. Sie deuteten an, dass sie als Entgelt wenigstens eine genaue Demarkation der Grenzen erhalten wollten. Die Grenzen waren immer noch nicht demarkiert. Zwar hatten die Iraker Kuwait als Staat anerkannt, aber die Grenzen wollten sie nie festlegen. Das wollten die Kuwaiter doch mindestens erledigen, bevor sie ihnen die vielen Milliarden Schulden erliessen.

Saddam Hussein machte eine unangenehme Erfahrung mit den Schulden. Er wollte nun sein Land rasch entwickeln. Er sagte ja seiner Bevölkerung, sie habe den Krieg gewonnen, und die Bevölkerung erwartete, dass es nun rasch aufwärts gehe. Aber der Irak hatte so grosse Schulden, dass es ihm fast unmöglich war, neue Anleihen zu erhalten. Sämtliche Gläubiger traten nun auf und erklärten, sie wollten mindestens Teilrückzahlungen sehen; ohne sie waren neue Kredite einfach nicht mehr zu finden. Saddam Hussein empfand das als eine Art von Verfolgung des Iraks. Es kam nämlich noch dazu, dass der Ölpreis sank. Der Ölpreis sank ab, weil die Ölstaaten mehr produzierten, als ihr OPEC-Anteil war. Die Hauptsünder waren zweifellos Kuwait und die Arabischen Emirate. Saddam Hussein hat das in seiner Propaganda verwendet, aber er hatte wohl wirklich auch selbst den Eindruck, dass die anderen Erdölstaaten den Preis absichtlich drückten, um den Irak in seinem Schuldenloch zu belassen, damit er nicht aus den Schulden herauskomme und damit er die

Früchte seines Sieges, nämlich die erste Position des Iraks am Golf, nicht ernten könne. Er glaubte, die Ölstaaten und die Amerikaner hätten sich gegen ihn verschworen, besonders Kuwait, die Föderation der Arabischen Emirate und die Amerikaner, mit dem Ziel, den Irak finanziell nicht mehr auf einen grünen Zweig kommen zu lassen.

Gysling: Die Kuwaiti und die arabischen Emirate können eigentlich fast zu jedem Preis Öl fördern und verkaufen. Nicht ganz so ist die Situation in Saudiarabien. Kuwait und die Arabischen Emirate können es deshalb, weil sie nicht diese gigantische Infrastruktur aufgebaut, nicht diese grossen Investitionen getätigt haben wie etwa Saudiarabien. Saudiarabien braucht ja, nur schon um seine Infrastruktur zu erhalten, einen gewissen Ölpreis. Die irakische Beschuldigung an die Adresse Kuwaits, dass es den Ölpreis gedrückt hätte, war an sich zutreffend – aber sie war keine Rechtfertigung des Kriegs.

Hottinger: Gewiss, sie haben über ihren OPEC-Anteil hinaus produziert; sie haben auch ganz offen gesagt, bei der nächsten OPEC-Verhandlung wollten sie unbedingt einen höheren Plafond für ihre Produktion erhalten. Bei den Saudis ist die Preisfrage eine ausserordentlich komplizierte Sache. Es geht nicht nur darum, wieviel Geld sie mit dem Ölverkauf verdienen, sondern auch, welchen Marktanteil sie erringen können. Wenn sie den Preis senken, erhalten sie einen grösseren Marktanteil, denn dann können sie ihre Konkurrenten ausschalten. Es gibt zwei Richtungen innerhalb der saudischen Ölpolitik. Da war Yamani; er war immer für einen möglichst grossen Marktanteil und einen billigen Preis. Doch eines Tages, als das Öl zu billig wurde und die Saudis zum ersten Mal Steuern in Erwägung zogen und Anleihen aufnahmen, wurde Yamani abgesetzt zugunsten des neuen Erdölministers, Hisham Nazer, der dem König versprach, er werde den Ölpreis von 10 auf 18 Dollar anheben und ihn dort halten.

Gysling: Lassen Sie uns noch einen Moment bei der Zwischenkriegszeit bleiben. Was wir mitberücksichtigen sollten, ist folgendes: Saddam Hussein fiel nach dem Abschluss des Waffenstillstandsvertrags mit Iran im Westen schon sehr bald in Ungnade, und dafür gab es Gründe. Es gab die Giftgasangriffe gegen die Kurden in sei-

nem eigenen Staate. Es gab die Gerüchte, dass Saddam Hussein an einer Atombombe bastle. Nachdem die Israeli schon 1981 einmal einen Reaktor in Irak zerstört hatten, kamen diese Gerüchte neu auf, und es gab offenkundig einige Gründe zur Annahme, dass Saddam Hussein zumindest anstrebe, eine Atombombe zu bauen. Es gab ausserdem die Gerüchte über den Bau der sogenannten Superkanone, also einer riesigen Waffe, die mit westlicher Hilfe hätte konstruiert werden sollen, und es gab die Affäre um den englisch-iranischen Publizisten Farsad Bazoft, der sich in Irak unbeliebt gemacht hatte, weil er über eine chemische Fabrik recherchierte, in der möglicherweise Giftgas hergestellt wurde. Bazoft wurde verhaftet, verurteilt und gehängt. Das sind einige der Ereignisse der Zwischenkriegszeit. Im Frühjahr 1990, also noch ein gutes Vierteljahr vor dem Ausbruch des Konfliktes um Kuwait, las man schon die Schlagzeilen in den amerikanischen Blättern, in «Newsweek», «Time» usw., «The most dangerous man of the world», bezogen auf Saddam Hussein. Saddam Hussein war bereits sehr stark im Abseits, noch bevor er den Krieg um Kuwait auslöste.

Hottinger: Man brauchte ihn ja auch nicht mehr. Er und seine Armee waren der entscheidende Schutz gegen Iran. Iran ist heute für den Golf keine Gefahr mehr. Iran möchte zwar dort immer noch eine Rolle spielen, doch die iranische Armee ist inzwischen eine Normalarmee geworden, keineswegs mehr eine grosse Offensivgefahr. Khomeiny starb, mit ihm auch die Welle des grossen Revolutionsenthusiasmus. Heute ist deutlich, dass die iranische Bevölkerung gerne wieder besser leben möchte; sie ist schwerlich noch bereit, einen Krieg zu führen, wie sie es unter Khomeiny getan hat. Insofern ist es ganz logisch gewesen, dass man gesagt hat, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

Gysling: Der «Mohr» hat sich ja auch entsetzlich verhalten in bezug auf die Kurden, um nochmals auf diese Zwischenkriegszeit zurückzukommen, mit den Giftgasangriffen auf Halabje. Warum eigentlich hat Saddam Hussein in diesem Moment die Kurden derart unterdrückt und sie auszuschalten versucht?

Hottinger: Es gab da zwei Phasen. Es gab Halabje, das war eine irakische Stadt, die von den Iranern erobert wurde. Es war der letzte Sieg, noch im März 1988, den die Iraner davontrugen. Halabje wurde

eingenommen mit Hilfe von kurdischen Freischärlern, aber dann besetzt von iranischen Revolutionswächtern. Nachdem das geschehen war, hat Saddam Hussein die Stadt mit allen Bewohnern und auch die umliegenden Dörfer mit Gas belegt. Er hat offenbar gehofft, die iranischen Soldaten zu erwischen, und das ist ihm auch teilweise gelungen, aber er hat mit ihnen auch alle Bewohner der Stadt getötet. Er tat das wohl auch als Racheakt. Die irakischen Kurden hatten sich auf die Seite der Iraner gestellt, und nun mussten sie dafür büssen.

Dann kam der zweite Akt. Nachdem der Waffenstillstand geschlossen war und Saddam Hussein seinen Sieg gegen Iran errungen hatte, war ein grosses Gebiet im irakischen Norden von pro-iranischen Kurden beherrscht. Zwar waren das nicht die Städte und nicht die Verbindungsstrassen, aber das offene Land, das abseits von den Strassen lag, beherrschte der Guerillachef Masud Barzani, ein Verbündeter von Teheran, der aber ein irakischer Kurde war. Saddam Hussein empfand nun wieder: Das sind Verräter, und die Verräter müssen eliminiert werden! Ausserdem war seine eigene Armee kriegsmüde, und ein langer kurdischer Kampf, die Kurden sind ja ausserordentliche Bergkämpfer, und die irakische Armee hat sie nie leicht besiegen können, ein langer kurdischer Kampf hätte nach dem Krieg in der irakischen Armee einen gewissen Kater auslösen können. Deshalb hat Saddam Hussein kurzen Prozess gemacht und alle Dörfer, in denen die Guerillakämpfer sassen, mit Giftgas bombardiert. Diese zweite Aktion, die noch grausamer war als Halabje, ist weniger an die Weltöffentlichkeit gedrungen. Die Presse wurde von Teheran aus nach Halabje geschickt, sie bekam sogar Helikopter zur Verfügung gestellt, und sie konnte das Massaker sehen und photographieren. Nachdem der Waffenstillstand geschlossen war, ist niemand in die irakisch-kurdischen Gebiete gekommen. Das einzige, was man sah, waren einige Flüchtlinge, denen es gelang, über die türkische Grenze nach der Türkei zu entkommen, und die übrigens heute noch in Lagern bei Diarbakir oder bei Mardin sitzen und nicht hinaus dürfen. Damals gab es einen gewissen Zynismus. Die Türken, aber auch die ganze westliche Industriewelt wollte sich mit Saddam Hussein gut stellen. Es war noch nicht offenbar geworden, dass er nun wirklich nichts mehr bezahlen konnte. Man hat im gleichen Sommer 1988 eine grosse internationale Waffenausstellung

in Bagdad organisiert, und Saddam Hussein zeigte sich auch sehr interessiert daran, Waffen zu kaufen. Aber er wollte sie alle auf Kredit, und da war es dann plötzlich vorbei mit dem Geschäft. Kurz vorher noch haben die Türken Saddam Hussein die Möglichkeit gegeben, seinen Gasmord an den Kurden weitgehend zu vertuschen, indem sie ihren Militärärzten befahlen, sie müssten sagen, dass sie keine Beweise für Giftgas in den Lagern der Flüchtlinge gesehen hätten. Das haben die Militärärzte getan; es gab jedoch Gegenstimmen von andern, die nicht Militärärzte waren, und es gab sogar einige Militärärzte, die unter der Hand ausgesagt haben, sie müssten es abstreiten, aber sie hätten natürlich Folgen von Gas gesehen. Dazu kamen ausführliche Berichte der Kurden selbst, wie das gewesen sei. Sie waren so detailliert, dass sie nicht erfunden sein konnten. Doch Bagdad hat die offizielle türkische Aussage immer wieder benützt, um zu behaupten, die Türken bestätigten, es sei kein Giftgas verwendet worden. Tatsächlich hatten sie nur erklärt: «Wir konnten kein Giftgas feststellen!» Was nicht genau das gleiche ist.

In jenem Sommer, so scheint mir, hätte die westliche Welt sehr viel energischer eingreifen müssen; damals hätte sie sagen müssen, ein solcher Verstoss gegen das internationale Recht und gegen einen Vertrag, den der Irak selbst unterschrieben hat, erfordert Sanktionen. Statt dessen schwieg man und liess alles im ungewissen, weil man dachte, der Irak mit seinem Erdöl werde doch vielleicht ein wichtiger Geschäftspartner.

Dies ist nur eines der Fehlsignale, die Saddam Hussein dahin interpretierte, dass sich mit dem Westen viel machen liesse. Dass die Industriestaaten sich gerne an der Nase herumführen liessen, wenn man ihnen nur genug Gewinne verspreche. Das damalige Verhalten der westlichen Welt war eine psychologische Voraussetzung für das, was dann erfolgte, nämlich für den Überfall auf Kuwait.

Kurden – Volk ohne Staat

Gysling: Nun ist die kurdische Problematik eine ganz besondere. Je nach Zählweise gibt es 12 bis sogar 20 Millionen Kurden, sie sind also eine bedeutend grössere Gruppierung als beispielsweise die Palästi-

nenser. Dennoch will niemand in der Welt so richtig die kurdischen Anliegen ernst nehmen. Natürlich hängt das unter anderem damit zusammen, dass die Kurden in verschiedenen Staaten leben, in der Türkei, in Irak und Iran, wenige in Syrien. Es gibt eine Zersplitterung durch diese Situation und eine weitere aufgrund der Ideologie, die weit aufgefährt ist zwischen den verschiedenen Organisationen der Kurden. Aber konzentrieren wir uns vielleicht auf die Situation in der Türkei, dort scheint das Kurdenproblem ja am vehementesten ausgetragen zu werden.

Hottinger: Im Augenblick. In der Geschichte der modernen Kurden ist es immer so gewesen, dass sie auf einer Front gegen einen Staat zu kämpfen versuchten. Es gab eine ziemlich lange Periode unter Mullah Mustafa Barzani und später dem Sohn, Masud Barzani, in der letzten Zeit, in der gegen Bagdad gekämpft wurde. Dann gab es einen Moment der Erhebung gegen Teheran kurz nach dem Sieg Khomeinys im Sommer 1979. Nun ist die türkische Situation die eigentlich kritische und die eigentlich interessante. Ich weiss nicht, wie weit das heute von den Kurden gesteuert ist; ich weiss, dass es zur Zeit von Mullah Mustafa Barzani eine bewusste Politik gab. Die irakischen Kurden sollten gegen Bagdad kämpfen, und die anderen in Iran, in der Türkei sollten sie unterstützen, so dass für die Kurden immer noch ein Fenster nach Iran und ein Fenster nach der Türkei offen blieb. Mulla Mustafa erklärte ganz offen, die Kurden müssten vermeiden, dass alle drei Staaten sie umzingelten; ein Staat sei genug. Er hat damals den Kurden in Iran und in der Türkei Anweisung gegeben, sich ruhig zu verhalten und lieber unter der Hand seine Bewegung im Irak zu unterstützen, aber nicht gegen ihre Regierungen den Kampf zu eröffnen. Vielleicht geht das heute weiter. Tatsache ist, dass die PKK, die kurdische Partei der Bauern und Arbeiter, eine links-kommunistische, höchst ideologische Partei, zuerst ihren Kampf gegen die Türkei beginnen konnte, weil ihre Brüder, die viel bürgerlicheren Kurden von Barzani, die Herrschaft in den Grenzgebieten besaßen. Sie standen an der nördlichen Grenze des Iraks. Die Türken haben mehrmals Vorstösse über die Grenze hinweg gemacht, übrigens mit Zustimmung von Bagdad, weil Bagdad damals mit dem Iran-Krieg beschäftigt war und ihnen die Bewilligung gab, die Grenzgebiete zu «säubern». Aber die Tür-

ken gingen dann wieder zurück, und die Partisanen Masud Barzanis besetzten erneut die Grenzgebiete und haben dann unter der Hand die PKK zeitweise bewaffnet und ihr gestattet, in die Türkei zu infiltrieren. Das war der Beginn der Aktionen der PKK, die keineswegs die Partei der Mehrheit der türkischen Kurden war. Sie war vielmehr ein extremer Flügel aktivistischer Art, der einen Guerillakrieg auslösen wollte, während viele andere Kurdenparteien in der Türkei eher darauf ausgingen, zuerst ein kurdisches Nationalbewusstsein weiter auszubilden, die Schrift auszubreiten, die kurdische Sprache, und später einmal über kurdische Autonomie zu verhandeln. Die PKK ist durch ihre Brutalität zunächst erfolgreich gewesen. Sie hat viel Angst erzeugt und auch viel Aufsehen um sich herum hervorgerufen, so dass sie heute, nach einigen Jahren der Versuche, einen Guerillakrieg auszulösen, die führende kurdische Partei in der Türkei geworden ist. Verfolgt von der Armee, aber bis jetzt nicht wirklich niedergeschlagen. Es ist bis jetzt nicht zu einem echten Guerillakrieg gekommen. Es handelt sich mehr um Grenzvorstöße und vorübergehende Besetzungen von einigen Dörfern. Man hat nicht den Eindruck, dass das Niveau einer Guerilla bereits erreicht wäre. Doch dies wird zweifellos angestrebt. Es gibt gewaltige Massen von türkischen Soldaten in dem Gebiet, 100000, 150000, 200000 manchmal, die versuchen, den Brand zu löschen, bevor er zu einem wirklichen Flächenbrand wird. Der Krieg ist sehr grausam. Die Türken sind dazu übergegangen, einzelne Kurden in den Dörfern zu bewaffnen, von denen sie hoffen, dass sie auf ihrer Seite stehen, und umgekehrt hat die PKK begonnen, diese bewaffneten sogenannten Dorfwächter zu überfallen und zu ermorden. Nicht nur sie werden umgebracht, sondern auch gleich ihre ganzen Familien. Es kommt vor, dass Häuser angezündet und die Familien in den Häusern verbrannt werden, weil die PKK annimmt, es seien Kollaborateure der Regierung von Ankara. Auf der Seite der Armee geht die politische Kriegführung so weit, dass die Armee Listen von kurdischen Stämmen hat, die eher mit ihr sympathisieren oder gegen sie eingestellt sind. Jene, die als staatsfeindliche Kurden klassifiziert werden, können aus dem kurdischen Gebiet vertrieben und zur Zwangsniederlassung in rein türkischen Regionen gezwungen werden, natürlich mit allen Grausamkeiten, die in solchen Fällen immer stattfinden.

Gysling: Und die Türkei hatte ja eine schwankende Haltung in den Jahren 88 bis 90/91 in bezug auf die Kurden. Es gab eine Phase, da erlaubte die Regierung in Ankara den Gebrauch der kurdischen Sprache und der kurdischen Folklore, aber im Frühjahr 1990, als die Verfassung in der Türkei geändert wurde (was einige Beobachter mit einem stillen Staatsstreich gleichgesetzt haben), wurde all das rückgängig gemacht, und die Unterdrückung der Kurden begann von neuem.

Hottinger: Das hängt mit dem parlamentarischen System zusammen. Es gibt eine so grosse Kurdenbevölkerung in der Türkei, dass 20, 30 oder mehr Abgeordnete im Parlament Kurden sind. Sie haben selbstverständlich ein ganz anderes Verhältnis zum Kurdischen, auch wenn sie loyale Bürger der Türkei sind, als etwa die Militärs. Wenn aber die Militärs regieren, dann kommt immer die harte Zeit für die Kurden, die Armee will stets auf Atatürk zurückgreifen, der behauptet hat, es gebe gar keine Kurden, sie seien alle «Bergtürken», und es dürfe sie auch nicht geben. Dann entsteht eine Lage, wie sie heute wieder besteht, so dass sogar ein Tonband mit einem kurdischen Lied als ein Grund gilt, um jemanden ins Gefängnis zu bringen, wo er aller Wahrscheinlichkeit nach auch gefoltert wird.

Nach der Invasion Iraks in Kuwait

Hottinger: Wenn man heute liest, was Saddam Hussein schon im April 1990 in damals geheimen Reden von sich gegeben hat, und die späteren Erklärungen dazu hört, die nach dem Beginn der Krise gegeben wurden, so ist ganz klar, dass die Iraker sich einer Verschwörung ausgesetzt glaubten. Sie glaubten, dass das Billigerwerden des Erdöls eine absichtliche Politik der Kuwaiter, der Amerikaner, der Saudis gewesen sei, die dazu dienen sollte, Irak unter Schuldendruck zu halten und Saddams Aufrüstungspläne zu durchkreuzen. Saddam wollte ja auch nuklear aufrüsten, und seine Rivalen wollten ihn seiner Ansicht nach daran hindern, die erste Rolle in der arabischen Welt zu spielen. Man sah das in Bagdad als eine bewusste Verschwörung, die darauf ausging, dem Irak die Früchte des Sieges zu rauben. Der Irak glaubte ja, im iranisch-irakischen Krieg gesiegt zu haben.

Etwas Wahres ist daran. Der Westen begann 1988, nach dem Ende des Krieges, Saddam Hussein etwas kritischer zu beurteilen. Früher war er immer nur die grosse Schutzmacht gegen Khomeiny gewesen, und nun erst fing man im Westen an, sich ernsthaft zu fragen: «Was hat Saddam denn eigentlich vor? Wie geht es im Irak weiter? Was soll diese grosse Armee nun tun?» Vor allem wurden die westlichen Mächte und die arabischen Nachbarstaaten misstrauisch, als Saddam deutlich machte, dass er noch weiter aufrüsten wollte. Nach einem Krieg rüstet man im allgemeinen ab, aber Saddam wollte weiter aufrüsten, vor allem in bezug auf nichtkonventionelle Waffen, nämlich seine C-Waffe, das Gas, das er bereits verwendet hatte, dazu biologische Waffen, an denen er baute, und es gab auch einen Versuch, eine Atomwaffe herzustellen. Die Schritte, die man im Westen dagegen unternahm, waren unter anderen Zollmassnahmen. Die Kontrollen wurden nun strenger durchgeführt, man kam auf allerhand Einzelheiten und erkannte, dass die Iraker viele Bestandteile für ihre chemischen und biologischen Waffenfabriken einzeln im Westen bestellt hatten und sie dann im Irak sozusagen zusammensetzten. Der Import erfolgte oft unter falschen Vorwänden; Bagdad behauptete, die Artikel dienten der Erdölindustrie oder der Forschung. In Wirklichkeit wurden sie jedoch für die Kriegstechnologie verwendet. Deshalb verfügte der Westen einen Exportstopp und ein entschiedenes Vorgehen gegen die Lieferungen, die bereits unterwegs waren. Für Saddam Hussein lag eine Verschwörung vor, als man ihm die Schalter, die man braucht, um Atomexplosionen auszulösen, die Zünder und andere Bestandteile von Waffen nicht mehr liefern wollte. Dies sei eine Verschwörung, sagte er, gegen die irakische Wissenschaft. Ähnlich war es auch mit jener merkwürdigen Kanone. Man weiss nicht genau, was dahinter steckte. Es gab einen naturalisierten Amerikaner, Gerald Bull, der in Kanada ein Projekt entworfen hatte, nach dem man aus einer Kanone Raketen in den Weltraum schiessen konnte. Er war ein Fachmann für Ballistik. In Kanada hatte man diese Versuche aufgegeben, sie waren zu teuer geworden, Bull hat sich dann dem Irak zur Verfügung gestellt, und er wurde in Brüssel unter sonderbaren Umständen ermordet, wahrscheinlich war der israelische Geheimdienst am Werk. Gleichzeitig waren die Lieferungen von Edelstahl-

rohren aus England im Gange, von denen man nun annahm, es könnten vielleicht Kanonenrohre einer Superkanone sein, wie man sie in der Presse nannte. Während die Iraker steif und fest behaupteten, es handle sich um Röhren für die Petroleumindustrie. Es kam zu einer heftigen Pressekampagne, und im Irak herrschte grosse Empörung. Man wolle sie an ihrer «Entwicklung» hindern, sagten die Iraker. Dazu kam auch noch die Kampagne um Bazoft. Bazoft war ein Journalist, der aus Persien stammte und wohl eher ein Amateur war. Er hatte offenbar ein Visum für den Irak bekommen und hat sich dann einer englischen Zeitung als Journalist zur Verfügung gestellt. Nun, dieser Journalist wollte eine grosse Explosion erforschen, die sich im September südlich von Bagdad ereignet hatte. Man nimmt an, dass entweder Raketentreibstoff oder vielleicht sogar etwas im Zusammenhang mit der Atomindustrie explodiert war. Nachforschungen hierüber waren selbstverständlich streng verboten. Bazoft hat sich unter merkwürdigen Tricks an die Sache herangepirscht. Er hat eine englische Krankenschwester kennengelernt, die mit den Verwundeten nach dem Unfall zu tun hatte, und sie hat ihn dann auf das Gelände geführt. Ob er wirklich als Arzt verkleidet war, ist umstritten. Jedenfalls ist er hereingekommen und hat dann anscheinend ganz naiv übers Telefon mit London darüber gesprochen. Er habe sogar Erdproben von der Unfallstelle genommen, sagte er, was eher weit geht für einen Journalisten. Er wurde am Flughafen bei der Ausreise gefangengenommen und inhaftiert. In England wurde eine ebenso grosse wie ungeschickte Pressekampagne lanciert. Die britischen Blätter verdammten und verurteilten Saddam Hussein, als Bazoft noch im Gefängnis sass, und die Folge davon war, dass er schnell hingerichtet wurde, nachdem eine Proforma-Gerichtsverhandlung stattgefunden hatte.

Gysling: Die Verschwörungstheorie hat ja auch im Gespräch zwischen der seinerzeitigen amerikanischen Botschafterin Glaspie und Saddam Hussein am 25. Juli 1990 eine merkwürdige Akzentuierung erfahren. Man muss sich vorzustellen versuchen, wie dieses Gespräch verlaufen ist und welche Schlussfolgerungen daraus gezogen worden sind. Saddam Hussein sagte damals gegenüber der amerikanischen Botschafterin, er könne ohnehin von Amerika kaum mehr etwas anderes kaufen als Weizen und noch einige andere Lebens-

mittel. Alles andere sei ihm bereits verboten worden. Die amerikanische Botschafterin äusserte sich etwas vage: sie sagte, die USA legten Wert auf bessere Beziehungen mit dem Irak. Saddam Hussein deutete an, dass er einen militärischen Schlag gegen Kuwait erwäge, möglicherweise sogar schon konkret plane, und die Botschafterin antwortete: «Wir Amerikaner werden uns nicht in die innerarabischen Angelegenheiten einmischen.» Ob sie die Drohung Saddam Husseins mit dem Schlag gegen Kuwait ernst genommen hat, kann man bis heute nicht klar erkennen. Feststellen kann man auf der andern Seite, dass die Exporte des Westens, von denen Sie sprachen, doch erstaunlich lange weitergingen. Sie wurden dann zwar allmählich zurückgenommen, aber die Anfang 1991 veröffentlichte Statistik ist doch recht aufschlussreich. Die USA haben noch bis kurz vor dem Ausbruch der eigentlichen Kuwait-Krise für etwa 1,5 Milliarden Dollar Waren geliefert, welche direkt oder indirekt in die Rüstungsindustrie oder in die Umrüstung flossen. Die Deutschen lieferten für 650 Millionen Dollar – auch das ein Riesensbetrag, aber wenn man den Vergleich mit anderen Ländern zieht, ist er doch nicht so überwältigend, zumindest nicht in bezug auf das, was als Rüstungshilfe in direktem Sinne interpretiert werden kann. Hinzu kamen von einzelnen Unternehmen der deutschen Industrie dann allerdings noch die Chemie-Exporte, die Saddam Hussein teilweise zur Giftgasproduktion verwendete. Frankreich lieferte Kriegsmaterial in noch viel grösserem Ausmass, und als der Konflikt ausbrach, sah man: die Iraki stützten sich vor allem auf die Mig-Flugzeuge, die von den Sowjets geliefert worden waren, auf die Mirage, auf die Exocet-Raketen, auf die Scud, also die mobilen Raketenabschussrampen. Sie stammten von den Sowjets, beruhten auf Konstruktionen der frühen sechziger Jahre, wurden dann technologisch verbessert dank Nachrüstungshilfe von den Deutschen, aber auch, und das scheint mir wichtig, von den Amerikanern. Diese Exporte wurden erst langsam, eigentlich unverständlich langsam reduziert, während die politische Krise und die Verschwörungstheorie auch auf der andern Seite eskalierten. Dann kam der 2. August und das, woran niemand so richtig hatte glauben wollen, nämlich dass Irak wirklich in Kuwait einfallen würde. Die Folgeereignisse hatten beidseitig eine eigene Dynamik. Auf der einen Seite isolierte sich Irak stärker,

als Saddam offenbar geglaubt hatte. Die Front gegen Saddam Hussein im arabischen Lager, im Westen und in andern Gebieten der Welt formierte sich, wie man aus den Abstimmungen in der UNO erkennen konnte, erstaunlich schnell. Syrien erklärte sich bereit, an der Seite der USA Truppen zu schicken, ein erstaunliches Phänomen, wie man es damals taxierte, Marokko schickte Truppen, die Ägypter schickten Truppen, Bangladesh und andere Staaten ebenfalls. Eine riesige Koalition, die schliesslich 28 Staaten umfassen sollte, kam zustande, vor allem natürlich aufgrund der amerikanischen Initiative. Wobei man nicht vergessen sollte, dass die USA in Phasen vorgingen. Erst betonte Präsident Bush die Notwendigkeit, Irak vor weiterer Aggression abzuschrecken. Diesen Zweck sollten die ersten nach Saudiarabien entsandten Kontingente erfüllen – gekoppelt mit dem Druck auf Saddam Hussein, sich aus Kuwait zurückzuziehen. Ab Oktober kam die nächste Phase, die das Ziel verfolgte, offensive Kapazität gegen Irak zu gewinnen. Und schliesslich kam der Punkt, da der Krieg der von Amerika geführten Allianz vorbereitet wurde. Nach wie vor unklar ist, welche Überlegungen Präsident Bush von der einen Stufe in die andere trieben. Die Gruppe von Leuten, von denen der Präsident sich beraten liess, war auf jeden Fall klein: Verteidigungsminister Cheney, Staatssekretär Baker, Generalstabschef Powell – und aussenpolitisch die damalige britische Premierministerin, Margaret Thatcher. In der arabischen Welt verliefen die Stellungnahmen komplizierter als im Westen. Es gab Differenzen zwischen den Wünschen der Massen und jenen der Politiker. Auf der einen Seite waren die Regierungen, welche die Armeen an der Seite der westlichen Alliierten, von den USA angeführt, nach Saudiarabien und in die Emirate schickten, um allenfalls gegen Irak antreten zu können, und auf der andern Seite die Volksmassen. In Marokko hat sich die Situation bis zum Februar drastisch verschärft, so dass die Volksmassen die Obrigkeit aufforderten, eine Kehrtwendung vorzunehmen. In Ägypten war bis Ende Februar eine ähnliche Tendenz zu erkennen, in Syrien schien sich die Stimmung ebenfalls mehr und mehr zu akzentuieren. Die Amerikaner formierten eine Allianz; Grossbritannien machte von Anfang an stark mit, Frankreich zögerte ein wenig, zog dann auch in relativ entschlossener Art und Weise nach, die Bundesrepublik Deutschland

zögerte viel stärker und berief sich darauf, dass das Grundgesetz ein militärisches Engagement ausserhalb des NATO-Bündnis-Bereiches unmöglich mache. Sie steigerte aber auf der andern Seite die finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten mehr und mehr und nahm mit Militärkontingenten im östlichen Mittelmeer und mit der Stationierung von Flugzeugen in der Türkei aktiver an der Aktion der Alliierten teil als anfänglich geplant. Die westliche Allianz schien von Europa, von Amerika aus zunächst einmal fester und fester zu werden, die arabische Allianz hatte gewisse Bruchstellen, es gab gewisse Unsicherheiten, aber man wurde sich dann doch soweit einig, dass bis zum 29. November in der UNO jene entscheidende Resolution durchgebracht wurde, welche besagte, dass militärische Gewalt angewendet werden könne, wenn Irak sich bis zum 15. Januar 1991 nicht entschlösse, sich aus Kuwait zurückzuziehen. Das ist, in Stichworten, die Chronologie.

Hottinger: Um noch einmal auf Amerika und Saudiarabien zurückzukommen: In den ersten Tagen nach der Besetzung von Kuwait haben die Saudis kein Wort gegen diese Besetzung gesagt. Sie waren so verängstigt, sie wussten so gut, dass Saddam Hussein ihnen überlegen war und dass sie nun die waren, die sein Gebot einfach akzeptieren mussten, dass sie kein Wort gegen die Invasion Kuwaits sagten. Erst als der amerikanische Verteidigungsminister Cheney nach Saudiarabien kam und klarmachte, dass die Amerikaner Saudiarabien verteidigen würden, haben die Saudis gewagt zu sagen, die Besetzung Kuwaits sei ein Vergehen gegen das Völkerrecht. Dabei gab es einen Staatsvertrag zwischen Saudiarabien, Kuwait und den andern kleinen Fürstentümern Saudi Arabiens, nach dem ein Angriff auf ein jedes von ihnen als Angriff auf alle zu rechnen wäre. Davon war im ersten Moment kein Wort zu hören, und dies ist für mich das klarste Indiz dafür, dass Saudiarabien alleine nicht in der Lage gewesen wäre, dem Irak irgendwelchen Widerstand zu leisten. Saudiarabien hätte, wäre es allein gelassen worden, eine Politik des Sich-Duckens befolgt. Es hätte allen Forderungen Saddam Husseins stattgeben müssen, zum Beispiel dem Transit von irakischem Öl durch die saudische Pipeline oder vielleicht auch einem irakischen Durchmarsch nach der Föderation der Arabischen Emirate, die damals von den Irakern genau wie Kuwait als Überproduzenten

angegriffen worden waren. Saddam Hussein hätte einfach ein Durchmarschrecht durch Saudiarabien fordern können, und Saudiarabien wäre dann eine Art irakisches Protektorat geworden.

Auch die Saudis haben ihre Verschwörungstheorie. Man hat geschrieben, und es gibt allerhand Anzeichen dafür, dass wirklich ein Plan bestand zwischen Saddam Hussein, den Jemeniten und den Jordaniern, sich Saudiarabien zu teilen. Der Jemen hat ja Ansprüche auf die südlichen Provinzen Saudiarabiens, juristisch fundierte Ansprüche, denn es besteht ein Vertrag, der auf eine bestimmte Anzahl von Jahren festgelegt ist, nach dem die Provinzen Abha, Najran und Jizan zu Saudiarabien geschlagen werden sollen. Dieser Vertrag ist abgelaufen. Rein juristisch müssten die drei Provinzen eigentlich wieder zu Jemen zurückkehren. Aber die Saudis denken nicht daran. Saddam Hussein hätte sich für die östlichen Provinzen mit dem Erdöl interessiert, und König Hussein hat in der gleichen Zeit angedeutet, dass er doch eigentlich Scherif sei und diesen Titel am liebsten führe. Er ist ja der Urgrossenkel des Scherifen von Mekka, weshalb Jordanien als das haschemitische Königreich bezeichnet wird. Haschem war der Clan des Propheten in Mekka. Diese Erklärungen des Königs weckten den Verdacht, dass er einen Anspruch auf Mekka anmelden wollte. Damit wäre Saudiarabien aufgeteilt worden. Ob das stimmt oder nicht, jedenfalls scheint Riad daran zu glauben, denn Riad hat in der Folgezeit sowohl Jordanien wie auch Jemen und selbstverständlich den Irak äusserst schroff behandelt. Die Wut der Saudis auf diese drei Länder lässt sich eigentlich nur erklären, wenn man annimmt, dass die Saudis tatsächlich glauben, die drei hätten zusammen etwas gegen sie unternehmen wollen. Also auch hier eine Verschwörung, die man vermutet und für die man Indizien zu haben glaubt, was zu einer Verschärfung des Konfliktes geführt hat.

Gysling: Und nochmals zur Bildung der Koalition. Warum hat Syrien sich der Koalition der Alliierten angeschlossen?

Hottinger: Die Syrer haben kurz vorher von den Russen erfahren, dass die Sowjetunion nicht in der Lage sei, ihren alten Traum zu erfüllen, nämlich die Parität mit Israel zu erreichen. Die Russen haben ihnen das ganz offen gesagt. Sie haben den Syrern zugesagt, sie würden ihnen weiter die nötigen Mittel verschaffen, um sich

glaubwürdig verteidigen zu können. Sie könnten sie aber nicht soweit stärken, dass sie Parität mit Israel erlangen. Das hat natürlich mit der neuen Politik der Sowjetunion zu tun, die eine Versöhnung mit Israel anstrebt und die Amerikaner im nahöstlichen Raum nicht mehr konkurrenzieren will. Der grosse Realist Asad hat das sofort in seinem ganzen Umfang begriffen: er kann also nicht mehr auf die volle Unterstützung der Sowjetunion zählen. Gleichzeitig hat er weiter diesen gefährlichen Feind, Saddam Hussein, von dem er genau weiss, wenn er mächtig genug wird, dann wird er sich auch einmal gegen Syrien wenden. Also machte Asad eine Pirouette. Er stellte sich auf die Seite der Ägypter und der Amerikaner. Es war seine Zusammenarbeit mit Mubarak, die seine Truppenverschiebung nach Saudiarabien zuerst herbeigeführt hat. Die Feindschaft mit Saddam Hussein kann man gar nicht ernst genug nehmen. Die beiden, sowohl Saddam Hussein wie auch Asad, wissen: «Wenn der andere zu mächtig wird, geht es mit mir zu Ende. Jeder blickt deshalb mit einem Auge auf das Nachbarland und nimmt systematisch gegen seinen Nachbarn Partei.

Gysling: Am einfachsten innerhalb der arabischen Welt ist eigentlich die Parteinahme Ägyptens zu erklären. Ägypten ist auf der einen Seite abhängig von den amerikanischen Hilfgeldern, fühlte sich auf der andern Seite gekränkt durch einen gewissen Hochmut, den die Iraker gegenüber den Ägyptern oft zum Ausdruck gebracht haben. Wenn man in Bagdad war, dann traf man in den Hotels, in den Restaurants vor allem ägyptische Gastarbeiter an, die die gute, fachliche Arbeit leisteten, auf die die Iraker aber herabsahen. Hinzu kam, dass die Ägypter die Iraker während des Krieges gegen Iran kräftig unterstützt haben und dass sie den Eindruck hatten, dass ihnen das durchaus nicht angerechnet worden ist. Andererseits formierte sich als Reaktion auf den Krieg etwa ab Mitte Februar auch in Ägypten Widerstand gegen die von der Regierung beschlossene Teilnahme an der anti-irakischen Koalition. Man vergass da offenbar, wie schwerwiegend die Spannungen zwischen Ägypten und Irak etwa im Jahr 1988 waren.

Hottinger: Eine wichtige Rolle spielt auch die Vertreibung der Ägypter: schon 1988, nach dem Friedensschluss, wurden viele ägyptische Fremdarbeiter brutal ausgewiesen. Sie erhielten kein

Geld, wurden verprügelt, es gab sogar Tote; einige Leichensäcke kamen im Flughafen von Kairo an. Die Ägypter haben diese erste Welle der antiägyptischen Ereignisse im Irak heruntergespielt. Die Regierung wollte damals weiter mit dem Irak zusammenarbeiten. Sie versuchte zu beschwichtigen und hat die Zeitungen angehalten, nicht zu viel über die Vorkommnisse zu schreiben. Doch schon diese erste Welle war recht brutal. Man wusste nicht so recht, warum sie zustande gekommen war. Der Irak hat damals demobilisiert. Eine Ursache waren wohl einfach die Arbeitsplätze. Ein Iraker, der aus der Armee entlassen worden war und einen Ägypter an seinem Arbeitsplatz vorfand, fühlte sich natürlich bemüsst, diesen Ägypter zu verprügeln, um ihm zu sagen: «Du verschwindest jetzt, das ist mein Platz!» Die Polizei hat das offenbar geduldet. Aber vielleicht war sogar noch mehr daran; die Iraker wollten wohl auch ihre Ausgaben reduzieren, und sie haben versucht, die ägyptischen Fremdarbeiter abzuschieben, indem sie ihnen Angst machten. Ihre Bankkonten wurden gesperrt, sie konnten nicht mitnehmen, was sie bereits verdient hatten; es gab auch keine Überweisungen mehr, was für die Ägypter sehr wichtig war, denn sie hatten alle Familie zu Hause und arbeiteten im Irak, um ihre Familien zu ernähren.

Dann kam es zu einer zweiten Welle antiägyptischer Ausschreitungen mit dem Beginn der Krise. Ägypten als Staat hatte ja gegen den Irak Stellung genommen. Diesmal haben die ägyptischen Zeitungen über die Vorfälle berichtet, und man hat die Toten gezählt; man hat sogar Autopsien vorgenommen und festgestellt, dass unter den Toten zwischen 18 und 35 Jahren die meisten an Schlägen auf den Kopf und auf den Magen und ähnlichen Brutalitäten gestorben waren. Es war also ziemlich klar, was geschehen war. Warum die Iraker das duldeten, ist nicht ganz leicht zu erklären. Wahrscheinlich hatte die Polizei auch antiägyptische Vorurteile. Es gab wohl auch das Gefühl, es seien zu viele von ihnen da; es waren ja über anderthalb Millionen. Und so wollte man diejenigen, die man nicht dringend brauchte, möglichst nachdrücklich zum Abreisen zwingen, was dann sogar zu Totschlag geführt hat.

Gysling: Und was ist die Motivation des marokkanischen Königshauses gewesen, sich an der Koalition zu beteiligen?

Hottinger: Sicher die Gunst der Amerikaner, das ist sehr wichtig für König Hassan. Auch Saudiarabien ist sehr wichtig für ihn; wie im Fall der Ägypter spielt Saudiarabien eine grosse Rolle. Das ist die Geldquelle, von der man hofft, weiter Unterstützung zu bekommen. In Marokko waren die beiden Hauptstützen einerseits die Amerikaner, anderseits die Saudis; die Auseinandersetzungen in der Sahara sind ja immer noch nicht beigelegt. Die marokkanische Armee steht immer noch in der Wüste hinter den dortigen Wällen, und die Geldbedürfnisse des Königreiches sind sehr gross. Marokko hat in der Vergangenheit versucht, die Polisario als eine quasi kommunistische Subversion darzustellen in der Hoffnung, dass dann die Amerikaner mehr Geld gäben. Das zeigt schon, wie wichtig das Geld aus Saudiarabien und aus Amerika war. Diese Zweckschilderung haben die Amerikaner dem König nicht ganz abgenommen. In der Zwischenzeit wurde sie immer unglaubwürdiger. Um so wichtiger ist es für Marokko, immer wieder eine Rolle zu finden, in der es den Amerikanern zeigen kann: «Wir sind doch nützliche Leute für euch!» Auch gegenüber Israel ist das ja mehrmals geschehen. Die Marokkaner wollen so ihre Unterstützung verdienen.

Saddam Husseins angebliche Motive

Gysling: Noch ein Wort zur Taktik und Motivation Saddam Husseins bei seinem Schlag gegen Kuwait. Irak hat ja immer die Existenzberechtigung Kuwaits in Frage gestellt und sich dabei recht zwiespältig verhalten. Die Iraki haben Kuwait diplomatisch anerkannt, kurz nachdem es 1961 in die Unabhängigkeit entlassen worden ist, Irak hat aber auf der andern Seite die Grenzziehung, die durch einen britischen Offizier im Jahr 1922 vorgenommen worden war, als unrechtmässig darzustellen versucht. Saddam Hussein vergass allerdings dabei, dass er, wenn er diese Grenzziehung nicht anerkannte, auch die Grenzen Iraks und die Grenzen Saudiarabiens im gleichen Zuge in Frage stellen müsste. Ein weiterer Punkt war, dass Irak einen besseren Zugang zum Meer haben wollte. Eine Küstenlinie von ungefähr 50 Meilen war zwar nutzbar für Irak, aber dort gibt es keine Möglichkeit, einen eigentlichen Tiefseehafen zu bauen. Der dritte

Punkt, er sollte vielleicht der Klärung halber noch einmal skizziert werden, ist die Erdölpolitik. Die Iraker warfen Kuwait vor, es halte sich nicht an die vereinbarten Förderquoten, bohre Erdöl schräg aus dem Rumeila-Ölfeld heraus, das eigentlich Irak gehöre und das mehrheitlich auf irakischem Territorium liegt, und Kuwait drücke durch seine Erdölpolitik die Preise weltweit und schade damit in entscheidender Weise der irakischen Wirtschaftspolitik. Und noch etwas: Irak hatte ja schon lange Zeit den Anspruch erhoben, als eine regionale Grossmacht anerkannt zu werden, und wollte sich durch diesen Schlag offenkundig auch in der Hinsicht Geltung verschaffen. Die taktischen Schritte, die Saddam Hussein dann nach der Eroberung Kuwaits anwandte, hatten grösserenteils innenpolitische, aber auch einige aussenpolitische Aspekte. Saddam Hussein versuchte, sich mehr und mehr als ein Beschützer der Armen innerhalb der arabischen Welt darzustellen, die gegen die Reichen eine berechnete Forderung hätten. Er suchte nach einer Rechtfertigung dafür, dass er das Haus des Emirs von Kuwait gestürzt hatte und ein quasi republikanisches Regime in seiner «19. Provinz» etablieren wollte. Er verschwieg, dass Irak durchaus keine wirtschaftlich egalitäre Gesellschaft ist, sondern dass der Familienclan Saddam Husseins, der Clan der Takritis, ungeheure Reichtümer und Machtpositionen angehäuft hat und dass das sozialistisch-baathistische Ideal in weiter Ferne blieb. Für viele Iraki hatte dies allerdings nicht nur Nach-, sondern auch Vorteile. Die Wirtschaft blieb weitgehend in privaten Händen, abhängig allerdings von Aufträgen des Staates. Verstaatlicht wurde andererseits viel an Grossgrundbesitz. In bezug auf Kuwait schob Saddam Hussein bei seinem Rechtfertigungskatalog für die Invasion auch beiseite, dass Kuwait eine relativ vernünftige Wirtschaftspolitik betrieben hat. Der Reichtum wurde ja sicherlich nicht auf vollkommen gerechte Art und Weise verteilt, aber doch so, dass alle Kuwaiter, wenn auch nicht die Gastarbeiter, etwas davon hatten. Kuwait sorgte auch dafür, dass die aus dem Erdöl erwirtschafteten Gelder einigermaßen vernünftig im Ausland angelegt wurden. Jedenfalls waren sie da vernünftiger als die Saudis oder andere ölreiche Staaten. Aber Saddam Hussein verschwieg das, gab sich als Beschützer der Armen aus, und die Leute begannen, ihm in weiten Gebieten der arabischen Welt zu glauben. Er verknüpfte

gleichzeitig die Kuwait-Frage mit dem Palästinenserproblem, indem er sagte: «Gut, wir sind bereit, über Kuwait zu diskutieren, sofern man auch über alle anderen Nahostprobleme diskutiert, vor allem über das Palästinenserproblem. Das hat ihm einen ungeheuren Zulauf bei den Palästinensern, bei der PLO gebracht und eine Situation entstehen lassen, die sich wahrscheinlich in bezug auf die Zeit nach dem Krieg für die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten in sehr problematischer Art und Weise auswirken wird. Natürlich könnte man rückblickend noch spekulieren: Hätte die Situation zwischen Irak und Kuwait anders ausgesehen, wenn das Palästinenserproblem gelöst worden wäre? Das glaube ich nicht. Auch ohne Palästinenserproblem, ohne Israel, hätte Irak Kuwait, so meine ich, überfallen.

Hottinger: Das ist natürlich eine etwas hypothetische Frage. Hätte es überhaupt so viele Diktatoren in der arabischen Welt gegeben ohne das Israelproblem? – Darüber kann man sich lange streiten. Wenn ein Saddam Hussein im Irak regiert hätte, hätte er zweifellos Kuwait gefressen, ob nun Israel dagewesen wäre oder nicht. Aber wäre ohne Israel die Baath-Partei und ein Mann wie Saddam an die Macht gekommen?

Ich möchte noch einmal ganz kurz auf die Frage von Kuwait eingehen. Kuwait ist wie das Zünglein an der Waage zwischen den beiden Mächten, die im Golf die Hauptrolle spielen möchten und auch die Armeen haben, um die Hauptrolle zu spielen, zwischen Iran und Irak. Das Verhalten von Teheran macht das klar. Nachdem sich die Iraker und die Iraner versöhnt haben – und das war eine Folge der Politik von Saddam Hussein –, haben die Iraner trotz der Versöhnung sehr deutlich gemacht: Saddam Hussein darf nicht in Kuwait bleiben. Die Iraner fürchten, dass Saddam, wenn er den schönen Hafen und das Erdöl von Kuwait erhält, die erste Macht am Golf wird. Umgekehrt, wenn Kuwait fortbesteht, zwar als ein arabischer Staat, aber als ein eigener Staat, dann haben die Iraner eine Chance, ihr Gewicht am Golf zur Geltung zu bringen. So ist Kuwait das Pendel, das entscheidet, wer die erste Golfmacht wird. Ein unabhängiges Kuwait gibt Iran eine Chance, ein abhängiges Kuwait macht Irak automatisch zur Golfmacht.

Das ist übrigens eine historische Konstante, die Engländer haben

aus diesem Grunde Kuwait erfunden. Damals, vor dem Ersten Weltkrieg, ging es nicht ums Erdöl, es ging um die berühmte Bagdad-Bahn, die verlängert werden sollte, durch die Türkei und den Irak, das damalige Ottomanische Reich, über Basra bis nach Kuwait. Das hätte dem Deutschen Reich, das damals der Patron des Ottomanischen Reichs war, einen Fusshalt am Persischen Golf gegeben. Und die Engländer waren seit der Zeit Napoleons ausserordentlich empfindlich gegen das Eindringen von fremden Mächten in den persischen Golf. Diese hundert Jahre, das ganze 19. Jahrhundert hindurch, haben die Engländer eine systematische Politik geführt, die darauf abzielte, die einzige Grossmacht am Golf zu sein. Das Ottomanische Reich zählte nicht mehr so ganz. Damals war der grosse Konkurrent Frankreich, und als der zweite Konkurrent kam das Zarenreich hinzu. Die Verträge, die die Engländer mit allen lokalen Herrschern im Golf abschlossen, enthielten immer als Hauptpunkt die Verfügung, dass die lokalen Machthaber sich innenpolitisch bewegen konnten, wie sie wollten, aber aussenpolitisch mit keiner andern Macht direkt verhandeln durften. Die Aussenpolitik reservierte sich Grossbritannien. Als Gegenleistung garantierte Grossbritannien den Kleinherrschern ihre Existenz. Das war immer der Inhalt der britischen Schutzverträge. In diesem Sinn hat die englische Strategie Kuwait schon damals als einen wichtigen Punkt im Persischen Golf erkannt. Es gab noch andere, Oman, Bahrain, die Enge von Hormuz. Es ging damals einfach darum, dass England gewisse Punkte nicht andern Mächten überlassen wollte. Das war der Ursprung von Kuwait, und darum ist es falsch zu behaupten, Kuwait sei einmal ein Stück von Irak gewesen, wie die Iraker heute sagen. Soweit Kuwait überhaupt eine politische Entität ist, haben die Engländer diese politische Entität erfunden, gefördert und aufrechterhalten, bis das Erdöl kam und Kuwait nun dank dem Erdöl zu einem unabhängigen Staat werden konnte.

Gysling: In der Zeit zwischen dem irakischen Einmarsch in Kuwait und dem Kriegeausbruch am 17. Januar 1991 gab es, wie angedeutet, Tendenzen bei den Palästinensern, sich stark zugunsten Saddam Husseins zu engagieren. Etwas Ähnliches konnte man auch bei den Jordaniern beobachten. Minister in der jordanischen Regierung sagten mir schon im August, eine Union mit Irak würden sie für die wei-

tere Zukunft als durchaus denkbar, ja sogar sinnvoll betrachten. Der König versuchte erst noch, eine zwar pro-irakische, aber im wesentlichen doch neutralitätsnahe Haltung einzunehmen. Davon rückte er bald nach dem Beginn des Kriegs zwischen den anti-irakischen Alliierten und dem Irak ab, und schliesslich äusserte er sich in einer vielbeachteten Rede im Februar klar gegen den Krieg – weil die USA und die mit ihnen verbündeten Kräfte mit ihren Bombardierungen die Zerstörung Iraks anstrebten und damit weit über das von der UNO vorgegebene Ziel, nämlich die Befreiung Kuwaits, hinausgingen. Nach dem Kriegsausbruch hat sich in der arabischen Welt wie ein Flächenbrand eine grosse Sympathiewelle zugunsten Iraks ausgebreitet. Und man fragte sich manchmal: «Welches sind die Elemente, die zu dieser Reaktion bei den Volksmassen geführt haben?» Ich komme auf mehrere Punkte. Auf der einen Seite war es sicherlich die Propaganda Saddam Husseins, der sagte, er sei gegen die Superreichen und er tue etwas für das einfache Volk, auch wenn das faktisch, wie wir vorher gesagt haben, ja nicht stimmte. Zweitens sagte Saddam Hussein, er helfe, das Palästinenserproblem zu lösen. Wie er das tun würde, blieb vorläufig auch offen. Drittens sagte er, er sei derjenige, der aktiv gegen Israel auftrete und die Welt zwingen werde, diese Probleme anzupacken. Und schliesslich sagte er, er sei ein gläubiger Muslim, er verteidige den Islam gegen die Welt der Ungläubigen. Er zeigte sich schon seit dem letzten Sommer 1990 mehr und mehr bei Besuchen in Moscheen, und er trat manchmal in Posen auf, die an die Haltung des Propheten Mohammed erinnern sollten. Er versuchte die Religion als ein Vehikel, als ein Instrument für seine Ziele miteinzusetzen. Ich glaube, es gab aber noch etwas, das wahrscheinlich bedeutender ist. Saddam Hussein zeigte der islamischen Welt, dass er den Mut hatte, gegen eine ausländische, westliche Übermacht aufzustehen. Was wir vom Westen aus als eigentlich absurde Haltung betrachtet haben, dass er nämlich mit einer im Verhältnis zum Gegner unterlegenen Militärmacht, allerdings immer noch mit einer Million Mann, zum Krieg antrat, das rechneten ihm die arabischen Volksmassen als Zeichen des Mutes hoch an. In der Welt des Nahen Ostens war die Meinung weitverbreitet, Saddam Hussein sei furchtlos, könne auch durch eine halbe Million feindlicher Soldaten und eineinhalbtausend Flugzeuge der Ameri-

kaner, der Briten, der Franzosen nicht eingeschüchtert werden. Das ist eine wesentliche Komponente in der Sympathie in der ganzen Grundwelle von Enthusiasmus zugunsten von Saddam Hussein, die in der arabischen Welt nach dem 17. Januar deutlich zu beobachten war. In Marokko gab es Generalstreiks, von den Gewerkschaften ausgelöst und mit einem Grundelement des islamischen Fundamentalismus; in Algerien, das ja eine starke islamistische Strömung besitzt, hat sich sogar Staatspräsident Chadli Benjedid in einer Sympathieäusserung zugunsten von Saddam Hussein ausgesprochen. In Tunesien gab es im Parlament eine klare Willenskundgebung zugunsten von Saddam Hussein, in Jordanien desgleichen, und andere Länder folgen möglicherweise später auch noch in dieser Richtung.

Hottinger: Den gleichen Grundgedanken kann man auch so formulieren: Die Araber haben sich seit 1967 eingeengt gefühlt. Es gab einmal Nasser mit seinen grossen Plänen. Diese Pläne scheiterten, Nasser starb; später hat man noch gehofft, dass vielleicht die PLO etwas bewirken könnte, aber im Grunde war das politische System eingefroren: es legte sich wie eine Fessel um die arabische Welt. Man konnte nichts mehr daran ändern, und man glaubte zu wissen, die Aussenmächte hätten doch immer das letzte Wort. Die Araber sehen sich als nur theoretisch unabhängig und in Wirklichkeit von den Amerikanern, den Engländern und den Franzosen wirtschaftlich und politisch dominiert. In dieser Lage sieht man in Saddam Hussein ein Art Sprengkörper. Es kommt gar nicht so sehr drauf an, ob er nun Erfolg hat oder nicht, wenn er nur das System aufsprengt, gleichgültig ob er dabei zugrunde geht oder nicht. Wenn er auch dabei zugrunde geht, hat er doch eine grosse Heldentat vollbracht. Die Schweizer hatten Winkelried. Heute spricht man von Suizid-Anschlägen. Ich habe Freunde, die nicht einmal Palästinenser sind und die dennoch schon seit Jahren sagen: «Es wird wieder etwas kommen, es muss wieder etwas kommen, so kann es nicht weitergehen! Wir befinden uns wie in einem eisernen Topf, und der Deckel ist angeschraubt, das Wasser kocht, und früher oder später muss das explodieren!» Und man sieht nun, gerade unter den Palästinensern in Jordanien, aber auch im Maghreb, wo ja die Jugend keine Zukunft hat, diesen Saddam Hussein als den Sprengsatz, der

das alles aufsprengen wird, und dann – so hofft man – wird alles neu. Wie genau, ist eine ganz andere Frage, und ob Saddam Hussein nun wirklich die Sache überleben wird oder nicht, ist auch eine ganz andere Frage. Aber es fängt endlich etwas Neues an! Das erklärt denn auch, warum die Staaten, in denen die Bevölkerung eine Zukunft für sich sieht, eben die Erdölstaaten, die gegenteilige Meinung haben. Sie fühlen sich in ihrem Besitz bedroht. Die Staaten, in denen die Jugend, es geht vor allem um die Jugend, die halbe Bevölkerung ist ja unter zwanzig – wenn nicht unter fünfzehn Jahre alt – keine Hoffnung hat, setzen auf das Aufsprengen. Etwas Neues soll her! Man spürt das am deutlichsten im Maghreb, weil dort besonders viele einigermaßen ausgebildete junge Leute auf eine Zukunft warten. Man hat die französischen Schulen fortgeführt; fast alle Begabten erhielten die Möglichkeit, ein bachelot zu machen. Jedermann ging dann auf die Universität, weil es nach dem Gymnasialabschluss sowieso nichts zu arbeiten gab. Nun hat man auch noch die Universität hinter sich gebracht, und es gibt immer noch keine Arbeit! Und diese Leute jubeln nun einfach Saddam Hussein zu, er mag noch so brutal sein, er mag, das wissen sie vielleicht, aber nicht zu genau, seine Leute zu Hause misshandeln, aber er ist eben doch diese Sprengladung, die die enge Welt, in die diese Völker eingesperrt sind, zerbrechen soll.

17. Januar: Der Sturm bricht los

Gysling: Bei der Kriegsauslösung am 17. Januar spielte ja auch die Frage eine Rolle, ob Saddam Hussein auf längere oder kürzere Sicht sich nicht Massenvernichtungswaffen hätte verschaffen können, welche das ganze Irakproblem noch bedeutend verschlimmert hätten. Man sagte, er sei daran gewesen, die Atomwaffe zu beschaffen, zu konstruieren. Wieviel Zeit hätte Saddam Hussein noch gebraucht, um an Kernwaffen zu gelangen?

Hottinger: Vielleicht nur drei Jahre, man kann es nicht mit Sicherheit sagen, denn seine Technik war ja, dass er alles im Ausland bestellte. Er hat wenig selbst gemacht. Das Wissen und auch die entscheidenden, die schwierigen Bestandteile kamen aus dem Aus-

land. Deshalb kann man nichts Bestimmtes sagen, vielleicht hätte er es in drei Jahren, vielleicht in zwei Jahren fertiggebracht, es kam eben darauf an, was, wieviel und wie schnell er im Ausland erhalten konnte. Anfänglich funktionierte seine Methode des «doppelten Gebrauches» recht gut. Der Staat erklärte, seine technischen Importe dienten für etwas Erlaubtes; in Wirklichkeit waren es Bestandteile und Instrumente zur Herstellung einer Atomwaffe. Der Irak hat sich auf diese Art und Weise viel beschaffen können. Wenn das glatt weitergelaufen wäre, wären wohl weniger als drei Jahre nötig gewesen. Aber es lief eben nicht glatt; schon kurz vor der Krise begann die ganze westliche Welt etwas zu ahnen und die Kontrollen zu verschärfen. Deshalb wäre Saddam Hussein vielleicht auch ohne den Krieg nicht mehr so leicht vorangekommen. Er hätte vielleicht zu den pakistanischen Kollegen betteln gehen müssen, und die Pakistani hätten sich jede Hilfe teuer bezahlen lassen. So wäre die Sache dann auch schwieriger geworden. Wir haben ja auch schon erwähnt, dass nach 1988 in Bagdad das Geld knapp wurde. Vielleicht hätte Saddam Hussein ungefähr in drei Jahren eine primitive, eine sogenannte dreckige Atombombe herstellen können, das heisst eine Atombombe, die viel radioaktives Material auswirft, das dann eine ganze Region auf lange Zeit verseucht, und nicht nur eine Sprengwirkung ausübt.

Gysling: Wenn wirklich das von Saddam Hussein angestrebte nukleare Potential das eigentliche Irak-Problem gewesen wäre, dann hätte man allerdings auch eine andere Strategie anwenden können. Beispielsweise am 17. Januar gezielt alle mit der denkbaren Entwicklung von Atomwaffen zusammenhängenden Anlagen bombardieren und zusätzlich die Anlagen im Bereich der Produktion und Lagerung von chemischen Waffen. Und als nächste Stufe hätte man nochmals zum Wirtschaftsembargo zurückkehren können. Die Frage stellt sich ja immer wieder, ob der Krieg unvermeidlich gewesen ist oder ob er zumindest ganz anders hätte geführt werden können. Ich meine, man muss diese Fragen in bezug auf den Kriegsverlauf stellen, aber auch in bezug auf die möglichen Perspektiven nach einem Ende des Krieges. Was den auslösenden Punkt anbelangt, so meine ich, die Wirtschaftssanktionen hätten wahrscheinlich eine gute Chance gehabt, über längere Frist etwas zu bewirken. Und

«längere Frist» hätte ein bis zwei Jahre geheissen. Denn man darf nicht verkennen, es gibt für die irakische Wirtschaft, die sich in bezug auf die Lebensmittel nur zu etwa 20 Prozent selbst versorgen kann, immer wieder durch die Ernte bedingte Atempausen. In der Zeit vor dem 17. Januar 91 kam natürlich noch hinzu, dass die Iraker wild geplündert haben, als sie Kuwait eingenommen haben, dass die ganzen Vorräte von Kuwait in die irakische Wirtschaft hinübergeführt worden sind und dass dies dem Land eine zusätzliche Möglichkeit gab, den kritischen Punkt in bezug auf die Versorgungslage hinauszuschieben. Die Wirtschaftssanktionen gegen Irak hätten wohl nur unter der Voraussetzung Wirkung gezeitigt, dass man sie unter anderem auch durch die massive Präsenz von Truppen zumindest in Saudiarabien erzwungen hätte.

Das wäre der Preis gewesen, den man hätte zahlen müssen. Die Frage kann man natürlich immer wieder stellen, hätte man es so tun sollen oder nicht. Im amerikanischen Kongress war eine starke Minderheit sowohl im Senat als auch im Abgeordnetenhaus dafür, die Sanktionen weiterwirken zu lassen, weil man fürchtete, dieser Krieg würde eine riesige Anzahl von Todesopfern fordern. Senator John Glenn sagte mir noch im November in einer weisen Regung: «Krieg aus der Ferne sieht immer glorios und heldenhaft aus. Aber Krieg von nahem ist entsetzlich. Und wenn wir dann anfangen, die Säcke mit den Toten zu zählen, und die Leute an die Beerdigungen gehen und öfter, als ihnen lieb ist, die Nationalhymne hören müssen, dann sieht das ganz anders aus, dann wird sich die Meinung grundlegend ändern.» Das war die Befürchtung in bezug auf den damals noch nicht ausgebrochenen Krieg. Ich meine aber, es geht nicht nur um den Krieg selbst, sondern es geht auch um die Situation nach einem Kriegsende. Und so, wie die arabische Welt sich im letzten halben Jahr entwickelt hat, fürchte ich, dass wir eine Welle von Aufwallungen revolutionärer Art, antiwestlichen Stimmungslagen, antiwestlichen Manifestationen sehen werden, welche die Beziehungen zwischen der arabischen Welt und der Aussenwelt gewaltig erschweren werden und die auch innerhalb der arabisch-nahöstlichen Welt eine neue Schichtung herbeiführen werden. Volksmassen stellen sich gegen die Regierungen, welche gegen Saddam Hussein Stellung bezogen, die sich an den Aktionen der Alliierten beteiligt haben. Wir

können dann von aussen immer sagen, das sind unlogische Verhaltensweisen, schaut doch zu, was passiert wäre, wenn. Aber so wie wir die Region jetzt beobachten können, spielt dies schon keine Rolle mehr, denn die Stimmungen weisen in eine andere Richtung.

Hottinger: Entscheidend ist doch wohl auch, wie der Krieg zu Ende geht. Ist es ein langes Ringen? Wie viele Mächte müssen noch eingreifen? Kann sich Saddam Hussein für Monate halten, dann wird, sogar wenn er zum Schluss unterliegt, sein Mythos ganz anders wirken, als wenn der Krieg für ihn eher schmachvoll zu Ende geht. Ich denke an den Angriff auf Khafji, wo er doch eher viele Gefangene hat lassen müssen und keinerlei Sieg errungen hat. Wenn es in dem Sinne wie Khafji zu Ende ginge, so dass man klar sähe, dass seine grosse Armee eine aufgeblasene Angelegenheit war, ein Bluff, dann wird es nachher doch viele Araber geben, die sagen: «Wir haben uns zwar mitreissen lassen, aber es ist nun vorbei; es war auch kein Erfolg. Wir müssen einen neuen Weg suchen. Die Krise ist auch eine günstige Gelegenheit für uns. Wir haben die Aufmerksamkeit des Westens wieder auf die Probleme des Nahen Ostens gelenkt. In der Tat hat der Westen den Nahen Osten eine Zeitlang kaum mehr ernst genommen. Der Ölpreis war ja niedrig, also schien alles bestens. Nun ist eine Art Alarmglocke losgegangen. Der Westen selbst hat Opfer bringen müssen; die Region rückte erneut ins Zentrum der Weltpolitik. Nun obliegt es uns, den Ägyptern und allen Arabern, die Früchte dieser Situation zu ernten, indem wir den Amerikanern und den Europäern klarmachen, dass die grundlegenden Probleme des Nahen Ostens mit ihrer Hilfe gelöst werden müssen.» Doch die Frage ist, so sagte vor wenigen Tagen der ägyptische Stellvertretende Aussenminister, der einer der klügsten Köpfe im Aussenministerium ist, Boutros Boutros Ghali, «werden wir Araber in der Lage sein, alle in der gleichen Richtung zu ziehen und alle die gleiche Politik zu führen? Nur dann wird es gelingen.» Dort dürfte in der Tat das grosse Problem liegen; man hat eben heute eine breite Schicht in fast allen arabischen Staaten, und gewisse arabische Staaten in fast allen Schichten, die sich emotional auf die Seite Saddam Husseins gestellt haben; werden die nun umkehren können, wenn Saddam Hussein sich als erfolglos erweist? – Wenn ein Zusammenbruch eintritt, ähnlich wie der Nassers zwischen 1967 und 70? Oder

werden seine Anhänger die Linie der Konfrontation mit den Amerikanern weiterführen wollen, die Saddam Hussein begonnen hat, in Berufung auf den Mythos eines gestürzten Saddam Hussein? Wichtig wird daher sein: wie genau endet der Mann, wie deutlich wird es, dass er nur einen leeren Bluff gewagt hat, oder wie glaubwürdig wird es für seine begeisterten Anhänger sein, dass er den Weg gewiesen bzw. aufgesprengt hat, auf dem sie nun weitergehen wollen. Wenn der Krieg lange dauert und zu Wirren im Irak führt, dann ist die Chance gross, dass die Anhänger des Chaos, sagen wir es einmal so, die Leute der Aufsprengung den grössten Vorteil aus ihm ziehen. Wenn der Krieg hingegen relativ schnell zu Ende geht und es deutlich wird, dass der Mann ein Tyrann gewesen ist, dass nicht einmal die Iraker selbst ihn leiden mochten, dass sie nur aus Angst vor ihm gehorchten und kämpften, dann besteht die Möglichkeit einer Einsicht und Umkehr sogar seiner bisherigen Enthusiasten, die sich dann vielleicht doch sagen könnten: «Gut, dann folgen wir nun in der Zukunft einer vorsichtigeren und realistischen Politik, wie sie zum Beispiel die Ägypter uns nahelegen.»

Gysling: Eigene Erwartungen an die Zeit nach dem Kriege hat natürlich auch Israel. Das Land hielt sich in den ersten Wochen nach dem Kriegsbeginn, auch schon unter Beschuss von irakischen Raketen, zurück und erneuerte dadurch seine Allianz mit den Vereinigten Staaten. Dass Israel sich mit Vergeltung nach den irakischen Raketenangriffen zurückhielt, beruhte einerseits darauf, dass das Land – zu später Stunde – doch noch das amerikanische Patriot-Raketenabwehrsystem aus den USA erhielt. Aber Israel erhielt von Washington offenkundig auch die Garantie, dass es inskünftig gegenüber den Palästinensern freiere Hand haben würde. Es gab finanzielle Garantien von seiten der USA zugunsten Israels. Ich glaube, wenn der Konflikt eines Tages zu Ende ist, wird Israel eine sehr starke Rolle als ein strategischer Verbündeter der Vereinigten Staaten spielen, und dies wiederum wird eine neue Orientierung, eine neue Perspektive mit einer ganzen Anzahl von neuen Konfliktzentren im Nahen Osten bringen.

Hottinger: Man kann es vielleicht so formulieren: Es gibt dieses Halbversprechen einer grossen internationalen Konferenz, die Amerikaner haben auch mehrmals angedeutet, im gegebenen Zeitraum

und in der richtigen Form seien sie auch zu so einer Konferenz bereit. Dieses vage Versprechen wurde wohl gemacht, weil die Amerikaner auch auf ihre anderen Klienten, die Saudis, heutzutage sogar die Syrer, die Ägypter Rücksicht nehmen müssen. Der Nahe Osten ist plötzlich ein Gebiet geworden, in dem die Amerikaner nicht nur den Flugzeugträger Israel als strategischen Verbündeten besitzen, sondern eben auch das Ölland Saudiarabien, in dem sie Fuss gefasst haben, und das ehemalige Aktivistenland Syrien und das eher arme, aber doch sehr volkreiche und kulturell sehr wichtige Land Ägypten. Wenn sie nach dem Krieg eine Politik führen wollen, die durch eine konstruktive Sicherheitsallianz abgesichert werden soll, können sie sich eigentlich nicht mehr alleine auf Israel stützen. Das Bündnis mit Israel konnte als eine zweckmässige Politik gelten, als zwei Pole im Nahen Osten bestanden, der sowjetische und der amerikanische, als die beiden Pole beständig miteinander rangen und die Israeli den Amerikanern mit gutem Grund sagen konnten: «Wir sind die einzige verlässliche Demokratie, wir sind euer natürlicher Verbündeter; auf uns könnt ihr euch immer abstützen. Alle Araber sind heute eure Freunde, morgen aber Feinde.» Aber heute ist die Situation ganz anders. Heute geht es darum, ob die künftige Vor- und Kontrollmacht diesen Raum organisieren kann, so dass nicht nur die Israeli Verbündete sind, sondern die andern, arabischen Staaten auch eingeschaltet werden und mitmachen. Das dürfte nur möglich sein, wenn diese Konferenz durchgeführt wird. Die Konferenz wird das Symbol der Bereitschaft der Amerikaner sein, auf alle zu hören. Wenn sie aber nicht stattfindet, wird ihre Ablehnung das Symbol dafür sein, dass die Amerikaner einmal mehr nur auf Israel hören wollen und nicht bereit sind, auch auf die Wünsche ihrer anderen Klienten im Nahen Osten einzugehen. Das wird diese Klienten selbstverständlich schwächen, sie werden gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung weniger glaubwürdig sein, und die Leute, die ich vorhin als die Freunde des Chaos bezeichnet habe, eben jene, die eine revolutionäre Umsturz-, Aufsprengungspolitik betreiben wollen, werden natürlich Auftrieb erhalten. Saudiarabien zum Beispiel kann weiter existieren, wenn die Amerikaner bereit sind, auch Saudiarabien im internationalen System des Nahen Ostens eine Wertung zu geben. Es ist gefährdet, wenn die Amerikaner nach dem Krieg genau

das tun, was die Israeli von ihnen wünschen. Welche Politik die Amerikaner einschlagen werden, ist schwer vorauszusagen, immerhin haben sich Bush und Baker vor der Krise eher kritisch gegenüber Israel gezeigt. Während der Krise waren sie gezwungen, stark auf Israel einzugehen, weil sie unbedingt vermeiden mussten, dass die Israeli in den Krieg eingriffen. Die Israeli verlangten ihrerseits allerhand Gegenleistungen dafür, dass sie sich zurückhielten, Gegenleistungen im Sinn von Geld und Waffen, aber auch solche politischer Art, eben dass sie weiter als die besten Freunde Amerikas zählten. Ob sie diese Position nach dem Krieg werden bewahren können, scheint mir heute ungewiss zu sein.

Gysling: So oder so meine ich, dass dieser Krieg den Nahen Osten viel grundlegender verändern wird als alle vorhergehenden Nahostkriege.

Hottinger: Wir haben im Nahen Osten eine Gleichgewichtssituation gehabt, die Amerikaner auf der einen Seite, die Russen auf der andern Seite, die seit der Waffenlieferung von 1955 durch die Sowjetunion an Nasser andauerte. Damals sind die Russen in den Nahen Osten wieder eingetreten. Sie waren unter den Zaren schon einmal da. Da aber die beiden Supermächte während dieser dreissig Jahre nicht gegeneinander Krieg führen wollten, war es von vornherein gegeben, dass der Nahe Osten eine graue Zone bleiben musste. Ob die lokalen Staaten Krieg führten oder nicht, die Grossen wollten den Krieg ja nicht endgültig ausfechten, sondern sie wollten sich nur gegenseitig ausbalancieren. Deshalb konnte sich gar nicht viel ändern, solange der Nahe Osten in eine Zweipolsituation gespannt war. Man könnte daher sagen, es ist gar nicht dieser Krieg am Golf, der die Änderung herbeigeführt hat, sondern es ist die Tatsache, dass die Sowjetunion nun nicht mehr konkurrieren will. Sie hat bewirkt, dass ein Kleiner in der Region aufstand, nämlich Saddam Hussein, und sagte: «Ich aber fordere die Amerikaner heraus. Ich tue es auf meine Rechnung!» – Er wird wahrscheinlich diese Herausforderung verlieren, und dann kommt eben die Frage: Kann die ganze Region als ein Einpolsystem organisiert werden, dominiert von den Amerikanern zur Zufriedenheit oder zur nicht allzu grossen Unzufriedenheit der Beteiligten? Oder wird diese Organisation eine Form annehmen, die so viel Unzufrieden-

heit erzeugt und weiter aufrechterhält, dass die Sprengsätze überall in die Luft gehen?

Gysling: Der Krieg am Golf wirkt schon ganz anders auf die westliche Öffentlichkeit auf Grund der massiven Medienpräsenz, und er ist auch ganz anders, weil eine Supermacht, die Vereinigten Staaten, die Führungsrolle in diesem Krieg gegen Irak übernommen hat, gefolgt von Grossbritannien, von Frankreich, von Ägypten usw. Aber im wesentlichen haben wir eine Supermacht, die jetzt in Nahost massiv präsent ist. Allein in den ersten vier Wochen dieses Krieges wurden über 70 000 Lufteinsätze geflogen. Der Irak auf der andern Seite versuchte, den Krieg zu internationalisieren. Er versuchte es in bezug auf die Bombardierungen mit Raketen gegen Israel, er versuchte es wahrscheinlich auch durch eine Evakuierungsaktion einer grösseren Anzahl von Flugzeugen (bis Mitte Februar ungefähr 130) nach Iran. Und Saddam versuchte offenkundig auch, Iran aus seiner neutralen Haltung, aus seiner Reserve herauszuholen. Das waren einige seiner taktischen Überlegungen. Und dies zeigt auch, dass wir eine völlig andere Kriegsszenerie haben als bei früheren Kriegen im Nahen Osten.

Hottinger: Es gibt im Nahen Osten heute, wir vergessen es manchmal, drei Arten von Krieg. Es gibt den Krieg der Armen, der heute notwendigerweise Guerillakrieg sein muss. Sie müssen ihre Geographie und ihre Menschenmassen einsetzen, gerade weil sie keine Waffen haben. Denken wir an Eritrea, wo die Guerilla nun schon seit fast 30 Jahren andauert, oder an Somalia, das nun auch schon viele Jahre lang Kleinkrieg führt, und an den Sudan, wo der Krieg 1955 begann. Wir vergessen diese Kriege manchmal, weil sie so klein sind, dass sie international kaum ins Gewicht fallen, aber sie sind eben doch da und bringen viel Leiden. Sie werden von jenen geführt, die sich nur gerade Gewehre und Maschinengewehre leisten können und die darauf angewiesen sind, ihre ganze Bevölkerung zu mobilisieren, um überhaupt Krieg führen zu können. Dann gibt es die Kriege der Halbreichen oder der Halbentwickelten, die sich für ihre Waffen auf die Supermächte stützen, wo aber die Supermächte bisher nicht bereit waren, direkt einzugreifen. Das war die Situation aller Israelkriege, immer kamen die Waffen aus dem Ausland, meistens aus der Sowjetunion und Amerika; immer war eine

der kritischen Fragen, wie lange Waffen geliefert wurden und wer mehr und bessere erhielt; und immer haben sich die Supermächte geweigert, den Krieg endgültig auszufechten, sie haben sich zurückgehalten und zum Schluss einen Schiedsspruch auferlegt, mehr zugunsten des einen oder anderen, je nachdem, wie erfolgreich der eine oder der andere gewesen war. Nicht ganz anders war es im Falle der beiden Erdölstaaten Irak und Iran, sie hatten eben beide anfangs grosse Geldreserven, sie hatten Freunde, die ihnen noch mehr Geld gaben, und sie kauften Waffen im Ausland, um einen, so möchte ich sagen, halbmodernen Krieg zu führen. Da waren schwerere Waffen im Spiel, die Militärkommentatoren sahen sich erinnert an den Ersten Weltkrieg, es war auch ein Materialkrieg, aber ein leicht veralteter Materialkrieg, wenig Bewegung, feste Positionen... Nun zum erstenmal ist eine Supermacht direkt in den Krieg eingetreten, und damit entsteht eine dritte Art von Krieg. Die Amerikaner versuchen nun, einen hochtechnologischen Krieg zu führen, und die Nicht-Supermacht, nämlich der Irak, versucht bezeichnenderweise, seinerseits diesen Krieg zurückzuführen auf das Niveau, das ihm am angemessensten ist, in dem er auch schon viel Übung hat aus den acht Jahren Krieg gegen Iran: auf eine Landschlacht, die möglichst viele Verluste bringen soll. Saddam glaubt: «Wir können ja Verluste ertragen, sie können's nicht.» Also zurück sozusagen zu einer Art Erstem Weltkrieg. Die Entscheidung wird davon abhängig sein, ob der hochtechnologische Krieg so wirksam sein kann, dass die Iraker nicht dazu kommen, ihre Form von Krieg durchzusetzen, den ihnen angemessenen Krieg. Die Entscheidung darüber ist zurzeit noch nicht gefallen. Noch gibt es eine grosse Masse irakischer Soldaten, man spricht von einer Million, doch diese Zahl ist wohl eher symbolisch, die darauf warten, einen Schützengrabenkrieg zu führen, mit eingegrabenen Tanks und Drahtverhauen und mit Gräben, die man mit Erdöl füllt, und dann wohl auch Gas, das ist ja auch schon Erster Weltkrieg. Sie wollen zur Geltung kommen gegenüber dem hochtechnologischen Krieg, der nun versucht, in erster Linie aus der Luft diese Truppenmassen zu isolieren, so dass sie ihren Nachschub nicht mehr erhalten und vielleicht sogar nicht mehr effektiv kommandiert werden können, dass sie ihre Beweglichkeit einbüssen und ihre Kampfkraft dadurch stark reduziert wird. Vielleicht sogar, das ist

die Hoffnung, die man kaum auszusprechen wagt, aber die doch immer wieder angetönt wird, dass es ohne einen grossen Landangriff abgehen könnte, dass die Iraker die Fahnen strecken, wenn man sie nur lange genug aus der Luft bombardiert.

Was bedeutet der Golfkrieg für die Türkei, den Iran, die Palästinenser?

Gysling: Wo steht die Türkei? Die Regierung der Türkei hat sich klar zugunsten der Allianz gegen Irak ausgesprochen. Sie hat auch die Befürchtung geäussert, dass der Krieg ins türkische Gebiet überschwappen könnte, und sie hat die NATO aufgefordert, ihr die solidarische Bündnisunterstützung zu gewähren. Aber wo steht die Bevölkerung der Türkei?

Hottinger: Es gibt zwei Fragen, die kritisch sind. Die eine ist die, ob die Amerikaner von den türkischen Basen aus nach Irak fliegen dürfen. Sie ist inzwischen klar bejaht worden. Die Regierung hat diesen Beschluss mit Hilfe von Özal, dem Präsidenten, gegen den Willen der Generale und gegen den Willen der Bevölkerung durchgedrückt. Das ist eine interessante und schwerwiegende Entwicklung, aber die zweite Frage ist noch offen. Sie lautet: Soll und kann die Türkei ihren alten Anspruch auf die Provinz Mosul wieder beleben? Mosul ist eine Erdölprovinz. Nach dem Ersten Weltkrieg gab es einen grossen Streit darüber, ob Mosul zur Türkei gehöre oder dem Irak angegliedert werden könne. Die Engländer haben ihn damals zugunsten ihres Protektorats, des Iraks, entschieden. Eine Diskussion darüber hat schon im irakisch-iranischen Krieg begonnen. Gewisse Leute in der Türkei, darunter Özal, haben sich schon damals überlegt, ob man nicht etwas in bezug auf Mosul unternehmen solle. Bestimmte amerikanische Kreise haben das auch angeregt. Die türkische Linke hat Dokumente über Diskussionen im türkischen Generalstab mit amerikanischen Abgesandten aus der CIA darüber publiziert, ob man die Mosul-Frage wieder aufnehmen solle oder nicht. Die Generäle waren dagegen, weil sie der Ansicht sind, Atatürk habe die moderne Türkei definiert und ihre Grenzen endgültig festgelegt. Die Türkei, so hat Atatürk gesagt, habe keine

Ansprüche über Anatolien hinaus. Man habe ein klar umrissenes Vaterland, die Türken nennen es sympathischerweise ihr Mutterland, und sie wollten nicht anfangen mit einer Irredenta aus der ottomanischen Vergangenheit, weil es sonst kein Ende gebe. Özal hingegen ist versucht, sich für die Provinz Mosul zu interessieren, weil er ein Politiker ist, dessen Politik abgelaufen ist wie ein Uhrwerk. Er war der grosse Wirtschaftsfachmann, der versucht hat, die Wirtschaft der Türkei ganz neu zu gestalten. Am Anfang hat er dabei grosse Fortschritte gemacht; die Türkei konnte viel exportieren. Aber diese Politik ist nun am Ende. Die Grundfragen sind einfach. Der Trick von Özal war, dass er das türkische Pfund immer wieder um einige Prozente abgewertet hat und dadurch die Exporte erleichterte, während die Reallöhne sanken. Die Fabrikanten konnten so immer billiger exportieren. Doch das hatte seine natürlichen Grenzen. Der Moment kam, an dem die Löhne der Arbeiter nun wirklich nicht mehr komprimiert werden konnten. Dieser Moment ist seit einiger Zeit erreicht, und Özal sucht nun eine neue politische Planke. Seine Partei, das weiss man durch Umfragen, hat an Popularität stark verloren; wenn heute gewählt würde – und in zwei Jahren wird gewählt –, würde sie vielleicht noch 20 Prozent der Stimmen erhalten. Özal selbst bliebe dann Präsident auf sieben Jahre; aber er hätte dann keine politische Macht mehr. Heute diktiert er einfach als Chef seiner Partei der Regierung, die auch seiner Partei entstammt, seinen Willen. Wenn er nun der grosse Politiker würde, der der Türkei eine Erdölprovinz verschafft hätte, so sieht Özal das zweifellos, erlangte er eine neue Attraktivität für ein zweites politisches Leben. Und das zieht ihn an.

Dazu kommt nun die Konstellation im Irak. Ich glaube, die Amerikaner werden nicht darauf drängen, dass die türkische Armee in die Provinz Mosul einmarschiert, wenn sie selbst mit der militärischen Situation im Irak leicht fertig werden. Wenn aber der erwartete Landkrieg nicht glatt verläuft und es viele Tote gibt, dann wird der Druck steigen, eine zweite Front aufzumachen und die grosse türkische Armee da einzuspannen. Sie ist nun auch wieder eine Armee wie die irakische, der es nicht soviel ausmacht, ein paar hunderttausend Tote zu haben. Zu Hause gibt das wenig Protest, wenn einmal der Patriotismus so recht angeheizt worden ist. Man kommt auch da

wieder in die Situation des Ersten Weltkrieges, nicht des Zweiten. Diese Armee einzusetzen, um eine zweite Front aufzumachen, wäre gewiss eine grosse Versuchung für den Fall, dass es den Amerikanern nicht gelänge, den Krieg rasch und relativ schmerzlos zu Ende zu bringen.

Gysling: Und wie verhält sich Iran in diesem Konflikt? Iran, das den achtjährigen Krieg mit Irak hatte, einen Krieg, bei dem Iran und Irak Hunderttausende von Menschenleben verloren und der Iran fast in den Ruin geführt hat. Durch einen Waffenstillstand im Sommer 1988 konnte er zwar beendet werden, aber zu einem Friedensvertrag kam es erst zum Zeitpunkt, da Saddam Hussein im Irak sich so stark unter Druck fühlte, dass er den Machthabern in Teheran entgegenkam. Iran sagte, man wolle sich neutral verhalten in diesem Konflikt, verlange auf der einen Seite den Rückzug Iraks aus Kuwait, verlange auf der andern Seite aber auch einen Waffenstillstand.

Hottinger: Ich glaube, man kann die Iraner als eine der Mächte bezeichnen, die eindeutig von dem Konflikt profitiert haben. Eine andere, die auch profitiert hat, dürfte Ägypten sein. Ägypten ist es gelungen, allerhand schlimme Schulden zu streichen. Die Iraner aber haben einen Frieden erhalten, den sie ohne diesen Konflikt nie erhalten hätten. Das Symbol des Sieges oder des Verlierens im Achtjahreskrieg zwischen Irak und Iran war die Frage des Schatt el-Arab. Die Iraker hielten daran fest und wollten keinen endgültigen Frieden, bevor sie das Schatt el-Arab, die volle Herrschaft über diesen Wasserweg, der von Basra an den Persischen Golf führt, erhielten, und umgekehrt wollten die Iraner das auf keinen Fall zulassen. Als jedoch die Krise über Kuwait ausbrach, am 12. August, also ihrem zehnten Tag, hat Saddam Hussein sich entschlossen, den Iranern alles zu geben, was sie wollten. Teilung des Schatt el-Arab in der Mitte, der Länge nach; Rückzug seiner Truppen aus den Grenzgebieten; Austausch der Gefangenen; Normalisierung der Beziehungen. Saddam Hussein tat dies, um militärisch und politisch die Hände für die neue Konfrontation um Kuwait frei zu bekommen. Teheran profitierte und konnte mehr erreichen, als vielleicht viele Iraner erhofft hatten. Doch Iran ist innerlich immer noch gespalten. Die sogenannten Radikalen möchten weiter eine revolutionäre Poli-

tik nach dem Vorbild Khomeinys verfolgen, während die Regierenden, die sogenannten Pragmatiker unter Rafsanjani, den Wiederaufbau des Landes anstreben. Die Befürworter des Wiederaufbaus haben sich durchgesetzt und erklärt: Iran bleibt neutral. Sie wollen jeden erdenklichen Gewinn aus der Situation ziehen, sich aber nicht von der neuen angeblich muslimischen Politik Saddam Husseins verführen lassen. Der irakische Machthaber behauptet ja heute, er führe einen Heiligen Krieg, dem sich alle Muslime anschliessen sollten. Die Radikalen hingegen lassen sich durch diese Theorie beeinflussen. Sie sind bereit oder haben jedenfalls Aufrufe in diesem Sinne erlassen und im Parlament dafür gestimmt, dass man nun einen Heiligen Krieg zusammen mit dem ehemaligen Feind Saddam Hussein gegen die Amerikaner führe, weil sie in dem allen Muslimen heiligen Land Saudiarabien stünden.

Für die Pragmatiker ist eine Zukunftsfrage zentral: wird der Irak im Persischen Golf eine Konkurrenz für Iran werden oder nicht? Wie wir schon erwähnt haben, ist Kuwait hier das entscheidende Element. Wenn Kuwait Kuwait bleibt, wird dem Irak der Zugang zum Persischen Golf erschwert, und Iran hat viel bessere Chancen, die Vormacht im Persischen Golf zu werden, als umgekehrt. Deshalb sagen die Pragmatiker auf seiten Rafsanjanis mit aller Energie: «Der Irak muss Kuwait räumen, erst dann kann es einen Frieden geben! Dann aber sollen bitte auch die Amerikaner so rasch wie möglich aus Saudiarabien abziehen!» Geschähe das, wäre Iran die entscheidende Macht am Golf. Wobei nicht notwendigerweise an Eroberungen und Gewalt gedacht wird, aber doch an Einfluss auf die Ölpolitik und eine Führungsposition, die Iran gerne übernehmen möchte. Iran könnte sich damit wieder als wichtiger Staat in die Völkergemeinschaft eingliedern.

So sehen es die Pragmatiker, während die Radikalen glauben, ihr Land müsse im Namen der islamischen Revolution weiterkämpfen und nun als neuen Verbündeten Saddam Hussein einschalten. Es gehe in erster Linie gegen den «grossen Teufel», wie Khomeiny gesagt hat, nämlich Amerika, gegen ihn müsse man mit allen Mitteln ankämpfen. Diese Radikalen sind nicht in der Regierung, machtmässig sind sie ausgeschaltet; aber sie sind noch im Parlament. Dort wirken sie als Opposition. Vielleicht könnte alles wieder einmal zu

ihren Gunsten umschlagen, wenn alles sehr schlecht ginge in Iran. Im Augenblick sind sie eher eine vokale Opposition, auf die man Rücksicht nehmen muss. Rafsanjani sagt zum Beispiel immer wieder: «Auch die Amerikaner müssen gehen! Auch die Amerikaner tun unrecht! Ein muslimisches Volk wie die Iraker dürften nicht so bombardiert werden, wie es nun geschieht. – Aber», so wiederholt er immer: «Der Schlüssel zur Lösung ist, dass der Irak aus Kuwait abzieht!»

Wie man Gewinner der bisherigen Entwicklung sehen kann, eben die Iraner und vielleicht noch die Ägypter, gibt es auch ausgesprochene Verlierer, einer davon dürften die Palästinenser sein. Arafat hat sich zu Beginn der Krise entschieden, einseitig auf die Seite des Iraks zu treten. Er tat es wohl einerseits, weil die Popularität Saddam Husseins bei seinen Leuten gewaltig war, und er meinte nicht dagegen ankommen zu können. Andererseits gab es wohl auch handfestere Gründe, dass er sich an Irak hielt. Die grosse Masse seiner Kriegsmittel, das heisst die Aktivisten, die Kämpfer, die Waffenlager, die Ausbildungslager, waren alle in Bagdad konzentriert. Er hatte Schwierigkeiten mit Syrien, und aus Jordanien waren seine Leute ausgewiesen worden. In Syrien gibt es vielleicht immer noch 2000 Palästinenser, palästinensische Aktivisten, die im Gefängnis sitzen, weil sie Anhänger Arafats sind oder waren. Arafat glaubte wohl zu Recht, wenn er sich gegen oder auch nur halb gegen Saddam Hussein stelle und eine Vermittlerposition einnehme, würde es all diesen Leuten in Bagdad schlecht gehen. Er wusste, Saddam Hussein ist keineswegs ein zarter Mann, und seine Kämpfer müssten dann mit einer Verfolgung rechnen, die wahrscheinlich jene der Syrer weit überträfe. Das war für ihn wohl einer der Gründe, warum er so entschieden für Saddam Hussein Stellung bezogen hat. Der andere war, wie gesagt, die Popularität Saddam Husseins bei seinen Palästinensern. Die Folgen für ihn aber, die er vielleicht nicht so einschneidend vorausgesehen hat, sind die gewesen, dass die Saudis und alle Golfstaaten sich verraten fühlten. Die sahen die Palästinenser als Leute, die sie während Jahren mit viel Geld unterstützt hatten, für die sie eingetreten waren, denen sie erlaubt hatten, bei sich zu arbeiten, und die sich nun gegen sie wandten. Verräter! Eine grosse Bitterkeit herrscht in Saudiarabien gegen die Palästinenser,

Saddam Hussein ist ein Feind, aber sie sind Verräter. Das wird wohl heissen, wenn der Krieg so zu Ende geht, dass Saddam Hussein ihn verliert, werden auch die Palästinenser etwas verlieren, wahrscheinlich ihre Führung. Wahrscheinlich werden die Saudis darauf bestehen, dass sie eine neue Führung bilden, wenn sie überhaupt noch Geld von Saudiarabien wollen. Arafat dürften sie ablehnen und eine neue Führung fordern. Das könnte vielleicht sogar eine «diplomatische» Führung sein, die auf die Guerilla, den sogenannten «bewaffneten Kampf» noch klarer verzichtet, als Arafat es zu tun gewillt war. Hier also kann man eine Neuentwicklung in der arabischen Welt erwarten, die eben erst in Ansätzen begonnen hat, die aber sehr wohl ihre Folgen haben könnte und auf die die Amerikaner sich einstellen sollten, denn wenn eine gemässigte Führung mit saudischer Zustimmung die PLO übernehme, ergäbe sich natürlich auch eine neue Gelegenheit für eine Friedenslösung. Man könnte da einhaken. Mit den neuen Leuten liesse sich vielleicht besser verhandeln, und man könnte vielleicht sogar die Israeli dazu bringen, mit einer solchen PLO zu sprechen, obgleich sie mit der PLO Arafats nicht hatten reden wollen.

Auch ein Medienkrieg

Gysling: Noch Wochen nach dem Beginn dieses Krieges wissen wir kaum etwas über den wirklichen Verlauf der Kampfhandlungen. Es ist ja eine merkwürdige Situation: Es gab noch nie einen Krieg, bei dem wir so viel gesehen und von dem wir gleichzeitig so wenig gewusst haben. Die Zensur wirkt sowohl auf der Seite des Iraks als auch auf der Seite der Alliierten ganz gewaltig. Wir sehen die immer gleichen Bilder, wir sehen startende Flugzeuge, ab und zu einmal ein paar Trümmer nach Raketenattacken; wir sehen Reporter, die auf irgendwelchen Hotelterrassen stehen und darüber werweissen, wo nun wieder was geschehen ist. Den westlichen Beobachtern, der Öffentlichkeit im gesamten Westen wird vorgespielt, da werde ein quasi chirurgischer Eingriff vorgenommen, ein Eingriff mit wenigen Todesopfern. Erst gegen Mitte Februar gab es aus Irak Informationen, die besagten: in Basra hätten die Angriffe Tausende von

Opfern gefordert. Und am 13. Februar wurde in Bagdad ein Bunker mit vielleicht tausend Menschen getroffen – fast alle fanden den Tod. Erst etwa um diesen Zeitpunkt vermittelte das Fernsehen ein etwas realitätsnäheres Bild des Konflikts. Allgemein warf die Art der Berichterstattung eine Menge an Fragen auf. Die Präsenz des Mediums Fernsehen wurde stark in den Vordergrund gerückt durch die Aktivitäten des amerikanischen Fernsehsenders CNN – das brachte es mit sich, dass man der Bildschirmwirkung dieses Krieges zunächst einmal viel Vertrauen entgegenbrachte. Nach den ersten zwei Kriegstagen hatte man den Eindruck, dieser Krieg sei ungefähr so verlaufen wie der Sechstagekrieg zwischen Israel und den arabischen Nachbarn, als die ägyptische Luftwaffe innert weniger Stunden praktisch ausgeschaltet wurde. Erst nach einigen Tagen begannen sich die Zweifel zu mehren, begann sich auch zu zeigen, dass Saddam Hussein ganz raffinierte Methoden anwandte – mit den Atrappen von Panzern und Flugzeugen, auf die dann die amerikanischen, britischen und französischen Piloten irrtümlich schossen. Nach Tagen und Wochen erst erkannte man, dass Saddam Hussein in den ersten Phasen des Kriegs eine grosse Menge an Material hatte in Sicherheit bringen können. Die mobilen Scud-Raketenabschussrampen versteckte er, so dass sie drei Wochen nach Kriegsbeginn nur in Ansätzen zerstört waren. Mehr und mehr kamen Zweifel auf in bezug auf die Kriegsberichterstattung. Nun, die alliierte Seite folgte ein wenig der Taktik Grossbritanniens im Falklandkrieg, wo auch nur ganz wenige Reporter an Ort und Stelle dabei waren – die immerhin konnten noch etwas vom Kampfgeschehen berichten. Man wusste einigermaßen, was vorging, während man jetzt wochenlang nichts Wesentliches erfuhr und im Grunde genommen nur Zufallsbilder erhielt. In bezug auf unseren Beruf, den Journalismus, ist eigentlich dies das Entscheidende: Wir setzen uns zum Ziel, zwischen Wesentlichem und Unwesentlichem zu unterscheiden. Das ist das Wichtigste bei unserer Informationsarbeit. Und das war anhand des Kriegsverlaufs, so wie berichtet werden konnte, nicht möglich.

Hottinger: Es ist ja auch ein Kampf besonderer Art auf der amerikanischen Seite, bisher ein ausgesprochen elektronischer Krieg, und das hat nun auch Folgen für die Berichterstattung. Es wird dann

auch elektronisch berichtet; man sucht Bilder, man erhält Bilder, aber nur die, die zugelassen werden, nur die, die geschossen werden können, und man erhält Berichte, die dann sofort ausgestrahlt werden. Der berichtende General erscheint im Bildschirm, und was er sagt, wird augenblicklich über die ganze Welt verbreitet. Alle früheren Kriege hatten das Phänomen der entgegengesetzten Communiqués; beide Seiten logen, man wusste das und verglich die beiden Communiqués. Dieses Gleichgewicht ist nun durch die elektronische Berichterstattung durcheinandergeraten, einerseits hat man die traditionellen Communiqués der Iraker, denen niemand recht Glauben schenken will, und andererseits hat man Bilder, die als Bilder sehr überzeugend wirken und vor denen man immer glaubt, man partizipiere, weil man die Bilder bis in sein Wohnzimmer projiziert bekommt. Dieses Ungleichgewicht macht auch die Unsicherheit aus. Wir wissen, die eine Seite hat ganz andere Möglichkeiten, uns zu beeinflussen, und die Seite, die den «Ersten Weltkrieg» führen möchte, hat eine recht plumpe Propaganda, von der man wirklich nicht weiss, wieviel man von ihr annehmen soll. Gelegentlich widerspricht sie sich selbst. Sie ist auch so stark auf Geheimhaltung aus, auf unnötige Geheimhaltung, dass sie unglaublich wirkt. Diese Propaganda aus Bagdad wird auch oft für ein nicht europäisches Publikum gemacht, zur Ermutigung der irakischen Bevölkerung und zur Subversion der arabischen Staaten, die auf der andern Seite stehen. Sie hat eine doppelte Zielrichtung, einerseits sollte sie in Europa und Amerika Einfluss ausüben, andererseits und hauptsächlich soll sie aber auf die Araber einwirken. Dazu braucht man ganz andere Mittel. Die Rhetorik spielt eine grosse Rolle, und auch Werte, die uns gar nicht als Werte vorkommen; eben dass man den Amerikanern eine Zeitlang standhält und sich ihnen nicht sofort ergibt. Das wird in der arabischen Welt schon als Wert gesehen und von dieser Propaganda unterstrichen. Wir stehen vor einem ausgesprochenen Ungleichgewicht. Der irakischen Propaganda gegenüber steht die amerikanische, uns ansprechende, manchmal sogar subzerebral, nicht das Gehirn, sondern die Sehnerven ansprechende Propaganda, die ganz auf uns zugeschnitten ist. Wir wissen aber von ihr, dass sie doch Propaganda ist, und wir spüren es immer deutlicher.

Gysling: Wobei Saddam Hussein das recht raffiniert gemacht hat. Fehler in bezug auf die Behandlung der Medien beging er eigentlich wenige. Zu Beginn der Tragödie, nachdem er Kuwait besetzt hatte und die westlichen Staatsbürger in seinem Lande als Geiseln festhielt, unterliefen ihm zwar noch ein paar Medien-Fehler. Zunächst, als er einem britischen Knaben über den Kopf streichelte und fragen liess: «Stewart, hast du deine Milch und auch deine Cornflakes bekommen?» Und auf die bejahende Antwort des Knaben sagte er: «Wenige Kinder in Irak haben heutzutage Cornflakes.» Das ergab ein Bild, das wir im Westen als abseuerlich bezeichnet haben. Nicht so die arabische Welt. Die sagte sich nämlich: «Schaut einmal her, dieser Präsident, der starke mächtige Mann, er ist sich nicht zu stolz, um mit einem kleinen englischen, europäischen Knaben zu reden.» Die Szene hat ihm damals in seiner eigenen Umgebung durchaus zusätzliche Popularität verliehen. Saddam Hussein lernte aber sehr schnell. Er machte die gleichen Fehler nicht mehr. Er lernte, mit den westlichen Medien umzugehen, besonders mit den amerikanischen Fernsehleuten des Senders CNN, die er ja immer wieder einspannen konnte, wenn er eine wichtige Botschaft an den Westen weitergeben wollte. Beispielsweise im Dezember trat Saddam Hussein einmal während fast einer Stunde quasi im Kreise seiner hohen Offiziere auf, mit ihnen über die neuste Geschichte Iraks und dieses Konfliktes plaudernd, und die Kamera war sozusagen wie zufällig mit dabei und übertrug die Gespräche live in die gesamte Welt. Hätte Saddam Hussein dem Reporter gesagt, hören Sie, ich möchte gern eine Ansprache ans amerikanische und europäische Volk halten, hätte man ihm das nie gestattet. Aber diesen Trick hat er rasch entdeckt: wenn er sagt, es gibt da eine zufällige Konferenz, die der Präsident mit seiner Generalität abhält, ihr könnt mit der Kamera dabeisein, dann kommen die natürlich. Wir täten das übrigens auch, da muss man gar nicht unbedingt die Kollegen schelten. Etwa zehn Tage, nachdem der Krieg ausgelöst worden war, gegen Ende Januar, trat Saddam Hussein wieder einmal auf, liess sich befragen, gab einem amerikanischen Reporter ein Interview, zeigte sich zivil, nicht in Uniform, demonstrierte Gelassenheit, und auch das war ein Effekt, den er ganz gezielt einsetzte, diesmal wohl eher auf die arabische Bevöl-

kerung bezogen als auf die europäische. Er zeigte: «Ich bin nach wie vor da, mich können die Bombardemente nicht erschüttern.»

Hottinger: Das Gedächtnis der Leute ist ja kurz. Und einer von Saddam Husseins Tricks besteht einfach darin, dass er sagt, er wolle den Frieden. Zwar will er Kuwait behalten, aber das stellt er als selbstverständlich dar. Der Wunsch nach Frieden ist natürlich gross und wächst, und Saddam Hussein versucht nun, sich als der Mann darzustellen, der Frieden anbietet. Die andere Seite wolle ihn nicht annehmen. Das zieht offenbar sogar in Amerika, es zieht bestimmt unter den Arabern, die alle sagen, wegen Kuwait wollen wir doch nicht sterben!

Gysling: Wenn man sich mit den Medien befasst und der Wirkung, welche die Berichterstattung auf die Menschen im Westen hat, dann muss man die Frage stellen: Wie verändert dieser Konflikt denn eigentlich unser westliches Verständnis in bezug auf den Nahen Osten? Was ich aus Zuschriften an die Redaktion bei uns im Fernsehen vor allem empfang, war dies: Die Leute standen verständnislos vor diesem Konflikt, sie hatten Angst, dass der Konflikt überschwappen könnte, dass sich Terror gegenüber dem Westen ausbreiten könnte, dass ausserdem die ganze wirtschaftliche Situation stark betroffen würde. Vor allem bildete sich nach einigen Wochen Krieg mehr und mehr eine allgemeine Meinung heraus, da handle es sich um einen Krieg des Islam gegen die Ungläubigen. Eine schreckliche Verzerrung der Sachlage. Man müsste sagen, Saddam Hussein hat da eigentlich recht erfolgreich operiert. Er, von dem wir vorher noch gesagt haben, dass keine religiöse Grundkomponente in seiner Politik enthalten war, dass er die Religion nur wie ein Werkzeug benutzte, das er vor seinen Karren spannte, er hat es zustandegebracht, dass selbst im Westen die Meinung weite Verbreitung fand, es handle sich um einen Krieg des Islam gegen uns, die Menschen, die nicht zum Islam gehören. Da muss man warnen und versuchen, die Erkenntnis zu fördern: es ist ein Konflikt, der andere Wurzeln hat, der ganz andere Komponenten aufweist und in dem die Religion nur ein vorgeschobenes Element ist.

Hottinger: Es gibt ja auch die andere Meinung, nach der es ein Konflikt sei, bei dem es ums Öl gehe. Das ist vielleicht eine realistischere Meinung, aber auch sie ist vereinfacht. «Blut für Öl» ist auch

so ein Slogan, der überall ankommt. Sollen wir fürs Öl sterben? Dazu ist zu sagen, dass das Erdöl kolossal wichtig ist; aber andererseits geht es nicht nur um das Erdöl, sondern um die Macht, die im Nahen Osten eben der hat, der Erdöl besitzt, und um die Frage, ob ein Tyrann so mächtig werden darf, dass er nun in der ganzen Welt politische Wirkungen ausübt. Auch dies ist wieder vereinfacht worden mit dem meiner Ansicht nach falschen Satz Saddam=Hitler. Die Formel bringt diesen Aspekt heraus: Soll ein Tyrann eine entscheidende Kraft in der ganzen Welt werden? Im Falle Saddams mit dem Mittel des Erdöls, nicht dem der deutschen Tüchtigkeit. Diese Aspekte scheinen mir etwas mehr Einblick zu bieten; man kann sie als machtpolitische Aspekte zusammenfassen. Während die religiösen Ängste und Bedenken im Grunde bloss unverdaute Geschichte sind. Emotionen, die aus unserer Geschichte stammen; was wir nicht verstehen, begründen wir mit dem angeblich feindlichen Islam. Unsere Ratlosigkeit gegenüber diesem Krieg führen wir gerne auf die für uns dunkle Macht des Islam zurück, die da aus der Außenwelt auf uns hereinströmt. Eine fremde Kultur zu verstehen ist schwierig. Und die Instrumente dazu sind bei uns nicht vorgegeben. Aus unserm Schulunterricht haben wir eine gewisse Idee, was unser Mittelalter oder unser Altertum war. Sie mag veraltet sein und in einigem nicht zutreffen, aber eine Vorstellung ist doch vorhanden. Was hingegen der Islam war und was er heute ist, davon fehlt bei den meisten Leuten jede Vorstellung. Deshalb entsteht das Gefühl einer drohenden Macht, einer schwarzen dunklen Welle, der Erdölverschmutzung vergleichbar, die sich da auf uns zuwälzt. Hier braucht es Aufklärungsarbeit; sie ist eine schwierige Aufgabe, weil wir ja ohnehin überfordert sind. Auf allen Gebieten müssen wir heute mehr wissen, um uns richtig zu verhalten, und eben auch auf dem Gebiet Fremdkulturen. Der Islam ist diejenige Kultur, die uns geographisch und historisch am nächsten steht, aber es gibt ja noch viele andere, und über alle müssten wir viel mehr wissen, um beurteilen zu können, wie sie sich verhalten. Das Kopfschütteln über den Krieg hat hier seine Wurzel. Die Leute sehen sich diesen Krieg am Bildschirm an und verstehen gar nicht, wie Menschen einander auf der fernen arabischen Halbinsel wegen des Erdöls oder wegen dieses Tyrannen Saddam Hussein umbringen können. Dabei ver-

gessen sie sogar, dass auch wir wegen Tyrannen und wirtschaftlichen Machtfragen grausame Kriege geführt haben.

Die Aufklärungsarbeit, die es da braucht, ist natürlich unter dem Druck des Krieges schwerer zu leisten. Einerseits werden mehr Fragen gestellt, aber andererseits verbauen die Angst, die Sensationslust, die Aufregung und auch die unverständenen Bilder, die hier projiziert werden, sowie die Kriegspropaganda das Verständnis. So dass wir in einer Aporie stehen. Gerade jetzt möchten die Leute etwas wissen, was sie eigentlich schon lange hätten lernen sollen, und gerade jetzt ist es besonders schwer, sich dieses Wissen wirklich anzueignen, weil die gegenwärtige, von Emotionen aufgeladene Situation so leicht zu Missverständnissen verleitet.

Nachbemerkung

Am 28. Februar gab der amerikanische Präsident, George Bush, die Beendigung der militärischen Operationen gegen Irak bekannt. Kuwait war befreit, die von den USA geführte Koalition hatte einen grossen militärischen Sieg errungen. Die gefürchteten republikanischen Garden des irakischen Diktators traten kaum in Aktion: sie wurden durch ein Täuschungsmanöver von seiten der Alliierten (scheinbare Vorbereitung einer Marine-Landungsaktion vom Persischen Golf her) abgelenkt und konnten durch eine Zangenbewegung der auf dem Land vorrückenden Streitkräfte isoliert und umzingelt werden. Eine gewaltige Panzerschlacht im Norden Kuwaits bildete den Abschluss der kriegesischen Auseinandersetzungen. 40 von 42 irakischen Divisionen wurden kampfunfähig gemacht. Wieviele Todesopfer auf irakischer Seite die Schlacht forderte, blieb vorerst unklar. Auf der Seite der Alliierten war die Zahl der Opfer glücklicherweise überraschend gering: nach ersten Angaben weniger als hundert Tote.

Irak sah sich gezwungen, schliesslich alle UNO-Resolutionen zu akzeptieren. Die Niederlage Saddam Husseins war damit äusserlich total – aber beim Beginn der Waffenruhe war der irakische Herrscher dennoch ein Held für die Massen in zahlreichen arabischen Ländern. Die Meinung blieb weit verbreitet, Saddam Hussein habe

durch sein Durchhalten während 42 Tagen den Mut «der Araber» bewiesen. Dass Zehntausende – vielleicht noch viel mehr – Menschen diesen «Mut» mit ihrem Leben hatten bezahlen müssen, blieb unbeachtet.

Im Gegenzug zu der bis Anfang März, über die irakische Niederlage hinaus, in der arabischen Welt erkennbaren Saddam Hussein-Verehrung wuchsen im kriegszerstörten Irak selbst die Zweifel: Hatte der Präsident die Bevölkerung mit seinen Siegesmeldungen betrogen? Hatte er das Land nicht doch in den Untergang, in die Niederlage, gestürzt? Es gab erste Demonstrationen gegen Saddam Hussein in Basra und möglicherweise auch in anderen Städten. Ob die Opposition gegen den Diktator zum Erfolg führen würde, blieb vorerst offen. In der internationalen Politik zeichnete sich andererseits in noch vagen Konturen die von den USA geforderte «neue Weltordnung» ab. Gestützt durch die UNO, getragen von der Supermacht Amerika, sollte ein Instrument für die weltweite Durchsetzung des Völkerrechts geschaffen werden. Aggression eines Staates gegen einen andern würde nicht geduldet, lautete die Botschaft. Um dies zu erreichen, wollten die USA Truppen in verschiedenen Teilen der Welt verstärkt stationieren. Die Präsenz in der Region des Nahen Ostens müsse daher langfristig geplant werden, erklärte das Pentagon.

In der noch unter Schock stehenden Region selbst fanden die Äusserungen aus Washington ein geteiltes Echo. Die Führung Saudiarabiens äusserte sich in zustimmendem Sinn, jene Irans zeigte sich ablehnend. Und allgemein blieb die Ansicht vorherrschend, dass auch die «neue Weltordnung» keine Lösung für den Krisenherd Nahost bringen werde.





Zeittafel

- 1798/9 Napoleon in Ägypten.
- 1820 Beginn der Expansion Grossbritanniens am Persischen Golf.
- 1830 Frankreich besetzt Algerien.
- 1839 Die Engländer besetzen Aden.
- 1869 Am 17. November wird der Suezkanal eröffnet.
- 1881 Frankreich besetzt Tunesien.
- 1882 Beginn der ersten Einwanderungswelle der Juden nach Palästina (Erste Alija).
- 1882 Die Engländer besetzen Ägypten und unterstellen es britischer Schutzherrschaft.
- 1911 Italien erobert Tripolitanien.
- 1912 Marokko gerät unter französische Schutzherrschaft.
- 1914 Grossbritannien deklariert Ägypten zum Protektorat.
- 1915 Sykes-Picot-Abkommen zwischen Frankreich und England.
- 1916 Scherif Hussein von Mekka ruft die Araber zu einem «Heiligen Krieg» gegen die Türken auf.
- 1917 Lord Allenby entreisst den Türken Palästina.
- 1917 In der Balfour-Deklaration spricht sich Grossbritannien zugunsten der Errichtung einer «nationalen Heimstätte» für das jüdische Volk aus.
- 1918 Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges geht die Herrschaft der Türken über die arabische Welt zu Ende.
- 1919 Jordanien wird von den Briten besetzt.
- 1920 Frankreich wird Mandatsmacht für Syrien und Libanon. Der Grand Liban wird ausgerufen.
- 1920 Konferenz von San Remo. Grossbritannien erhält das Mandat über Irak zugesprochen. Frankreich erhält das Mandat über Syrien zuerkannt und besetzt Damaskus.
- 1921 Transjordanien (von Palästina getrennt) unter britischer Herrschaft.
- 1921 Nach der Machtergreifung der Faschisten in Italien wird die Unabhängigkeitsbewegung in Tripolitanien und in der Cyrenaika (heutiges Libyen) unterdrückt.
- 1921 Erste arabische Überfälle auf jüdische Siedler. Gründung der Hagana, die später zum Kern der israelischen Armee werden soll.
- 1921 Schaffung des irakischen Staates durch den Vertrag von Sèvres.
- 1922 Der britische Kolonialoffizier Sir Percy Cox zieht bei seinem Treffen mit Ibn Saud die fortan geltenden Grenzen zwischen Irak, Kuwait und Saudiarabien.

- 1932 Britisches Mandat in Irak beendet. Grossbritannien behält jedoch weitgehende Vorrechte, insbesondere auf dem Gebiet des Militärischen.
- 1936 Unruhen und Generalstreik in Syrien. Blutige Zwischenfälle zwischen Arabern und Juden in Palästina.
- 1939 Britisches Weissbuch begrenzt die jüdische Einwanderung nach Palästina. Neue Aufstände der Araber gegen die Juden.
- 1939 Beginn des Zweiten Weltkrieges.
- 1943 Libanon wird unabhängig, aber noch bleiben französische Soldaten im Land.
- 1947 Teilungsplan der UNO für Palästina.
- 1948 David Ben Gurion verkündet am 14. Mai die Gründung des Staates Israel. Am 15. Mai Beginn des Krieges zwischen Israel und den arabischen Staaten, die die Schaffung des Staates Israel nicht akzeptieren. Schwere Niederlage der arabischen Armeen. Palästinensische Flüchtlingsströme in die arabischen Nachbarländer.
- 1949 Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und den arabischen Gegnern Ägypten, Libanon, Jordanien und Syrien. Israel wird Mitglied der UNO.
- 1951 Libyen unter König Idris I. zum unabhängigen Königreich erklärt.
- 1951 Ermordung König Abdallahs von Jordanien in Jerusalem.
- 1952 Schwere Unruhen in Tunesien.
- 1952 Fremdenfeindliche Unruhen in Kairo. Militärputsch der «Freien Offiziere» Ägyptens unter General Naguib und Oberst Gamal Abd el-Nasser.
- 1953 Naguib proklamiert die Republik Ägypten. Abd el-Nasser stellvertretender Ministerpräsident.
- 1953 Hussein wird König von Jordanien. (Sein Vater, Talal, wurde wegen Geisteskrankheit abgesetzt.)
- 1954 Abd el-Nasser übernimmt in Ägypten die Staatsgewalt.
- 1956 Frankreich anerkennt die Unabhängigkeit Tunesiens.
- 1956 Abzug der letzten britischen Truppen aus der Suezkanalzone. Abd el-Nasser zum Staatspräsidenten gewählt. Am 26. Juli verkündet Abd el-Nasser die Verstaatlichung des Suezkanals.
- 29. Oktober: Israelische Truppen greifen Ägypten an und stossen bis zum Suezkanal vor.
- 5. November: Landung französischer und britischer Truppen bei Port Said.
- 7. November: Ende der Kämpfe.
- 22. Dezember: Abschluss der Räumung Ägyptens durch französische und britische Truppen.
- 1957 Die Israeli ziehen sich aus dem Sinai und dem Gazastreifen zurück.

- 1957 Proklamation Marokkos zum unabhängigen Königreich.
- 1958 Nach der Ermordung eines oppositionellen Journalisten kommt es im Libanon zu Unruhen, die in einen Bürgerkrieg ausarten. Präsident Chamoun ersucht die Amerikaner um Intervention. Landung von US-Marines in Beirut.
- 1958 Zusammenschluss Ägyptens und Syriens zur Vereinigten Arabischen Republik.
- 1960 Gamal Abd el-Nasser eröffnet die Bauarbeiten an dem von der Sowjetunion mitfinanzierten Assuan-Damm.
- 1961 Auflösung der Vereinigten Arabischen Republik zwischen Syrien und Ägypten.
- 1961 Kuwait wird unabhängig. Irak anerkennt den Staat, aber nicht die Grenzziehung zwischen Kuwait und Irak.
- 1962 Abkommen von Evian, in dem Frankreich den Algeriern die Unabhängigkeit zugesteht. Ahmed Ben Bella wird Ministerpräsident.
- 1962 Beginn des Bürgerkrieges in Jemen.
- 1963 Machtergreifung der Baathisten in Irak, General Kassem von Putschisten erschossen.
- 1963 Baath-Partei wird nach Putsch wichtigste Kraft in Syrien.
- 1967 Sechstagekrieg vom 5. bis zum 10. Juni. Schwere Niederlage für Jordanien, Syrien und Ägypten.
Gamal Abd el-Nasser tritt zurück, bleibt aber nach Demonstrationen in Kairo dennoch Staatschef.
Israel besetzt Sinai-Halbinsel, Cisjordanien, Gazastreifen und die Golan-Höhen. Am 27. Juni Annexion des vereinigten Jerusalem.
- 1968 Ägyptische Armee beginnt sog. Abnutzungskrieg gegen Israel.
- 1969 König Idris in Libyen abgesetzt, Muammar al-Ghaddafi Revolutionschef.
- 1970 Sowjetunion liefert Ägypten hochentwickelte Lenkwaffensysteme.
- 1970 Gamal Abd el-Nasser stirbt am 28. September. Nachfolger wird der bisherige Vizepräsident, Anwar al-Sadat.
- 1970 Die palästinensischen Organisationen «al-Fatah» und die «Volksfront zur Befreiung Palästinas» kontrollieren teilweise die Städte in Jordanien. Im September schwere Kämpfe zwischen der jordanischen Armee und den palästinensischen Verbänden (sog. «Schwarzer September»).
- 1972 Präsident Anwar al-Sadat weist die sowjetischen Berater aus.
- 1973 Ausbruch des vierten arabisch-israelischen Krieges (sog. Yom Kippur-Krieg) am 6. Oktober. Ägypten erobert Ostufer des Suezkanals, kann die Invasion des westlichen Ufers durch israelische Streitkräfte jedoch nicht verhindern. Syrien erleidet Gebietsverluste. Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und Syrien (22. Oktober) und Ägypten (24. Oktober).

- 1977 Ägyptens Präsident, Anwar al-Sadat, reist am 19. November nach Jerusalem. Friedensangebot, gleichzeitig aber Forderung nach Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten und Anerkennung der Rechte der Palästinenser. Opposition der PLO. Isolierung Ägyptens durch die arabische Welt.
- 1979 Machtergreifung durch Ayatollah Khomeiny in Iran. Das Land wird stufenweise zur Islamischen Republik. Liquidierung von Schah-Anhängern.
- 1979 Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten am 26. März unterzeichnet. Er sieht die schrittweise Rückgabe der Sinai-Halbinsel an Ägypten vor.
- 1979 Saddam Hussein wird Präsident Iraks.
- 1980 Ausbruch des Krieges zwischen Irak und Iran. Äusserer Anlass ist der Streit um die Schifffahrtsrechte im Schatt al-Arab. Dahinter stehen Bedrohung Iraks durch die iranische Revolution, aber auch Regionalansprüche Iraks unter Saddam Hussein.
- 1981 Israel zerstört den im Bau befindlichen Kernreaktor Iraks.
- 1981 Ermordung des ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat am 6. Oktober durch islamische Extremisten. Hosni Mubarak wird Präsident.
- 1982 Israelische Gross-Invasion im Libanon beginnt am 6. Juni. Vier Tage später erreichen die Israeli Beirut. Blockade der libanesischen Hauptstadt. Vertreibung der PLO. Yassir Arafat reist nach Tunesien. Massaker, begangen durch Trupps der Falangisten, fordern in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila Hunderte von Todesopfern.
- 1986 April: Luftangriff der USA gegen Ziele in Tripolis und Bengazi in Libyen fordern mindestens 39 Todesopfer und Hunderte von Verletzten. Mitglieder der Familie Ghaddafis getötet und verletzt.
- 1987 Im Dezember bricht in den von Israel besetzten Gebieten die Intifada, der Volkswiderstand gegen die Besatzungsmacht, aus.
- 1988 Ayatollah Khomeiny stimmt einem Waffenstillstand mit Irak zu.
- 1988 Am 1.8. gibt König Hussein von Jordanien seine Ansprüche auf das seit 1967 von Israel besetzte Cisjordanien auf und tritt die Verantwortung an die PLO ab.
- 1988 Oktober: Schwere Unruhen in Algerien, ausgelöst durch die angespannte Wirtschaftslage und die wachsende Popularität der islamischen Fundamentalisten. 500 Todesopfer.
- 1988 November: Der PLO-Nationalrat stimmt zugunsten einer Annahme der UNO-Resolution 242 und damit für die indirekte Anerkennung Israels. Gleichzeitig Proklamation des Palästinenser-Staates.
- 1988 November: Wahlen in Israel führen zu einer Stärkung der rechtsstehenden Parteien.

- 1988 Dezember: Ein PanAm-Jumbo wird durch eine Bombe über der schottischen Ortschaft Lockerbie zum Absturz gebracht. 259 Todesopfer. Eine nahöstliche Terrororganisation wird für den Anschlag verantwortlich gemacht.
- 1989 April: Unruhen in Jordanien. Zahlreiche Todesopfer.
- 1989 Am 3. Juni stirbt Ayatollah Khomeiny im Alter von 86 Jahren.
- 1989 Der bisherige Parlamentspräsident, Haschemi Rafsanjani, wird zum neuen iranischen Staatspräsidenten gewählt.
- 1989 August: Kämpfe im Libanon, nachdem der christliche Milizen-Chef Michel Aoun den Syrern den Kampf angesagt hat.
- 1989 November: Der eben erst gewählte libanesische Präsident Mouawad wird bei einem Bombenanschlag getötet.
- 1990 Irak lässt den iranisch-britischen Journalisten Farzad Bazoft hinhängen.
- 1990 Spannungen um Libyen: eine Fabrik in Rabta sollte offensichtlich zur Produktion von Giftgas eingesetzt werden. Die Fabrik brennt im März aus ungeklärter Ursache teilweise nieder.
- 1990 Juni: Die USA brechen ihren Dialog mit der PLO ab – als Reaktion auf einen versuchten Anschlag von Palästinensern in Israel.
- 1990 Juni: Die ersten freien Gemeinde- und Provinzwahlen in Algerien enden mit einem deutlichen Sieg der muslimischen Fundamentalisten.
- 1990 Juli: Irak beschuldigt Kuwait, zu viel Öl gefördert und dadurch die irakische Wirtschaft ruiniert zu haben, und droht mit einem militärischen Schlag.
- 1990 2. August: Irak marschiert in Kuwait ein und besetzt das Land. Der kuwaitische Widerstand bricht bald zusammen. Grosse Zahl von Todesopfern.
- 1990 7. August: Die USA entsenden Streitkräfte nach Saudiarabien, um das Land vor einem befürchteten irakischen Angriff zu schützen. Verurteilung Iraks im UNO-Sicherheitsrat. (Der ersten Verurteilung des Regimes Saddam Husseins folgen bis Ende 1990 elf weitere.)
- 1990 17. August: Irak deportiert westliche Ausländer an strategisch wichtige Orte. So sollen ausländische Truppen von Angriffen abgehalten werden. Die mehreren tausend westlichen Ausländer werden erst im Dezember die Möglichkeit der Heimreise erhalten.
- 1990 10. September: Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Irak und Iran.
- 1990 16. September: Frankreich gibt die Entsendung von 4000 Mann nach Saudiarabien bekannt. Die Koalition gegen Irak erweitert sich und umfasst schliesslich 28 Nationen.
- 1990 8. Oktober: Blutbad auf dem Tempelberg von Jerusalem. 20 Palästinenser werden getötet, etwa 150 verletzt.

- 1990 14. Oktober: Nach schweren Kämpfen in Beirut kapituliert der christliche Milizenführer Michel Aoun.
- 1990 29. November: Der UNO-Sicherheitsrat nimmt eine von den USA geforderte Resolution an, die besagt: Wenn Irak sich bis zum 15. Januar 1991 nicht aus Kuwait zurückzieht, kann Waffengewalt gegen das irakische Regime angewendet werden.
- 1990 6. Dezember: Der irakische Präsident Saddam Hussein kündigt die Freilassung der seit dem 2. August zurückgehaltenen Ausländer an.
- 1991 9. Januar: Erfolgleses Treffen zwischen dem amerikanischen Staatssekretär James Baker und dem irakischen Aussenminister, Tarik Aziz, in Genf.
- 1991 In der Nacht vom 16. auf den 17. Januar eröffnen die USA den Luftkrieg gegen Irak.
- 1991 19. Januar: Irakische Raketenangriffe (mit konventionellen Sprengkörpern) auf Israel und Saudiarabien.
- 1991 Januar: Ermordung des Arafat-Mitarbeiters Abu Iyad in Tunis.
- 1991 20. Februar: Von den Alliierten sind bereits mehr als 80 000 Luft-einsätze gegen Irak geflogen worden. Das irakische Militärpoten-tial soll zu etwa einem Drittel zerstört sein.
- 1991 22. Februar: Der sowjetische Plan für einen Waffenstillstand wird von Irak akzeptiert. US-Präsident Bush weist ihn jedoch zurück und setzt Irak ein Ultimatum für den Beginn des Truppenrück-zugs aus Kuwait. Das Ultimatum läuft am 23. Februar ab.
- 1991 24. Februar: Beginn der alliierten Landoffensive, nachdem Sad-dam Hussein die gesetzte Frist ungenützt hat verstreichen lassen.
- 1991 27./28. Februar: Totale militärische Niederlage Iraks. Aussenmi-nister Tarik Aziz gibt bekannt, dass Irak nun allen UNO-Resolu-tionen zustimme. Kuwait ist von der irakischen Okkupation befreit. US-Präsident Bush erklärt das Ende der Operationen gegen Irak. Die Waffenruhe tritt in Kraft.

Personen- und Ortsregister

- Abdul Aziz Ibn Saud 109
 Abha 205
 Abu Dhabi 112
 Abu Djihad 39
 Abu Nidal 67
 Afghanistan 44
 Ägypten 20, 28, 30ff., 37, 41, 47f.,
 50ff., 57f., 85f., 98, 113f., 119–
 123, 127, 162f., 167, 173, 177,
 179f., 203, 206f., 219, 221, 225
 Akaba 132, 159
 Aleppo 54, 111, 144
 Alexander der Grosse 53
 Alexandria 16
 Algerien 20, 27, 29, 33, 42, 51, 54,
 67, 85, 179, 213
 Algier 29, 62
 Amman 130f., 158ff., 180
 Amerika s. USA
 Anatolien 46, 224
 Ankara 198f.
 Antakia 48
 Antiochien 48
 Auon, Michel 145, 153, 155
 Arabistan 47
 Arabische Emirate 192f., 204
 Arafat, Yasser 60, 64f., 67, 149, 166,
 227f.
 Aristoteles 23
 Asad, Hafez al- 39, 42f., 124–129,
 132, 148ff., 154f., 206
 Asad, Rifat al- 125
 Atatürk 71, 83, 87, 199, 223
 Athen 46
 Australien 27
 Averroes s. Ibn Rushd
 Avicenna s. Ibn Sina
 Baabda 143
 Bagdad 23, 25, 36, 50, 53f., 74, 92f.,
 127, 132, 142, 144, 166, 177, 179,
 184ff., 192, 196f., 199ff., 205,
 215, 227, 229f.
 Bahrain 46, 101, 105, 211
 Baker, James 220
 Bakr, Hassan al- 39, 91f., 131
 Balfour, Arthur James 69
 Bangladesh 115, 203
 Banna, Hassan al- 84
 Barzani, Masud 195, 197f.
 Barzani, Mullah Mustafa 197
 Bashir, Tahsin 32
 Basra 188, 211, 225, 228
 Bazargan, Mehdi 89
 Bazoft, Farsad 194, 201
 Begin, Menachem 57f., 162f., 168,
 171
 Beirut 53, 112, 139, 141–144, 148ff.,
 153ff., 176, 178, 181
 Bekaa 139
 Benjedid, Chadli 213
 Bikfaya 143
 Bombay 20
 Bourgiba 39
 Brüssel 200
 Bull, Gerald 200
 Bush, George 33, 203, 220, 234
 Byzanz 23
 Chamran, Mustafa 141
 Cheney, Richard 203f.
 China 48
 Churchill, Winston 130, 157
 Cisjordanien 35, 58f., 63, 66, 163,
 170, 172, 175

- Dahrān 107
 Damaskus 53f., 74, 111f., 129, 133,
 138, 142ff., 154, 160, 179f.
 Damman 107
 Dante 13
 Descartes 14
 Deutschland 32, 35, 187, 203
 Diarbakir 195

 England s. Grossbritannien
 Eritrea 221

 Fao 182
 Feisal, Ibn Abdul-Aziz Al Saud 100
 Fès 53
 Firdausi 25
 Frankreich 11, 36, 96, 136, 187,
 202f., 211, 221

 Galen 23
 Gazastreifen 58, 65, 163
 Geagea, Samir 145
 Gemayel, Bechir 150
 Genf 181
 Ghaddafi, Mu'ammar 39, 122ff., 142
 Ghali, Boutros Boutros 217
 Ghazzali, Muhammed al- 18
 Glaspie, April 201
 Glenn, John 216
 Gorbatschow, Michail 43
 Griechenland 46
 Grossbritannien 11, 32, 69, 96f., 187,
 201, 203, 211, 221, 229

 Haddad, Saad 152
 Haifa 168
 Halabje 194f.
 Hama 124
 Hassan II von Marokko 208
 Hebron 158
 Hitler 233
 Hollywood 54
 Homer 19, 23
 Hottinger, Johann Jacob 15
 Hraoui, Elias 154
 Hussein, Ibn Talal al-Haschemi 39, 45,
 96, 130ff., 144, 156, 158, 160, 205
 Hussein, Saddam 30, 39, 42f., 52,
 66, 76, 78, 82, 91f., 94, 124,
 126ff., 131f., 158, 166f., 176f.,
 183–196, 199–234

 Ibn al-Hadschadsch, Yusef 93
 Ibn Khaldun 109f.
 Ibn Nafi, Ugba 50
 Ibn Rushd 23
 Ibn Sina 23
 Indien 15, 25, 30, 46, 53, 96f., 111f.,
 114
 Indonesien 48
 Irak 26f., 29f., 31f., 36, 38, 45, 47,
 49f., 52f., 55, 74, 82, 88, 91–95,
 98, 100, 113f., 117, 128, 131f.,
 140, 157ff., 164, 167, 177f., 182–
 197, 199–234
 Iran 17, 25, 31, 36f., 44, 46ff., 49,
 65, 74, 82–90, 95, 99, 101, 132,
 140f., 181f., 184–197, 210, 225ff.
 Isfahan 190
 Israel 13, 26, 31, 33ff., 43f., 49ff., 55,
 57–70, 82, 120, 123–127, 130, 141f.,
 145–150, 154, 156f., 162–176, 205f.,
 208, 210, 212, 218ff., 229
 Istanbul 74, 87, 139
 Italien 18, 23, 140

 Jabal Drus 138
 Jaffa 170
 Jemen 45, 50, 52, 74, 117, 171, 205
 Jerusalem 57f., 78, 121, 162ff., 168f.,
 174, 187
 Jibril, Ahmed 67
 Jidda 107
 Jizan 205
 Jordanien 31, 33, 39, 50, 58, 66, 68,
 85, 113, 115, 129–132, 135, 144,
 146, 156–161, 164, 177, 205, 213,
 227
 Jounieh 149
 Judäa 169
 Jumlat, Kamal 137, 148

 Kairo 24, 29, 54, 85, 112, 119, 121,
 175, 180, 207

- Kalifornien 54
 Kanada 200
 Kerbela 140, 188
 Khafji 217
 Khartum 56
 Khomeiny, Ayatollah 12, 71, 75, 77,
 82f., 86, 88, 90, 131, 182, 184–
 192, 194, 197, 200, 226
 Khusistan 47, 185f., 188
 Kissinger, Henry 31, 33, 124
 Konstantin 71
 Konstantinopel 23
 Kuneitra 176
 Kuwait 26f., 30ff., 36, 50, 52, 55, 67,
 74, 78, 82, 92, 95–99, 101, 104,
 108, 113, 115, 130, 158f., 164,
 167, 183, 191ff., 199–234

 Latakia 128, 132
 Libanon 43, 55, 126f., 130, 133–142,
 144–157, 164, 181
 Libyen 52, 54, 65, 114, 123, 140f.
 London 42, 54, 107, 178f., 201
 Lyon 136

 Madani, Admiral 185
 Marakah 151
 Mardin 195
 Marjayun 152
 Maro 135
 Marokko 22, 49f., 79, 85, 203, 208,
 213
 Mauretanien 56
 Mazedonien 51
 Medani, Abbasi 42
 Medina 18f., 70, 72
 Mekka 19, 48, 70, 74, 133, 192, 205
 Mesopotamien 51, 53, 93, 127, 133
 Milet 46
 Mohammed 13, 19, 22, 72, 170,
 212
 Monte Carlo 178
 Morris, Benny 62
 Moskau 31, 44f., 126, 186
 Mosul 32, 223f.
 Mubarak, Hosni 79, 119ff., 206
 Mussa Sadr 140ff.

 Nabatié 140
 Nablus 158
 Najaf 140
 Najran 205
 Napoleon III 138
 Nasser, Gamal Abdel 43, 119, 123,
 130, 175, 179, 184, 213, 217, 220
 Nazer, Hisham 193
 Nerval, Gérard de 12
 Neuseeland 27
 Nikosia 181
 Nizam al-Mulk 24
 Nordvietnam 149

 Oman 74, 211
 Orontes-Tal 135
 Österreich 129
 Özal, Turgut 223f.

 Padua 23
 Pakistan 30, 46, 79, 111, 114
 Palästina 51, 53, 60f., 69, 166
 Paris 22, 42, 54, 135, 143, 178f.
 Persien 51
 Philippinen 48
 Powell, Colin 203

 Qatar 161

 Rabin, Yitzhak 66, 165
 Rafsanjani, Ali Akbar Hashemi 190,
 226f.
 Reagan, Ronald 33
 Riad 54, 107, 162, 205
 Rom 135f., 142
 Rommel 57

 Sadat, Anwar al- 37, 57ff., 78f.,
 120f., 149, 162f.
 Saida 151
 Samaria 169
 Saudiarabien 26f., 30ff., 46, 54, 98–
 102, 105ff., 109, 112f., 115f., 118,
 132f., 193, 203ff., 216, 219, 226,
 228
 Schatt el-Arab 225
 Schweiz 112, 125, 129f., 133, 182

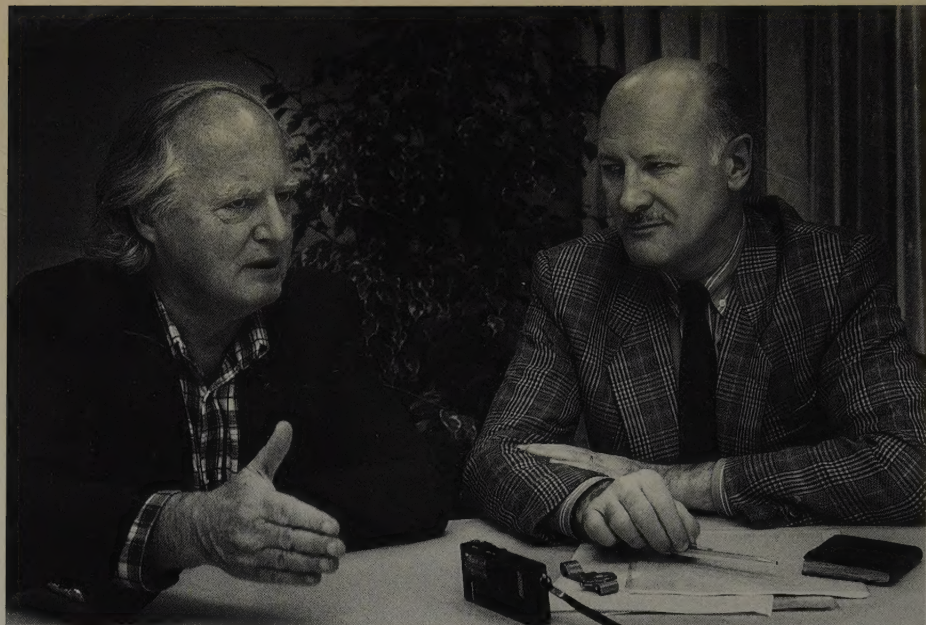
Senegal 56
 Shamir, Yitzhak 164
 Sharon, Ariel 150, 162f., 165
 Sinai 51, 58f., 163
 Sizilien 48
 Somalia 221
 Sowjetunion 12, 41, 44f., 58, 125f.,
 165, 171f., 205f., 220f.
 Spanien 18, 22, 48
 Sudan 47, 56, 85, 123, 221
 Süleyman Kanuni 21f., 80
 Syrien 30, 32, 43, 45, 48ff., 58, 65,
 67, 92, 101, 111, 117, 124–129,
 132f., 135, 138, 143, 151, 154ff.,
 161, 177f., 197, 203, 205f., 219,
 227
 Takrit 91
 Teheran 85, 89, 143, 185f., 190, 195,
 197, 210, 225
 Tel Aviv 168ff.
 Thatcher, Margaret 203
 Tripolis 135, 137
 Tschad 56
 Tunesien 49, 85, 213
 Tunis 51, 65
 Türkei 32, 46, 48f., 83, 86f., 195,
 197ff., 204, 211, 223f.
 UdSSR s. Sowjetunion
 USA 30f., 33ff., 54, 59, 65f., 69, 78,
 159, 164, 171, 173, 202ff., 208,
 121, 218, 220f., 226, 230, 232, 234
 Venedig 16
 Vereinigte Staaten von Amerika s.
 USA
 Waldheim, Kurt 94
 Washington 26, 36, 65, 187, 218
 Weizmann, Ezer 162
 Yamani, Zaki 193
 Zaharia, Rafiq 20
 Zeevi, Rechavan 164
 Zghorta 135
 Zypern 180f.

Arnold Hottinger

Die Araber vor ihrer Zukunft

Geschichte und Problematik
der Verwestlichung

Der Name Arnold Hottinger ist bei allen, die sich um die arabische Welt und den Nahen Osten interessieren, ein Begriff. Seit Jahren führt er die Leser der «Neuen Zürcher Zeitung», die Hörer des Radios und des Fernsehens durch die islamische Geschichte und das Labyrinth nahöstlicher Politik. Er tut dies nicht nur sachkundig, anschaulich und bewegt, sondern auch mit tiefer Sympathie für die islamische Kultur. Auf der Basis islamischer Tradition versucht er eine Prognose zu stellen, wie die Zukunft der in ihren Meinungen zerrissenen und politisch verfeindeten islamischen Nationen sich entwickelt und gestaltet. Hottinger zeigt sich nicht optimistisch. Er sieht das Dilemma vor allem in der äusserlich starken Verwestlichung, im Auseinanderklaffen der islamischen Volksschichten, wobei die Oberschicht europäisiert wird und die Unterschicht traditionsgebunden bleibt, in der scharfen Diskrepanz der Tradition des Islams und der in vielem zuwiderlaufenden westlichen Zivilisation. Hottinger befürchtet, dass dieses Dilemma es verhindert, eigenständige Lösungen zu finden, die eine Alternative oder ein geistig und politisch fruchtbarer Gegenpol zu westlichem Denken und politischem Handeln sein könnten.



Arnold Hottinger, 1926, seit 1961 fest im Redaktionsstab der «Neuen Zürcher Zeitung», war von Beirut, Madrid und Nikosia aus als Korrespondent für den Nahen Osten tätig. Er hat zahlreiche Bücher zum Thema veröffentlicht und auch an wissenschaftlichen Zeitschriften mitgearbeitet. Er gilt weltweit als einer der bedeutendsten Nahost-Experten. Hottinger lebt zur Zeit in Nikosia.

Erich Gysling, 1936, ist Kommentator und Leiter der Sendung «Rundschau» beim Schweizer Fernsehen. Er befasst sich seit dem Sechstage-Krieg von 1967 intensiv mit dem Nahen Osten und verfasste u.a. die Bücher «Arabiens Uhren gehen anders» und «Zerreissprobe in Nahost».